

Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus als sicherheitspolitische Herausforderungen

*Die Debatte um zivile und militärische Terrorismusbekämpfung und
Staatsstabilisierung unter besonderer Berücksichtigung des
Diskussionsstands in der Bundesrepublik Deutschland*

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der

Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von

Ludwig Karg

aus

Erkelenz

Bonn 2011

Gedruckt mit der Genehmigung der Philosophischen Fakultät der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Zusammensetzung der Prüfungskommission:

Prof. Dr. Volker Kronenberg

(Vorsitzender)

Prof. Dr. Gerd Langguth

(Betreuer)

Prof. Dr. Tilman Mayer

(Gutachter)

Prof. Dr. Wolfram Hilz

(weiteres prüfungsberechtigtes Mitglied)

Tag der mündlichen Prüfung: 1. Dezember 2010

Abstract

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt keine realitätstaugliche Sicherheitsdoktrin und keinen partei- und interessenübergreifenden sicherheitspolitischen Konsens.

Diese Behauptung untermauert der Autor der vorliegenden Dissertation mit einer Medien-, Dokumenten- und Akteurszentrierten, theoriegeladenen Politikfeldanalyse, die die Formulierung und Zielsetzung deutscher Sicherheitspolitik anhand der beiden aktuell meistdiskutierten Sicherheitsrisiken demonstriert: der miteinander verwobenen Thematiken des Dschihadistischen Terrorismus und des Staatsversagens.

Die derzeitige deutsche Sicherheitspolitik erhebt u.a. den Anspruch, Sicherheitsrisiken ursächlich und möglichst noch vor deren Akutwerden proaktiv auszuschließen. Anhand des hier untersuchten Beispiels wird deutlich, daß sie dabei auf empirisch unsichere, von politikpsychologischen Dynamiken beeinträchtigte Kausalkonstruktionen zurückgreift und sich außerdem unter selbstverschuldete Handlungszwänge setzt. Sicherheitspolitische Ansprüche und tatsächliche Möglichkeiten klaffen dabei weit auseinander, was ebenso eine Quelle ständiger Frustration ist, wie ein weder argumentativ noch politisch gelöster Streit um sicherheitspolitische Deutungshoheiten.

Der Autor schlägt als Lösung die Rückkehr zu einem trennscharfen, engen Sicherheitsbegriff vor, der als Grundlage einer veränderten, tauglicheren Sicherheitspolitik dienen kann, und demonstriert anhand ausgewählter Beispiele die Wege zur Erreichung und die praktischen Konsequenzen eines solchen Bewusstseinswandels, besonders in den Bereichen der strategischen Politikformulierung, Mittelwahl und Zieldefinitionen.

Inhalt

<i>Kapitel / Abschnitt</i>	<i>Seite</i>
I. Einleitung: Thematik, Ziel und Grundlagen	1
1. "Raus aus Afghanistan"	1
2. Forschungsfragen und Erkenntnisziele	12
3. Theoretische Zugänge und Methodik	14
4. Struktur und Entstehung	22
5. Daten, Quellen und weitere Grundlagen	24
6. Bisheriger Forschungsstand, Innovationsgehalt und Alleinstellungsmerkmale der vorliegenden Arbeit	29
7. Ergebnisse in der Vorschau	35
II. Kapitel: Zentrale Konzepte und Definitionen	38
1. Der Staat	38
2. Staatsversagen	42
a.) <i>Begriffsgeschichte</i>	42
b.) <i>Forschungsansätze</i>	44
c.) <i>Definition, Operationalisierung und Modellbildung</i>	46
d.) <i>Ursachen</i>	48
e.) <i>Beispiele</i>	52
f.) <i>Folgen</i>	56
g.) <i>Kritik</i>	58
h.) <i>Fazit</i>	65
3. Islamismus	66

4. Terrorismus: Eine essayistische Annäherung unter normativer Perspektive	70
a.) <i>Gewalt als Konstante und ethisches Kernproblem</i>	71
b.) <i>Phänotypische Vielfalt und politischer Mißbrauch als analytische Probleme</i>	76
c.) <i>Auflösung und Annäherung an den Terrorismusbegriff</i>	77
5. <i>Dschihadistischer Terrorismus</i>	79
a.) <i>Doktrin</i>	79
b.) <i>Täterkreis</i>	90
c.) <i>Organisationsformen</i>	91
d.) <i>Gewaltpotential</i>	93
e.) <i>Taktik</i>	94
f.) <i>Dschihadistische Organisationen</i>	96
g.) <i>Zusammenfassung: Ein globaler Stammesverband</i>	101
6. Resümee	104
III. Kapitel: Mehrperspektivische Analyse	105
1. Methodischer und theoretischer Zugang	105
2. Determinanten deutscher Sicherheitspolitischer Diskurse	115
3. Globale Soziale Brennpunkte - Nährböden für Dschihadismus	120
a.) <i>Argumentative Grundstruktur und theoretische Basis</i>	120
b.) <i>Analyse anhand von Beispielen</i>	123
c.) <i>Akteure und Interessen</i>	139
d.) <i>Psychologische Struktur</i>	150
e.) <i>Maßnahmen</i>	154
f.) <i>Kritische Gesamtwürdigung</i>	162

g.) <i>Fazit</i>	175
4. "Schwarze Löcher" - Magneten für Dschihadismus	176
a.) <i>Argumentative Grundstruktur und theoretische Basis</i>	176
b.) <i>Analyse anhand von Beispielen</i>	180
c.) <i>Akteure und Interessen</i>	197
d.) <i>Psychologische Struktur</i>	211
e.) <i>Maßnahmen</i>	215
f.) <i>Kritische Gesamtwürdigung</i>	226
g.) <i>Fazit</i>	247
5. <i>Exkurs: Die Rolle des Islam</i>	249
6. <i>Zusammenfassung und weiteres Vorgehen</i>	259
IV. Kapitel: Herausforderungen und Antworten	262
1. Begrifflich-konzeptionelle Ebene: Der Erweiterte Sicherheitsbegriff und seine Fallstricke	262
a.) <i>Die Intention: Erweiterte Sicherheit als Netzwerkoptimierung</i>	262
b.) <i>Die Realität: Strukturelle Überforderung und fehlende Prioritätensetzung</i>	265
c.) <i>Zum Umgang mit dieser Herausforderung</i>	271
2. Geistige Ebene: Die Inflation der Sicherheit in der Risikogesellschaft	277
a.) <i>Terrorismus, Staatsversagen und die Risikogesellschaft</i>	278
b.) <i>Die Politik als Gefangene der "Moral Panic"</i>	280
c.) <i>Zum Umgang mit dieser Herausforderung</i>	283
3. Politische Ebene	288
a.) <i>Herausforderung: Politische Führung</i>	288
b.) <i>Zum Umgang mit dieser Herausforderung</i>	290
4. Schlussfolgerungen für zukünftige Strategie und	291

jetzige Einsätze	
5. Resümee	294
V. Ergebnisse im Überblick	296
Quellen- und Literaturnachweise	303

I. Einleitung: Thematik, Ziel und Grundlagen

1. „Raus aus Afghanistan!“

Soll sich die Nordatlantische Allianz aus Afghanistan zurückziehen, oder soll sie präsent bleiben, und wenn ja, wie? Müssen der Einsatz der *International Security Assistance Force* (ISAF) oder die *Operation Enduring Freedom* (OEF) noch Sinn, oder soll man sie beenden oder modifizieren?

Dies ist die beherrschende Kernfrage der zentralen sicherheitspolitischen Debatte über die Terrorismusabwehrstrategie der westlichen Staatengemeinschaft und Deutschlands während der vergangenen zwei bis drei Jahre. Regelmäßig aufflackernd und durch gelegentliche Meldungen über neuerliche Anschlagsserien befeuert, wird diese schwelende Streitfrage nur temporär von anderen politischen Trendthemen überdeckt und verbleibt ungelöst im Hintergrund bestehen. Der Streit über das „Wie weiter?“ droht nicht nur innenpolitisch die notwendige Unterstützung der Militärmission auszuhöhlen, auch bündnisintern bleibt diese offene Flanke ein Gefahrenmoment, droht sie doch zu einer Sollbruchlinie zu geraten, an der die NATO zerbrechen könnte, was spätestens seit dem Bündnisgipfel in Riga im November 2006 offenkundig wurde.¹ Was sind die wesentlichen Standpunkte?

Zusammenfassend kann man die für einen Rückzug ins Feld geführten Argumente unter folgenden Gesichtspunkten gruppieren²: Zunächst wird bemerkt, dass der Krieg in Afghanistan nun bereits ins neunte Jahr gehe, ohne dass eine nachhaltige Verbesserung sowohl der Sicherheitslage als auch der Stabilität der Regierungsorgane erreicht worden sei. Dieses temporale Argument hebt die Orientierungslosigkeit eines militärischen Mandats ohne klaren Zeithorizont hervor. Militärisch hat sich zum Beispiel die Bundeswehr zwar jüngst durch eine Reihe von

¹ Vergl. „NATO wendet mühsam Bruch wegen Afghanistan ab“, in: Mitteldeutsche Zeitung, 29. 11. 2006

² Vergl. zum Folg.: Weimer, W.: „Raus aus Afghanistan“, in: Cicero, April 2008.

Erfolgen ausgezeichnet und scheint damit eine Antwort auf die Serie von Anschlägen auf die Truppe gefunden zu haben.³ Zugleich verbessert sie damit ihr Ansehen bei den seit langem im Kampf stehenden Alliierten, aber ist das ISAF-Mandat nicht ursprünglich erteilt worden, um dem Land Frieden und Sicherheit zu bringen, und das vor beinahe zehn Jahren? Zweitens summieren sich die Enttäuschungen, die von immer neuen Misserfolgen ausgehen: Eine dauerhafte Befriedung des Landes wurde zu keinem Zeitpunkt erreicht, statt dessen droht mittlerweile sogar eine mittelfristige Destabilisierung Pakistans und weiterer Nachbarländer. In Kürze: Der Einsatz erfüllt seine Ziele nicht. Des Weiteren lassen sich die Kosten des Krieges anscheinend kaum noch in eine vernünftige Relation zu seinen möglichen Effekten setzen. Ökonomisch hat diese Investition dieser Meinung zu Folge nicht den erwünschten Mehrwert gesteigerter Sicherheit erbringen können. Aus einer ethischen Sicht kann man ferner die Frage aufwerfen, ob es moralisch vertretbar sei, den Krieg gegen den Terror statt mit Polizei und Justiz im eigenen Land mit *Smartbombs* und Spezialkräften auf dem Rücken der Zivilbevölkerung einer weit entfernten Nation auszutragen, in deren Ohren das Wort „*Kollateralschäden*“ einen unerträglichen Euphemismus darstellen muss. Schließlich bliebe auch noch die Einsicht, dass in historischer Perspektive es bis heute noch keiner ausländischen Macht gelungen ist, Afghanistan dauerhaft zu befrieden, eine Ansicht, die gerne von Landeskennern geäußert wird, wie zum Beispiel Peter Scholl-Latour, von dem das titelgebende Zitat stammt, Überschrift eines Aufsatzes aus dem August 2007⁴. An dieser Aufgabe ist zunächst das britische Empire gescheitert, später, unter anderen Vorzeichen, die Sowjetunion. Deren Demütigung fiel zeitlich zusammen mit dem Anfang ihres Endes als globale Supermacht. Wird sich die NATO ebenfalls verheben?

Sonderlich beliebt ist der Feldzug in Afghanistan außer während seiner Anfangsphase, als die Bilder vom kollabierenden World Trade Center noch gegenwärtiger waren als jetzt, in den Öffentlichkeiten der westlichen Demokratien und Deutschlands nie gewesen. Im April 2009 sprachen sich in einer repräsentativen „Infratest dimap“-Umfrage 64%

³ Vergl. Seliger, M.: „Zielstrebig ins Gefecht“, in: FAZ, 11.6.2009

⁴ Vergl. Scholl-Latour, P.: „Raus aus Afghanistan“, in: Cicero, August 2007.

der Befragten für einen möglichst schnellen Rückzug der Bundeswehr aus. Zugleich ist die Zahl der Unterstützer des ISAF-Einsatzes in allen politischen Parteien Deutschlands gesunken⁵. Die US-Bürger erklärten sich zum selben Zeitpunkt in ihrer Mehrheit mit dem Kurs der neuen Administration Obama einverstanden, welcher eine weitere Aufstockung der Truppenstärke bei gleichzeitiger Intensivierung des zivilen Wiederaufbaus vorsieht⁶, aber die langfristige Verlässlichkeit dieser Zustimmung bewerteten die meisten Kommentatoren bereits vor seiner Wahl als unsicher.⁷

Zugleich hat die Wahl einer Demokratischen Regierung in den Vereinigten Staaten zu einer Neujustierung der amerikanischen Außenpolitik beigetragen. Neben einer größeren Konzilianz im Umgang mit Verbündeten und einem stärkeren Akzent auf Einbindung starker Schwellenländer in globale Problemlösungspolitiken hat sich Präsident Obama vor allem um eine symbolische und moralische Aufwertung der amerikanischen Politik bemüht. Besonders die Gesprächsangebote an den Iran und Kuba und die Ankündigung, das Gefangenenlager Guantanamo schließen zu wollen, zielten auf eine Stärkung des Ansehens der USA und zugleich auf das Eröffnen neuer Wege, die schwelenden Konflikte im Vorderen Orient zu beenden.⁸ Die Auseinandersetzung der westlichen Staatengemeinschaft mit der globalen terroristischen Bedrohung spielt sich seitdem unter veränderten diplomatischen und programmatischen Rahmenbedingungen ab, ist aber keineswegs einem Abschluss näher gekommen.

⁵ Zahlen nach Infratest dimap: ARD-DeutschlandTREND April 2009, S.1 und 6. Webservice: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit-ard-deutschlandtrend/2009/april/>

⁶ Vergl. „US Rethinks Afghanistan Strategy“, BBC News, 27.3.2009. Webservice: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7966982.stm>

⁷ Vergl. „Kritik an Obamas Afghanistan-Strategie“, in: FOCUS 27.7.2008. Webservice: http://www.focus.de/politik/ausland/uswahl/berlin-kritik-an-obamas-afghanistan-strategie_aid_320571.html

⁸ Vergl. Haddam, A.: „The Obama Administration: Engaging the Muslim World with a new Mindset; Challenges and Opportunities“. Paper presented at the CSID 10th Convention, Washington (DC) 2009, S. 1 f.

Der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf war auch von der Auseinandersetzung um die Frage bestimmt, ob die US-Army im Irak stationiert bleiben solle. Es ist offensichtlich, dass eine diesbezügliche Entscheidung langfristig nicht ignorierbare Folgewirkungen auch auf die Zukunft des Afghanistaneinsatzes haben wird.

Vor dem Hintergrund all dieser Entwicklungen nimmt es also kaum Wunder, dass ursprünglich auf marginale politische Positionen beschränkte Forderungen nach einem Rückzug vom Hindukusch nun angesichts sich auftürmender Misserfolge und einer diplomatischen Gezeitenwende bis in die Feuilletons und die Mitte der Politik vorgedrungen sind. Die Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen lehnt zwar einen Sofortabzug aus Afghanistan ab, doch hat sie ihre Zustimmung zur Verlängerung des Einsatzmandats für die Bundeswehr mehrfach verweigert und plädiert für die Beendigung der militärischen Bekämpfung der Taliban im Rahmen der Mission „*Operation Enduring Freedom*“.⁹ Die LINKE fordert unumwunden den Abzug der Bundeswehr.¹⁰ Noch weiter am Rande des politischen Spektrums stehende Kräfte wie das Attac-Netzwerk, welches keineswegs allein demokratische Friedensaktivisten und Globalisierungskritiker repräsentiert, lehnen die Existenz der NATO als solcher ab und wissen sich dabei in seltener Einigkeit mit rechtsextremen Gruppen¹¹. Noch stehen die großen Bundestagsfraktionen in ihrer Mehrheit hinter der Bundeswehr und dem Afghanistaneinsatz, doch angesichts zunehmender Gewalt gegen die Bundeswehr ist es fraglich, ob diese Front nicht unter Druck gerät und zusammenbricht. Ein spektakulärer Schlag der Taliban entweder gegen deutsche Soldaten in Afghanistan oder gar in Deutschland selbst könnte unabsehbare politische Folgen haben, wie sich am politischen Nachspiel im vergleichbaren Fall der Anschläge von Madrid im März 2004 erwiesen hat. Die Erinnerung an den Bundestagswahlkampf 2002 lehrt zudem, dass entsprechende

⁹ Vergl. Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion: „Kurswechsel jetzt“, S. 1 und S.6 f. Websource:http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/223/223415.kurswechsel_jetzt.html

¹⁰ Vergl. Schäfer, P.: „Afghanistan – Eskalationsspirale kommt in Schwung“, Presseerklärung 9.6.2009. Websource: http://www.presseportal.de/pm/41150/1420089/die_linke

¹¹ Vergl. „Irrwitz-Krieg am Hindukusch“, in: Nation & Europa, 11/12 2008, S. 15.

Breitenunterstützung für pazifistische Rhetorik in der Bevölkerung ohne weiteres aktivierbar wäre.¹²

Schwächer geworden sind jedenfalls die Stimmen, welche unbeirrt eine Fortführung des Einsatzes in seinen bisherigen Rahmenbedingungen fordern und die Ursachen der sich häufenden Widrigkeiten sowie diese selbst aus verschiedensten Gründen konsequent ignorieren. Unvergessen und noch nicht völlig überwunden ist z.B. die hartnäckige Weigerung der deutschen Bundesregierung, die sich intensivierenden Kampfhandlungen als „Krieg“ und die dabei getöteten Soldaten des westlichen Bündnisses als „Gefallene“ zu bezeichnen und als Reaktion darauf das deutsche Kontingent eventuell zu verstärken oder anders auszurüsten.¹³

Stattdessen hat sich in den zurückliegenden zwei Jahren eine breite und zusehends meinungsangebende Strömung im öffentlichen Diskurs entwickelt, welche versucht, zwischen den Extremen eines „pull-out“ und eines „Weiter so!“ Mittelwege aufzuzeigen, indem sie die Kritik an den derzeitigen Zuständen in Afghanistan annimmt, aber statt eines Rückzugs andere Wege zu Stabilität und Befriedung vorschlägt. Die konkreten Vorstellungen hierzu klaffen allerdings weit auseinander und widersprechen sich in Teilen.

Aus militärischer Sicht ist wiederholt auf den Erfolgsfaktor personell umfangreicher und mit schwerem Gerät ausgestatteter Bodentruppen hingewiesen worden. Die Erfahrungen aus dem Irak lehrten, dass die zentrale Größe bei der Unterdrückung insurgenter Opposition in möglichst hoher technischer und zumindest punktuell zahlenmäßiger Überlegenheit bestehe. Erst der Übergang zum großmaßstäbigen Infanteriekampf ermögliche die Kontrolle z.B. aufrührerischer Stadtteile oder Landesregionen.¹⁴ Es ist hingegen wiederholt angezweifelt worden, dass die seit einigen Jahren im Irak herrschende relative Ruhe Ergebnis

¹² Vergl. Quandt, M.: „Neue Themen, neue Lage: Irak-Krise und Elbe-Hochwasser als wahlentscheidende Ereignisse?“, in: Güllner, M. et al. (Hrsg.): „Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik.“ Wiesbaden 2005.

¹³ Vergl. Hengst, B.: „Gefallen in Afghanistan“; in: Der Spiegel, 27.10.2008.

¹⁴ Vergl. Rühl, L.: „Übergang zum Partisanenkrieg“, in: FAZ, 24.5.2009; Ders.: „Vor Entscheidungen im Irak und in Afghanistan“, in: FAZ, 27.12.2007; Ders.: „Zeichen des Scheiterns“, in: FAZ, 3.4.2006.

bewusster Militärstrategie gewesen sei. Vielmehr gehe sie auf ein inoffizielles Stillhalteabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den tonangebenden Stammesgruppen der irakischen Bevölkerung zurück.¹⁵

Seit einigen Monaten findet sich in den Medien deshalb ebenfalls gehäuft der Vorschlag, man möge sich mit „*gemäßigten Taliban*“ bezüglich der weiteren Zukunft Afghanistans ins Benehmen setzen – ein Kompromiss mit moderaten Islamisten über deren Beteiligung an der politischen Herrschaft also, wobei jedoch unmittelbar kritisch die Frage nachgeschoben wird, ob es denn so etwas wie „*gemäßigte Taliban*“ überhaupt gebe und wo im Zweifelsfalle die Grenzlinie zwischen gerade noch akzeptabler muslimischer Orthodoxie und gefährlicher Radikalität gezogen werden könnte.¹⁶

Noch aus der Frühzeit der Diskussion um die Konzeption eines „*Kampfes gegen den Terror*“ stammen Vorschläge, man möge den Akzent des internationalen Engagements in Afghanistan von militärischer Auseinandersetzung auf zivilen Wiederaufbau verschieben, um die Sympathien der Zivilbevölkerung zu gewinnen. Bei der „*Battle of Hearts and Minds*“¹⁷ der muslimischen Mehrheitsbevölkerung dürfe man nicht auf der abstrakten Ebene intellektueller Auseinandersetzungen zwischen den aufklärerischen Prinzipien westlicher Demokratie und eifernder Mittelalterlichkeit stehenbleiben – statt dessen müssten die Vorzüge stabiler Staatlichkeit für den Einzelnen endlich real erfahrbar werden. Aus dieser Sicht sollte also der Kampf gegen die Taliban auf geistiger und materieller Ebene zugleich geführt werden, eine Kombination aus Überzeugungsarbeit und schrittweiser Wiederherstellung funktionierender Staatsstrukturen den Radikalen Sympathien entziehen und sie ihrer Umgebung entfremden.

¹⁵ So etwa Svensson, B.: „Ein besseres Jahr für den Irak“, in: Die Welt, 14.2.2008; Vergl. auch Boettcher, A.: „Facetten des Widerstands im Irak seit 2003“, Vortrag, Nürnberg 4.4.2008, S. 2 f. Webservice: <http://www.brueckenuernberg.de/pdf/vortrag/Facetten%20des%20Widerstands%20im%20Irak.pdf>

¹⁶ Vergl. Maass, C.: „Gespräche mit Taleban. Risikoreiche Kurskorrektur der US-Politik in Afghanistan.“, in: SWP-Aktuell 2009/A 14.

¹⁷ Vergl. Lennon, A.: „The Battle for Hearts and Minds: Using Soft Power to Undermine Terrorist Networks“, Cambridge (MA), 2003.

Als Facette davon kann man Vorschläge einordnen, die Afghanen zukünftig stärker selbst in die Verantwortung zu nehmen, wobei dies selbstverständlich nicht ohne Hintergedanken zu sehen ist. Hilfe zur Ausbildung einheimischer Polizei- und Armeekräfte soll die Afghanen mit ihrer überlegenen Landeskenntnis in die Lage versetzen, selbst besser für ihre Sicherheit zu sorgen, als es ausländische Soldaten jemals könnten – die damit verbundenen Risiken trafen allerdings ebenfalls die Afghanen selbst.¹⁸

Vordergründig drehen sich diese Vorschläge rein pragmatisch um bessere Lösungswege, doch mischen sie sich zugleich in eine seit langem virulente transatlantische Generaldebatte über die künftige Rolle der NATO als zentrales militärisches und sicherheitspolitisches Instrument der westlichen Staatengemeinschaft, ihre Zielsetzung und ihr Gewicht. Wird sie globales Interventionsinstrument und Weltantiterrortruppe oder betont sie stärker ihre Rolle als Verteidigungsbündnis und Stabilitätsanker, nicht jedoch Stabilitätsexporteur?¹⁹

Während diese Debatten sich zutragen, deutet sich an, dass Afghanistan zwar lange Zeit im Focus der alliierten Anstrengungen stand, andere Bedrohungsherde jedoch wieder an Bedeutung gewinnen. Seit Monaten toben Kämpfe zwischen Talibanmilizen und Regierungstruppen im pakistanischen Swat-Tal, wo die Rebellen flächendeckend die Macht übernehmen konnten.²⁰ Das Land hat kürzlich eine Regierungskrise überstehen müssen und wird von einer als notorisch schwach eingeschätzten Regierung geführt, deren Spielraum durch die Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftskrise weiter eingeengt wird. Die Befürchtungen auswärtiger Beobachter richten sich

¹⁸ Vergl. NATO Bucharest Summit Declaration, 3.4.2008. Websource: <http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html>

¹⁹ Vergl. Keller, P. & Kunze, Th.: „Im Zeichen des NATO-Gipfels“, in: Analysen und Argumente, Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2008, S.3 f. Siehe auch Langguth, G.: „Transatlantische Strategien“, in: Rheinischer Merkur, 26.9.2002.

²⁰ Vergl. „Tausende Zivilisten flüchten aus dem Swat-Tal“, Der Spiegel online, 5.5.2009.

vor allem darauf, dass ein radikalislamisches Regime nach einer Machtübernahme die Kontrolle über Pakistans Atomwaffen besäße.²¹

Zu einiger Aufmerksamkeit ist in letzter Zeit außerdem Somalia gelangt. Die wiederholten Überfälle von Piraten auf westliche Passagier- und Handelsschiffe mögen vordergründig ein marginales Ärgernis mit Seeräuberromantikpotential darstellen, verweisen jedoch auf die Brisanz einer Situation, in der ein weitgehend desintegriertes Staatsgebiet an eine Hauptverkehrsader internationaler Transportrouten angrenzt. Es wird dabei darauf hingewiesen, dass die eigentlichen Ursachen der Piraterie an Land zu suchen seien. Islamistische Milizen werden außerdem seit langem verdächtigt, nicht nur an der Piraterie zu profitieren, sondern terroristische Aktivitäten in ihrem Machtbereich zu unterstützen. Doch was folgt daraus? Bahnt sich hier das nächste Ziel einer Intervention an, ausgerechnet in dem Land, aus dem sich eine internationale Eingreiftruppe schon einmal unter demütigenden Bedingungen zurückziehen musste? Erst 2008 zog sich Äthiopien nach einem weiteren Versuch, die Lage zu stabilisieren, militärisch aus dem Nachbarland zurück.²²

Zugleich scheint die bereits erwähnte relative Ruhe im Irak trügerischer Natur gewesen zu sein. Mehr als 60 Menschen starben bei einer Anschlagsserie in Bagdad Mitte Mai 2009, die den Auftakt zu einem erneuten Abgleiten in den Bürgerkrieg darstellen könnte.²³

Nach einem tödlichen Überfall auf Deutsche Staatsbürger rücken auch die Aktivitäten Al-Quaidas im Jemen ins Interesse der Medien.²⁴ Das

²¹ Vergl. Waraich, O.: „Is a Better Government possible in Afghanistan?“, in: TIME-Magazine Online, 8.5.2009. Websource: <http://www.time.com/time/world/article/0,8599,1896654,00.html>

²² Vergl. Scheen, Th.: „Somalias Piraten: Die Lösung liegt auf dem Land“, in: FAZ, 2.5.2009.

²³ Vergl. „Gewaltwelle im Irak“, Süddeutsche Zeitung online, 22.5.2009.

²⁴ Vergl. Blechschmidt, P.: „Sicherheitskreise verdächtigen al-Qaida“, in: Süddeutsche Zeitung, 16.6.2009.

Land diene der Organisation als Refugium und werde zunehmend „zum Problemfall“.²⁵

Bei den hier aufgeführten Ereignissen handelt es sich um Momentaufnahmen aus dem ersten Halbjahr 2009. Es erscheint aber nicht sehr gewagt anzunehmen, dass, wenn er zwei Jahre zuvor zusammengestellt worden wäre, er nicht wesentlich anders aussehen würde. Auch eine hypothetische zukünftige Version aus dem Jahre 2011 würde wohl ähnlich Betrübliches als Bestandsaufnahme beinhalten. Was macht eigentlich Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen zu derartigen Herausforderungen? Ist es unzureichendes Wissen über ihre innere Natur und ihre Wechselwirkungen? Sind es ungeeignete Politikansätze oder eine fehlgeleitete Perzeption des Problems? Oder fehlen schlicht die Möglichkeiten, sie zu bekämpfen?

Die Regelmäßigkeit, mit der solche Meldungen ihren Weg in die westlichen Medien finden, verweist jedenfalls auf die Hartnäckigkeit eines weit über den Einzelfall Afghanistan hinausweisenden, wiederkehrenden Musters: einer Spirale aus sich auflösender staatlicher Ordnung und potentiell überschwappender Gewalt, welche sich auf Nachbarregionen ausdehnt und die Interessen der westlichen Wertegemeinschaft im Globalmaßstab zu bedrohen scheint. Einher geht dieser Prozess scheinbar mit terroristischen Risiken auch für weit vom eigentlichen Krisenherd entfernte Staaten. Und zugleich fällt es den handelnden sicherheitspolitischen Akteuren immer schwerer, die notwendige innenpolitische Rückendeckung für nach außen gerichtete, stabilitätserzeugende Maßnahmen zu erhalten. Die Vielzahl und Langlebigkeit der einzelnen Bedrohungen und ihre zeitliche Überschneidung mit anderen, das Aktionspotential westlicher Regierungen verengenden Gefahren, wie der globalen Finanzkrise, scheint ihre Kräfte zusehends zu übersteigen. Diese Situation lässt sich als ein *Sicherheitspolitisches Trilemma* bezeichnen.

Die Volkswirtschaftslehre kennt den Begriff des „*Gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts*“. Dieses gilt dann als gegeben, wenn es gelingt, verschiedene, teils einander diametral widerstrebende

²⁵ So Thumann, M.: „Ein neues Refugium für al-Qaida“, in: ZEIT ONLINE, 17.6.2009.

wirtschaftspolitische Zielsetzungen gleichzeitig zu verwirklichen, z.B. Vollbeschäftigung, Preisstabilität, Wachstum, Außenhandelsgleichgewicht oder auch Umweltschutz und gerechte Einkommensverteilung. Jedes dieser Ziele stellt für sich bereits eine Herausforderung an staatliches Handeln dar, die synchrone Umsetzung grenzt jedoch an ein Mysterium. Die Politik befindet sich in der Mitte eines „magischen“ Vier-, Fünf- oder Sechsecks, welches sich durch äußerste Labilität auszeichnet: Schritte zu mehr Wachstum können das Ziel der Einkommensgleichheit oder Vollbeschäftigung gefährden, das umgekehrte gilt jedoch ebenso. Zielkonflikte sind unvermeidlich, wodurch die Handelnden ständig Gefahr laufen, die schwankende Plattform, auf der sie agieren, einseitig zu vertrimmen und damit zum Absturz zu bringen. Dauerhaft eine Balance herzustellen, gleicht fast schon der Zauberei.²⁶

Sicherheitspolitik, die sich der Problematiken des Staatsversagens und Terrorismus widmet, steht vor ähnlichen Herausforderungen. Sie ist zunächst mit Problemen auf der Sachebene konfrontiert, die wiederum in verschiedene Bereiche einzuordnen sind, zum Beispiel den der Identifikation der tatsächlichen Risiken einerseits und oder den der Wege zu ihrer Bewältigung andererseits. Darüber hinaus sind vor allem innenpolitisch Hindernisse auf der Entscheidungsfindungsebene relevant, also die Frage, wie und warum über die Probleme auf der Sachebene debattiert und entschieden wird. Kurz gesagt, muss Sicherheitspolitik im ersten Schritt Sicherheitsrisiken korrekt identifizieren und analysieren, zweitens mit den verfügbaren Mitteln einen Weg finden, sie zu neutralisieren, und drittens diesen Weg so wählen, dass er diskursiv durchsetzbar ist – wobei auf jeder dieser Ebenen komplexe und fehleranfällige Entscheidungen anstehen und sich die Ebenen partiell überlappen. Es kollidieren hier wie beim Beispiel der Wirtschaftspolitik verschiedene Zeithorizonte und politische Ziele – zum Beispiel langfristige äußere Sicherheit und kurzfristiger innenpolitischer Rückhalt – ,und Überbetonung des einen Ziels auf

²⁶ Vergl. Seidel, H. & Temmen, R.: „Grundlagen der Volkswirtschaftslehre“. Siegburg, 1993: S.299 ff.

Kosten der anderen ist geeignet, das gesamte Konstrukt aus der Balance zu werfen.

Zur Verdeutlichung dieses Gedankens kann man an die bereits erwähnte Lage der spanischen Regierung Aznar vor und kurz nach den Anschlägen von Madrid erinnern, und sie auf deutsche Verhältnisse hypothetisch übertragen: Gesetzt den Fall, die Bundesregierung sei der Ansicht, dass von der Auflösung staatlicher Strukturen und den Aktivitäten radikaler Terrororganisationen in Afghanistan eine Gefährdung der deutschen Sicherheit ausgehe. Allerdings seien ihre militärischen und finanziellen Ressourcen stark begrenzt. Zugleich sei jedes längerfristige militärische Engagement in der Bevölkerung unpopulär. Entscheidet sich die Regierung nun dazu, mit allen verfügbaren Mitteln auf die Sicherheitsbedrohung zu reagieren, überstrapaziert sie ihre Ressourcen und verliert außerdem öffentlichen Rückhalt. Eine Ausrichtung der Maßnahmen ausschließlich an den Kriterien der Durchsetzbarkeit und Machbarkeit schont zwar diese Ressourcen und den Rückhalt der Regierung, greift aber ggf. zu kurz bei der Bekämpfung des eigentlichen Sicherheitsrisikos. Gesetzt den Fall, die Bevölkerung wäre aus welchen Antrieben auch immer in überwältigender Mehrheit bereit, für eine Beendigung des deutschen Engagements einen Regierungswechsel herbeizuführen, wären die Optionen noch unangenehmer: Ein sofortiger Rückzug würde eventuell das politische Überleben der amtierenden Regierung ermöglichen und die mit dem Einsatz verknüpften materiellen Belastungen aufheben, doch welche Folgen hätte dies womöglich für die äußere Sicherheit des Landes auf lange Sicht? Angesichts der sich zuspitzenden Diskussionen über das Thema, wie sie oben nur cursorisch dargestellt wurden, ist es vielleicht nur der Tatsache, dass bislang Deutschland von einem großen Terroranschlag verschont geblieben ist, zu verdanken, dass sich dieses Szenario, in dem jeder Entscheidungsweg fatale Folgen besäße, noch nicht verwirklicht hat.

Ist nun dieser hier vorerst nur skizzenhaft umrissene Eiertanz unausweichlich und steuert schicksalhaft auf einen Absturz zu, oder gibt es eine Möglichkeit, der systemischen Labilität dieser Situation zu entfliehen? Ist Sicherheitspolitik dazu verdammt, sich in einem Geflecht aus Risiken, Chancen, Notwendigkeiten, Interessen und Meinungen zu

verheddern? Kann es eine Strategie geben, die, empirisch belastbar und theoretisch untermauert, in der Lage ist, die mit Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus verbundenen Gefahren so zu beantworten, dass erstens mehr Sicherheit entsteht, zweitens die Lasten tragbar bleiben und drittens die Wahlbevölkerung dauerhaft zustimmt?

Die vorliegende Arbeit ist der Suche nach genau solch einer Strategie gewidmet.

2. Forschungsfragen und Erkenntnisziele

Welche Fragen sind in welcher Reihenfolge zu stellen, um einen solchen Ansatz entwickeln zu können?²⁷ Es drängt sich eine Antwort auf, die einen Lösungsweg in drei gedanklichen Schritten vorsieht:

- Logischer Ausgangspunkt ist die Analyse des von Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus ausgehenden Sicherheitsrisikos. Wie stellt es sich empirisch dar? Welche Entwicklung hat es in der längerfristigen Rückschau genommen? Worin bestehen seine

²⁷ Die Aufstellung von Forschungsfragen statt der Formulierung von Hypothesen als Ausgangspunkt der Untersuchung folgt den methodischen Untersuchungen Norman Blakie's, vergl. Blakie, N.: „Designing Social Research“, Cambridge, 2000.

Charakteristika im Kontrast zu anderen sicherheitspolitischen Herausforderungen? Mit welchen Mitteln könnte es bewältigt werden und wie sind die generellen politischen Rahmenbedingungen einer möglichen Lösung einzuschätzen? Die Beantwortung dieser Fragestellungen mündet ein in die Entwicklung eines Modells zur theoretischen Erfassung der Bedrohungslage.

- Im zweiten Schritt ist die Frage zu stellen, wie mit der im ersten Teil inhaltlich-theoretisch herausgearbeiteten Bedrohung in der Praxis umgegangen wird. Wie wird über dieses Problem in der Sicherheitspolitik der betroffenen Staaten debattiert und entschieden? Welches sind dabei die Perspektiven und Interessen der beteiligten Akteure? Was bestimmt die Diskussion, wie wird sie mit Sinn aufgeladen? Da, wie bereits ausgeführt, seit geraumer Zeit versucht wird, der Bedrohungslage durch praktische Gegenmaßnahmen entgegenzuwirken, drängt sich auch die Frage auf, wie dies getan wird, in welcher Wechselwirkung es mit den im vorherigen Abschnitt analysierten politischen Diskursen steht, wie sich diese Abwehrstrategien bisher bewährt haben und wo ggf. ihre Fehlerquellen aufzufinden sind. Abschluss der ersten beiden Schritte muss dann die Frage sein, welche Tücken sowohl der Sicherheitsgefährdung als auch der bisher darauf gegebenen Erwidern zu der eingangs beschriebenen Situation geführt haben, in welcher die Sicherheitspolitik gefangen ist in einem Netz widersprüchlicher Interessen und fataler Entscheidungszwänge. Bis zu diesem Punkt handelt es sich um eine Politikanalyse aus „Ex-Post“-Perspektive, d.h. die Untersuchung, warum eine bestimmte Politik welche Folgen gehabt hat.

- Die Lösung der beiden ersten Aufgaben auf analytisch-verstehende Weise bereitet schließlich ein bestimmtes Anforderungsprofil vor, das, in Frageform formuliert, den Ausgangspunkt für die dritte und letzte Sektion der Untersuchung bildet: Wie könnte eine Herangehensweise aussehen, die mit den beschriebenen Problematiken besser umzugehen versteht? Die zunächst zu erstellende Blaupause des Istzustandes wird also benötigt, um nun die „Ex-Ante“-Perspektive zu gewinnen, von der aus synthetisch und produktiv zu einer verbesserten Version gelangt werden

kann.²⁸ Wodurch zeichnet diese sich im Vergleich zu den bisher unternommenen Bemühungen aus? Wie kann sie verallgemeinert werden und somit als Leitfaden für künftige Herausforderungen dienen?

Die überwölbenden Erkenntnisziele sind demnach anwendungsbezogene „Policy-Output“- und „Policy-Improvement“-Analysen und zielen auf die Findung einer verbesserten Gegenstrategie gegen eine zuvor abstrakt umrissene Bedrohungslage. Zu letzterem Zweck sind nachgeordnete, vorbereitende Erkenntnisziele vorgesehen, die der Analyse dieser Bedrohungslage, ihrer sicherheitspolitischen Bearbeitung und der potentiellen Gegenmittel dienen. Untergliedert sind die jeweiligen Leitfragen in Nebenfragen, deren Klärung illustrativ das Gesamtbild prägt und kumulativ auf die Beantwortung der Zentralfrage zuläuft.

3. Theoretische Zugänge und Methodik

Welche Methodik ist nun dazu angemessen? Wie lässt sich eine solche Erkenntnis gewinnen? Diese Fragen berühren offenkundig essentielle politikwissenschaftstheoretische Gesichtspunkte, welche von zentraler Bedeutung für das weitere Vorgehen, den Erkenntniswert und die theoretische Positionierung der Arbeit sind und deswegen einer wenigstens exkursiven Klärung und Stellungnahme bedürfen, wengleich an dieser Stelle der Platz fehlt, eine ausufernde wissenschaftstheoretische Fachdebatte in allen Einzelheiten zu rekapitulieren.²⁹

²⁸ Zur Ex-Post und Ex-Ante-Perspektive der Politikfeldanalyse vergl. Wollmann, H.: „Politikfeldanalyse“, in: Nohlen, D. & Schulze, R.: „Lexikon der Politikwissenschaft“, München, 2005³, S. 703 ff.

²⁹ Überblicke bieten Nohlen, D. & Schulze, R., a.a.O, S.567 ff.; Couvalis, G.: „The Philosophy of Science. Science and Objectivity“, London, 1997; sowie Blaikie, N., a.a.O.

Durch die Konzeption des Erkenntnisziels in der vorliegenden Form sind außerdem theoretischer Horizont, Objektivitätsanspruch und Herangehensweise der weiteren Untersuchung bereits in gewisser Weise präjudiziert, besteht doch das Kerninteresse in drei zentralen Fragestellungen: der Feststellung der Tatsachen; der Aufdeckung von Wirkungsbeziehungen; und schließlich der Analyse entscheidungslenkender Rahmenbedingungen, vor allem in ihrer normativen Dimension, als Wünsche und Wertvorstellungen, welche eine Gesellschaft in ihrer Entschlussfindung leiten oder auch einengen. Folglich ist der Charakter der Untersuchung überblicksartig und bewegt sich im Gesamtkontext aller grundlegenden Perspektiven moderner Politischer Theorien.³⁰

Von spezieller Bedeutung ist dabei die auf Anthony Giddens zurückgehende *Theorie der Strukturierung*, an deren zentrale Aussagen sie sich anlehnt.³¹ Giddens' Gedankengang kreist um eine klassische theoretische Fragestellung der Sozialwissenschaften, nämlich um die Unterscheidung zwischen insbesondere vom Individuum nicht veränderbaren gesellschaftlichen Strukturen und individuellem oder kollektivem Handeln, sowie der Wechselwirkungen beider Bereiche. In Abgrenzung zu und unter Kombination von älteren, einseitig objektivistischen und subjektivistischen Ansätzen vertritt Giddens die Ansicht, dass sich beide Bereiche nicht als monolithische Blöcke gegenüberstehen und beide Sphären sich keineswegs kategorial ausschließen, sondern dass menschliches Handeln von Strukturen vorgeprägt ist, diese aber zugleich verändern kann. Kommunizierenden Röhren gleich beeinflussen sich beide Ebenen wechselseitig, und erst ihre Rückkopplung erzeugt kumulativ eine soziale Realität. Giddens lenkt damit den Blick auf die Bedeutung sozialer Diskussions- und Entscheidungsprozesse, politischer Diskurse und wissenschaftlicher

³⁰ Vergl. von Beyme, K.: „Politische Theorien im Zeitalter der Ideologien“, Wiesbaden, 2002.

³¹ Vergl. zum Folg. Giddens, A.: „The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration“, Cambridge, 1984; sowie Walgenbach, P.: „Giddens' Theorie der Strukturierung“, in: Kieser, A. (Hrsg.): „Organisationstheorien“, Stuttgart, 1999³. Vergl. auch Weber, M.: „Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“, in: „Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre“. Hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1985⁶, S. 146-148.

Debatten, welche diesen Mechanismus aufrechterhalten, ohne zugleich die Existenz objektiver, überprüfbarer, unabhängig von sozialer Konstruktion bestehender Tatsachen auszublenden. Die ontologische Deutung sozialer Phänomene als Produkt aus harten Fakten einerseits und deren diskursiver Bearbeitung andererseits erzeugt den spezifisch universalen Charakter dieses Theorieansatzes.

Parallelen zum hier im Raume stehenden Thema sind offensichtlich. Auch im Bereich der Sicherheitspolitik kann beobachtet werden, dass einerseits harte, objektive Sicherheitsrisiken bestehen, aber erst deren gesellschaftliche Wahrnehmung und daraus sich ableitende Gegenstrategien eine Melange bilden, welche die gesamte Wirklichkeit repräsentiert. Auch die angesprochenen, ineinandergreifenden Interaktionen können abgebildet werden, schafft doch zum Beispiel die als Antwort auf ein Sicherheitsproblem implementierte Abwehrmaßnahme eine neue Lage, welche die strukturelle Bedrohungssituation ihrerseits zu verändern mag, zum Beispiel, wenn sich Terroristen an Gegenstrategien anpassen, ihr Handeln ändern, um damit eine neue Ausgangssituation schaffen.

Durch den Versuch einer Übertragung der Gedankengänge von Giddens auf eine sicherheitspolitische Fragestellung wird hier nicht nur ein bloßer Transfer theoretischer Zugänge versucht, sondern zugleich deren Weiterentwicklung durch Fokussierung auf einen zentralen, besonders interessierenden Punkt, nämlich die Fehlerquellen und Anfälligkeiten in den angedeuteten Kopplungsvorgängen zwischen den hier als Sach- und Diskursebene bezeichneten Bereichen. Gerade bei einer derart psychologisierten und angstbeladenen Gefährdung wie Terrorismus liegt die Frage nahe, ob beide Sektoren noch in einem produktiven wechselseitigen Prägungsprozess stehen oder ob dieser gestört ist, und wenn ja, wie und wo?

Außerdem wird hier in Anlehnung an Ernst Fraenkel "Politik" in einem pluralistischem System als ein ergebnisoffener Prozess definiert, in dem Individuen Entscheidungen über Angelegenheiten von interindividueller Bedeutung treffen: *„Eine jede totalitäre Diktatur geht von der Hypothese eines eindeutig bestimmbar, vorgegebenen Gemeinwohls aus. Von ihm wird unterstellt, es sei ausreichend detailliert, um von der*

*Einheitspartei als politisches Aktionsprogramm verwertet werden zu können. ... Der Pluralismus beruht auf der Hypothese, dass in einer differenzierten Gesellschaft im Bereich der Politik das Gemeinwohl lediglich a posteriori als das Ergebnis eines delikaten Prozesses der divergierenden Ideen und Interessen der Gruppen und Parteien erreicht wird.*³²

„Sicherheitspolitik“ kann also bestimmt werden als derjenige Seitenzweig dieses Prozesses, der sich mit der Sicherung der Individuen vor Gefahren befasst, wobei ihre Themen und ihr Inhalt Gegenstände eines diskursiven Prozesses sind. So wird abermals deutlich, was mit der oben getroffenen Unterscheidung der Analyseebenen in eine Sach- und eine Diskurssphäre angedeutet wurde; dass nämlich sich Politik allein quantitativ-analytisch nicht abschließend beschreiben lässt. Gerade am Beispiel der Sicherheitspolitik lässt sich demonstrieren, dass zwar die Faktizität einer Bedrohung der Sicherheit ggf. empirisch nachgewiesen werden kann, die Frage aber, was das zu Schützende eigentlich ausmacht, dessen Sicherheit bewahrt werden muss, sich schlechterdings nicht ohne normative Bezüge klären lässt.³³ Diese letzteren entwickeln ihrerseits eine Dynamik, die nicht notwendigerweise mit dem eigentlich faktischen Sachverhalt korrespondieren muss.

Eine Kombination der oben ausgeführten Gesichtspunkte, d.h. des Verhältnisses von Struktur und Handlungsoptionen, von Entscheidungsprozessen und den sie beeinflussenden Faktoren unter besonderer Berücksichtigung ihres Ergebnisses, führt schließlich zur Bildung eines zyklischen Modells der Sicherheitspolitik, das es am ehesten erlaubt, die genannten komplexen wechselseitigen Wirkungsfaktoren in ihrer Gesamtheit abzubilden und zum Ziel einer Politikwirksamkeitsmessung und –verbesserung zu gelangen.³⁴ „Policy-Cycle“- Modelle sind erstmals Anfang der 1970er Jahre zu genau dem

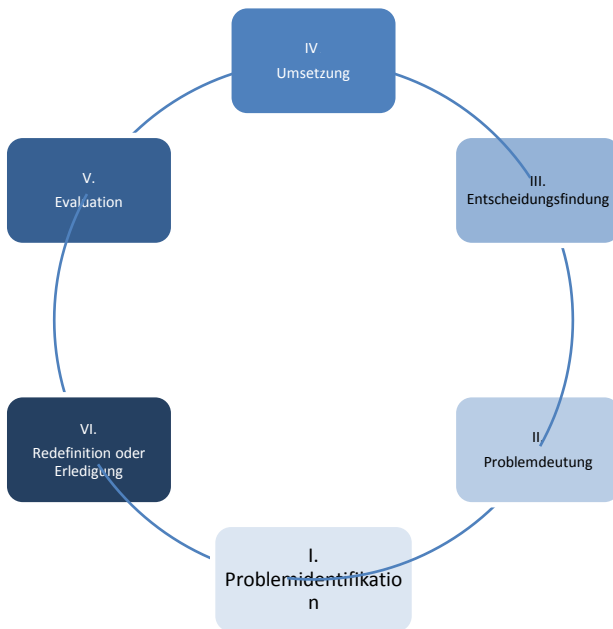
³² Zit. Fraenkel, E: „Deutschland und die westlichen Demokratien“, 6.Auflage, Stuttgart 1974, S.189 ff., vergl. ebd.

³³ Vergl. Siedschlag, A.: „Methoden der Sicherheitspolitischen Analyse“, Wiesbaden 2006, S. 5 f. und S. 9 ff.

³⁴ Vergl. hierzu und zum Folg. Wollmann, H., a.a.O. Ferner Jann, W. & Wegrich, K.: „Phasenmodelle und Politikprozesse“, in: Schubert, K. & Bandelow, N. (Hg.): „Lehrbuch Politikfeldanalyse“, München, 2003. Siehe auch May, J. & Wildavsky, A. (Hg.): „The Policy Cycle“, London, 1978.

hier in Frage stehenden Zweck entwickelt worden. Sie unterstellen, dass das Handeln politischer Akteure, insbesondere des Staates, nach einem initialen Anstoß in verschiedenen sequentiellen Phasen zu einem bestimmten Ergebnis führt. Demnach erlaubt die Analyse dieser Aktionsphasen eine Erklärung, wie es zu diesem Ergebnis kam, d.h. welche sachlichen oder politischen Faktoren es gesteuert haben und wie ggf. ein besseres Ergebnis zu erzielen ist. Einzelne Modelle unterscheiden sich stark in der Anzahl und Abfolge der angenommenen Zwischenschritte eines Politikreislaufs, teilen aber alle den beschriebenen methodischen Ansatz. Daraus wird folgendes Modell als Leitfaden der vorliegenden Untersuchung abgeleitet:

Abb. 1: Sicherheitspolitischer Zyklus (Eigene Grafik, L.K.)



Phase I: Ein sicherheitspolitisches Problem ist ein solches Phänomen, welches zentrale, daseinsnotwendige Interessen einer Gemeinschaft, z.B. ihren Bestand, ihre Versorgung mit notwendigen Gütern oder die Gültigkeit ihrer Wertvorstellungen in Frage stellt. Voraussetzung seiner Wahrnehmung und Identifikation als Problem ist, dass sein Bedrohungspotential eine Schwelle der Erträglichkeit auf Seiten der Bedrohten übersteigt.

Phase II: Die Betroffenen debattieren nach der Wahrnehmung eines Sicherheitsproblems über dessen Charakter und analysieren es. Dabei entwickeln sie verschiedene Deutungen, welche alternativ Grundlage ihres praktischen Handelns sein können.

Phase III: Im anschließenden Diskurs entscheiden sich die Betroffenen mehrheitlich für eine Deutung, wobei diese Entscheidung von verschiedensten Faktoren beeinflusst wird. Diese Deutung ist Fundament eines Handlungsprogramms, welches die Bedrohung aufheben soll.

Phase IV: Auf dieser Ebene wird das zuvor formulierte Aktionsprogramm umgesetzt, z.B. durch politische, wirtschaftliche, legislative, diplomatische oder militärische Handlungen.

Phase V: Die Wirksamkeit dieser Schritte wird unter der Frage beobachtet, ob sie die Bedrohung tatsächlich aufheben.

Phase VI: Je nach dem, ob sich ein Erfolg eingestellt hat oder nicht, wird ein weiterer Zyklus durchlaufen, um eine bessere Lösung zu erzielen (Redefinition), oder das Problem wird als erledigt betrachtet, wenn sein Bedrohungspotential beseitigt oder auf ein erträgliches Maß reduziert ist.

In der Realität können verschiedene dieser Phasen auch synchron verlaufen. Ferner ist die Problemidentifikation nicht der einzig mögliche Startpunkt des Zyklus, auch Veränderungen bei einer der genannten Stationen können ihn auslösen: So ist zum Beispiel denkbar, dass ein Sicherheitsproblem, das als bereits erledigt betrachtet wurde, dadurch wieder auf die politische Agenda gelangt, dass im Bereich der Umsetzung (Phase IV) die notwendigen Handlungsmöglichkeiten durch veränderte Rahmenbedingungen entfallen. Insgesamt ist jedoch die mit

diesem Raster gegebene Möglichkeit zur übersichtlichen Strukturierung komplexer, vielschichtiger Vorgänge notwendig, obwohl es zugleich etwas unflexibel ist.³⁵

Unter Rückgriff auf die entwickelten Forschungsfragen und den bereits eingeführten Gedanken des *Sicherheitspolitischen Trilemmas*, und unter Hinzunahme dieses Phasenmodells bietet sich nun ein theoriebasierter Analyserahmen, der es erlauben wird herauszuarbeiten, worin im Falle des sicherheitspolitischen Problempaars Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus die eigentliche Herausforderung besteht. Konkret besteht die Aufgabe im Nachzeichnen des Kreislaufs dieses Begriffspaars durch den sicherheitspolitischen Zyklus, um eine Erklärung für den eingangs beschriebenen, unbefriedigenden Erfolg bei der Bekämpfung des von ihm ausgehenden Bedrohungspotentials zu erhalten. Das Abklopfen der einzelnen Durchgangphasen auf Fehlerquellen ermöglicht dann einen verbesserten Ansatz entwickeln. Dieser sollte in der Lage sein, das *Trilemma* aufzulösen.

Theoretischer Zugang und Thema dieser Dissertation erfordern ferner eine Betrachtung sowohl auf faktischem als auch auf diskursivem Niveau mit besonderer Beachtung ihres Konnexes, was folgerichtig einen „Mixed Methods“-Ansatz³⁶ in der Wahl der Analyseinstrumente nahelegt.

Es ist außerdem offenkundig, dass diese Themenstellung in ein Wissenschaftsgebiet fällt, das seinen Reiz besonders aus seinen vielfältigen interdisziplinären Bezügen gewinnt. Sie bewegt sich auf einer Schnittstelle aus Terrorismusforschung, Politikwissenschaft, vergleichender Soziologie, Nationalökonomie, Regierungslehre und anderen Fachgebieten, und muss sich zur Klärung ihrer Forschungsfrage u.a. auch der Ergebnisse der Massen- und Individualpsychologie bzw. Forensik, Volkswirtschaftslehre, Kriminologie, Rechtswissenschaft und Staatsphilosophie bedienen. Demnach drängt es sich förmlich auf, sich hinsichtlich der Forschungsmethodik in eine Forschungstradition einzureihen, die als zentrales Merkmal der

³⁵ Zu Grenzen und Möglichkeiten sowie zur Kritik am „Policy-Cycle“-Modell vergl. Héritier, A. (Hg.): „Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung“, Opladen, 1993.

³⁶ Vergl. oben FN 33.

Politikwissenschaft ihre Mehrdimensionalität, und, daraus resultierend, einen spezifischen „Methodenmix“³⁷ ausmacht, der in vergleichbarer Form in anderen Wissenschaftsdisziplinen selten vorkommt und sich aus den Erfordernissen des Forschungsgegenstandes „Politik“ ergibt.³⁸

Entsprechend werden für die Klärung der eingangs aufgeworfenen Forschungsfragen folgende Vorgehensweisen gewählt: Im ersten Bereich, der der Klärung der tatsächlichen Bedrohungslage nachgeht, verfährt die Darstellung vorwiegend empirisch-analytisch mit historisch-komparativen, zeitgeschichtlichen sowie statistisch-numerischen Anteilen. Hier sind vor allem quantitative Daten als Grundlage zu gebrauchen. Im weiteren Verlauf wendet sich die Betrachtungsebene, wie bereits ausgeführt, Fragen der Rezeption dieser faktischen Bedrohungslagen und der Art und Weise zu, wie über sie entschieden wird. Es handelt sich hier um einen Aspekt der verstehenden Soziologie, der am besten über Diskurs-, Inhalts- und Medienanalyse zugänglich gemacht werden kann. An dieser Stelle kommen demgemäß überwiegend Dokumenten-, Medien- und Wissenschaftsinhaltsanalyse zum Einsatz, um Motive und Dynamiken der Entscheidungsprozesse zu rekonstruieren. Besonders zur Klärung der bereits angedeuteten psychologischen Anteile der Thematik ist die Betrachtung schriftlicher Selbstzeugnisse relevanter Akteure aufschlussreich, ferner das direkte Gespräch in Form des Interviews und dessen Auswertung.³⁹

Aus alldem ergibt sich demnach eine methodische Anlage der Arbeit, die einerseits aus den prägenden Faktoren ihrer Thematik, ihres Ziels, ihrer Rezipienten und ihrer fachspezifischen Verortung resultiert und zugleich alle zeitgenössischen Bedingungen der Wissenschaftlichkeit zu erfüllen sucht – Falsifizierbarkeit, Widerspruchsfreiheit, personale Objektivität,

³⁷ Zu Inhalt und Vorgehensweise des „Mixed Methods“-Ansatzes vergl. Onwuegbuzie, A.: „Mixed Methods“, in: Ritter, G.: „The Blackwell Encyclopaedia of Sociology“, Vol. 7, Oxford, 2007, S. 2978 ff.

³⁸ Vergl. Buber Agassi, J.: „Objectivity in the Social Sciences“, in: Seeger, R. & Cohen, R.: „Philosophical Foundations of Science“, Vol 11, New York, 1974, S. 305 ff.

³⁹ Vergl. Keller, R. & Viehöver, W.: „Diskurs / Diskursanalyse“, in: Nohlen, D. & Schultze, R., a.a.O, S. 164 ff.

Validität, korrekten Umgang mit Quellen und dokumentarische Verlässlichkeit.⁴⁰

4. Struktur und Entstehung

Die Einführung übernimmt die Aufgabe, in das Thema einzuführen, den Verlauf der Untersuchung sowie ihre wissenschaftlichen und quellenbezogenen Grundlagen aufzuhellen, den Forschungsstand darzustellen und weitere Informationen zu verschiedenen Seitenbereichen bereitzustellen.

Sodann erfolgt die für den weiteren Verlauf der Analyse unerlässliche Klärung des Gehalts zentraler Begrifflichkeiten. Im Gegensatz zu anderen Disziplinen wie der Mathematik windet sich die Sozialwissenschaft bei der Formulierung universeller Definitionen. Desto wichtiger erscheint es, die Verwendung und den Inhalt der folgenden Begriffe zu verdeutlichen: zunächst den des Staates sowie, im Kontrast dazu, den des Staatsversagens, den des Terrorismus, des Islamismus und dessen Spielart, des Dschihadismus, ferner auch den der Sicherheitspolitik und des Sicherheitsbegriffs.

Dies ist der notwendige Ausgangspunkt, um im folgenden, dritten Kapitel die oben angedeutete analytische Sequenz zu vollziehen. Dazu erfolgt zunächst die Analyse der empirischen Evidenz der vom Problempaar Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus ausgehenden Bedrohungslage und im nächsten Schritt, welche Deutungen dieses Problems entwickelt wurden. Der nächste Teil beschäftigt sich hingegen mit der Frage, wie von welchen Akteuren über diese faktische Situation entschieden und debattiert wird. Sodann werden die daraufhin implementierten sicherheitspolitischen Aktionen beleuchtet und im

⁴⁰ Vergl. Popper, K.: "The Logic of Scientific Discovery", London, 1959.

nächsten Schritt ihre Bewährung beurteilt. In dem der Phase VI entsprechenden, letzten Schritt, werden die Erkenntnisse zusammengefasst und zu einer Bilanz des sicherheitspolitischen Sachproblems und seiner diskursiven Bearbeitung kombiniert, mithin zur umfassenden Bewertung des Problems in allen seinen Facetten. Damit ist die Problemanalyse in der „Ex-Post“-Perspektive beendet.

Der nachfolgende, vierte Abschnitt widmet sich der „Ex-Ante“-perspektivischen Suche nach Auswegen aus der zuvor diagnostizierten Lage und formuliert als Ergebnis Handlungsvorschläge für unterschiedliche Adressaten. Den logischen Abschluss bildet eine Zusammenfassung, welche die wesentlichen Resultate in Kürze Revue passieren lässt.

Die Arbeit ist sequentiell entstanden: den thematischen Ausgangspunkt und die Basis bildet die im April 2005 von der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommene Magisterarbeit zum Thema „*Nation-Building bei der Bekämpfung transnationaler Terrornetzwerke*“ des Autors.⁴¹ Diese bildet den Kern der Kapitel I und II. Weitere Teilaspekte der Dissertation sind als in sich abgeschlossene Einzelfalluntersuchungen im Rahmen eines Forschungsaufenthalts an der University of Essex in Colchester (UK) in den Jahren 2007 und 2008 entstanden.⁴² Das Zusammenfügen dieser vorhandenen Textkörper, das Füllen thematischer und inhaltlicher Lücken sowie die Endredaktion erfolgten ab Anfang 2009, wiederum in Bonn, von wo aus auch der überwiegende Teil der Expertengespräche geführt wurde.

⁴¹ Vergl. Karg, L.: „Nation Building bei der Bekämpfung transnationaler Terrornetzwerke“, Magisterabschlussarbeit, Rheinische-Friedrich-Wilhelmsuniversität Bonn, Sommersemester 2005.

⁴² Vergl. Karg, L.: “Assess the contribution of Felson’s ‘ordinary and everyday’ analysis of crime”, Seminararbeit, University of Essex, Herbsttrimester 2007; Ders.: “Islam, State Failure, and Universalism of Western Nationhood: Beyond the Relativist / Absolute Divide?”, Seminararbeit, University of Essex, Frühlingstrimester 2008; Ders.: “What can the police do to counter terrorism?”, Seminararbeit, University of Essex, Frühlingstrimester 2008; sowie Ders.: ““A Nexus between Fragile Statehood & Jihadist Terrorism? Deconstructing a contemporary Security Policy Paradigm from a Sociological & Criminological Viewpoint”, Master Dissertation, University of Essex, 2007/2008.

5. Daten, Quellen und weitere Grundlagen

Im Gefolge des Amoklaufs von Winnenden erschien in der „Süddeutschen Zeitung“ ein Namensartikel mit der Überschrift „Die Stunde der Sterndeuter“, in dem sich der Autor höchst kritisch über die seiner Meinung nach erbärmlichen Erklärungsversuche von Soziologen und Kriminologen, summarisch „O-Logen“ titulierte, äußerte, welche an der harten Unerklärlichkeit dieser fürchterlichen Tat gleichsam wirkungslos abperkten.⁴³ Wenngleich die Titelwahl in klar denunziatorischer Absicht erfolgte, ist doch hier der Finger auf einen wunden Punkt gelegt: auf den des keineswegs selbstverständlichen Erklärungsgehalts sozialwissenschaftlicher Befunde im Einzelfall, auf ihre generell problematische Prognosefähigkeit, sowie ihre hohe Abhängigkeit von einer dichten empirischen Datenbasis, die schlichtweg nicht immer gegeben ist. Die generalisierende Unterstellung der akademisch verbrämten Sterndeuterei im angesprochenen Kommentar ist zwar abzulehnen, doch gerade die Terrorismusforschung muss sich dem Problem der Empirie stellen:⁴⁴ Zuvorderst Terroristen selbst sind in aller Regel fragwürdige Datengeber. Ihre Selbstzeugnisse stellen nicht selten phrasenhafte, nachgereichte, propagandistische Rechtfertigungen für ihr Gewalthandeln dar und verraten über ihre Motivation und Taktiken allenfalls auf interpretativer Ebene Näheres. Man läuft hier Gefahr, einer subjektiven Legendenbildung zur nachträglichen Vorspiegelung von plausiblen Kausalketten in eigentlich in chaotischen Entwicklungsschritten verlaufenen Biographien und bloß taktischem ad-hoc-Aktionismus aufzusitzen. Die allgemein konfusen Lebens- und Gemütszustände aktiv im Einsatz sich befindender Terroristen lassen aber gerade diese Darstellung der eigenen Genese, als einer planvollen,

⁴³ Vergl. Beck, S.: „Die Stunde der Sterndeuter“, in: Süddeutsche Zeitung, 13.3.2009, zit. ebd.

⁴⁴ Vergl. zum Folg. Jenkins, Ph.: „Images of Terror. What we can and can't know about terrorism“, New York, 2003, Ch. I.; Innes, M. & Thiel, D.: „Policing Terror.“, in: Newburn, T.: „Handbook of Policing.“, London, 2008; sowie Schneckener, U.: „Die soziale Konstruktion des „Terrorexperten““, Tagungsbeitrag, Berlin, 2005. Webservice: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2179. Für mündliche Hinweise zum Folgenden dankt der Autor Herrn Darren Thiel, Ph.D., University of Essex, Colchester (UK).

logischen, notwendig und folgerichtig auf ein vordefiniertes Ziel hin ausgerichteten, eher als unglaubwürdig erscheinen. Psychologisch ist gerade dieser verräterische Hang zu Selbstdarstellung und Apologie dennoch aufschlussreich.

Weiterreichende Erkenntnisse lassen sich strenggenommen nur indirekt aus der langfristigen Tendenz terroristischer Vorgehensweisen gewinnen, zum Beispiel aus der regionalen und temporalen Verteilung von Anschlägen oder deren bevorzugtem *modus operandi*, aus der sozialen Zusammensetzung des Personalstamms terroristischer Organisationen, aus bestimmten Kommunikationsmustern oder aus bestimmten Organisationsformen. Aktive Terroristen sind wegen ihrer klandestinen Lebensweise für den Forscher ohnehin kaum persönlich zugänglich. Eigene Ermittlungsversuche könnten schnell lebensgefährlich werden. Aus kriminologischer Sicht ist Terrorismusforschung stets Dunkelfeldforschung.⁴⁵ Somit besteht hier ein nur teilweise überbrückbarer Mangel an verlässlichen Primärquellen. Immerhin können aber die offenen Aktivitäten terroristischer Kräfte, zum Beispiel Anschläge, statistisch erfasst werden; ein Beispiel hierfür ist die „*Global Terrorism Database*“ der University of Maryland.⁴⁶

Vergleichbares gilt weiterhin allerdings auch für Auskünfte der Ermittlungsbehörden, da immer die Gefahr besteht, dass aus ermittlungstaktischen oder politischen Gründen Informationen manipuliert werden. Letztlich sind sie nicht verifizierbar, weswegen man auch die von investigativen Journalisten ermittelten Informationen mit Vorsicht genießen muss, stammen sie doch ebenfalls aus dritter Hand. Dennoch stellen sie nicht selten die einzigen überhaupt verfügbaren Nachrichten dar. Die Terrorismusforschung steht demgemäß unter dem Zwang, auf reichlich begrenzter Quellenlage theoretische Schlussfolgerungen ableiten zu müssen, welche sich in der Praxis schnell als voreilig erweisen können. Die erwartungsvolle Öffentlichkeit zeigt sich darüber regelmäßig enttäuscht. Der einzige Ausweg aus dieser Lage besteht darin, die Reichweite der eigenen Forschungsaussagen an die dürftige Quellenlage anzupassen und keine

⁴⁵ Vergl. zum Begriff des Dunkelfeldes und den Möglichkeiten seiner Erforschung Schwind, H.D.: „Kriminologie“, Heidelberg, 2006¹⁶, § 9.

⁴⁶ Websource: <http://www.start.umd.edu/gtd/>

unaufrichtigen Versprechungen zu machen. Im Folgenden erfolgt noch eine genauere Auseinandersetzung mit den Gründen, die dennoch regelmäßig dazu führen, dass empirisch kaum haltbare Interpretationen in die Medien gelangen, und welche Folgen dies hat.

Der Süffisanz, mit der Ulrich Schneckener in einem lesenswerten Essay die mediale Figur des „Terrorismusexperten“ dekonstruiert⁴⁷, der tatsächlich dem eingangs gezeichneten Zerrbild des O-Logen nahezu kommen scheint, möchte sich der Autor dennoch nicht anschließen. Grundsätzlich sind trotz dürftiger Datenlage in der Terrorismusforschung valide Aussagen möglich, doch nur bezogen auf eng definierte Einzelsegmente des Themenbereichs und keineswegs auf globaler Ebene. Eine allgemeine Theorie des Terrorismus hingegen muss schon aufgrund der dürftigen Quellenlage unmöglich bleiben.

Im Bereich der Staatsversagensforschung fällt die Situation weit weniger kompliziert aus. Tatsächlich existiert hier eine vergleichsweise gut zugängliche Basis von wissenschaftlich aufbereiteten sozioökonomischen Daten über relevante Kennzahlen betroffener Staaten, welche zum Beispiel die Grundlage schaffen für Veröffentlichungen wie das „CIA World Fact Book“⁴⁸, den „Fischer Weltalmanach“⁴⁹ oder ähnlich statistisch ausgerichtete Sammlungen, die eine gute erste Einschätzung der inneren Verfasstheit eines Staates ermöglichen. Nimmt man die Ergebnisse der vergleichenden Politischen Systemlehre als Analyse der staatsrechtlichen Lage eines Landes als Ergänzung hinzu und kombiniert dies mit weiteren Erkenntnissen aus z.B. der Konfliktforschung, Nationalökonomie oder Ethnologie, so entsteht ein engmaschiges Mosaik von Einzelinformationen, welche ein brauchbares Gesamtbild liefern. Diese verknüpfende Vorgehensweise ist auch die Grundlage einschlägiger Studien wie zum Beispiel dem jährlichen erscheinenden „Failed State Index“⁵⁰ oder der „AON-Risk

⁴⁷ Vergl. Schneckener (wie FN 41), welcher in Anlehnung an Donald Rumsfeld die Terrorismusforschung als dominiert betrachtet von entweder „Known Unknowns“ oder „Unknown Unknowns“, zit. ebd. S. 8 mit weiteren Literaturhinweisen.

⁴⁸ Vergl. Webservice: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

⁴⁹ Vergl. Fischer Weltalmanach, Frankfurt / Mn., Jahrgänge 2006, 2007 und 2008.

⁵⁰ Vergl. Webservice: http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350

Map⁵¹, welche alle Rahmendaten zur Lage eines Landes für die Risikoabschätzung durch Auslandsinvestoren zusammenfasst.

Im Extremfall sind zugegebenermaßen in völlige Anarchie abgeglittene Regionen wie Somalia nicht mehr von außen zugänglich und liefern keine verlässlichen statistischen Daten mehr. In diesem Fall muss man sich auf Medienberichte und Schätzungen landeskundiger Experten verlassen.

Im Feld der Sicherheitspolitik stößt man bei Sachverhalten von aktueller operativer Bedeutung auf ähnliche Informationsschwierigkeiten wie im Bereich Terrorismus. Hingegen bemühen sich moderne sicherheitspolitische Akteure, die Grundzüge ihrer Strategien, ihre politische Philosophie und Gegenwartsanalysen dokumentarisch transparent zu machen. Dies geschieht oft in der diplomatischen Absicht, potentiellen Adressaten eigene Handlungsmotive und Ziele zu verdeutlichen und damit tragische Missverständnisse zu vermeiden, womit die Lehren aus Kommunikationsdesastern wie der Kubakrise gezogen werden. Zentrale sicherheitspolitische Dokumente, dahinterstehende Kalküle und Bedrohungsperzeptionen, Strategien und der Weg ihres Zustandekommens und der Entscheidungsfindung, Motivationen und Diskurse sind auch deshalb Gegenstände intensiver Beforschung und Berichterstattung. Darüber hinaus sind für den Forscher die eingebundenen Akteure, Diplomaten, Militärs, Politiker und Ministerialbeamte wenigstens teilweise persönlich erreichbar, was Hintergrundgespräche ermöglicht.⁵²

Im für diese Dissertation außerdem relevanten Feld der sicherheitspolitischen Diskurse in Öffentlichkeit, Medien und Wissenschaft besteht die Möglichkeit einer Annäherung über die Inhaltsanalyse einer exemplarischen Auswahl von Fernsehsendungen, Zeitungsartikeln und anderen medialen Informationen. Meinungsumfragen, wiewohl in ihrer Aussagekraft einzugrenzen, können

⁵¹ Vergl. Webservice: <http://www.aon.com/germany/ueber-aon/presse/political-risk-map-2009.jsp>

⁵² Vergl. Ose, D. (Hg.): „Sicherheitspolitische Kommunikation im Wandel“, Baden-Baden, 2008; sowie Siedschlag, A., a.a.O.

ebenso Rückschlüsse erlauben wie gezielte Interviews von Repräsentanten.⁵³

In der Gesamtschau stellt sich also die Quellenlage im hier relevanten Themenfeld als recht ungleichmäßig dar. Überwiegend sind Sekundär- und Tertiärdaten verfügbar, das eigenständige Erheben primärer Daten ist, abgesehen von unstrukturierten Interviews, kaum möglich. Die Daten sind außerdem ohne klares Übergewicht einer Seite sowohl quantitativer als qualitativer Art. Dies stellt ein letztes, starkes Argument für einen Methodenmix dar, da man offenkundig auf keine der verfügbaren Informationen verzichten kann.

Als Betrachtungsmaßstab kommt letztlich nur eine Kombination aus globaler und nationaler Perspektive in Betracht. Da es sich beim angesprochenen Problempaar um ein globales Phänomen handelt, Sicherheitspolitik zusehends international organisiert ist und eine Verallgemeinerung der Schlussfolgerungen der Untersuchung über Einzelfälle hinaus angestrebt wird, ist einerseits eine Einschränkung der Analyse auf einen Akteur oder einen Problemfall unproduktiv. Dennoch erfolgt andererseits in Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei der vorliegenden Dissertation um eine an einer deutschen Universität angemeldete handelt, eine Konzentration auf die Lage in der Bundesrepublik, ohne dabei europäische und außereuropäische Perspektiven völlig auszublenden. Die deutsche Situation dient bei all ihrer spezifischen Besonderheit, auf die gesondert Bezug genommen wird, als Beispiel für ähnliche Prozesse, die in den Politikformulierungen der meisten westlichen Staaten erkannt werden können.

⁵³ Vergl. Wagner, W.: „Qualitative Inhaltsanalyse“, in: Siedschlag, A., a.a.O., S. 170ff.; sowie Dunn, M. & Mauer, V.: „Diskursanalyse“, in: Siedschlag, A., a.a.O., S. 195 f.

6. Bisheriger Forschungsstand, Innovationsgehalt und Alleinstellungsmerkmale der vorliegenden Arbeit

Es besteht kein wirklicher quantitativer Mangel an Forschungspublikationen aus den Bereichen Staatsversagen und Terrorismus. Beide Themenfelder sind seit Jahrzehnten intensiv beforscht worden und haben im Gefolge des 11. September 2001 einen enormen Interessenzuwachs erhalten. Allerdings markiert diese Feststellung bereits eine wichtige Eintrübung des Bildes: nämlich die, dass insbesondere im Bereich Terrorismus eine Vielzahl effekteischer Titel auf dem Markt ist, denen bei näherer Betrachtung empirische Untermuerung und wissenschaftliche Ernsthaftigkeit abgehen. Nicht nur aufgrund geringer Haltbarkeit und fragwürdiger Belegung schnell überholt, sind solche Veröffentlichungen allein ihrer nicht selten arg reißerischen Titel wegen schon problematisch, da sie mit dem Angstgefühl des Publikums in unverantwortlicher Weise spielen. Auf dieses Problem wird im Rahmen der Inhaltsanalyse der Medienberichterstattung zum Komplex Staatsversagen-Dschihadistischer Terrorismus später noch detailliert eingegangen. Aus den vorgenannten Gründen wird deutlich, dass generell durchaus Bedarf an gehaltvollen, aktuellen Forschungsleistungen zum fraglichen Thema besteht.

Anstatt hier eine komplette Vermessung der Publikationslandschaft anzustreben, welche realistischerweise gar nicht den Anspruch haben kann, allumfassend zu sein, werden anhand einiger exemplarischer Beispielen die Darstellungen vorgeführt, welche bei der Konzeption der vorliegenden Arbeit als Leitfaden gedient haben und anhand derer ihre spezielle Zielrichtung erarbeitet wurde.

Als Grundlagenwerke der Terrorismusforschung gelten die Publikationen von Walter Laqueur, Bruce Hoffman, Gilles Kepel und Peter

Waldmann.⁵⁴ Verlässliche Darstellungen aus journalistischer Feder liefern u.a. Jason Burke und Jean-Charles Brisard.⁵⁵ Den fühlbaren Mangel an Primärquellen ausgleichen können teilweise die Quellensammlungen von Kepel & Milleli sowie Abou-Taam & Bigalke und Lerner & Lerner.⁵⁶ Überblicke mit teils statistischen Angaben bilden Periodika zum Beispiel der Ermittlungsbehörden wie die Verfassungsschutzberichte oder das „Konfliktbarometer“ der HSKF.⁵⁷ Einen speziellen Schwerpunkt auf Einzelaspekte der Terrorismusforschung legen zum Beispiel Giraldo & Trinkunas (Finanzierung und Organisation terroristischer Gruppierungen), Kippenberg & Seidensticker (Geistige Grundlagen des Dschihadistischen Terrorismus) und Andreas Elter (Terroristische Kommunikations- und Medienstrategien).⁵⁸

Im Bereich der Staatsversagensforschung ist bis dato der Band Milliken & Krause Standard und bester Ausgangspunkt, besonders der Beitrag von Martin Dornboos.⁵⁹ Eine besondere Perspektive auf Ursachen und Regulierungsmöglichkeiten schwacher Staatlichkeit bietet Büttner, „Wenn Chaos regiert“.⁶⁰ Ähnlich umfassend wie Milliken & Krause ist der Ansatz des Sammelbandes von Bendel et al., „Demokratie und

⁵⁴ Vergl. Laqueur, W.: „Krieg dem Westen“, Berlin, 2004; Ders.: „Die globale Bedrohung“, München, 2001; Hoffman, B.: „Terrorismus“, Frankfurt / Mn., 2008; Kepel, G.: „Das Schwarzbuch des Dschihad“, München, 2004; Waldmann, P.: „Terrorismus: Provokation der Macht“, Hamburg, 2005.

⁵⁵ Vergl. Burke, J.: „Al-Qaida“, Düsseldorf, 2004; Brisard, J.-Ch.: „Das neue Gesicht der Al-Qaida“, Berlin, 2005.

⁵⁶ Vergl. Kepel, G. & Milleli, J.-P. (Hg.): „Al-Qaida. Texte des Terrors“, München, 2006; Abou-Taam, M. & Bigalke, R. (Hg.): „Die Reden des Osama bin Laden“, München, 2006; Lerner, B. & Lerner, K. (Hg.): „Terrorism: Essential Primary Sources“, New York, 2006.

⁵⁷ Webservice: <http://hiik.de/de/konfliktbarometer/>

⁵⁸ Vergl. Giraldo, J. & Trinkunas, H. (Hg.): „Terrorism Financing and State Responses“, Stanford (CA), 2007; Kippenberg, H. & Seidensticker, T. (Hg.): „Terror im Dienste Gottes“, Frankfurt / Mn., 2004; Elter, A.: „Propaganda der Tat“, Frankfurt / Mn., 2008.

⁵⁹ Vergl. Milliken, J. & Krause, K.: „State failure, collapse, and reconstruction“, in: *Development and Change* 33/5, ohne Ort, 2003; Dornboos, M.: „State collapse and fresh starts“, in: Milliken, J. & Krause, K., a.a.O.

⁶⁰ Vergl. Büttner, A.: „Wenn Chaos regiert“, Sankt Augustin, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004.

Staatlichkeit“.⁶¹ Für die vorliegende Arbeit ergiebig sind ferner die diversen Forschungsbeiträge von Rainer Tetzlaff.⁶² Ein älteres Grundlagenwerk von bleibender Bedeutung ist schließlich William Zartman, „*Collapsed States*“.⁶³ Francis Fukuyama, „*Staaten bauen*“, gibt aufschlussreiche Hinweise auf die amerikanische Diskussion unter Konzentration auf mögliche Gegenstrategien zur Wiederaufrichtung schwacher Staaten.⁶⁴

Zur Orientierung über die Grundzüge Internationaler Politik im 21. Jahrhundert dienen unter anderem die Werke von Christian Hacke, Herfried Münkler und Michael Stürmer.⁶⁵ Auskunft über die generelle Verfassung der arabisch-muslimischen Welt bieten unter anderem Volker Perthes und Olivier Roy.⁶⁶

Gewinnbringend ist ferner die Lektüre der Beiträge dreier Sammelbände „*Nation-Building*“, „*Analysen des Transnationalen Terrorismus*“ und „*Methoden der Sicherheitspolitischen Analyse*“, herausgegeben von Jochen Hippler, Thomas Kron und Melanie Reddig sowie Alexander Siedschlag.⁶⁷ Insbesondere der letztgenannte Band thematisiert durchgängig den Begriff der *Erweiterten Sicherheit* als Grundlage moderner Sicherheitspolitik mit besonderem Focus auf seiner Mehrdimensionalität, was als Anregung für die Anlage dieser Untersuchung gedient hat.

⁶¹ Vergl. Bendel, P., Croissant, A. & Rüb, F. (Hg.): „Demokratie und Staatlichkeit“, Opladen, 2003.

⁶² Vergl. Tetzlaff, R.: „Failing States in Afrika“, in: Internationale Politik 7/2000; Ders.: „Die Dekolonisation und das neue Staatensystem“, in: Kaiser, K. & Schwarz, P. (Hg.): „Die neue Weltpolitik“, Bonn, 1995.

⁶³ Vergl. Zartman, W.: „*Collapsed States*“, Boulder, 1995.

⁶⁴ Vergl. Fukuyama, F.: „*Staaten bauen*“, Berlin, 2004.

⁶⁵ Vergl. Hacke, Chr.: „Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush“, Berlin, 2005; Münkler, H.: „Die neuen Kriege“, Reinbek bei Hamburg, 2002; Stürmer, M.: „Welt ohne Weltordnung. Wer wird die Erde erben?“, Hamburg, 2006.

⁶⁶ Vergl. Perthes, V.: „Orientalische Promenaden“, München, 2006; Roy, O.: „Der islamische Weg nach Westen“, Bonn, 2006.

⁶⁷ Vergl. Hippler, J. (Hg.): „*Nation-Building – Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?*“, Bonn, Stiftung Entwicklung und Frieden, 2004; Kron, Th. & Reddig, M. (Hg.): „*Analysen des transnationalen Terrorismus*“, Wiesbaden, 2007; Siedschlag, A., a.a.O.

Nach diesem essayistischen Panorama der Grundlagenliteratur wird nun spezieller auf Veröffentlichungen im direkten Themenbereich dieser Dissertation eingegangen, welche beide Bereiche, Terrorismus und Staatsversagen, als thematische Einheit behandeln und ggf. eine Verknüpfung mit zum Beispiel innenpolitischen oder politiktheoretischen Aspekten leisten.

Eine der ersten Autorinnen, die explizit Bezug auf das innere Verhältnis der Phänomene Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus genommen haben, ist Loretta Napoleoni. Ihr Versuch, in Gestalt des „*Terroristischen Quasi-Staats*“ eine theoriegeladene Begriffskonstruktion hierfür vorzulegen, basiert allerdings auf älteren Erkenntnissen und erfolgt leider nur recht cursorisch auf einigen Seiten. Eine Vertiefung hätte durchaus mehr interessante Aspekte zu Tage fördern können, wie z.B. Einsichten in die Tendenz terroristischer Gruppen, sich schrittweise in politische Bewegungen zu überführen und dabei zu entradikalisieren.⁶⁸ Sehr erhellend zu diesem Gesichtspunkt ist Louise Richardson, „*What Terrorists Want*“, allerdings ohne direkten Bezug zum Problem versagender Staatlichkeit als solcher.⁶⁹ Sehr instruktiv war weiterhin die intensive Studie von Amal Saad-Ghorayeb, „*Hizbullah. Politics & Religion*“. Bereits der Titel deutet ihr Bemühen an, die eigentümliche Deckungsgleichheit der Terrororganisation Hizbollah mit einem halbstaatlich-halbwirtschaftlich operierenden Machtkonglomerat mit fundamentalreligiösem Unterbau zu erleuchten, wobei dieses ihrer Ansicht nach das libanesische Staatswesen partiell in Eigenregie übernommen hat. So detailverliebt diese Publikation den Einzelfall zergliedert, so wenig ergiebig ist sie allerdings im Bereich der Theoriefortentwicklung, da ihr die übergeordnete Perspektive fehlt.⁷⁰

Versuche einer historisch-kulturellen Deutung unternehmen u.a. Dan Diner, „*Versiegelte Zeit*“, und Olivier Roy, „*Der Islamische Weg nach Westen*“. Dieser Ansatz erscheint so bedeutsam, dass er in der hier

⁶⁸ Vergl. Napoleoni, L.: „Die Ökonomie des Terrors“, München, 2004, Kap. 5, 12 & 16.

⁶⁹ Vergl. Richardson, L.: „What Terrorists Want. Understanding the Terrorist Threat“, London, 2006.

⁷⁰ Vergl. Saad-Ghorayeb, A.: „Hizbullah. Politics & Religion“, London, 2002, Kap. 1 & 4.

vorliegenden Studie zum Gegenstand eines eigenen Exkurses gemacht wird.⁷¹

Kürzere Aufsätze haben zum Beispiel Robert Cooper und, als einer der ersten Autoren, Robert Rotberg, „*Staatenbildung in Zeiten des Terrors*“, veröffentlicht. Beide beruhen jedoch auf einer mittlerweile überholten Faktenlage, wenngleich ihre Schlussfolgerungen teilweise immer noch gültig sind.⁷² Aufschlussreich, wenngleich ebenfalls veraltet, sind Studien der Heeresakademie der US-Army, welche sich als erste mit der Frage nach strategischen Gegenmaßnahmen gegen das Problempaar Dschihadistischer Terrorismus-Staatsversagen befassten.⁷³ Es handelt sich hierbei jedoch ebenfalls um Momentaufnahmen, die ihre an sich zutreffenden Diagnosen mangels entsprechendem Raum nicht zureichend substantiierten können.

Eine Ausnahme vom obigen Befund stellen die Beiträge Ulrich Schneckeners von der *Stiftung Wissenschaft und Politik* dar, der wohl als profiliertester Autor zu diesem Themenbereich im deutschen Sprachraum angesehen werden kann. Ausgangspunkt seiner Publikationstätigkeit ist die Studie „*Transnationale Terroristen als Profiteure fragiler Staatlichkeit*“, welche in den Aufsätzen „*Netzwerke des Terrors*“ und „*States at Risk*“ thematisch zugespitzt wurde.⁷⁴ Auch hierbei handelt es sich um in der Tendenz eher umfangsarme Publikationen von deutlich unter 100 DIN-A5 Seiten. Zusammengefasst bilden sie jedoch die Grundlage für den 2006 erschienenen Band „*Transnationaler Terrorismus*“, der vor allem durch die übergeordnete, universale Perspektive auf das Thema besticht.⁷⁵ Insbesondere die zahlreichen Analysen zur inneren, ursächlichen Verknüpfung der

⁷¹ Vergl. Diner, D.: „Versiegelte Zeit“, Berlin, 2007; Roy, O., a.a.O.

⁷² Vergl. Cooper, R.: „Wenn Staaten zerfallen, droht Terror“, in: *Die Zeit*, 22.1.2004; Rotberg, R.: „Herausforderung an die Weltordnung. Staatenbildung in Zeiten des Terrors“, in: *Internationale Politik* 11/2003.

⁷³ Vergl. Dorff, R.: „State Failure and Responding to it“, United States Army War College, New Orleans, 2002.

⁷⁴ Vergl. Schneckener, U.: „Transnationale Terroristen als Profiteure fragiler Staatlichkeit“, *Stiftung Wissenschaft und Politik*, Berlin, 2004; Ders.: „Netzwerke des Terrors“, ebd., 2002; Ders.: „States at Risk“, ebd., 2004.

⁷⁵ Vergl. Schneckener, U.: „Transnationaler Terrorismus“, Frankfurt / Mn., 2006.

Phänomene Staatsversagen und Transnationaler, Islamistischer Terrorismus sind höchst aufschlussreich.

Zugleich erscheint genau diese Diversität auch problematisch, da hier höchst unterschiedliche Deutungslinien, die in der Konsequenz zu entgegengesetzten Schlussfolgerungen und Politikempfehlungen führen, undifferenziert nebeneinandergestellt werden.⁷⁶ Ein stärkerer interdisziplinärer Bezug hätte wohl auch zu größerer Skepsis hinsichtlich der empirischen Evidenz und Plausibilität der behaupteten Wirkungsbeziehungen zwischen den beiden genannten Sicherheitsproblematiken geführt. Wenig Beachtung findet weiterhin die innenpolitisch-sozialpsychologische Dimension des Erweiterten Sicherheitsbegriffes, der Terrorismusbekämpfung und der daraus sich ergebenden Konsequenzen für die Sicherheitspolitik, da hier eine ausschließliche Fokussierung der Untersuchung auf die Sachebene des Problempaares erfolgt. Ferner wird kein Versuch unternommen, zu einer substantiellen Theoriebildung beizutragen. Auch die Quellenbasis dieser Arbeit scheint mittlerweile zumindest in Teilen überholt.

Durch die Umkehrung der bis hierher diagnostizierten und später noch zu präzisierenden Schwächen der Forschungslage kann recht genau die Lücke umschrieben werden, in die die vorliegende Dissertation thematisch hineinstößt. Sie schließt die Lücke einer monographisch angelegten Arbeit zum Thema mit angemessenem Umfang und neuerer empirischer und interdisziplinärer Basis, die den Anspruch erheben kann, nicht allein bilanzierende, sondern auch theorieverweiternde und anwendungsbezogene Aussagen zu treffen, und die den Problemkomplex Staatsversagen – Dschihadistischer Terrorismus in seinem vollen Facettenreichtum erfasst.

⁷⁶ Siehe ebd., S. 191 ff.

7. Ergebnisse in der Vorschau

Diese Einleitung abschließend wird zwar den Ergebnissen der Analyse nicht vorgegriffen, aber dennoch angedeutet, wohin sie steuert und in welches Resultat sie mündet.

Die von hier getroffene Unterscheidung zwischen einer Sach- und einer Diskursebene impliziert bereits, dass sich beide Ebenen in der sicherheitspolitischen Debatte um Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen partiell voneinander gelöst haben, woraus eine gefährliche Dauerreibung entsteht, welche das Treffen angemessener sicherheitspolitischer Entscheidungen bedroht. Um sich an Giddens Paradigma anzulehnen und das entwickelte Zyklusmodell anzuwenden: die Wechselwirkung zwischen politischem Handeln und Realitätsdeutung ist permanent gestört, weswegen der sicherheitspolitische Kreislauf nicht zu einem Endpunkt gelangt. Konkret wird nachgewiesen werden, dass unser empirisches Wissen über Staatsversagen und Dschihadistischen Terrorismus sowie ihren möglichen inneren Zusammenhang bei Lichte betrachtet sehr gering ist. Gleichzeitig konkurrieren in der Fachwelt wie in der öffentlichen Debatte mehrere dominierende Erklärungsmuster, welche das vorgenannte Problem strukturieren und eine bestimmte Deutung und Herangehensweise vorschlagen. Es sind dabei überraschenderweise empirisch besonders schlecht belegbare Interpretationen, welche die politischen und medialen Diskurse beherrschen.

Sie bedienen zwar basale psychologische Bedürfnisse einer vom Terrorismus zutiefst verunsicherten Bevölkerung, sind aber dauerhaft mit der realen Dynamik des Phänomenpaars Staatsversagen - Dschihadistischer Terrorismus auf der Sachebene inkommensurabel. Diese strukturelle Fehldeutung, die auf einer Art „*Moral Panic*“ sowie auf dem Einfluss politischer Sekundärinteressen beruht, bildet die Ursache für das Fehlgehen sicherheitspolitischen Handelns: Die Rückkopplung der Phasen kann nicht gelingen, die Politik ist bei der Formulierung ihrer Handlungsprogramme zu ständigem Lavieren gezwungen und überfordert sich selbst. Katastrophale Kommunikationsmuster sicherheitspolitischer Akteure im Umgang mit diesem komplexen Problem verstärken diese Konstellation zusätzlich.

In der Konsequenz führen also unterschiedliche Deutungen zu ganz verschiedenen Ansichten darüber, wie der sicherheitspolitische Zyklus weiterlaufen sollte. Aus verschiedenen Gründen entwickeln sich zwei parallele Kreisläufe, die sich gegenseitig behindern. Da sie beide empirisch nicht belegbar, überambitioniert und praxisfern sind, können sie ihre Ansprüche nicht einlösen. In der Praxis führt dies zu Dauerfrustration, resultierend in „Kognitiver Dissonanz“. Darin besteht die eigentliche Herausforderung von Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen an die deutsche und Internationale Sicherheitspolitik.

Aus diesem doppelten Teufelskreis kann man nur ausbrechen, indem man als Ausgangspunkt empirisch besser überprüfbare Lesarten zu Grunde legt und die Ziele und Maßnahmen der Sicherheitspolitik gegenüber der genannten Bedrohung unter Beachtung der verfügbaren Ressourcen und unter Risikominimierungsgesichtspunkten nach Zeithorizonten und Priorität neu ordnet. Dazu werden Vorschläge unterbreitet, die sich vor allem auf die Reformulierung eines handhabbaren, trennschärferen und engeren Sicherheitsbegriffs beziehen. Nur ein in sich schlüssiger und realitätstauglicher Politikansatz kann die eingangs erwähnte Quadratur des Kreises aus innenpolitischer Unterstützung, Ressourcentauglichkeit und sicherheitspolitischer Effektivität leisten, wenngleich er den Mut zu harten Einsichten und konsequentem Durchhalten und zum Abschied von dichotomischem Denken erfordert.

Der Schlüssel liegt darin, Terrorismus nicht als soziale Protestbewegung oder regellose Anarchie, sondern als Spezialform des organisierten Verbrechens zu begreifen und schwache Staaten nicht als ein ursächlich damit zusammenhängendes Phänomen, sondern als kriminelle Gelegenheitsräume, die es zu schließen gilt. Hier lehnt sich die Analyse eng an Forschungsansätze aus der Kriminologie an, welche versuchen, die Zahl und Schwere von Straftaten durch intelligente Gegenmaßnahmen zu reduzieren und zu kontrollieren, indem sie deren räumliche, zeitliche und situative Umstände analysieren und manipulieren und Spekulationen über deren Ursachen ignorieren. Bei dieser Neubestimmung der einzusetzenden Mittel kann man allerdings nicht stehen bleiben.

Denn dies alles bedeutet auch, dass man sich von der Illusion verabschieden muss, das sicherheitspolitische Problempaar Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus sei abschließend lösungsfähig. Politik, Medien und Gesellschaft debattieren, als ob eine endgültige Beseitigung ihres Bedrohungspotentials in unserer Macht stünde – das Gegenteil ist der Fall, weswegen wir uns auf das Machbare, nämlich dessen wirksame Reduzierung auf ein erträgliches Maß konzentrieren sollten, anstatt uns mit unrealistischen Erwartungen dauerhaft selbst im Wege zu stehen. Was am Beispiel Dschihadistischer Terrorismus und Staatsversagen überdeutlich wird, ist folgendes: Deutschland braucht, wenn es sich nicht selbst blockieren will, eine andere sicherheitspolitische Leitdoktrin und ein fundamentales Umdenken.

Für alle vorstehenden Behauptungen werden im Folgenden Belege und Erklärungen vorgelegt.

II. Kapitel: Zentrale Konzepte und Definitionen

Dieser Abschnitt wird, wie angekündigt, Auskunft über die inhaltliche Bestimmung der Schlüsselbegriffe der Analyse geben. Dabei wird jeweils eine allgemeinere Oberkategorie in Kontrast zu einer engeren Unterkategorie gesetzt, welche im Zusammenhang dieser Untersuchung verwendet wird, so zum Beispiel Staat zu Staatsversagen, Islamismus zu Dschihadismus etc. Vom Allgemeinen zum Besonderen verfeinernd heruntersteigend, kann so die Substanz der im Untersuchungstitel eingeführten Begrifflichkeiten geklärt werden – *„Staatsversagen und Dschihadismus als sicherheitspolitische Herausforderungen“*.

1. Der Staat

Es dürfte leichter fallen, das Phänomen des Staatsversagens zu beschreiben, wenn man zunächst darüber reflektiert, was es ist, das hier versagt. Was also ist der Staat? Offenkundig könnte man mit einer Beantwortung dieser Frage in allen ihren philosophischen, soziologischen, ökonomischen und politischen Facetten etliche Buchregalkilometer füllen, so dass eine Eingrenzung auf eine allgemein akzeptierte, klassische Begriffsbestimmung notwendig wird, welche sich aus einem soziologisch und einem völkerrechtlich orientierten Zweig zusammensetzt.⁷⁷

Für die moderne soziologische Staatstheorie sind vor allem systemtheoretische Ansätze in der Tradition Niklas Luhmanns⁷⁸ sowie herrschaftssoziologische Annäherungen in Nachfolge Max Webers⁷⁹ von zentraler Bedeutung.

⁷⁷ Vergl. dazu und zum Folg. Schultze, R.O.: „Staat“, in: Nohlen, D. & Schultze, R.O., a.a.O., S. 944 f.; Scott, J. & Marshall, G.: „Oxford Dictionary of Sociology“, Oxford, 2005³, S. 631 ff. Vergl. auch oben S. 13 und FN 32.

⁷⁸ Vergl. Luhmann, N.: „Die Politik der Gesellschaft“, Frankfurt/Mn., 2000.

⁷⁹ Vergl. Weber, M.: „Wirtschaft und Gesellschaft“, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen, 1980⁵, hier bes. § 17.

Aus systemtheoretischer Sicht ist der Staat dasjenige Teilsystem der Gesellschaft, in dem allgemeinverbindliche Entscheidungen getroffen und Regeln gesetzt werden, das für deren Durchsetzung sorgt und das die sich aus der Normsetzung ergebenden sozialen und rechtlichen Konflikte reguliert. Diesen Aufgaben kommt der Staat mit Hilfe eines Verwaltungsapparats (Bürokratie) sowie von ausschließlich ihm zur Verfügung stehenden Erzwingungsinstitutionen (Polizei, Justiz usw.) nach, welche ihm das alleinige Anrecht auf verbindliche Normsetzung sichern (Gewaltmonopol). An dieser Stelle wird die Verbindung zur Herrschaftssoziologie Webers deutlich, in welcher Herrschaft als „...zentraler Mechanismus der sozialen Handlungsregelung gesehen und [...] als Antwort auf das Problem der zweckgerichteten Handlungskoordination zwischen vielen Menschen erklärt“ wird.⁸⁰ Erst auf Grundlage zentraler Lenkung kann die Organisation komplexer Arbeitsabläufe in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur gelingen, sie ist das unterscheidende Merkmal zu vorstaatlichen Gesellschaftsformen und ermöglicht im Vergleich zu diesen überhaupt erst nennenswerte zivilisatorische Fortschritte.

Zugleich wird damit auch der Staat in die Lage versetzt, für die von ihm regierten Individuen verschiedene kollektive Aufgaben wahrzunehmen. Diese werden diskursiv festgelegt und variieren je nach politischer, kultureller oder religiöser Präferenz der an der Entscheidung beteiligten Akteure im Detail teils erheblich in ihrem normativen Gehalt und ihrer praktischen Reichweite. Deshalb hält die Mehrheit der modernen Staatstheorien eine Bestimmung des Staates über seine Zwecke für problematisch, da diese je nach Kontext erheblich voneinander abweichen; ihre Definition ist das Feld der Politik, sie leiten sich aus Zweckmäßigkeitserwägungen und normativen Axiomen ab.⁸¹ Dennoch ist zu beobachten, dass in der überwiegenden Mehrheit der modernen Gesellschaften vom Staat mehr oder weniger Folgendes erwartet wird:

Die Herstellung und Aufrechterhaltung von Sicherheit, verstanden als Schutz vor ungerechtfertigter Gewalt oder als Rechtssicherheit; der Aufbau eines politischen Artikulationsrahmens, in dem sich die kollektive

⁸⁰ Zit. Maurer, A.: „Herrschaftssoziologie“, Frankfurt / Mn., 2004, S. 7.

⁸¹ So bereits Weber, wie oben FN 79.

Entscheidungsfindung vollzieht; das Schaffen einer funktionsfähigen Infrastruktur als Grundlage für wirtschaftliches Handeln und Kommunikation (Verkehrswege, Nachrichtennetze); wohlfahrtsstaatliche Leistungen zum Schutz der Bürger vor Armut und Exklusion aus der Gesellschaft; Sicherung der Bürger- und Menschenrechte; Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Der Staat soll demnach drei Kernfunktionen erfüllen: Friedenssicherungsfunktion, Dienstleistungsfunktion und Demokratiefunktion.⁸²

Durch die politische Entwicklung seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben demgegenüber marxistisch orientierte Staatstheorien sehr weitgehend an praktischer Bedeutung verloren.

Der völkerrechtliche Zweig der modernen Staatstheorie geht auf die klassische „Drei-Elemente-Lehre“ Georg Jellineks zurück. Im Gegensatz zur soziologischen Herangehensweise mit ihrem Fokus auf sozialer Konstruiertheit und institutioneller Dimension des Staats, setzt diese zur Bestimmung des Staatsbegriffs den Schwerpunkt auf das faktische Erfülltsein bestimmter formal-abstrakter und physisch-räumlicher Kriterien als Bedingungen für die Existenz eines Staates im juristischen Sinne.⁸³ Um in den Genuss des Rechtsstatus eines Völkerrechtssubjekts mit den damit verbundenen Souveränitätsrechten zu gelangen, muss ein *Staatsvolk* vorhanden sein, welches einen abgrenzbaren Teil der Erdoberfläche einnimmt (*Staatsgebiet*) und über eine *Staatsregierung* verfügt, welche die Staatsgewalt ausübt. Diese Definition klammert die oben angerissenen inhaltlichen Aspekte, zum Beispiel die Frage nach der Qualität und Zwecksetzung der Herrschaft, weitgehend aus und ist zudem insofern zirkulär, als ungeklärt bleibt, ob das Staatsvolk eigentlich eine vorstaatliche Größe im Sinne einer Nation ist oder erst durch Rechtssetzungsakt der Regierung entsteht.⁸⁴ Ihre Betonung liegt vielmehr auf dem Effizienzgesichtspunkt. Sie ist in dieser Form bis dato Grundlage des Völkerrechts in seiner modernen Form.

⁸² Vergl. Milliken, J. & Krause, K., a.a.O., S.756. Ähnlich Schultze, wie oben FN 77.

⁸³ Vergl. dazu und zum Folg. Kersten, J.: „Georg Jellinek und die klassische Staatslehre“, Tübingen, 2000. Für mündliche Hinweise dankt der Autor Herrn Prof. Geoff Gilbert, LLB, Human Rights Centre, University of Essex, Colchester (UK).

⁸⁴ Vergl. dazu Mayer, Th.: „Prinzip Nation: Dimensionen der nationalen Frage, dargestellt am Beispiel Deutschlands“, Opladen, 1986.

Zusammengenommen ergibt sich demnach ein Katalog zur inhaltlichen und formalen Bestimmung des Staatsbegriffs, der jedoch die tatsächliche Komplexität des Verhältnisses von Gesellschaft, Staat und globalen Kräften und Akteuren in der Postmoderne nur unzureichend abbildet. Zugleich deutet sich an, dass insbesondere das Völkerrecht implizit unverändert vom konventionellen Nationalstaat ausgehend konstruiert ist, während zeitgleich die Globalisierung und das Auftauchen neuer Völkerrechtssubjekte wie supranationaler Organisationen genau diese politische Organisationsform in Frage stellt.⁸⁵ Mithin ist der aktuelle Erklärungsgehalt der klassischen modernen Staatstheorie in Teilen fragwürdig, jedoch ist er bis zu diesem Zeitpunkt nicht durch etwas Besseres ersetzt worden und Grundlage politischen, diplomatischen und juristischen Handelns. Er bietet allerdings in seiner Mehrschichtigkeit für den Zusammenhang dieser Untersuchung einen gewichtigen Vorteil: Er bietet mehrere Anknüpfungspunkte zur Entwicklung unterschiedlicher Ansätze für die Definition des Staatsversagens und deren interne inhaltliche Differenzierung.

⁸⁵ Vergl. Krasner, St.: „Globalization and Sovereignty“, in: Smith, D. et al.: „States and Sovereignty in the Global Economy“, London, 1999. Siehe auch Langguth, G.: „Gefährdet die Globalisierung die Stabilität westlicher Gesellschaften?“, in: Europäische Rundschau, 3/2004.

2. Staatsversagen⁸⁶

a.) Begriffsgeschichte

Hier erfolgt nun die Herleitung des ersten Kernbegriffs: „Staatsversagen“. Dazu wird zunächst ein kurzer Blick zurück auf die wissenschaftshistorische Genese dieses Modells im Verlaufe der letzten dreieinhalb Jahrzehnte geworfen, da es in diesem Zeitraum eine erstaunliche Entwicklung seiner inhaltlichen Bedeutung erfahren hat.

Erstmals in den Blick einer begrenzten Fachöffentlichkeit aus Forschern, Politikern und Entwicklungsexperten rückte das Problem, als seit Beginn der 1980er Jahre ein sukzessives Abbröckeln moderner Staatlichkeit, vor allem staatlicher Institutionen, in Teilen Schwarzafrikas beobachtet wurde und nach einer wissenschaftlichen Erklärung und der Modellierung von Gegenstrategien verlangte. Zu diesem Zeitpunkt wurde Staatsversagen noch ganz überwiegend als humanitäre Frage begriffen, als eine Spätfolge des Kolonialismus und als Modernisierungsdefizit betrachtet und demgemäß dem Aufgabenfeld der Entwicklungspolitik zugeordnet.⁸⁷

Einen beachtlichen Bedeutungszuwachs in der politikwissenschaftlichen Forschung erfuhr Staatsversagen, nachdem es seit Beginn der 1990er Jahre zusehends als Sicherheitsrisiko und tendenziell weniger als Entwicklungsdefizit definiert wurde.⁸⁸ Initiiert wurde dieser Trend unter anderem durch die spektakulär gescheiterte Mission der Vereinten Nationen in Somalia. Als Reaktion wertete die damalige US-

⁸⁶ Im Feld der Staatsversagensforschung besteht Uneinigkeit bezüglich einer angemessenen Terminologie. Verschiedene Autoren bevorzugen den aus dem Englischen übertragenen Begriff der „Fragilen Staatlichkeit“ (Fragile Statehood, vergl. Schneckener, U., Transnationale Terroristen, a.a.O.). Hier wird der Begriff „Staatsversagen“ eingesetzt, da er u.a. in der Volkswirtschaftslehre gut systematisiert und eingeführt und insgesamt deutlicher und trennschärfer ist.

⁸⁷ Vergl. Lambach, D.: „Staatszerfall im Postkolonialen Afrika“, Marburg, 2002.

⁸⁸ Vergl. Rotberg, R., a.a.O. Siehe auch DiJohn, J.: „Conceptualising the Causes and Consequences of Failed States: A Critical Review of the Literature“, in: Crisis States Working Paper Series 2, London, 2008.

Administration die Erforschung des Phänomens im Stellenwert auf, als sie 1994 als spezialisierte Forschungsgruppe auf hoher administrativer Ebene innerhalb der CIA die *State Failure Task Force* ins Leben rief, welche später unter dem Namen *Political Instability Task Force* firmierte. Kernaufgabe dieser Institution sollte das Entwickeln eines zuverlässigen Prognoseinstruments zur Früherkennung von staatlicher Desintegration sein.⁸⁹ Inwiefern sie damit erfolgreich war, bleibt umstritten.

Eine mögliche Deutung von Staatsauflösung als Sicherheits- und Ordnungsfrage ist übrigens bereits in den frühen 1960er Jahren angelegt worden. Im Rahmen des *Project Camelot* erforschte seinerzeit die US-Army die sozialen Ursachen und Verlaufsformen staatlichen Autoritätsverlusts, zum Beispiel durch Aufstände und Unruhen, und versuchte Gegenmaßnahmen zu entwickeln.⁹⁰

Mit den Auflösungskriegen am Ende des Kalten Krieges in Jugoslawien und Zentralafrika hat sich dieser Trend zur „Versicherheitlichung“ des Phänomens Staatsversagen endgültig durchgesetzt. Seitdem rangiert es als Gegenstand der *High Politics* und erfährt auch breitere Aufmerksamkeit durch Medien und Öffentlichkeit. Seine thematische Verknüpfung mit terroristischen Bedrohungslagen ist vor diesem Hintergrund der logische Abschluss einer perzeptorischen Metamorphose.⁹¹

Das wissenschaftliche Interesse an Staatsversagen richtet sich demzufolge auf die Felder Prognose, Prävention und Gegenmaßnahmen und findet mittlerweile überwiegend unter den Vorzeichen der Sicherheitspolitik statt.⁹²

⁸⁹ Vergl. die Selbstdarstellung der Forschungsgruppe. Webservice: <http://globalpolicy.gmu.edu/pitf/>

⁹⁰ Vergl. Solovey, M.: "Project Camelot and the 1960s Epistemological Revolution: Rethinking the Politics-patronage-social Science Nexus", in: *Social Studies of Science* 31 (2001): S. 171–206.

⁹¹ Vergl. Abrahamsen, R.: „Blair’s Africa: The Politics of Securitization and Fear.“, in: *Alternatives: Global, Local, Political*, Vol. 30, 2005.

⁹² Vergl. Dornboos, a.a.O., S.199.

b.) Forschungsansätze

Diese Rückschau ist nunmehr Ausgangspunkt der inhaltlichen Definition des Terminus „Staatsversagen“. Nach der vorstehend entwickelten mehrschichtigen Definition des Staatsbegriffs ist es nicht verwunderlich, dass, abhängig von der staatsphilosophischen Grundausrichtung des wissenschaftlichen Betrachters, die Identifikation des Kerns dieses Phänomens erheblich variiert. DiJohn unterscheidet in seinem Aufsatz „Five Big Ideas“ innerhalb der Staatsversagensforschung, die im wesentlichen den derzeitigen Diskussions- und Wissensstand repräsentieren⁹³:

- *Entwicklungspolitische Perspektive*: Nach dieser an ein weberianisches Staatsmodell angelehnten Sichtweise ist das Vorhandensein stabiler staatlicher Institutionen und ausreichender Staatsfunktionen Grundvoraussetzung für ökonomisches Wachstum und zivilgesellschaftlichen Fortschritt. Staatsversagen steht somit einer Modernisierung und Dynamisierung von Staaten mit Entwicklungsdefiziten im Wege und muss mit Programmen zur Sicherstellung von „Good Governance“ bekämpft werden. Damit bezeichnet man Prinzipien guten Regierens, als welche Transparenz, Effizienz, demokratisch-soziale Teilhabe, Marktwirtschaftlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Herrschaftsstrukturen genannt werden.⁹⁴Diese Ansichten liegen z.B. den Publikationen und politischen Programmen des *United Nations Development Programme* (UNDP) und der *Organisation for Economic Co-operation and Development* (OECD) zugrunde.

- *Liberalistisch-optimistische Perspektive*: Aus dieser orthodox liberalen Sicht ist die universelle Ausbreitung von Freiheit und Demokratie die Voraussetzung für globalen wirtschaftlichen Wohlstand und wirkt pazifizierend. Sie erhielt kurz nach Ende des Kalten Krieges erhöhte Aktualität, bildete die geistige Grundlage für die Außenpolitik der Clinton-

⁹³ Vergl. DiJohn, a.a.O., S.2 f. Siehe auch Schubert, U.: „Staatszerfall als Problem des internationalen Systems“, Marburg, 2005, besonders Kapitel 2 und 3.

⁹⁴ Vergl. Holtz, U.: „Entwicklungspolitisches Glossar“, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn, 2009, S.69 f. Webservice: http://www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/EP_Glossar.pdf.

Administration⁹⁵ und wurde idealtypisch durch Francis Fukuyamas Paradigma vom „*Ende der Geschichte*“ ausgedrückt, der Vision einer Welt von demokratischen und prosperierenden Gesellschaften ohne Krieg und Unfreiheit.⁹⁶

- *Elitensoziologische Perspektive*: Von der Warte dieser Betrachtungsweise aus ist Staatsversagen in erster Linie gleichzusetzen mit dem Versagen von Funktionseleiten. Sie rückt die Gründe und Formen des Fehlverhaltens von herrschenden sozialen Gruppierungen in den Fokus. Namhaftester Vertreter ist wiederum Fukuyama⁹⁷, der insofern seine ursprüngliche Sicht stark revidiert hat.

- *Konflikttheoretische Perspektive*: Die letzten zwei Dekaden des 20. Jahrhunderts sind geprägt worden vom Auftauchen atypischer, d.h. von nichtstaatlichen Akteuren ausgetragener Gewaltkonflikte. Diese „Neuen Kriege“ – eine Schnittmenge aus zwischenstaatlichem Krieg, Bürgerkrieg, Terrorismus und organisierter Kriminalität – benötigen eine Finanzierungsquelle, meist eine informelle Raubökonomie, bei der die Volkswirtschaft eines Landes in den Dienst der stetigen Fortführung des Kampfes und davon profitierender „*Warlords*“ gezwungen wird.⁹⁸

- *„Ressourcenflucht“*: Dieser Blickwinkel verweist auf ein häufig in versagenden Staaten anzutreffendes Paradoxon, nämlich, dass ein oftmals vorhandener Überreichtum an natürlichen Ressourcen, also Erdöl, Erzen u.ä. sich nicht in nachhaltiges Wirtschaftswachstum und die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft übersetzt. Die Ursache hierfür wird darin gesehen, dass die regelmäßig aus Rohstoffexporterlösen bezogene Pfründe zu wirtschaftlicher und politischer Lethargie geführt hat. Sie lud die Funktionseleiten dazu ein, die Gewinne in sinnlose Prestigevorhaben und dubiosen persönlichen

⁹⁵ Vergl. Rudolf, P. & Wilzewski, J.: „Beharrung und Alleingang. Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2000.

⁹⁶ Vergl. Fukuyama, F.: „The End of History and the Last Man“, New York, 1992.

⁹⁷ Vergl. ders.: „Staaten bauen“, Berlin, 2004, S.62 ff.

⁹⁸ Vergl. Ehrke, M.: „Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte“, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/2002, S. 135-163. Ferner Münkler, H., wie FN 65.

Konsum zu investieren und nicht in nachhaltige Landesentwicklung. Die Betroffenen entfalten keine Innovationskraft und halten nicht mit der globalen Entwicklung Schritt, was sich schließlich in dramatischem Leistungsverfall rächt.⁹⁹

Aus dem bis hierher Dargelegten lässt sich erkennen, dass grundsätzlich verschiedene Deutungen des Phänomens „Staatsversagen“ im Raume stehen, die unterschiedliche Akzente setzen und keine gleichwertige politische Relevanz erlangt haben. Für den Zusammenhang der Arbeit ist dies insofern von Interesse, als sich hier bereits andeutet, dass, je nach politischer Präferenz, unterschiedliche Auffassungen in Konkurrenz treten können, was sich in divergierenden Politikansätzen und Ziel-Mittel-Konflikten ausdrückt.

c.) Definition, Operationalisierung und Modellbildung

Wie kann nun Staatsversagen inhaltlich bestimmt, empirisch messbar gemacht und in ein theoretisches Modell zu seiner Erforschung gegossen werden? In der Vergangenheit dominierten in diesem Feld Methoden und Theoriebildungen, die die jeweils eigenen Schwerpunkte der obigen Forschungslinien in den Mittelpunkt rückten, doch hat sich seit einigen Jahren als Mainstream ein integriertes Modell durchgesetzt, welches versucht, möglichst viele der genannten Perspektiven in sich zu vereinen.¹⁰⁰

Inhaltlich lehnt es sich eng an die eingangs entwickelte, gemischte Staatsdefinition an, indem es Staatsversagen als fortschreitende Unfähigkeit staatlicher Institutionen begreift, ihre natürlichen Funktionen in den Bereichen der Wahrung des Gewaltmonopols (Sicherheitsfunktion), Bereitstellung sozialer und ökonomischer Infrastrukturen (Dienstleistungsfunktion) und Aufrechterhalten eines

⁹⁹ Vergl. Franke, V. et al.: „In Control of Natural Wealth? Governing the resource-conflict dynamic“, BICC Research Paper, Bonn, 2007.

¹⁰⁰ Vergl. zum Folg. Schneckener, U.: „States at Risk“, a.a.O. Ferner Milliken, J. & Krause, Keith, a.a.O., S. 756 ff. sowie Zartman, W., a.a.O.

partizipatorischen Ordnungsrahmens (Demokratiefunktion) auszufüllen. Als zu messende Variablen, welche eine Einschätzung der Schwere des Versagens ermöglichen, werden den jeweiligen Bereichen eine Reihe von Indikatoren zugeordnet, wie zum Beispiel die Existenz von bewaffneten Konflikten, die relative Höhe der Investitionen in Bildung und Verkehr oder Menschenrechtsverletzungen oder das Abhalten von Parlamentswahlen.

Um eine genauere Differenzierung von Grenzfällen zu ermöglichen, ist dieses Modell im Gegensatz zu älteren Auslegungen, die nur die Extreme Staat und gescheiterter Staat kannten, dreistufig ausgelegt: Je nach Grad der Einbuße an Aktionsmöglichkeiten wird von gescheiterten Staaten (*failed states*), verfallenden Staaten (*failing states*) und geschwächten Staaten (*weak states*) gesprochen. Logisch impliziert, aber nicht explizit ins Modell aufgenommen wird eine vierte Kategorie, die des gefestigten, stabilen Staates.¹⁰¹

- Ein *Schwacher Staat* zeichnet sich dadurch aus, dass er das staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen imstande ist, jedoch keine hinreichenden Wohlfahrtsfunktionen ausübt und seine Regierungstätigkeit nicht demokratisch legitimiert, wodurch auf Dauer die Unterstützung der Bevölkerung verlorengeht, besonders weil Defizite im Menschenrechtsbereich hinzutreten. Die Unzufriedenheit wird oftmals durch Polizei und Geheimdienste massiv unterdrückt, so dass dennoch ein hohes Maß an Stabilität gewährleistet bleibt.

- Der *Verfallende Staat* kann zwar in allen genannten Funktionsfeldern ein Mindestmaß an Gestaltungsmacht aufrechterhalten, jedoch stehen sein Staatsgebiet und seine Staatsbevölkerung nicht zur Gänze unter dem einheitlichen Zugriff der Zentralregierung, weil bestimmte Landesteile geographisch unzugänglich oder wegen Rebellenaktivitäten von der Kontrolle abgeschnitten sind. In den zentralen Bevölkerungszentren ist regional effizientes Regierungshandeln feststellbar, doch in der Peripherie nimmt die Wirksamkeit der Staatsfunktionen rapide ab.

¹⁰¹ Vergl. hierzu und zum Folg. Erdmann, G.: „Apokalyptische Trias“, in: Bendel, P. et al., a.a.O., S.271 ff. sowie Büttner, A., a.a.O., S. 4 ff. und Schneckener, ebd.

- Der *Gescheiterte Staat* lässt sich aus völkerrechtlicher Sicht am ehesten als geschminkte Leiche bezeichnen. In keinerlei Funktionsbereichen ist noch zentrales Regierungshandeln zu finden, während das Staatsgebiet sich desintegriert und Ordnungslosigkeit zur Regel wird. Ggf. werden die Landesteile von Regionalmachthabern oder Clans beherrscht, welche jedoch allenfalls lokal ein Mindestmaß an Ordnungsfunktion ausüben, welche zudem eher einer Schreckensherrschaft gleicht. Staatsvölkerrechtlich können solche Gebilde gleichwohl *de jure* als Völkerrechtssubjekte noch existent sein, faktisch sind sie eine entseelte Hülle.

d.) Ursachen

Staatsversagen ist kein nach Ursache-Wirkungs-Prinzip schematisch ablaufender, stufenweiser Krankheitsverlauf mit klar identifizierbarem Auslöser, sondern ein komplexes, multifaktorielles Ineinandergreifen teilweise synchron verlaufender Verursachungsprozesse mit schwammigen Übergängen zwischen den einzelnen Stadien, wobei die Unterscheidung von Ursache und Konsequenz des Staatsversagen nicht immer möglich ist.¹⁰² Es wird gemeinhin angenommen, dass ein Faktorenbündel Staatsversagen mit hoher Wahrscheinlichkeit, aber nicht notwendig, auszulösen vermag, wobei sich in der Benennung dieser Indikatoren die oben ausdetaillierten Forschungsansätze widerspiegeln. Im Folgenden wird aus Platzgründen nur eine Auswahl geboten:

- *Ökonomische Faktoren*: Zahlreiche verfallende Staaten befinden sich geographisch in tropischen und subtropischen Klimazonen, wodurch sie Schwierigkeiten mit der Aufrechterhaltung eines leistungsfähigen Landwirtschaftssektors haben. Dies ist umso verheerender, als eine nennenswerte Wirtschaftsleistung im industriellen oder tertiären Sektor, welche Nahrungsmittelimporte ermöglichen könnte, aufgrund von Modernisierungsdefiziten und schlecht ausgebildeter Arbeitskraft nicht vorhanden ist. Wirtschaftskrisen führen regelmäßig zu Hungersnöten und Zusammenbrüchen des Binnenmarkts mit hoher Arbeitslosigkeit. Zum Teil spielen bei der ungenügenden Industrialisierung

¹⁰² Vergl. Dornboos, M., a.a.O.

makroökonomische Ungleichgewichte zwischen der Nord- und der Südhalbkugel der Erde sowie Importbeschränkungen der Industrienationen eine Rolle. Wesentlich nachteiliger wirken sich jedoch regelmäßig korrupte, ignorante und inkompetente Führungsschichten im Lande selbst aus, welche sich durch Eigennutz und Unwirtschaftlichkeit auszeichnen. Marktversagen führt zu einem Schwinden der Steuereinnahmen, und zusammen mit deren unsachgemäßer Verwendung für Rüstungsprojekte oder Prestigeobjekte beeinträchtigt dies die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Infrastruktur – wodurch sich rezessive Wirtschaftskreisläufe noch verstärken.¹⁰³

- *Soziale und dogmatische Faktoren*: Ein uns später noch mit Blick auf die Nahost-Staaten interessierender Umstand sind blockierte Modernisierungsprozesse. Gefangen zwischen regionaler kultureller, religiöser und sozialer Tradition und Identität einerseits und den wirtschaftlichen und administrativen Erfordernissen der global sich ausbreitenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen der postindustriellen Moderne andererseits, werden ursprünglich angemessene, tradierte Verhaltensmuster und Denkweisen zum Problem. Soziale Strukturen, die sich überwiegend an der traditionellen Loyalität von Familien- und Stammesstrukturen ausrichten, behindern modernes Verwaltungshandeln ebenso wie unangemessene religiöse Überzeugungen und überkommene Ehrbegriffe.¹⁰⁴ Das Aufeinanderprallen von dogmatischen Ansichten und moderner Lebensumwelt kann manchmal auch an Faktoren wie einem ungehemmten Bevölkerungswachstum (klassischer Kinderreichtum in Stammesgesellschaften bei gleichzeitig verringerter Kindersterblichkeit durch medizinischen Fortschritt) oder der Ausbreitung von Seuchen wie AIDS (Unfähigkeit zur Revision der Sexualmoral angesichts neuer Risiken und unreflektierter Glaube an Voodoo-Heilmethoden) abgelesen werden.

¹⁰³ Vergl. zum Vorstehenden Fituni, L.: „Der Begriff des Staats am Rande des Zusammenbruchs“, in: „Failing States“, Politische Studien 1/2004, München, Hans-Seidel-Stiftung. Ferner Rüb, F.: „Staatlichkeit, Staatsbildung und Staatszerfall“, in: Bendel et al., a.a.O., S. 59, sowie Bönker, F.: „Staatseinnahmen und staatliche Handlungsfähigkeit“, in: ebd., S.81 ff.

¹⁰⁴ Auf diesen Zusammenhang verweist besonders vehement Fukuyama, F.: „Staaten bauen“, a.a.O., S.83 ff.

- *Innere Konflikte*: Die Mehrzahl versagender und gescheiterter Staaten ist durch ethnische Spannungen, Separatismus, ungeklärte Grenzstreitigkeiten und Bürgerkriege belastet. Söldner und Kindersoldaten treiben ihr Unwesen, militärisch ist trotz fortgesetzter Kampfhandlungen keine Entscheidung in Sicht. Im Gegenteil ist das bestimmende Merkmal dieser euphemistisch als „Low Intensity Conflicts“ bezeichneten Kriege ihre Verflechtung mit den ökonomischen Interessen der Beteiligten: Der Krieg ist ihre einzige Lebensgrundlage.¹⁰⁵

- *Kriminalität und Terrorismus*: Formen organisierter Kriminalität wie Drogenanbau, illegaler Waffenhandel, geschäftsmäßige Entführung stellen in bestimmten Weltgegenden die Haupteinkommensquelle für weite Bevölkerungsteile dar. Mafiöse Gruppierungen mit überwiegend wirtschaftskrimineller Zielsetzung gehen zur Umsetzung ihrer Ziele Bündnisse mit Rebellen oder Terrororganisationen ein oder sind mit diesen personell deckungsgleich und errichten semimilitärisch verteidigte, kriminelle Schattenökonomien.¹⁰⁶ Dass Terrorismus die Stabilität eines Gemeinwesens bedroht, ist unmittelbar einleuchtend.

- *Kolonialgeschichte*: Die ehemaligen europäischen Kolonialmächte haben besonders in Afrika bei Gebietsaufteilungen und der oftmals eher zufälligen, planlosen Inbesitznahme von Landstrichen so gut wie keine Rücksicht auf gewachsene Handelskreisläufe, Siedlungsräume und Sprachgrenzen ethnischer Gruppierungen oder Religionsverbreitung genommen. Dies wurde zu einem Problem, als diese künstlich geschaffenen Verwaltungseinheiten, teils überdies verfrüht, in dieser Form in die staatsrechtliche Unabhängigkeit entlassen wurden. Die neu geschaffenen Staaten wurden somit ursächlich mit schweren Geburtsfehlern in Form von ethnischer oder religiöser Spaltung oder Grenzkonflikten belastet, für die sie keine Verantwortung tragen.¹⁰⁷ Die westliche Entwicklungshilfe der vergangenen Jahrzehnte stellt auch so

¹⁰⁵ Vergl. Brock, L.: „Alt und neu, Krieg und Gewalt“, in: Kurtenbach, S. & Lock, P. (Hg.): „Kriege als Überlebenswelten“, Bonn, 2004. Siehe auch Münkler, H., a.a.O.

¹⁰⁶ Vergl. Menzel, U.: „Der Zerfall der postkolonialen Staaten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B18-19/2001.

¹⁰⁷ Vergl. Tetzlaff, R., wie oben FN 62, besonders „Failing States“, a.a.O., S. 11. Ähnlich: Tibi, B.: „Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik“, München, 1994, S. 123 ff.

etwas wie eine Wiedergutmachung hierfür dar, es bleibt jedoch stark umstritten, inwieweit sie nicht sogar hinderlich für die Ausbildung selbsttragender wirtschaftlicher Strukturen gewesen ist und überwiegend in die Taschen korrupter Machthaber floss. Ihre Instrumentalisierung stellt einen Problemkreis für sich dar: In den Jahrzehnten des Kalten Krieges war Entwicklungshilfe eine Form des globalen Systemwettbewerbs, heute wird sie zunehmend mit den Sicherheitsinteressen der Industrienationen verknüpft; den tatsächlichen Bedürfnissen der Empfänger muss dies nicht notwendigerweise entsprechen.¹⁰⁸

- *Zwischenstaatlicher Krieg und Stellvertreterkriege*: Ebenfalls der Gleichgewichtslogik des Kalten Krieges geschuldet waren Versuche, auf dem Territorium von Staaten der Dritten Welt den jeweiligen Gegner militärisch, ökonomisch und vor allem prestigemäßig zu schwächen. Solche „Proxy Wars“ glichen einer Art Fernschachpartie, in die die Supermächte selbst nicht ständig mit eigenen Truppen involviert waren, jedoch stets im Hintergrund die Fäden zogen. An den Folgen tragen die betroffenen Nationen bis heute. Das klassische Beispiel hierfür ist natürlich der Afghanistankrieg. Jedoch haben bis in jüngste Zeit auch die Ex-Kolonialstaaten selbst in ihrer Nachbarschaft schwelende Konflikte aufrechterhalten, um das regionale Machtgefüge zu beeinflussen, man denke zum Beispiel an die iranische, syrische und israelische Einmischung in den Libanonkonflikt.¹⁰⁹

Die möglichen Ursachen des Staatsversagens sind mithin äußerst vielfältig. Sie sind nur zum Teil in den betroffenen Staaten selbst zu suchen, eine Rolle spielen auch für sie negative Makrostrukturen der politischen und ökonomischen Weltlage. Sie können hingegen auch überwiegend im Lande selbst angesiedelt sein und sind dann Folge

¹⁰⁸ Vergl. zum Vorstehenden Thielke, Th.: „Warum Afrika dank Entwicklungshilfe im Elend verharrt“, in: Der SPIEGEL, 11.6.2007. Ferner Easterly, W.: „The White Man's Burden: Why the West's Efforts to Aid the Rest Have Done So Much Ill and So Little Good“, New York, 2006.

¹⁰⁹ Vergl. Loveman, Chr.: „Assessing the Phenomenon of Proxy Intervention“, in: Journal of Conflict, Security and Development 2002.

fehlerhaften Verhaltens. Die Abschätzung der jeweiligen Verantwortlichkeit kann nur im Einzelfall erfolgen.

e.) Beispiele

Die Darstellung lehnt sich im Folgenden an den sogenannten „*Failed State Index*“ an, um zu demonstrieren, wie sich das bisher abstrakt Ausgeführte in der Praxis darstellt. Anhand von zwölf Indikatoren (u.a. Demographie, Fluchtbewegungen, Wirtschaftslage, Kriminalitätsslage, Zustand öffentlicher Dienstleistungen) entwickelt dieser eine Rangfolge der „Verletzlichkeit“ für Staatsversagen in Form einer Punkteskala mit 120 möglichen Punkten:

Weltrangplatz	Summe Indikatorwerte	Staat
1	114,2	Somalia
2	113	Sudan
3	112,5	Simbabwe
4	110,9	Tschad
5	110,6	Irak
6	106,7	Dem. Rep. Kongo
7	105,4	Afghanistan
8	104,6	Côte d’Ivoire
9	103,8	Pakistan
10	103,7	Zentralafr. Republik
11	101,8	Guinea
12	100,3	Bangladesch
13	100,3	Burma
14	99,3	Haiti

15	97,7	Nord-Korea
16	96,1	Äthiopien
17	96,1	Uganda
18	95,7	Libanon
19	95,7	Nigeria
20	95,6	Sri Lanka
21	95,4	Jemen
22	94,5	Niger
23	94,2	Nepal
24	94,1	Burundi
25	93,8	Osttimor
26	93,4	Republik Kongo
27	93,4	Kenia
28	93,4	Usbekistan
29	92,9	Malawi
30	92,4	Salomonen
31	92,3	Sierra Leone
32	91,3	Guinea-Bissau
33	91,2	Kamerun
34	91	Liberia
35	90,1	Syrien
36	89,9	Burkina Faso
37	89	Kolumbien
38	88,9	Tadschikistan
39	88,8	Kirgistan
40	88,7	Ägypten
41	88,7	Laos
42	88	Äquat. Guinea
43	88	Ruanda
44	87,4	Eritrea

45	86,8	Togo
46	86,2	Turkmenistan
47	86,1	Mauretanien
48	85,8	Kambodscha
49	85,7	Iran
50	85,7	Moldawien
51	85,4	Bhutan
52	84,6	Papua Neu-Guinea
53	84,4	Weißrussland
54	84,3	Bosnien
55	84,2	Bolivien
56	83,8	Angola
57	83,8	Georgien
58	83,6	Israel / Westjordanland
59	83,4	Philippinen
60	83,3	Indonesien

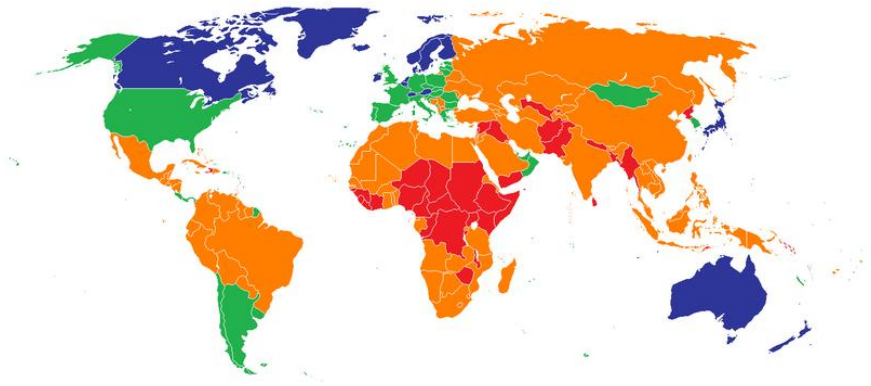
(Tabelle: L.K. unter Verwendung: Failed State Index 2008, State Ranking. Quelle: Foreign Policy, http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350&page=1)

Wie abzulesen, ist der Index entlang der oben dargestellten, stufenförmigen Modellierung des Staatsversagens ausgerichtet und zeigt für das Jahr 2008 die jeweils 20 am stärksten gefährdeten in Zonen schwacher (gelb), verfallender (orange) und gescheiterter (rot) Staatlichkeit. Tatsächlich werden sämtliche Staaten der Erde untersucht, so dass dies nur eine Auswahl der Extremfälle darstellt.

Der weitgehend identische Index des „Fund for Peace“ ordnet für das Jahr 2009 von 177 betrachteten Staaten 38 in die am höchsten gefährdete Gruppe ein, weitere 92 in die Kohorte der stark und weitere 32 in die Gruppe der kaum gefährdeten Staaten. Völlig unbedenklich

erscheint die Lage lediglich bei zwölf Nationen.¹¹⁰ Bei beiden Analysen steht demnach weniger die präzise Feststellung aktuell vorliegenden Staatsversagens im Vordergrund, sondern Frühwarnung („Alerts“). Projiziert auf eine Weltkarte ergibt sich folgendes Bild:

(Abb. 2: Failed State Index 2009. Quelle: Fund for Peace,
http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Failed_State_Index.png)



Die Karte zeigt die Staaten der Welt, denen jeweils eine Warnstufe zugeordnet ist, die den Grad der Gefährdung durch Staatsversagen indiziert. Dabei symbolisieren die Flächenfarben:

Blau: Ungefährdet („Sustainable“) Grün: leichte Gefährdung („Moderate“)
Orange: Gefährdung („Warning“) Rot: Alarm („Alert“)

¹¹⁰ Vergl. The Fund for Peace: Failed State Index 2009, Websource:
http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=140.

In beiden Indizes rangieren zahlreiche afrikanische Staaten an der Spitze, sie gelten als überaus gefährdet bzw. als bereits gescheitert. Als herausragendes Beispiel kann hier Somalia genannt werden, welches seit Jahrzehnten keine durchsetzungsfähige Zentralregierung mehr besitzt. Afghanistan und der Irak werden ähnlichen Kategorien zugeordnet, für Pakistan, belastet mit Auseinandersetzungen mit islamistischen Rebellen und permanenter Regierungskrise, wird die höchste Warnstufe ausgesprochen. Zahlreiche lateinamerikanische Staaten werden wegen Rebellenkämpfen und Drogenkartellen, welche von ihrem Territorium aus operieren, als stark gefährdet bzw. verfallend eingeordnet. Die Demokratiedefizite Russlands und Chinas bringen diese beiden Großmächte ebenfalls in die Warnzone. Westliche Industrienationen werden hingegen als kaum gefährdet angesehen. Die Bundesrepublik wird vor allem wegen des Demographischen Wandels der Bevölkerung und der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung Ost- und Westdeutschlands als leicht gefährdet eingestuft und rangiert auf Platz 157 von 177 vor Frankreich (158) und den USA (159). Als völlig unbedenklich gilt die Lage in Norwegen auf Platz 177 mit einem Querindex von 18,3 von 120 möglichen Punkten.¹¹¹

f.) Folgen

Es liegt auf der Hand, dass die Konsequenzen des Staatsversagens ganz überwiegend katastrophal für die Mehrheit der betroffenen Menschen sind. Vom Versagen des staatlichen Ordnungsrahmens profitieren in der Regel allenfalls Kriminelle, Terroristen und korrupte Eliten.

Im Extremfall entsteht eine Art „Weißer Fleck“ auf der Weltkarte, ein Gebiet, das von außen kaum noch betreten werden kann und in dem

¹¹¹ Vergl. Webservice

http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=140

völlige Abwesenheit *staatlicher* Ordnungsstrukturen herrscht. *Totale* Ordnungslosigkeit, also Anarchie, ist hingegen eine temporäre Erscheinung, da das Machtvakuum von lokalen Usurpatoren aufgefüllt wird. Allerdings erfolgt allein schon die Durchsetzung dieses Machtanspruchs, der anschließend gegen Konkurrenten verteidigt werden muss, mit abstoßender Gewalt. Auch unterhalb der Gewaltschwelle kann das nur partielle Aufweichen der staatlichen Handlungsfähigkeit fatale Folgen haben, wenn zum Beispiel der Gesundheitssektor unfähig ist, eine Seuche wirksam zu bekämpfen. Raubökonomien beuten die Mehrzahl der Individuen schamlos aus und hinterlassen sie in Armut, mangelnde Investitionen in Bildung rauben Zukunftschancen.

Die Konsequenzen des Staatsversagens sind demnach im humanitären Sektor am ausgeprägtesten. Allerdings birgt es auch erhebliche Risiken für nicht unmittelbar selbst betroffene Staaten. Neben weltwirtschaftlichen Störungen und Gefährdungen der Welthandelswege sind vor allem Interventionen zur Wiederherstellung der Lage eine enorme Quelle der Unsicherheit. Sie verwickeln die eingreifenden Mächte in langwierige, teils militärisch zu führende Auseinandersetzungen mit unklaren menschlichen und finanziellen Kosten. Ebenfalls nicht ignoriert werden dürfen die politischen Risiken für die handelnden Regierungen, welche folgerichtig ebenfalls im Fokus der weiteren Analyse im Rahmen dieser Arbeit stehen werden. Die gescheiterte Intervention in Somalia beispielsweise desavouierte die Vereinten Nationen ebenso wie die beteiligten Mächte, führte zu einem erheblichen Vertrauensverlust, wurde in Deutschland von heftigsten Debatten um Auslandseinsätze der Bundeswehr begleitet und hat die Kriseninterventionsbereitschaft der Vereinigten Staaten auf Jahre hinaus gelähmt.¹¹²

¹¹² Vergl. Debiel, Th.: „UN-Friedensmissionen in Afrika“, Bonn, 2003, S. 161 ff.

g.) Kritik

Gegen das Konzept des Staatsversagens wird auf verschiedenen Ebenen Kritik geäußert. Grob kann man dabei zwei Richtungen unterscheiden, deren erste Einzelaspekte wie die Berechnungsgrundlagen der Indizes in Frage stellt, zum Beispiel die Operationalisierung der verwendeten Variablen. Die andere Linie zieht das oben entwickelte Standardmodell des Staatsversagens aus grundsätzlicheren, teils politikethischen Erwägungen in Zweifel.

In der Tat ist in den Sozialwissenschaften die „Messbarkeit“ bestimmter Phänomene abhängig von ihrer inhaltlichen Definition, die im Gegensatz zu den Naturwissenschaften per se diskussionswürdig ist. Ein auch in diesem Wissenschaftsbereich bekanntes Problem betrifft ferner die Auswahl der zu messenden Parameter und die Rahmenbedingungen der Messung, wie z.B. ihre zeitliche Dauer. So kann durch Hinzu- oder Wegnahme einer Messvariablen oder Veränderung in der Zeitdauer der Messung das Ergebnis massiv beeinflusst werden.

In Bezug auf die Staatsversagensforschung ist demzufolge auf der Ebene der Methodenkritik die Auswahl der Indikatoren für Staatsversagen als unzureichend oder fehlerhaft kritisiert worden. Im Detail wird dabei besonders die einseitige Betonung überwiegend quantitativer, ökonomisch-administrativer „Benchmarks“ in den oben vorgestellten Indexverfahren problematisiert. In seiner ursprünglichen Form fokussierte sich besonders der „*Failed-State-Index*“ auf die Messung „harter“, institutioneller Faktoren, so z.B. auf die Funktionsfähigkeit von Polizei, Militär und Rechtssystem. Diesem Vorwurf der Einseitigkeit wurde u.a. Rechnung getragen durch die Aufnahme von „weichen“ Indikatoren, wie der Menschenrechtslage, was allerdings nicht als völlig ausreichend betrachtet wird. Ausgeblendet wird zum Beispiel weitgehend die ideelle Unterstützung des Staates durch seine Bevölkerung, wobei es zugleich äußerst schwierig sein dürfte, die Loyalität einer Bevölkerungsgruppe gegenüber ihren staatlichen Institutionen auf statistischer Ebene berechnungsfähig zu machen.¹¹³ Darüber hinaus kann man auch die Validität der Messdaten bezweifeln:

¹¹³ Vergl. zum Vorstehenden Riedlberger, P.: „Gescheiterte Staaten oder gescheiterte Statistik?“, 2007. Webservice: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25531/1.html>

Da zahlreiche betroffene Staaten die Pressefreiheit unterdrücken, nur frisierte Zahlen zum Zustand ihrer administrativen Institutionen veröffentlichen und generell objektive sozioökonomische Rahmendaten schwer erhältlich sind, stellt sich die Frage nach der Verlässlichkeit der auf dieser problematischen Quellenbasis beruhenden Schlussfolgerungen. Gerade am klassischen Lehrbuchbeispiel für gescheiterte Staatlichkeit, Somalia, kann dies demonstriert werden: Das Land verfügt seit knapp zwei Jahrzehnten über keine funktionierende Zentralverwaltung mehr, die belastbare Rahmendaten über seinen Zustand liefern könnte. Da zugleich der überwiegende Teil des Landes nur schwer für Forschungsreisen von außen zugänglich ist, beruht folglich die Einschätzung der Lage im Lande auf unbestätigten Medienberichten und Hörensagen. Schließlich ist auch die Holzschnittartigkeit der Modellbildung ein Ansatzpunkt für Kritik.¹¹⁴ Notwendigerweise führt der Einsatz von idealtypischen Konstrukten immer zu mit Realität oder instinktiver Erwartung kollidierenden Ergebnissen. So sprechen die oben genannten Indizes seit Jahren Warnungen vor einem Staatsversagen in der Volksrepublik China aus, was auf den ersten Blick irritierend ist, handelt es sich doch hier um eine wirtschaftliche und militärische Großmacht, welche sogar mit den Vereinigten Staaten in Konkurrenz zu treten vermag.

Während es sich hierbei um methodische Einwände handelt, stellt grundsätzlichere Kritik die Berechtigung der Staatsversagensforschung als solcher zur Diskussion, da sie ihr eine basale Voreingenommenheit, mangelnde Objektivität und einen impliziten neokolonialen „Bias“ vorwirft. Zum Verständnis scheint es angebracht, nochmals an das im Abschnitt über die Definition des Staates erreichte Ergebnis zu erinnern, dass nämlich ein wertungsfreier Staatsbegriff nicht erreichbar ist, da der Staatsbegriff notwendig den Begriff der Staatsfunktionen beinhaltet, welche aber ihrerseits von der Argumentationsbasis axiomatischer Normentscheidungen aus bestimmt werden.

Der moderne Staatsbegriff, welcher auch der Staatsversagensforschung zugrunde liegt, operiert demnach mit Sollensnormen und verknüpft seine inhaltliche Lesart mit Regelsetzungen, die sich rein analytisch nicht

¹¹⁴ Vergl. Tetzlaff, R., „Failing States“, a.a.O., S. 11.

herleiten lassen, sondern auf Werturteilen beruhen. Auch wenn sie damit nicht selbst diese Normen festsetzt, sondern lediglich ihr Gegebensein als gesellschaftliche Realität normativ-ontologisch deskriptiv festhält, verbleibt doch in letzter Konsequenz die Frage nach der Verbindlichkeit dieser Normen und ihrer teleologischen Begründung. Wenn zum Beispiel der „*Failed-State-Index*“ die Menschenrechtslage als Analysegegenstand miteinbezieht, drängt sich nicht allein die Frage auf, was unter Menschenrechten konkret zu verstehen sei, sondern auch, warum ihre Nichteinhaltung zum universellen Maßstab für Staatsversagen erhoben wird und weswegen die implizit enthaltene Regel, dass ein Staat ein bestimmtes Verhalten zeigen solle, zu befolgen sei.

Es ist vor diesem Hintergrund nachvollziehbar, warum besonders nichtwestliche Kritiker der Staatsversagensforschung zum Vorwurf gemacht haben, sie stülpe dem Rest der Welt das eurozentrische Gesellschaftsmodell und den christlich-jüdisch-griechischen Wertekanon postindustrieller westlicher Demokratien über, ohne dafür eine hinreichende Berechtigung zu besitzen.¹¹⁵ Sie setzte aus dieser Sichtweise als Blaupause und Vergleichsmaßstab implizit den europäisch-nordamerikanischen Nationalstaat voraus, ohne hierfür eine wirkliche Berechtigung zu besitzen und beruhe daher auf kultureller Voreingenommenheit und Arroganz.¹¹⁶ Aus dieser Sicht besitzen nichtwestliche Gesellschaften das Anrecht auf eigene, alternative Herrschafts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, beruhend auf Normsetzungen, die auf ihrer indigenen kulturellen und religiösen Tradition beruhen. In Wahrheit sei das Staatsversagensmodell ein Vehikel, um diese Alternativen zu diskreditieren und unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Werteuniversalismus eine globale Hegemonie zum Nutzen westlicher Geschäftsziele argumentativ zu begründen. Es erniedrige und demütige nichtwestliche Völker und sei

¹¹⁵ Vergl. Lange, K.: „Einführung zu: Failing States“, in: Politische Studien 393, 1/2004. Siehe auch Dornboos, M., a.a.O., S.806 und Milliken, J. & Krause, K., a.a.O., S. 762 ff.

¹¹⁶ Vergl. Tan, S.: „Introduction: Globalization and Citizenship.“, in: Dies. (Hg.): „Challenging Citizenship. Group Membership and Cultural Identity in a Global Age.“, Aldershot, 2005.

nichts als ein vorgeschobenes Argument für militärischen Interventionismus zur rücksichtslosen Interessendurchsetzung.¹¹⁷

Spätestens im Zuge der globalen Finanzkrise und des Irakkrieges ist das Selbstbewusstsein, mit dem die Interpretationshoheit in der Staatsversagensdebatte hinterfragt wird, spürbar gewachsen. Der bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolg verschiedener Schwellenländer in den vergangenen zehn Jahren hat dabei deren Bereitschaft, westliche Wertmaßstäbe zu akzeptieren, deutlich gemindert. Dies verbindet sich mit einem besonders in der arabischen Welt vorwiegend den Vereinigten Staaten seit langem entgegengehaltenen Vorwurf der Heuchelei, wonach diese auf die Einhaltung der Menschenrechte pochten, selbst diese jedoch fortgesetzt missachteten – siehe die zahlreichen Skandale im Zusammenhang mit der Terrorismusbekämpfung, zum Beispiel die Behandlung von Gefangenen in den Gefängnissen Abu-Ghoreib und Guantanamo Bay.

Die Argumentationsbasis des Westens stärkt auch nicht die historische Perspektive: Die Annahme, Gesellschaftsentwürfe, von denen zwei Weltkriege ausgingen, besäßen eine natürliche Überlegenheit ihrer ethischen Grundlagen, erscheint immerhin begründungsbedürftig. Die Globalisierung stellt darüberhinaus nicht nur die moralische Überzeugungskraft, sondern auch die faktische Überlebensfähigkeit des Nationalstaatsmodells fundamental in Frage.¹¹⁸ Das westliche Staatsmodell als vorbildhafte, beurteilende Instanz der Staatsversagensforschung ist mithin stark unter Druck geraten. Folgerichtig räumen auch europäische Autoren ein, dass mitunter ein einseitiger Blick, besonders auf den islamischen Kulturkreis, die Debatte in den westlichen Industriestaaten trübe und demgemäß offensichtliche

¹¹⁷ Vergl. Kuepeli, I.: „Vom „Staatszerfall“ zur Intervention. Die Debatte um „gescheiterte Staaten“ legitimiert westliche Machtpolitik.“, in: analyse und kritik 529/2008, S. 17-21. Siehe auch Fituni, L., a.a.O., S. 26. Am prominentesten vertritt diese Position Chomsky, N.: „Failed States. The Abuse of Power and the Assault on Democracy“, New York, 2006.

¹¹⁸ Vergl. Krasner, St.: „Globalization and Sovereignty.“, in: Smith, D. et al. (Hg.): „States and Sovereignty in the Global Economy“, London, 1999.

Anzeichen von Stabilität, Nachhaltigkeit, wirtschaftlichem Erfolg und Demokratisierung konsequent ignoriert würden.¹¹⁹

Welche Erwiderung kann auf den damit erhobenen doppelten Vorwurf eines methodischen und legitimatorischen Defizits der Staatsversagensforschung gegeben werden?

Der Kritik an der Operationalisierung und Theoriebildung muss entgegnet werden, dass sie bis zu einem gewissen Grade trivial ist: Schlichtweg jedes wissenschaftliche Modell ist idealtypisch, somit konstruiert, und nur partiell in der Lage, die Realität hundertprozentig abzubilden. Dies ist allerdings auch nicht seine Aufgabe. Der Idealtyp ist ein Analyserahmen, der die Erkenntnis von Kausalitäten und Regelmäßigkeiten in realen Phänomenen erlaubt.¹²⁰ Natürlich ist er holzschnittartig, aber er muss es auch sein. Staatsversagensformen in Analysekatoren zu ordnen, ist demnach nicht nur legitim, sondern notwendige Voraussetzung für Differenzierung und Erkenntnisgewinn.

Die Auswahl der Indikatoren spiegelt in der Tat eine Konzentration auf funktionale und institutionelle Charakteristiken der untersuchten Staaten wider, und damit auf überwiegend quantitative Daten. Dies ist jedoch zugleich die einzig verlässlich messbare Datenquelle, wohingegen Rahmendaten über Stimmungen, Denkmuster und habituelle Verhaltensweisen der Bevölkerung, insbesondere eines versagenden Staates, ungleich schwerer zu erhalten sind. Die Berechnungsgrundlagen des „*Failed State Index*“ stellen mithin einen notwendigen Kompromiss zwischen Machbarkeit und Aussagekraft dar. Die Kritik an der Validität der Datenlage scheint partiell berechtigt zu sein, allerdings stellt sich hier die Frage, wie man dem Mangel an Quellen begegnen solle – hier ergeben sich ähnliche Problemlagen wie in der eingangs erwähnten Dunkelfeldforschung. Eine angemessene Reaktion darauf hat die Staatsversagensforschung insofern gezeigt, als

¹¹⁹ So beispielsweise Perthes, V.: „Orientalische Promenaden. Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch“, München, 2006.

¹²⁰ Vergl. Weber, M., a.a.O.

sie die Reichweite ihrer Aussagen entsprechend eingeschränkt hat, zum Beispiel, indem sie Warnungen statt Prognosen ausspricht.

Gewichtiger ist der Tadel an den ethischen Prämissen der Staatsversagensforschung. In der Tat sind normative Grundsätze begründungsbedürftig und nicht per se autoritativ. Sie sind auch nicht in dem Sinne objektiv, dass sie automatisch universelle Geltung beanspruchen könnten. Daraus hingegen abzuleiten, sie seien völlig dem Gutdünken preisgegeben, erscheint allerdings überzogen relativistisch. Tatsächlich lehnen sich die Kriterien für die Einschätzung der Leistungsfähigkeit eines Staates und die Definition der Staatsaufgaben an eine Art globalen ethischen Minimalkonsens an, der keineswegs eurozentrisch ist. Allen Weltreligionen liegt als ethische Grundnorm die „*Goldene Regel*“ der Reziprozität zugrunde, nach der man andere stets so behandeln solle, wie man selbst behandelt werden möchte.¹²¹ Daraus ergeben sich Grundstandards für die rechtliche und materielle Absicherung des Individuums sowie für die einzigartige Würde und die Freiheit der Person, welche selbstverständlich auch das Staatshandeln verpflichten. Die Tatsache, dass diese „*Goldene Regel*“ sich durch nahezu alle Kulturen der Weltgeschichte wie ein roter Faden hindurchzieht, spricht dafür, dass es sich hierbei um eine fundamentale Voraussetzung gedeihlichen Zusammenlebens überhaupt handelt, die auch rein wissenschaftsrational ohne religiösen Bezug begründet werden kann.¹²² Die Verpflichtung des Staates auf Achtung der Menschenrechte und Erfüllung bestimmter Aufgaben ist folglich nicht westliche Arroganz, sondern Produkt der Anerkennung grundlegender Verhaltensnotwendigkeiten der Menschheit an sich. Im Übrigen: Wer das Recht in Anspruch nimmt, diese ethischen Grundstandards nach ihrer Begründung zu hinterfragen, erkennt performativ bereits eine der wichtigsten dieser Grundregeln als für sich selbst und andere gültig an: nämlich die Freiheit des Diskurses über diese Themen.¹²³

Dies alles unter dem Vorwand eines ansonsten unbestrittenen Selbstbestimmungsrechts der Völker wegdiskutieren zu wollen, bedarf

¹²¹ Vergl. Küng, H.: „Wozu Weltethos? Religion und Ethik in Zeiten der Globalisierung“, Freiburg/Brsg., 2002.

¹²² Vergl. Gensler, H.: „Ethics. A Contemporary Introduction“, London, 1998, S. 104ff.

¹²³ Vergl. Habermas, J.: „Erläuterungen zur Diskursethik“, Frankfurt/Mn., 1992, S.186.

eines gehörigen Maßes an Chuzpe und wirft die Frage nach der Motivation des Arguments auf. Soll hier wirklich die kulturelle Eigenständigkeit nichtwestlicher Gesellschaften verteidigt werden, oder handelt es sich um ein wohlfeiles Manöver zur durchsichtigen Delegitimierung unliebsamer Kritik an Korruption, mangelhaftem Verhalten, politischer Unterdrückung und Gewalt? Worin bestünde denn die schützenswerte Alternative zum Staatsmodell der Staatsversagensforschung? Etwa in der Despotie nahöstlicher Emirate oder der kriminellen Regellosigkeit mittelamerikanischer Drogenanbaugelände? Das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat im Übrigen auch gewisse Grenzen, nämlich die Rechte und die Sicherheit anderer Völker.¹²⁴ Wie gesehen, stellt aber Staatsversagen eine nicht zu unterschätzende Gefahr auch für Nachbarstaaten dar.

Ein quasi postnormatives Argument für den Geltungsanspruch des modernen Staatsbegriffs stellt schließlich die empirische Wahrheit dar, dass die an westlichen Wertgrundsätzen ausgerichteten Gesellschaften im Vergleich zu anderen ein ungleich höheres Maß an wirtschaftlicher, kultureller, wissenschaftlicher und sozialer Dynamik erreichen und wenig von internen Konflikten betroffen sind. Sie bieten ihren Bürgern ein historisch einzigartiges Maß an Sicherheit, Wohlstand und Lebensqualität.

Aus all dem folgt, dass die von der Staatsversagensforschung entwickelten Maßstäbe die richtigen sind und es absolut berechtigt ist, sie anzuwenden.

Dennoch hat uns die Kritik an ihren Prämissen auf einen im weiteren Verlauf der Untersuchung zentralen Faktor aufmerksam gemacht: die einflussreiche Rolle von kulturellen und habituellen Verhaltensmustern und normativen Axiomen im politischen Diskurs und die Tatsache, dass sie nicht immer völlig offen kommuniziert werden, wodurch sie die Entscheidungsfindung unsichtbar beeinflussen, und dies nicht automatisch in angemessener Form, sondern als

¹²⁴ Vergl. Kimminich, O.: „Einführung in das Völkerrecht“, Tübingen, 1993. Für mündliche Hinweise dankt der Autor Herrn Prof. Geoff Gilbert, LLB, Human Rights Centre, University of Essex, Colchester (UK).

Wahrnehmungshindernisse. Auf diesen Aspekt wird noch zurückzukommen sein.

h.) Fazit

Die inhaltliche Bestimmung des ersten Kernbegriffs der vorliegenden Dissertation ist damit abgeschlossen. Staatsversagen bezeichnet eine Schwäche des Staates, seine ureigenen Aufgaben wahrzunehmen. Es hat diverse Ursachen und nimmt Verlaufsformen unterschiedlicher Schwere an. Zahlreiche Staaten der Erde sind mit verschiedenen, aber stets höchst negativen Konsequenzen von Staatsversagen betroffen. Die Kritik am Konzept ist weitgehend unberechtigt.

3. Islamismus

Auf den folgenden Seiten wird eine Grundlage für die Konzeptualisierung des zweiten Kernbegriffs der vorliegenden Dissertation erarbeitet, den des „Dschihadistischen Terrorismus“. Ähnlich wie beim Begriff des Staatsversagens, der sich seinerseits vom Staatsbegriff her bestimmt, ist dies eine klassifikatorische Sonderform allgemeiner gefasster Oberbegriffe: nämlich des Islamismus und des Terrorismus als solchem. Seine Besonderheit liegt demnach unter anderem in der Kombination des klassischen Terrorismus mit einer speziellen ideologischen Grundlage, welche sich direkt aus dem radikalen Islamismus ableitet.

Der Islamismus ist eine politische Ideologie religiösen Ursprungs, welche, aufbauend auf teils wesentlich älteren Ideen, im 19. Jahrhundert ausformuliert wurde und im 20. Jahrhundert zu weitreichender Popularität gelangt ist.¹²⁵ Kern seines Denkens ist der axiomatische Grundsatz, dass im Koran, als zentralem Dokument des islamischen Glaubenssystems, die universelle, ausschließliche normative Quelle für Anweisungen zur Ausgestaltung aller praktischen Lebensäußerungen sowohl des Individuums als auch der Gesellschaft zu erblicken sei.¹²⁶ Aus der Sichtweise, Allah habe dem Menschen ganzheitliche und letztgültige Glaubenswahrheiten geoffenbart, leitet sich demnach die dogmatische Grundüberzeugung ab, dass an diesen unwiderlegbaren Gewissheiten sowohl Einzelpersonen als auch ganze Nationen alle Aspekte ihrer Existenz auszurichten haben, was auch die Politik, die Wirtschaft, das Rechtssystem sowie den Umgang mit anderen Staaten und Religionen verpflichtet, sich am Islam zu orientieren.¹²⁷

Diese Forderung resultiert naturgemäß in einem gesteigerten Bedürfnis, die koranischen Glaubenssätze in ihrer reinsten Form erkennen zu

¹²⁵ Vergl. Palmowski, J.: „Oxford Dictionary of Contemporary World History“, Oxford, 2003, S. 311. Ferner Gemein, G. & Redmer, H.: „Islamischer Fundamentalismus“, Münster, 2005, Kapitel 1.

¹²⁶ Vergl. Gemein, G. & Redmer, H., a.a.O., Kapitel 3. Ferner Antes, P.: „Der Islam als politischer Faktor“, Bonn, 1994, Anhang I.

¹²⁷ Vergl. Antes, P., ebd. sowie Kepel, G.: „Das Schwarzbuch des Dschihad“, München, 2001.

können, um ihre tiefere Wahrheit möglichst sinngetreu zu entschleiern. Dieser Anforderung entspricht die Konzentration der islamistischen Koraninterpretation auf eine puristische und wortgetreue Interpretation als Ausdruck des Ringens um Authentizität und Gewissheit. Damit positioniert sich der Islamismus gegen traditionelle Denkrichtungen des Islam, die Ansätze von historisch-kritischen, teleologischen oder systematischen Interpretationsmethoden des Koran beinhalten und zudem außerkoranischen Rechtsquellen, wie der Gewohnheit des Propheten Mohammed (*Sunna*) oder seinen überlieferten mündlichen Hinweisen (*Haddith*) einen hohen Stellenwert einräumen.¹²⁸

Sozialgeschichtlich und -psychologisch scheint diese Hinwendung zu einem aus dieser Sicht unverfälschten Islam eine Reaktion auf eine strukturelle Schwächeperiode des islamischen Kulturkreises, beginnend seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, zu sein. Der machtpolitische, wirtschaftliche, militärische und kulturelle Niedergang der islamischen Welt erlaubte westlichen Staaten mit christlicher Glaubensgeschichte die Kolonisierung der islamischen Siedlungsgebiete weltweit und stellt ein bis heute nachhallendes Trauma dar. Der Zerfall des Osmanischen Reichs und damit des Kalifats als Zentralinstanz aller Muslime hat diese Demütigung noch verstärkt und bis in jüngste Zeit lassen sich Erfahrungen einer Machtlosigkeit der muslimischen Welt fortschreiben, etwa die zweifachen Invasionen im Irak durch weit überlegene westliche Streitkräfte. Zwischen dem subjektiven Anspruch, Träger der einzig gültigen Wahrheit, also des Korans, zu sein, und der objektiven Erfahrung, dass Nichtmuslime durchsetzungsstärker sind, ergibt sich demnach eine Dissonanz, welche sich nicht auflösen lässt.¹²⁹

Ausgangspunkt des Islamismus ist dabei im Gegensatz zu modernistischen und säkularen Ansätzen, welche eine Nachahmung der westlichen Erfolgsgeschichte und Übernahme westlicher Wertprinzipien empfehlen¹³⁰, die Diagnose, dass der Niedergang des Islams darauf beruhe, dass sich seine Anhänger von der ursprünglichen Reinheit des Glaubens auf dekadente Weise entfernt hätten, wodurch sie die

¹²⁸ Vergl. Houry, A.: „Der Islam“, Freiburg/Brs., 1988, S. 35 ff.

¹²⁹ Vergl. Gemein, G. & Redmer, H., a.a.O., S.23 ff. Ferner Antes, P., a.a.O., S. 81 ff. sowie Krämer, G.: „Geschichte des Islam“, Bonn, 2005, S.263 ff.

¹³⁰ Vergl. Kepel, G., a.a.O., S. 85 ff.

wesentliche Quelle ihrer inneren Stärke verloren. Das Heilmittel stellt aus dieser Sicht also nicht die Imitation des Westens dar, sondern die Rückbesinnung auf die eigene Tradition. Ein zerstörerischer Einfluss westlicher Lebensweisen, Organisationsformen, kultureller Einflüsse und Wirtschaftsprinzipien auf die gewachsene Lebenswelt traditioneller islamischer Gesellschaften ist erstmals von saudischen Religionsgelehrten beklagt worden. Der Wahhabismus als äußerst strenge Koraninterpretation ist Ausgangspunkt des modernen Islamismus, welcher besonders vom ägyptischen Theoretiker Hassan al-Banna systematisiert wurde, welcher auf Grundlage seiner Schriften 1928 die „Muslimbruderschaft“ begründete, welche sich seitdem in scharfer Opposition zu säkularen und westlich orientierten Politikansätzen befindet und zahlreiche ähnliche Organisationen in anderen Ländern tief beeinflusst hat.¹³¹ Als ebenso einflussreich gilt Abu al-Maududi, der seit Mitte der 1940er Jahre mit ähnlicher Zielrichtung in Indien und Pakistan wirkte¹³², sowie Sayyid Qutb, wichtigster Theoretiker der Muslimbruderschaft.

Inhaltlich kann man die Lehren des Islamismus auf folgende zentrale Forderungen zusammenfassen: Zunächst, wie bereits angesprochen, die Stellung des Korans als alleinigem Referenzpunkt zur Gestaltung des privaten und öffentlichen Lebens. Zweitens die Rückkehr zum unverfälschten, wortgetreuen Urtext und zu wörtlicher Auslegung und, daraus resultierend, die Ablehnung sämtlicher neuer oder außerislamischer Einflüsse. Ferner die Forderung nach einer panislamischen Einheit aller Muslime weltweit und schließlich die Einsetzung des Islam als Staatsreligion, oder genauer, als Staatsform.¹³³ Dabei wird als zentrales Heilsversprechen und Ziel dieser Rückbesinnung die „Goldene Zeit“ der Überlegenheit der muslimischen

¹³¹ Vergl. Farschid, O.: „Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft“, in: Bundesministerium des Innern (Hg.): „Islamismus“, Berlin, 2006. Ferner Gemein, G. & Redmer, H., a.a.O., S. 33ff.

¹³² Vergl. Nasr, S. & Vali, R.: „Mawdudi and the Making of Islamic Revivalism“, New York, 1996.

¹³³ Vergl. Farschid, O., ebd.

Welt im 11. bis 15. Jahrhundert mit der derzeitigen Lage kontrastiert: Also ist der Weg zurück der Weg nach vorn.¹³⁴

Praktisch bedeutet dies die Ablehnung des Parlamentarismus und der Demokratie, der Gleichberechtigung von Frau und Mann, der Trennung von Staat und Religion, der kapitalistischen Marktordnung, sexueller und Glaubensfreiheit und vieler anderer Grundsätze der europäischen Aufklärung und der Moderne. Ziel ist vielmehr die Einführung der Scharia, des koranischen Rechtssystems, als staatliche Grundnorm, die Verdrängung aller nichtislamischen Lebensausprägungen und das Etablieren eines an islamischen Grundsätzen ausgerichteten Wirtschaftssystems, sowie die Konzentration der politischen Macht in den Händen eines religiösen Führers, des Kalifen.¹³⁵ Dabei orientiert sich der Islamismus an den im Koran formulierten Empfehlungen zur Ausgestaltung des gesellschaftlichen Lebens und der Politik.¹³⁶

Durch massive finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien sowie wegen des ausgeprägten sozialen und caritativen Engagements islamistischer Organisationen hat diese Doktrin in den vergangenen Jahrzehnten eine immer breitere Massenbasis finden können, ohne jedoch völlig unangefochten zu sein. Auch innerhalb der islamischen Welt bleibt der Islamismus heftig umstritten. Explizit islamistisch ausgerichtete Regierungen sind oder waren zum Beispiel die des Sudan unter Hassan al-Turabi und die Pakistans unter Zia ul-Haq. Auch der Iran wird von einer erklärt islamistischen Regierung geführt, allerdings im Gegensatz zum saudischen Islamismus nicht der sunnitischen, sondern der schiitischen Richtung.¹³⁷

Seit den 1990er Jahren hat sich besonders im Westen der Eindruck durchgesetzt, der Islamismus gebärde sich unter dem Druck massiv wachsender sozialer und ökonomischer Probleme in seinen Herkunftsländern zusehends fundamentalistischer, reaktionärer und

¹³⁴ Vergl. Krämer, G., a.a.O., Kapitel III.

¹³⁵ Vergl. Antes, P., a.a.O., Anhang I sowie Breuer, R.: „Grundlagen der Scharia und ihre Anwendung im 21. Jahrhundert“, in: BMI, a.a.O., S. 95 ff. Ferner Mernissi, F.: „Islam und Demokratie“, Freiburg/Brsg., 2002, Kapitel 4 und 7 – 10.

¹³⁶ Vergl. Khoury, A., a.a.O., Kapitel 13, 14 und 15.

¹³⁷ Vergl. Kepel, G., a.a.O. Ferner Palmowski, J., a.a.O., S. 615 f., 492 ff. und 304 f.

militanter und werde, nicht zuletzt durch sein Ausgreifen auf die muslimischen Minderheiten Europas, zu einer anschwellenden Bedrohung.¹³⁸ Während das tatsächliche Verhältnis des Islamismus zum Mehrheitsislam und zum Terrorismus, sein möglicherweise fundamentalistischer oder totalitärer Charakter, seine Beziehung zur Moderne und seine Dynamik in der Wissenschaftsdebatte heftig umstritten bleiben, ist eine Tendenz zur Radikalisierung weitgehend unbestritten.¹³⁹

4. Terrorismus: Eine essayistische Annäherung unter normativer Perspektive

"Terrorismus" ist der zweite Oberbegriff, dessen Inhalt geklärt werden muss, bevor zur Definition des hier verwendeten Spezialterminus des „Dschihadistischen Terrorismus“ gelangt werden kann. Was ist Terrorismus? Unglücklicherweise ist überdeutlich, dass trotz intensiver Bemühungen während der vergangenen Jahrzehnte weder Terrorismusforschung noch Rechtswissenschaft, Kriminologie oder Psychologie einen allgemein akzeptierten Konsens haben erzeugen können, was „Terrorismus“ im allgemeinsten Sinne des Wortes sei.¹⁴⁰ Tatsächlich arbeiten heute jeder Staat und jede internationale Großorganisation mit ihrer jeweils eigenen Definition, teilweise haben sogar verschiedene Ressorts innerhalb eines Staates unterschiedliche Auffassungen. Ältere Studien listen fast 200 Terrorismusdefinitionen auf, deren Zahl seitdem eher nicht gesunken sein dürfte. Vielleicht liegt eine Chance zur Annäherung an den Terrorismusbegriff ja gerade in der

¹³⁸ Vergl. Gabriel, M.: „Islam und Terrorismus. Was der Koran wirklich über Christentum, Gewalt und die Ziele des Jihad lehrt“, Gräfelfing, 2004. Ferner Tibi, B.: „Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?“, Darmstadt, 2002.

¹³⁹ Vergl. für eine kontroverse Sichtweise exemplarisch Roy, O.: „Der islamische Weg nach Westen“, Bonn, 2006.

¹⁴⁰ Vergl. hierzu und zum Folg. Hoffman, B.: „Terrorismus“, Frankfurt / Mn., 2002, S. 34 ff. Ferner Laqueur, W.: „Die globale Bedrohung“, München, 2001, S. 13ff. sowie Waldmann, P.: „Terrorismus“, München, 1998, S. 40 ff.

Analyse derjenigen Hindernisse, die sich einer annehmbaren Konkretisierung entgegenstellen.

a.) Gewalt als Konstante und ethisches Kernproblem

Terrorismus ist untrennbar mit Gewalt verbunden. Entweder wird sie direkt gegen Sachen oder Menschen ausgeübt oder ihre Ausübung mehr oder weniger unverhohlen angedroht, wobei diese Drohung ihrerseits als Nötigung eine Art von Gewalt darstellt, welche die Willensfreiheit des Betroffenen untergräbt.¹⁴¹ Gewalt wäre demnach ein Ausgangspunkt für eine inhaltliche Bestimmung des Terrorismusbegriffs. Doch: Was ist Gewalt? Nun herrscht in der Gewaltforschung alles andere als Konsens über diese Frage. Im Gegenteil: Der Gewaltbegriff ist seinerseits vielleicht sogar noch stärker umstritten als der Terrorismusbegriff.¹⁴² Es scheint aber, dass gerade die in der Gewaltforschung geführten Debatten, insbesondere über die Frage, wann Gewalt unter bestimmten Umständen zu rechtfertigen sei und wo man ihre Ursachen zu suchen habe, unsere Erkenntnis über Terrorismus als Sonderform der Gewalt erweitern kann.

Eine klassische und bis heute einflussreiche Deutung des Gewaltbegriffs ist die Walter Benjamins, derzufolge Gewalt dann gegeben ist, wenn „eine *wirksame Ursache* in Verhältnisse eingreift, die als sittlich verstanden und die durch Begriffe wie Recht und Gerechtigkeit markiert werden“¹⁴³. Zur Gewalt wird ein realer Vorgang demnach zum Beispiel dadurch, dass er sich auf ein Ziel richtet, dem eine bestimmte sittliche oder rechtliche Qualität zugeordnet wird. Das Einschlagen eines Nagels mit einem Hammer in eine Wand ist keine Gewalt; wird dieser Nagel hingegen in einen menschlichen Körper getrieben, so handelt es sich um

¹⁴¹ Der Autor lehnt sich hier an die herrschende rechtswissenschaftliche Auslegung des Gewaltbegriffs des deutschen Strafgesetzbuches (StGB) an. Vergl. Krey, V.: „Zum Gewaltbegriff im Strafrecht“, in: Bundeskriminalamt (BKA) (Hg.): „Was ist Gewalt?“, Wiesbaden, 1986, S. 11–103.

¹⁴² Vergl. Hitzler, R.: „Gewalt als Tätigkeit“, in: Neckel, S. & Schwab-Trapp, M. (Hg.): „Ordnungen der Gewalt“, Wiesbaden, 1999.

¹⁴³ Zit. Benjamin, W.: „Zur Kritik der Gewalt.“ In: Tiedemann, R. & Schweppenhäuser, H. (Hg.): „Walter Benjamin. Gesammelte Schriften“, Frankfurt / Mn., 1999, S. 8.

Gewalt, da der Mensch im Gegensatz zur Wand Träger bestimmter Rechte ist, die sich ihrerseits aus moralischen Grundsätzen herleiten. Zu trennen ist die Frage, ob Gewalt im konkreten Fall dadurch gerechtfertigt sein kann, dass mit ihrer Ausübung Zwecke verfolgt werden, die ebenfalls auf moralischen Überzeugungen beruhen und höherwertiger sind als die Rechte des Ziels, auf das sie sich richtet. Gewalt kann ein Mittel zu gerechten oder zu ungerechten Zwecken darstellen.

Aus diesem Blickwinkel werden die definitorischen Komplikationen einleuchtender: Wenn der Gewaltbegriff unentrinnbar mit moralisch-ethischen Erwägungen verknüpft ist, so wird er damit zwar ebensowenig beliebig wie die oben hergeleiteten Staatszwecke, denn auch hier besteht eine Art interkultureller Grundkonsens über absolute ethische Werte;¹⁴⁴ allerdings sind die rechtfertigenden Gründe für Gewaltausübung, die auf einer Rechtsgüterkonkurrenz beruhen, deutungsbedürftig, da stets die Frage im Raum steht, warum im konkreten Fall welchem Rechtsgut Vorrang einzuräumen sei, zum Beispiel: Gilt das Recht eines Individuums auf körperliche Unversehrtheit mehr als das Recht einer Gruppe auf freie Selbstbestimmung? Ist das Leben also wichtiger als die Freiheit oder umgekehrt? Im Kern ist es also eine Abwägungsfrage.

Terrorismus ist also eine Form der Gewalt, deren Legalität oder Legitimität bestritten wird, weil mögliche Gründe zu ihrer Rechtfertigung auf der Vorstellung einer Rangordnung von Rechtsgütern beruhen, die in ihrer konkreten Ausprägung interpretatorischen Erwägungen preisgegeben ist. Die Schwierigkeit einer Definition beruht im Kern auf einem Konflikt über Werte und vor allem ihre Hierarchie. Dies ist der Kerngedanke von Ronald Reagans berühmten Diktum: „One man’s terrorist is another man’s freedom fighter“.¹⁴⁵ Wenngleich er damit scheinbar eine nihilistische Position einnimmt, bietet doch gerade die damit getroffene Unterscheidung zwischen legaler und illegaler, legitimer und illegitimer Gewaltausübung einen weiteren Anknüpfungspunkt für Erkenntnisse. Auf welchen Gebieten bestehen Konflikte über

¹⁴⁴ Es gilt hier ebenfalls die „Goldene Regel“, vergl. oben II/2/g.

¹⁴⁵ Zit. nach Burns, V. & Peterson, K.D.: „Terrorism. A Documentary and Reference Guide“, Santa Barbara, 2005, S. 2 f., vergl. ebd.

Werterangordnungen? Aufgrund welcher Abwägungen wird Terroristen eine potentielle Berechtigung zur Gewalt abgesprochen? Die folgende Übersicht orientiert sich sowohl an den Bestimmungen der *Haager Landkriegsordnung*, also am Szenario eines zwischenstaatlichen Waffengangs, berücksichtigt zugleich aber auch innerstaatliche Verhältnisse, indem sie die Rolle der Polizeiergane betrachtet:

- *Rechtsstatus*: Zunächst ist festzuhalten, dass Terroristen die Rechtfertigung zur Gewalt aberkannt werden kann, weil ihnen der dazu erforderliche Rechtsstatus fehlt.¹⁴⁶ Diese Argumentation beruft sich auf das exklusive Gewaltmonopol des Staates, welcher allein das Recht genießen soll, zu pazifizierenden Zwecken Gewalt auszuüben, um der Rechtsordnung zur Geltung zu verhelfen und sie zu schützen. Dies folgt der klassischen Argumentation Hobbes', nach der die Bürger eines Staates ihr Recht zur Durchsetzung ihrer Rechtsinteressen an dessen Hoheitsträger delegieren, um so einen chaotischen Zustand allgemeinen Bürgerkriegs zu vermeiden.¹⁴⁷ Terroristen werden hier auf eine Stufe mit der literarischen Figur des *Michael Kohlhaas* gestellt: Selbst wenn ihre Ziele teilweise berechtigt sein mögen, so sind sie schlicht nicht befugt, als Privatleute Gewaltmittel einzusetzen, die staatlicher Verfügungsgewalt unterworfen sind. Herfried Münkler hat diesen Gedanken in die prominente Theorie des „*Asymmetrischen Krieges*“ überführt: Eine der Asymmetrien solcher Konflikte besteht darin, dass eine Partei, repräsentiert vom Staat, dazu verpflichtet ist, ihrem Handeln rechtsförmigen Charakter zu verleihen, indem sie das humanitäre Kriegsvölkerrecht, Strafrecht, das Gebot der Verhältnismäßigkeit der Mittel beachten muss, wohingegen die terroristische Konfliktpartei diese Verpflichtungen bewusst ignoriert. Dadurch versucht sie sich strukturelle Vorteile zu verschaffen, da sie Handlungsoptionen gewinnt, die dem Staat versperrt bleiben.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Vergl. Dietl, W. et al.: „Das Terrorismuslexikon“, Frankfurt / Mn., 2006, S. 17 f.

¹⁴⁷ Vergl. Nida-Rümelin, J.: „Bellum omnium contra omnes“, in: Kersting, W. (Hg.): „Thomas Hobbes. Leviathan“, Berlin, 1996, S. 109 ff.

¹⁴⁸ Vergl. Münkler, H., a.a.O., S. 48 ff.

- *Mittel und Taktiken*: Ein Ausdruck dieses Kalküls ist die Wahl von Mitteln und Operationsmodi, die der Staat nicht gebrauchen darf. Typischerweise kommen heimtückische Partisanentaktiken zur Anwendung, überfallsartige „Hit-and-Run“-Angriffe, wobei einer regelgerechten, offenen Konfrontation auf dem Gefechtsfeld ausgewichen wird, da die terroristische Seite diese aufgrund ihrer zahlenmäßigen und technischen Unterlegenheit nicht bestehen könnte. Von der Ausstattung her stehen den kriegsrechtlich erlaubten Waffensystemen der Staatsseite bei den Terroristen schmutzige Bomben, selbstgebaute Sprengsätze, in seltenen Fällen Giftgase und bakterielle Krankheitserreger und in der Masse der Fälle illegal beschaffte Kleinfeuerwaffen gegenüber.¹⁴⁹ Ferner besteht auch eine temporäre Dimension: Die Dauer eines Krieges wird durch formelle Rechtsakte begrenzt, die Kriegserklärung und den Friedensschluss zwischen den formal gleichberechtigten Konfliktparteien. Im Gegensatz hierzu betrachten die meisten Regierungen Terroristen nicht als satisfaktionsfähige Vertragspartner, so dass mit ihnen auch kein regelgerechter Friede ausgehandelt werden kann. Demnach ist die zeitliche Dauer des Konflikts völlig unklar. Schließlich ist auch der gezielte Einsatz überwiegend psychologischer und nicht faktischer Druckmittel von Interesse: Tatsächlich ist die Gefahr für ein Individuum, einem terroristischen Anschlag zum Opfer zu fallen, recht überschaubar. Durch die Unterschiedslosigkeit von Zeit, Ort, Ziel und Mittel eines potentiellen Anschlags schaffen Terroristen jedoch eine Atmosphäre kollektiver Bedrohung, welche ungleich wirksamer ist als ihre eigentlichen Waffen. Wo also reguläre Kämpfer Territorien besetzen und Gegner zerstören, nutzt der Terrorist sublimale Angstmechanismen und „...besetzt das Denken“.¹⁵⁰ Zielt eine Armee auf die Machtmittel eines Gegners, so zielen Terroristen auf die psychologische Verwundbarkeit des Individuums, besonders in postheroischen Gesellschaften.¹⁵¹

¹⁴⁹ Vergl. Münkler, H., ebd. sowie Creveld, M.: „Die Zukunft des Krieges“, München, 1998, S. 159 ff. und S. 281 f.

¹⁵⁰ Dieses klassische Diktum geht auf Franz Wördemann zurück, hier zit. nach Nohlen, D. & Schutze, R., a.a.O., S. 1018. Vergl. zum Vorstehenden ebd.

¹⁵¹ Vergl. Münkler, H., a.a.O., S. 175 ff.

- *Objekte*: Das Kriegsvölkerrecht bindet den Staat bei der Ausübung von Gewalt an die Regel, diese soweit wie möglich zu begrenzen. Legitime Ziele sind daher ausschließlich feindliche Kämpfer, sowie diejenigen Sachen und Einrichtungen, die sie zur Aufrechterhaltung ihres Widerstandes benötigen, also Waffen, deren Herstellungsstätten und Transportwege.¹⁵² Das Tabu, Zivilisten und zivile Einrichtungen anzugreifen, wird von Terroristen hingegen gezielt missachtet. Ihre Taktik läuft darauf hinaus, nicht die gegnerischen Kräfte direkt niederzurufen, sondern die Zivilbevölkerung dazu zu bewegen, ihren politischen Einfluss geltend zu machen, ihre Verteidiger zurückzurufen. Sie tun dies, indem sie sie ängstigen und ein Klima unterschiedsloser Bedrohung erzeugen. Besonders häufig ist dies dann der Fall, wenn mit den Mitteln des Diskurses die genannte Zivilbevölkerung mehrheitlich nicht davon überzeugt werden kann, bestimmte politische Forderungen einer anderen Gruppe zu berücksichtigen, zum Beispiel weil diese radikaler Natur sind oder gezielt unterdrückt werden. Versagt also die konventionelle politische Kommunikation, greift die marginalisierte Minderheit zum Mittel der Gewalt, um der Mehrheit zu verdeutlichen, dass ihr Standpunkt inakzeptabel sei und sie für seine Aufrechterhaltung einen fortgesetzt hohen Preis zahlen werde: Tote und Verletzte bzw. erhebliche Sachschäden durch Anschläge.¹⁵³ Diese kommunikationstheoretische Deutung terroristischer Verhaltensmuster hat unter den Namen „Propaganda der Tat“ bzw. „Terroristisches Kalkül“ nach wie vor hohe Relevanz.¹⁵⁴

- *Zwecke / Motivation*: Selbstverständlich wird auch die Redlichkeit oder auch die bloße Rationalität der Endzwecke terroristischer Akteure angezweifelt. So wird zum Beispiel von regierungsamtlicher Seite in der Türkei die Existenz der Kurden als eigenständiger Ethnie als wissenschaftlich unbewiesen bestritten, womit deren auch mit terroristischen Mitteln vorgetragene Autonomiebestrebungen diskreditiert werden. Sie können aus solcher Sicht nur auf Irrtum oder böser Gesinnung beruhen. In der politischen Praxis rangiert dieser Einwand,

¹⁵² Vergl. Reisman, M.: „The Laws of War“, New York, 1994.

¹⁵³ Vergl. Waldmann, P., a.a.O., S.28. Siehe auch Schneckener, U., „Netzwerke des Terrors“, a.a.O., S. 10.

¹⁵⁴ Vergl. dazu Waldmann, P., ebd. sowie Elter, A.: „Propaganda der Tat“, Frankfurt / Mn., 2008, S. 31 ff und S. 261 ff.

der die Rechtmäßigkeit und Vernünftigkeit der Wünsche terroristischer Gruppierungen bezweifelt, als Kardinalfrage noch vor den oben genannten Seitenaspekten. Hier wird also nicht nur die formale, sondern auch die inhaltliche Berechtigung terroristischer Gewalt hinterfragt.

b.) Phänotypische Vielfältigkeit und politischer Missbrauch als analytische Probleme

Ein zu den Abwägungsschwierigkeiten hinzutretendes forschungspraktisches Problem, welches eine Definition des Terrorismusbegriffs zusätzlich erschwert, ist die Vielgestaltigkeit des Phänomens. Zwischen den gezielten Einzelaktionen russischer Anarchisten aus der historischen Frühphase des Terrorismus, den Partisanenaktionen spätkolonialer Unabhängigkeitsbewegungen, den symbolischen Geiselnahmen und Ermordungen marxistischer Studentengruppen, den in die Tat umgesetzten endzeitlichen Weltuntergangsszenarien religiöser Fanatiker und vieler mehr, fehlt ein roter Faden, der verbindende Muster bezüglich Motiven, Akteuren, Mitteln oder Zielen erkennen ließe.¹⁵⁵ Organisationsmuster, Operationsmodi und personelle Zusammensetzung terroristischer Gruppen unterliegen ständigem Wandel. Zugleich ergibt sich eine erhebliche politische Missbrauchsgefahr des Terrorismusbegriffs, da er potentiell jeder unliebsamen Gruppe aufgeklebt werden kann. Der inflationäre Gebrauch des Stigmas „Terrorist“ zur gezielten Disqualifikation des Adressaten ist beispielsweise im Umgang der Han-Chinesen mit Uiguren oder Tibetern spürbar.

Gerade dieser letzte Aspekt verweist auf das wohl einzige Bindeglied der verschiedenen Terrorismusvarianten: den Versuch, mit Gewalt das Verhalten von Kollektiven oder Institutionen zu manipulieren, Gesellschaftsordnungen zu verändern, Macht zu erlangen oder Regierungen zu stürzen. Terrorismus ist untrennbar mit Politik verwoben.¹⁵⁶

¹⁵⁵ Vergl. Richardson, L., a.a.O., S. 40 ff.

¹⁵⁶ Vergl. Dietl, W. et al, a.a.O., S. 16 ff.

c.) Auflösung und Annäherung an den Terrorismusbegriff

Das Problem der Vielgestaltigkeit lässt sich folglich mit einer Reduktion auf Politik als Endziel der Gewaltanwendung umschiffen. Als Kernschwierigkeit einer wissenschaftlichen Präzisierung des Terrorismusbegriffs muss ein Dissens über die Berechtigung von Gewalt identifiziert werden. Terrorismus ist eine Form der symbolisch-kommunikativen Gewaltsamkeit, deren Hauptcharakteristikum darin besteht, dass die nach Frage ihrer Berechtigung aufgrund von unauflösbaren Konflikten über Wertekonkurrenz stärker umstritten ist als die anderer Konfliktformen, wie zum Beispiel die des zwischenstaatlichen Krieges. Diese Konflikte beziehen sich auf unterschiedlichste Aspekte formaler wie inhaltlicher Natur.

Als Quintessenz aus der Diskussion der Definitionsschwierigkeiten kann man ziehen, dass man sich der Tatsache stellen muss, dass die Definition des Terrorismus deswegen nicht zu gelingen scheint, weil keine Einigung auf universelle moralische Maßstäbe zur Beurteilung von Gewalt erfolgt. Wenn dies das eigentliche wissenschaftliche Erfordernis darstellt, so sollte ihm nicht ausgewichen werden, indem man die Suche nach einer Terrorismusdefinition kurzerhand zum „müßigen und irregeleiteten Unterfangen“ erklärt¹⁵⁷ oder sich singulär auf die Analyse reiner Einzelaspekte wie Organisationsform, Typologie oder Taktik terroristischer Gruppierungen beschränkt.¹⁵⁸ Dies umso mehr, als geeignete Messlatten nicht neu gefunden werden müssen, da sie bereits vorhanden sind, sondern eher der Affirmation bedürfen.¹⁵⁹ Mut zum normativen Argument, dort wo es unumgänglich wird, scheint in der Terrorismusforschung offenkundig zu fehlen.

¹⁵⁷ Zit. Laqueur, W., „Die globale Bedrohung“, a.a.O., S. 33.

¹⁵⁸ Vergl. Richardson, L., a.a.O., S.23 ff. und S. 34 ff.

¹⁵⁹ Ein solcher Interkultureller Minimalkonsens ist zum Beispiel beim Vergleich der Kriterien des „Gerechten Krieges“ mit denen des „Dschihad“ – in seiner unverfälschten Form! – erkennbar, vergl. Kelsay, J. & Turner, J. (Hg.): „Just War and Jihad“, New York, 1991. Siehe auch Keegan, J.: „Die Kultur des Krieges“, Reinbek, 1997, Kapitel I und Epilog.

Nicht nur der westliche Kulturkreis hat aus nachvollziehbaren zivilisatorischen und ethischen Gründen zunehmend höhere moralische, rechtliche und praktische Hürden gegen die Gewaltanwendung von Individuen und Gruppen errichtet.¹⁶⁰ Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet alle Mitgliedsstaaten zur friedlichen Konfliktbeilegung und erklärt Gewaltanwendung zur *ultima ratio*, die nur nach festgesetzten Regeln und im Namen der Staatengemeinschaft ausgeübt werden darf.¹⁶¹ Auf der Ebene der nationalen Gesetzgebung findet dies seine Entsprechung darin, dass, außer in unmittelbaren Notwehrsituationen, die Wahrung des Rechts und seine gewaltsame Durchsetzung staatlichen Akteuren vorbehalten ist. Die Kompetenz zur Gewaltanwendung wird also Kollektivorganen anvertraut, welche für ein Mindestmaß an Objektivität und Rationalität bei der Entscheidungsfindung bürgen und eher dafür garantieren, dass die ausgeübte Gewalt in ihren Konsequenzen eingehegt wird, als dies persönlich betroffene Individuen könnten. Im Zweifelsfall rangiert damit das Rechtsgut des allgemeinen Friedens und der Unantastbarkeit des Lebens vor dem Interesse des Individuums.

Terrorismus ist also eine Form der überwiegend mit politischem Ziel verfolgten, von irregulären Akteuren mit unerlaubten Mitteln umgesetzten Gewaltsamkeit, der zum Vorwurf gemacht wird, genau diese Hürden auf ethischen Ebenen gezielt und vorsätzlich zu ignorieren und dazu keine ausreichende Legitimation zu besitzen. Terrorismus, auch wenn seine Beweggründe im Einzelfall nachvollziehbar sein mögen, ist eine politische Auseinandersetzung in Form eines Bruchs mit zivilisatorischen Werten, der die Grundnormen zur Wahrung des Friedens und die Regeln zur Begrenzung der Gewalt vorsätzlich ignoriert und von nichtstaatlichen Akteuren unerlaubt vorgetragen wird. Diese inhaltliche Annäherung ist wohl immer noch ungenau, aber sie gibt einen brauchbaren Vergleichsmaßstab zur Entwicklung des Begriffs „Dschihadistischer Terrorismus“ ab, der vielleicht mehr Erkenntnisgewinn birgt.

¹⁶⁰ Vergl. Reemtsma, J.-Ph. (2008): „Theorie der Gewalt. Hässliche Wirklichkeit“, in: Süddeutsche Zeitung, 25.1.2008.

¹⁶¹ Vergl. Charta der Vereinten Nationen, Kapitel I Art. 2 Abs. 4 sowie Kapitel 6 und 7.

5. Dschihadistischer Terrorismus

Aus dem bisher Ausgeführten ergibt sich, dass der Dschihadistische Terrorismus ein Kompositum ist, eine Kombination aus konventionellem Terrorismus einerseits und bestimmten Anteilen der islamistischen Gedankenwelt andererseits. Er stellt mithin einen Sonderfall dar, gekennzeichnet durch derart spezifische Eigenschaften, dass Kommentatoren verschiedentlich sogar von einem gänzlich „Neuen Terrorismus“ sprachen¹⁶². Auf den kommenden Seiten wird ein Überblick über diese besonderen Charakteristika entwickelt.

a.) Doktrin

Im Gegensatz zu der Mehrzahl konventioneller terroristischer Ideologien beruht der Dschihadismus auf einer streng religiösen Ideologie, weswegen die typischerweise von säkular ausgerichteten Terroristen definierten politischen Ziele, wie zum Beispiel nationale Unabhängigkeit, Umgestaltung des Gemeinwesens nach kommunistischen oder sozialistischen Maßstäben und dergleichen mehr, im Forderungskatalog von Dschihadisten eine vergleichsweise eher untergeordnete Rolle spielen. Es stellt sich sogar die Frage, ob die politische Agenda des Dschihadismus nicht lediglich eine nachgereichte Selbstrechtfertigungsargumentation ohne echten Inhalt ist.¹⁶³ Auffallend ist vielmehr eine ins Maßlose gesteigerte rhetorische wie praktische Radikalisierung eines bestimmten Bestandteils der koranischen

¹⁶² So zum Beispiel Giddens, A.: „ Scaring people may be the only way to avoid the risks of new-style terrorism.“, in: *New Statesman* 18 (840) / 2005: S. 29-31. Siehe auch McLaughlin, E. & Muncie, J.: *“The SAGE Dictionary of Criminology“*, London, 2007, S. 435.

¹⁶³ Vergl. Stock, J. & Herz, A.: „The Threat Environment Created by International Terrorism from the German Police Perspective.“, in: *European Journal on Criminal Policy and Research* (2007) 13: S. 85 – 108.

Glaubenslehren in einer islamistisch übersteigerten, eklektizistischen und verkürzten Form.¹⁶⁴

Der „*Dschihad*“ ist in seiner ursprünglichen Form eine verpflichtende Aufforderung an alle Muslime („*Umma*“), zur Verteidigung und aktiven Verbreitung des islamischen Glaubens beizutragen, findet in dieser Form mehrfache Erwähnung im Koran und wird ferner durch das Vorbild des Propheten Mohammed, seiner „*Gewohnheit*“, der Sunna, überliefert.

Der Begriff steht historisch betrachtet von Anfang an in engem Zusammenhang mit der Ausübung militärischer Gewalt, was wohl zu der etwas ungenauen Übersetzung als „Heiliger Krieg“ beigetragen hat.¹⁶⁵ Konkret geht die klassische Koranauslegung von einer Konfrontation zwischen Muslimen und Nichtmuslimen aus: Während erstere gehalten sind, untereinander Frieden zu halten, ist der Kampf gegen letztere nicht nur gerechtfertigt, sondern im Verteidigungsfall sogar zwingend.

Als theologische Grundlage gelten vor allem die sogenannten „Schwertverse“ des Koran, welche sich in den Suren 9 („Die Reue“) und 22 („Al Hadsch“) finden:

*„Sind aber die heiligen Monate verflossen, so erschlaget die Götzendiener, wo ihr sie findet, und packet sie und belagert sie und lauert ihnen in jedem Hinterhalt auf. So sie jedoch bereuen und das Gebet verrichten und die Armensteuer zahlen, so laßt sie ihres Weges ziehen“.*¹⁶⁶

Aus diesem Vers wird ein Gebot abgeleitet, Ungläubige gewaltsam und offensiv zu bekehren. Allegorisch spricht man hier vom Kampf des „*Hauses des Friedens*“ (Dar al-Islam, die islamische Welt) gegen das „*Haus des Krieges*“ (Dar al-Harb, die Ungläubigen). Zwischen diesen Parteien kann zwar zeitweilig Waffenstillstand herrschen, doch bleibt ihre Beziehung zueinander grundsätzlich solange gewaltsamer Konflikt,

¹⁶⁴ Vergl. zum Folg. Kepel, G., a.a.O., S.183 f. sowie Heine, P.: „Terror in Allahs Namen“, Freiburg / Brsg., 2001, S. 12ff. Außerdem Gemein, G. & Redmer, H., a.a.O., S. 223 ff. und S. 54 f.

¹⁶⁵ Vergl. zum Folg. Khoury, A., a.a.O., S.193 ff.

¹⁶⁶ Zit. Sure 9, Vers 5, Übersetzung: Henning, M.: „Der Koran“, Stuttgart, 2005, S. 184.

bis im Endziel der Absolutheitsanspruch des Korans als einzig wahrer Glaubenslehre global durchgesetzt ist. Der Dschihad ist also ein Weg zum universalen Reich Allahs und seines Wortes über alle Menschen der Erde. Hypothetisch ist dieser Kampf solange zu führen, bis sich die Menschheit komplett zum Islam bekehrt hat. Ausnahmen sind für Angehörige der monotheistischen Religionen, Christen und Juden, vorgesehen, die sich als Schutzbürger der Herrschaft der Muslime zu unterwerfen haben.¹⁶⁷

Wie abzulesen, ist der Dschihad in dieser klassischen Interpretation eng verknüpft mit einem Ausschließlichkeitsanspruch des Islam als solchem. Diese Deutung stellt keineswegs die einzig mögliche dar. Im Verlaufe der islamischen Religionsgeschichte hat es unterschiedliche Neudeutungen gegeben, die zum Beispiel den Dschihad als ausschließlichen Verteidigungskrieg auslegten oder ihn gar zum in der Seele jedes einzelnen auszutragenden Ringen um den wahren Glauben umdeuteten.¹⁶⁸ Dadurch hat dieses religiöse Konzept in der Praxis heute einiges an seiner ursprünglichen Radikalität verloren und wird zumeist als eine eher abstrakt zu erfüllende, in der Praxis überwiegend nachrangige Beistandspflicht zur ideellen Verteidigung des Glaubens wahrgenommen.¹⁶⁹ Die entsprechende, traditionelle, Interpretation stützt sich vorwiegend auf Sure 22, welche als Erlaubnis zur rein defensiven Gewaltanwendung bei Angriffen durch Ungläubige aufgefasst wird:

„Gewähr ist jenen gegeben, die bekämpft wurden, dieweil ihnen Gewalt angetan ward; (...) Jene, die schuldlos aus ihren Wohnungen vertrieben wurden, nur weil sie sprechen: „Unser Herr ist Allah“.“¹⁷⁰

Im scharfen Gegensatz dazu argumentieren Dschihadistische Terroristen jedoch entlang der klassischen Auslegungslinie, dass es konkrete, jederzeit persönlich zu erfüllende Pflicht jedes Muslimen und jeder Muslima sei, Ungläubigen mit der Waffe in der Hand entgegenzutreten, weil diese den Islam unablässig bedrohten und

¹⁶⁷ Vergl. Lohlker, R.: „Dschihadismus: Materialien“, Wien, 2009, S. 56 ff.

¹⁶⁸ Vergl. Peters, R.: „Jihad in Classical and Modern Islam“, Princeton, 2005, S. 125 ff.

¹⁶⁹ Vergl. Khoury, A., a.a.O., S. 198 und S. 202 ff.

¹⁷⁰ Zit. Sure 22, Vers 39 f., Übersetzung: Henning, M., a.a.O., S. 322.

unterminierten.¹⁷¹ Die drei wesentlichsten Feinde der Islamischen Gemeinschaft sind aus dieser Sicht:

- Der Westen“: Aus Sicht des Dschihadismus ist der Westen dekadent, ungläubig, materialistisch und verkommen. Zur Sicherung seiner militärischen Vormachtstellung und ausbeuterischer Wirtschaftsstrukturen bedient er sich offener oder verdeckter Obstruktion, zum Beispiel militärischer Aktionen (Golfkriege, Afghanistankonflikt) oder Unterwanderung durch Verbreitung seiner Alltagskultur oder Ausbeutung des Rohstoffreichtums der Golfstaaten.

- Er findet dabei Unterstützung durch korrupte, vom wahren Glauben abgefallene Marionettenregime in den muslimischen Staaten.

- Ferner bedrohen die Juden die islamische Welt durch die Aneignung von muslimischen Gebieten (Israel, Westjordanland), und ein zionistisches Programm zur Auslöschung des Islamischen Glaubens.

Bemerkenswerterweise offenbart sich dabei ein seltsam überzeitliches Geschichtsverständnis, da diese Interpretation zwar eine Analyse einer konkreten Konfliktsituation im beginnenden 21. Jahrhundert darstellt, diese aber zugleich in einen immerwährenden, eschatologischen Kampf der Mächte des Guten gegen die des Bösen einordnet. Dies macht sich zum Beispiel dadurch bemerkbar, dass der Westen unterschiedslos mit dem Bild vom „Kreuzfahrer“ belegt wird, wodurch deutlich wird, dass sich Dschihadisten nur als Punkte auf einer kontinuierlichen Linie der Auseinandersetzung wännen, die bereits seit Hunderten von Jahren andauert.¹⁷²

Wie gesehen, teilt also der Dschihadismus die Gegenwartsanalyse der Islamisten: Die muslimische Welt befindet sich in einer Phase der Schwäche, weil sie vom Weg des wahren Glaubens abgekommen ist. Im Gegensatz zum konventionellen Islamismus führt der Dschihadismus

¹⁷¹ Vergl. zum Folg. Gemein, G. & Redmer, H., ebd. Ferner Schneckener, U., Transnationale Terroristen, S. 5f. Außerdem Scheffler, Th.: „Zeitenwende und Befreiungskampf: Zur Gegenwartsanalyse Bin Ladins“, in: Kippenberg, Hans & Seidensticker, Tilman: Terror im Dienste Gottes, Frankfurt/Mn, 2004.

¹⁷² Vergl. hierzu und zum Folg. Scheffler, Th., ebd.

dies jedoch stärker auf feindliche Einflussnahme von außen zurück und legt folgerichtig ein ungleich höheres Gewicht auf bewaffneten Abwehrkampf. Da keine regulären Machtmittel zur Verfügung stehen, bleibt dazu lediglich das Mittel des Terrorismus. Nebulös bleiben hingegen die konkreten politischen Zielsetzungen. Außer einem vagen Aufruf zur Einführung des koranischen Rechts (Scharia), eines Glaubensstaats und einer schemenhaften Utopie von islamischer Globaldominanz in ferner Zukunft fehlen dezidiert politische Aussagen. Auch das bei Islamisten vielfach zu beobachtende, umfangreiche soziale Engagement fehlt.¹⁷³

Drei Eigenschaften der Dschihadistischen Doktrin erscheinen weiterhin erwähnenswert. Erstens eine Tendenz zur inhaltlichen Beliebigkeit.¹⁷⁴ Tatsächlich zeichnet sich konventioneller Terrorismus vielfach dadurch aus, dass er mit strengen Unterscheidungen operiert, indem er sowohl seine Unterstützer wie seine Gegner in den Kategorien der Klasse, Rasse oder Nationalität definiert und gleichsam einen Neutralenstatus Unbeteiligter kennt. Ferner benennt er sehr konkrete Ziele. Dschihadismus kennt demgegenüber in manichäischer Verkürzung nur Freund und Feind, wobei die Unterscheidung weitgehend unklar bleibt. Freund ist jeder, der sich den Dschihadisten aus welchen Beweggründen auch immer im Kampf anschließt und ihre Glaubensauffassung teilt, Feind ist jeder, der sich dem verweigert. Dabei werden alle Standards traditioneller islamischer Rechtsauslegung ignoriert und die den Rechtsgelehrten vorbehaltenen Auslegungsbefugnis widerrechtlich usurpiert.¹⁷⁵ Im Ergebnis sind Freund und Feind ebenso unscharf definiert wie die konkreten Ziele der Bewegung. Vielmehr wird eine Gemeinschaftsideologie konstruiert, der sich potentiell jedermann angehörig fühlen kann.¹⁷⁶

¹⁷³ Vergl. Berger, L.: „Islamische Theologie“, Wien, 2010, S. 120 ff.

¹⁷⁴ Vergl. zum Folg. Ritzmann, A.: „Bei al-Quaida gibt es Dschihad für jedermann“, in: Die WELT, 12.3.2008.

¹⁷⁵ Vergl. Scheffler, Th., ebd.

¹⁷⁶ Vergl. Müller, J.: „Ich bin ein Taliban. Islamismus und Jugendkultur“, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, 2007. Websource: http://www.bpb.de/themen/6K9DMU,0,0,Ich_bin_ein_Taliban__.html

Zweitens ist ein totalitärer Zug nicht zu übersehen: ein diktatorisches, kollektivistisches Eingreifenwollen in alle sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse, eine überwölbende Ideologie zur Formung eines „*Neuen Menschen*“. Da die Demokratie als Gottlosigkeit abgelehnt wird, ist auch ein exklusiver Machtanspruch erkennbar, ferner in Gestalt der Scharia ein jede Lebensäußerung regulierendes Rechtssystem. Militanz und Aggressivität bedürfen keiner besonderen Erwähnung. Was fehlt, sind die Machtmittel einer tatsächlich herrschenden totalitären Regierung, also Geheimdienstapparat und Armee. Es scheint durchaus angemessen, vom Dschihadismus als einem Totalitarismus im Wartestand zu sprechen.¹⁷⁷

Drittens sind bestimmte pathologische Elemente erkennbar. Verschwörungstheorien haben nicht nur im Orient zahlreiche Anhänger, doch findet sich hier eine Steigerung zum Verfolgungswahn, der alle erdenklichen Übel der islamischen Welt dem Ungläubigen anlastet.¹⁷⁸ Dadurch wird auch die Frage nach Eigenverantwortung der Muslime für den Zustand ihrer Gemeinwesen ausgeblendet, stattdessen findet sich diese Fixierung auf den vorgeblichen äußeren Feind. Schließlich beinhaltet die gesamte Argumentation des Dschihadismus einen immanenten Minderwertigkeitskomplex: Der Tatsache der Überlegenheit des Westens wird nirgends widersprochen. Zusammengenommen ergibt sich daraus eine weinerlich anmutende Selbstexkulpation, die in letzter Konsequenz zur Suspendierung des Gewissens führt – zumal, wenn sich der Dschihadist nur als Werkzeug Gottes versteht, ist moralische Verantwortung für ihn keinerlei reale Größe mehr.

¹⁷⁷ Vergl. die zahlreichen Veröffentlichungen von Bassam Tibi, hier exemplarisch Ders.: „Der neue Totalitarismus, Darmstadt, 2004, sowie Mayer, T.: „Der arabische totalitäre Islamismus“, in: Foertsch, V. & Lange, K. (Hg.): „Islamistischer Terrorismus“, München, 2005. Siehe auch Vollmer, Th.: „Der militante Islamismus als neuer Totalitarismus“, Saarbrücken, 2007. Der Autor dankt Herrn Dr. Thomas Vollmer außerdem für zahlreiche mündliche Hinweise. Weitere mündliche Hinweise erhielt er von Herrn Professor Dr. Tilman Mayer, Universität Bonn.

¹⁷⁸ Vergl. Tibi, B.: „Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik“, München, 1994.

Die zentralen Vordenker und Leitfiguren des Dschihadismus sind:¹⁷⁹

- *Osama bin-Laden*, geb. 1957, saudischer Multimillionär. Als Sohn einer Nebenfrau eines höchst erfolgreichen saudisch-jemenitischen Bauunternehmers verlebte er eine zwar finanziell privilegierte, aber durch die Scheidung seiner Eltern und den frühen Tod seines Vaters emotional belastete Kindheit und Jugend auf der arabischen Halbinsel. Bereits während des Studiums kam er mit radikalislamischem Gedankengut in Berührung.¹⁸⁰

Wohl um 1984 ging er unter dem Eindruck des sowjetischen Einmarsches dauerhaft nach Afghanistan, um sich der internationalen Bewegung islamischer Freiwilliger anzuschließen, welche auf Seiten der Afghanen gegen die Invasion kämpften. Bin-Laden entwickelte ein bemerkenswertes Organisationstalent und setzte sein ererbtes Vermögen dazu ein, weiteren Mudjaheddin¹⁸¹ die Reise nach Afghanistan und die Teilnahme an Ausbildungslagern zu ermöglichen. Die dabei geknüpften Kontakte gelten heute als Keimzelle des später maßgeblich von ihm aufgebauten Terrornetzwerks al-Quaida. Sein wichtigster Mitarbeiter aus dieser Zeit ist bis heute der Ägypter *Aiman al-Zawahiri*.¹⁸²

1989 kehrte er nach Saudi-Arabien zurück und baute ein Netzwerk von Exportfirmen u.a. im Sudan auf, das ihm später ermöglichte, seine terroristischen Aktivitäten zu finanzieren und Geldwäsche zu betreiben.¹⁸³ Anfang der 1990er Jahre bewirkte die US-Intervention im Kuweitkrieg und die dadurch offenbar gewordene machtpolitische Irrelevanz der muslimischen Staatenwelt eine sich steigernde Aversion gegen die Vereinigten Staaten, die bin-Laden fortan als Hauptgegner einer inneren Erneuerung der muslimischen Welt unter islamistischen Vorzeichen betrachtete. Sein wesentlicher theoretischer Beitrag zur dschihadistischen Doktrin bestand dementsprechend darin, dem

¹⁷⁹ Vergl. zum Folg. Dietl, W. et al., a.a.O., S.131 ff. Siehe auch Kepel, G. & Milelli, J.-P., a.a.O., S. 25 ff., S.145 ff. sowie S. 271 ff.

¹⁸⁰ Vergl. Robinson, A.: „Bin Laden. Behind the Mask of the Terrorist“, New York, 2002, S. 11 ff.

¹⁸¹ Vergl. unten S. 77.

¹⁸² Vergl. Burke, J., a.a.O., Kapitel 4.

¹⁸³ Vergl. Napoleoni, L., a.a.O., Kapitel 14.

Dschihadismus eine globale Strategie zu geben, nach der die Befreiung muslimischer Gebiete nadelstichtartige Angriffe auf Machtzentren des Westens und massiven bewaffneten Kampf gegen die korrupten Regionalregime erfordere.

Diese neue Zielrichtung brachte bin-Laden in Konflikt mit saudischen und sudanesischen Machthabern, weswegen er sich 1996 erneut nach Afghanistan zurückzog, wo er seine Ressourcen zum Einsatz brachte, um die radikalislamischen Taliban bei der Eroberung des Landes zu unterstützen. 1996 veröffentlichte er das Schlüsseldokument seiner dschihadistischen Strategie, die „*Erklärung des Heiligen Krieges gegen die Amerikaner, die das Land der beiden heiligen Stätten besetzen*“. Darin beschuldigt er eine jüdisch-christliche Allianz der weltweiten Unterdrückung und Verfolgung der Muslime und folgert: „*Den amerikanischen Feind zu vertreiben, der unser Land besetzt hält, das ist, neben dem Glauben, die erste Pflicht, nichts ist wichtiger...*“¹⁸⁴

Ins Visier westlicher Geheimdienste geriet er erstmals nach den von seinen Sympathisanten ausgeführten Anschlägen gegen US-Botschaften in Kenia und Tansania im August 1998. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 und der alliierten Invasion in Afghanistan ist er flüchtig.¹⁸⁵ Er hält sich vermutlich in der unzugänglichen Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan auf und scheint seinen direkten operativen und organisatorischen Einfluß auf die dschihadistische Szene weitgehend verloren zu haben, da er von den benötigten Kommunikationskanälen abgeschnitten ist und es innerhalb der dschihadistischen Szene Opposition gegen seine Strategie der primären Ausrichtung des Kampfes gegen den Westen gab. Seitdem gilt er eher als Idol und spirituelle Leitfigur der radikalislamischen Bewegung denn als tatsächlicher Terrorführer. Mehrfach wurde über seinen Tod spekuliert. Er wendet sich regelmäßig über die Medien an seine Anhängerschaft, per Video zuletzt im September 2007. Die

¹⁸⁴ Vergl. Kepel, G. & Milelli, J.-P., a.a.O., S. 67 – 71, zit. ebd., S. 69. Vergl. zum Vorstehenden Scheffler, Th., a.a.O.

¹⁸⁵ Vergl. zum Folg. Greene, M.: „The Hunt for Osama bin Laden“, New York, 2005, S. 17 ff.

seitdem veröffentlichten Tonbandaufzeichnungen (zuletzt im Januar 2010) sind möglicherweise Fälschungen.¹⁸⁶

Bin-Laden kann als derjenige gelten, der die von anderen formulierte dschihadistische Doktrin organisatorisch, propagandistisch und operativ in die Praxis überführte.

- *Abdullah Azzam* (1941-1989), Theologe und Mentor bin-Ladens, ist demgegenüber der zentrale Theoretiker des Dschihadismus.¹⁸⁷ Der gebürtige Palästinenser studierte islamisches Recht in Damaskus und Kairo und musste nach dem Sechs-Tage-Krieg seine Heimat verlassen. Er nahm an paramilitärischen Aktionen gegen Israel teil, schlug dann jedoch eine akademische Laufbahn ein und übernahm eine Professur an der Universität Dschiddah, an der zu diesem Zeitpunkt auch bin-Laden eingeschrieben war. Seit 1979 hielt er sich ebenfalls abwechselnd in Afghanistan und Pakistan auf, wo er an den Kämpfen gegen die Sowjets teilnahm und seine Lehrtätigkeit fortsetzte. Er betätigte sich auch als Vortragsreisender und warb Rekruten für den islamistischen Widerstand in Afghanistan, wurde jedoch im November 1989 von unbekanntem Tätern mit einer Sprengfalle getötet. Dies begründete Verschwörungstheorien und brachte Azzam in den Status einer Art Märtyrer seiner Bewegung. Da sein Verhältnis zu bin-Laden nach anfänglicher Freundschaft in späteren Jahren gespannt war, gibt es sogar Spekulationen über dessen Beteiligung an diesem Anschlag.

Als Schüler des erwähnten Sayyid Qutb trugen seine Schriften, darunter die zentrale Fatwah *„Die Verteidigung von muslimischen Ländern als höchste persönliche Pflicht“*, stark zur Entstehung einer panislamischen Militanz und des Märtyrerkults bei. Seine eigentliche Leistung besteht in der Reinterpretation des Dschihad, welcher, in der islamischen Tradition als kollektive Pflicht und regelgerechter Krieg definiert, bei Azzam als

¹⁸⁶ Vergl. 'Bin Laden tape' warns Obama of more attacks, BBC News Online, 24.1.2010.

¹⁸⁷ Über Azzam liegt derzeit noch keine wissenschaftlich voll belastbare Biographie vor. Das Folgende stützt sich auf Hegghammer, Th.: „Abdullah Azzam, der Imam des Dschihads“, in: Kepel, G. & Milelli, J.-P., a.a.O., S. 145 ff. und die dort angegebenen weiteren Quellen. Vergl. auch Wöhler – Khalfallah, Kh.: „Islamischer Fundamentalismus“, Berlin, 2008, S. 189 ff.

individuelle, primäre Pflicht eines jeden Muslim erscheint, welche sogar den Bruch mit sonst üblichen Verhaltensregeln legitimiert:

„Wie wir gesehen haben, wird der Dschihad, sobald muslimisches Gebiet angegriffen wird, für diejenigen, die in diesem Gebiet leben, wie für die Bewohner der benachbarten Gebiete zu einer persönlichen Verpflichtung. Sind es zu wenige, sind sie untauglich oder zaudern sie, dann obliegt dies Pflicht denjenigen, die sich in der Nähe aufhalten, bis das gesamte Gebiet zurückerobert ist. In einer solchen Situation ist die Ehefrau nicht auf die Erlaubnis ihres Gatten angewiesen, das Kind nicht auf die des Vaters und der Schuldner nicht auf die des Gläubigers. Folglich: bleiben alle Muslime in Sünde, solange auch nur ein Land, das muslimische gewesen ist, in den Händen der Ungläubigen bleibt.“¹⁸⁸

Seinem Denken wohnt somit ein eigentümlich paradoxes Element inne. Während seine Zielvorstellungen einem, teils ahistorischen, jedoch streng rückwärts gewandten Idealbild der muslimischen Urgemeinde zustreben, beruht der von ihm vorgeschlagene Weg zur Erreichung dieses Ziels auf durch und durch modern-progressiven Elementen wie strenger Individualismus und Eigenverantwortung. Zugleich ignoriert er die traditionell eher defensive Ausrichtung des Dschihad, indem er ihm einen offensiven Charakter gibt. Diese Diskrepanz zwischen radikal-vormodernem, reaktionärem Anspruch und revolutionär-individualistischen Handeln und Denken ist die charakteristische Handschrift Azzams in der Dschihadistischen Ideologie.¹⁸⁹

- Schließlich ist auch der ebenfalls bereits genannte *Sayyid Abu al-Maududi* zu erwähnen, der vor allem als Theoretiker des durch den Dschihad zu ermöglichenden Gottesstaates in Erscheinung getreten ist. Geboren in 1903 Indien, verstarb er bereits 1979 in den USA. Seine wichtigste Rolle spielte er als Vordenker des modernen islamischen Staatswesens. Die Gründung Pakistans als Heimatstätte der Muslime des vormaligen Britisch-Indiens im Jahre 1947 begleitete er als Ideengeber. Sein Anspruch bestand darin, ein modernes Staatswesen zu schaffen, welches sich im Umfeld des Zwanzigsten Jahrhunderts am Idealbild der muslimischen Urgemeinde in Mekka orientieren sollte. Er

¹⁸⁸ Zit. Kepel, G. & Milelli, J.-P., a.a.O., S. 180.

¹⁸⁹ Vergl. Roy, O., a.a.O., S. 71 ff.

kann folglich als derjenige Theoretiker gelten, der den Anspruch formulierte, ein heutiges islamisches Staatswesen habe sich an der als universell wahr und unumstößlich verstandenen gesellschaftlichen Verfasstheit der islamischen Frühzeit auszurichten. Auch in seinen Augen ist der Dschihad das wichtigste Mittel zur Erreichung dieses Ziels, notfalls auch offensive Gewaltanwendung.¹⁹⁰

Al-Maududi formulierte demnach den Anspruch, die moderne islamische Welt müsse sich die idealtypische muslimische Gründungszeit zum Vorbild nehmen und legitimierte Militanz zur Erreichung dieses Ziels; Azzam verknüpfte diese Idee mit der individualistischen Mentalität der zweiten Hälfte des Zwanzigsten Jahrhunderts und machte sie publik; bin-Laden gab ihr eine zeitgemäße Strategie, wählte den Terrorismus als einzig erfolgversprechendes Mittel zu ihrer Umsetzung und organisierte ihre Unterstützer.

Wie zu sehen, ist die Dschihadistische Doktrin nicht frei von inneren Brüchen und einem Zwiespalt zwischen vormodernen und tagesaktuellem Gedankengut. In den Biographien und Schriften ihrer Theoretiker spiegelt sich eine Diskrepanz von fundamentalistisch-reaktionärem Denken und dem praktischen Leben in der Postmoderne. Wie wirkt sich diese eigentümliche Besonderheit der Dschihadistischen Ideologie auf Mitgliedschaft, Operationsmodi und andere Eigenschaften des Dschihadistischen Terrorismus aus?

¹⁹⁰ Vergl. Nasr, S.: "Mawdudi and the Making of Islamic Revivalism", New York, 1996.

b.) Täterkreis

Mit der Feststellung, dass das Gedankengut des Dschihadismus bei näherer Betrachtung eigentümlich unspezifisch und widersprüchlich ist, liegt bereits die Vermutung nahe, dass sich dies unter anderem in einer äußerst heterogenen Mitgliedschaft niederschlägt. Diese Vielgestaltigkeit kann auf verschiedenen Ebenen dargestellt werden¹⁹¹:

- *Internationalität*: Der Kreis der aktiven Mitglieder und Unterstützer des Dschihadismus beschränkt sich keineswegs auf ein einzelnes Land oder eine spezifische Region. In der Anfangsphase der Bewegung ließ sich ein starker Anteil von ägyptischen, jemenitischen und saudischen Staatsbürgern feststellen. So waren unter den 19 Attentätern der Anschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 15 Saudis.¹⁹² Dieses Bild hat sich jedoch seitdem stark gewandelt. Wurden ursprünglich die Tätergruppen durch gemeinsame Herkunft oder wenigstens gemeinsame Erfahrungen wie zum Beispiel Teilnahme am Afghanistankrieg gegen die Sowjets zusammengeschweißt, hat sich seitdem der potentielle Täterkreis immer weiter aufgefächert und erweitert: Zunächst erreichte er in Gestalt der Anschläge auf London auch Angehörige einer weitgehend europäisierten muslimischen Diaspora in westlichen Nationen.¹⁹³ Seit geraumer Zeit sind nun auch Aktivitäten von ethnischen Europäern, welche sich nach ihrer Konversion zum Islam radikalem Gedankengut zugewandt haben, zu beobachten. Sie gelten als besonders gefährlich.¹⁹⁴ Unter der im September 2007 von den Sicherheitsbehörden ausgehobenen „*Sauerlandgruppe*“, die Anschläge auf amerikanische Staatsbürger in Deutschland geplant haben soll, befanden sich zum Beispiel zwei

¹⁹¹ Vergl. zum Folg. Sageman, M.: „Understanding Terror Networks“, Philadelphia, 2004, S. 71. Ferner Wickham, C.: „Mobilizing Islam“, New York, 2002 sowie Yardley, J.: „The 9/11 Hijackers“, in: Washington Post, 1. Mai 2005.

¹⁹² Vergl. „Official: 15 of 19 Sept. 11 hijackers were Saudi“, in: USA Today, 6.2.2002. Websource: <http://www.usatoday.com/news/world/2002/02/06/saudi.htm>

¹⁹³ Drei der vier Attentäter der Anschläge vom 7. Juli 2005 waren Briten pakistanischer Herkunft, der vierte gebürtiger Jamaikaner. Vergl. Kirby, A.: „The London Bombers as „Self-Starters“, in: Studies in Conflict & Terrorism, 30 (2007), S. 415-428.

¹⁹⁴ Vergl. Benjamin, D.: „The Converts Zeal“, o.O., 7.9.2007. Websource: <http://www.slate.com/id/2173561/pagenum/all/>

deutsche Konvertiten.¹⁹⁵ Analysten sprechen deswegen bezüglich der Akteure im Dschihadistischen Umfeld von einer "Dritten" oder teilweise gar „Vierten Welle“.¹⁹⁶

- Soziale Heterogenität: Ebenso auffallend ist die soziale Herkunft der Angehörigen. Während die ideologischen Vordenker aus teils bestsituierten Elternhäusern stammten, gehörten die Attentäter des World Trade Centers einer akademisch ausgebildeten Mittelschicht an. Im Gegensatz dazu handelte es sich bei der Mehrzahl der Mitglieder der Gruppe, welche die Anschläge auf Madrider Vorortzüge im März 2004 beging, um Kleinkriminelle.¹⁹⁷

Demnach korrespondiert die unspezifische Ideologie des Dschihadismus mit einer zusehends sozial unstrukturierteren Mitgliedschaft.

c.) Organisationsformen

Auch in diesem Bereich hat ein tiefgreifender Wandel stattgefunden. Ursprünglich zeichnete sich der Dschihadistische Terrorismus durch eine verhältnismäßig durchgriffsstarke strategische Führung bei gleichzeitiger taktischer Dezentralisierung aus. Dieses Netzwerkumfeld verband einzelne Attentäterzellen über wenige, aber gut funktionierende Knotenpunkte miteinander wie auch mit Geldgebern, Befehlszentralen, operativer Planung und Einzelpersonen. Die Hierarchie war dabei ausgesprochen flach, der Grad der Autonomie einzelner Zellen hoch. Zwar erwies sich diese Struktur vorübergehend als sehr widerstandsfähig gegen Fahndungsmaßnahmen und militärische

¹⁹⁵ Vergl. Hermann, R.: „Dschihad ohne Bin Ladin“, in: FAZ, 8.9.2007.

¹⁹⁶ Vergl. Musharbash, Y.: "Die neue Al-Qaida", Köln, 2006, Kapitel 2, 3 & 6 sowie Rapoport, D.: "The Four Waves of Modern Terrorism", in: Cronin, A. & Ludes, J. (Hg.): "Attacking Terrorism", Georgetown, 2004.

¹⁹⁷ Vergl. Von Musharbash, Y. & Gebauer, M.: „Neuer Terror-Typus stellt Fahnder vor schwierige Aufgabe“, in: Der SPIEGEL, 7. Juli 2005. Siehe auch Reddig, M.: „Deprivation, Globalisierung und globaler Dschihad“, in: Kron, Th. & Reddig, M., a.a.O., S. 295-303.

Angriffe.¹⁹⁸ Unter dem Druck ständiger Verfolgung ist jedoch das Moment einer vergleichsweise straffen Führung auf strategischer Ebene weitgehend verloren gegangen. Die meisten Kader der ersten Stunden sind mittlerweile tot oder verhaftet. Zugleich führte die globale Ausweitung der Aktivitäten zu wachsenden Differenzen zwischen zentraler Führung und den Zielen lokaler Akteure: Symptomatisch war hier der Konflikt zwischen dem irakischen Terroristenführer Abu Mussab al-Sarkawi und Osama bin-Laden über die adäquate Strategie im Irak im ersten Halbjahr 2004.¹⁹⁹ Seitdem hat sich die Szene zusehends an die Strategie des „Führerlosen Widerstands“ angepasst, bei der Planung und Durchführung aller relevanten Aktivitäten den terroristischen Einzelzellen obliegen. Eine zentrale Führung ist kaum noch existent, allenfalls fungieren Leitfiguren wie Osama bin-Laden als Stichwortgeber.²⁰⁰ Zur Entstehung dieser Lage beigetragen hat abermals die wenig differenzierte Doktrin, in die regionale Sympathisanten alle möglichen partikularen Zielsetzungen hineinlesen können.

Während diese Regionalisierung der Führung der Dschihadistischen Szene wieder größere Beweglichkeit verschafft hat, sind mit ihr gewisse Nachteile verbunden: Die frühere Konzentration auf eine zentrale Leitinstanz erlaubte es, großes Gewicht auf intensive ideologische und taktische Schulung der Mitglieder zu legen und komplizierte Aktionen zentral vorzubereiten. Beides ist heute nicht mehr der Fall. Bis zu einem gewissen Grade ist dieser Verlust durch sorgfältigere Zielauswahl und strategische Analyse ersetzt worden. Dennoch ist der Dschihadistische Terrorismus heute kaum zentral zu kontrollieren oder strategisch zu lenken, während das Personal immer heterogener wird und ideologisch weniger gefestigt. Er mag dadurch an Schlagkraft verloren haben, ist aber unberechenbarer als jemals zuvor.

¹⁹⁸ Vergl. Mayntz, R.: „Organizational Forms of Terrorism“, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, 2004.

¹⁹⁹ Vergl. Brisard, J.-Ch., a.a.O., S.188 ff.

²⁰⁰ Vergl. hierzu und zum Folg. Steinberg, G.: „Der führerlose Widerstand“, in: Das Parlament, 4. September 2006. Siehe auch Musharbash, Y., a.a.O., S.47 ff.

d.) Gewaltpotential

Ein besonders ins Auge stechendes Merkmal aller religiös fundierten Erscheinungsformen des Terrorismus ist eine außergewöhnlich hohe Brutalität und Rücksichtslosigkeit. Diese Tendenz ist seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt wahrnehmbar.²⁰¹ Die Ursache dieser Radikalität scheint in der Natur der Forderungen des religiösen Terrorismus zu suchen zu sein.²⁰² Während säkulare Terroristen nach Durchsetzung ihrer politischen Forderungen mit ihren Gegnern zu einem Friedensschluss gelangen können, ist aus Sicht des Dschihadisten der Ungläubige nicht einfach Gegner, sondern zu vernichtender Todfeind ohne Existenzrecht, jedenfalls solange, wie er sich einer Konversion zur eigenen radikalen Weltanschauung widersetzt. erinnert man sich an die oben dargelegte Deutung des Terrorismus als gewaltsames Symptom gestörter politischer Kommunikation, werden die Ursachen noch deutlicher: Auf die Forderungen eines sich in einem endzeitlich-metaphysischen Kampf gegen das Böse wählenden Terroristen kann es keine Antwort geben. Damit sind dessen Frustration und folgerichtige Gewaltbereitschaft vorprogrammiert. Wie bereits gesehen, trägt außerdem gerade die Dschihadistische Doktrin in besonderem Maße zur Selbstentschuldigung der Attentäter bei. Da sie traditionelle islamische Rechtsauffassungen ignorieren, missachten sie zum Beispiel auch die gewaltbegrenzenden Vorschriften des Korans.²⁰³ Ein weiterer, normalerweise mäßigender Faktor entfällt teilweise: Konventionelle terroristische Gruppen legitimieren ihr Tun häufig mit der Behauptung, zugunsten wehrloser Dritter zu handeln. Dabei wird unter anderem auch versucht, von dieser Gruppe praktische und ideelle Unterstützung zu erlangen. Wird die Gewaltspirale zu sehr überdreht, besteht die Gefahr, dass sich diese Unterstützerguppe abwendet. Dschihadisten legitimieren sich hingegen durch den Rückgriff auf das vorgebliche Wort Gottes und sind damit wenigstens auf ideeller Ebene auf „zu *Interessierende Dritte*“ nicht angewiesen.

²⁰¹ Vergl. Schneckener, U., „Netzwerke“, S.11 sowie Kepel, G.: „Die Rache Gottes“, München, 1994.

²⁰² Vergl. zum Folg. Juergensmeyer, M.: „Terror in the Mind of God“, Berkeley, 2003 sowie Waldmann, P., a.a.O., S. 98 ff. und Münkler, H., a.a.O., S.200 ff.

²⁰³ Vergl. Khoury, A., a.a.O., S. 198 f.

Ein bekanntes Diktum von Brian Michael Jenkins fasst das konventionelle terroristische Kalkül so zusammen: „*Terrorists want a lot of people watching and a lot of people listening and not a lot of people dead*“.²⁰⁴ Es ist fraglich, ob diese Gedankenführung, die ganz auf die symbolisch-kommunikative Bedeutung terroristischer Gewalt abhebt, für Dschihadisten Gültigkeit besitzt. Einerseits inszenierten sie verschiedene ihrer Anschläge unter medienplanerischen Gesichtspunkten äußerst geschickt, andererseits töten sie meist völlig unterschiedslos. Der bereits erwähnte Konflikt zwischen Abu Mussab al-Sarkawi und Osama bin-Laden beruhte zum Beispiel auf Sarkawis geradezu pathologischem Blutdurst und demonstrativer Grausamkeit, die ihn, wie bin-Laden richtig vorhersah, mittelfristig jede Sympathie in der irakischen Bevölkerung kostete.²⁰⁵ Wie sehr sich radikalislamische Kämpfer in wahnsinnige Brutalität stürzen können, hat auch der algerische Bürgerkrieg erwiesen.²⁰⁶ An der überproportional hohen Zahl der Opfer dschihadistischer Anschläge ist jedenfalls ablesbar, dass hier ein besonders hohes Gewaltpotential besteht.

e.) Taktik

Vergleichsweise unspektakulär sind demgegenüber Taktik und Bewaffnung dschihadistischer Terrorgruppen. Das besonders bedrohliche Image dieser Gruppen speist sich vor allem aus den Vorgängen am 11. September 2001. Es war allerdings gänzlich neu, vollbesetzte Passagiermaschinen zum Bomben umzufunktionieren und damit das Herz einer Weltmetropole zur besten Fernsehsendezeit zu attackieren. Zugleich jedoch handelte es sich dabei um einen einmaligen Vorgang. Seitdem ist die ganz überwiegende Mehrzahl der Angriffe mit

²⁰⁴ Zit. Jenkins, B.M.: „International Terrorism“, in: Carlton, D. & Schaerf, C. (Hg.): „International Terrorism and World Security“, London, 1975, S.15.

²⁰⁵ Vergl. wie oben FN 182

²⁰⁶ 1997 erreichte der Bürgerkrieg zwischen der Zentralregierung und den Islamistischen Gruppierungen FIS (*Front islamique du Salut, Islamische Heilsfront*) und GIA (*Groupe Islamique Armé, Bewaffnete Islamische Gruppe*) seinen Höhepunkt. Ihm fielen mindestens 100.000 Menschen zum Opfer, die Vorgehensweise der Terroristen war abstoßend brutal, vergl. Ruf, W.: „Die algerische Tragödie: vom Zerschneiden des Staates einer zerrissenen Gesellschaft“, Münster, 1997.

Sprengsätzen und Handfeuerwaffen vorgetragen worden. Dies hängt höchstwahrscheinlich auch damit zusammen, dass die zentrale Planungs- und Schulungsmöglichkeit verloren gegangen ist und deswegen Aktionen vom Komplexitätsgrad eines 11. September immer schwieriger durchzuführen sind. Entgegen weit verbreiteter Befürchtungen sind ABC-Waffen von dschihadistischen Gruppierungen bislang nicht in nennenswertem Umfang eingesetzt worden²⁰⁷, obwohl es mehrfach Versuche gegeben hat, sich diese zu verschaffen.²⁰⁸

Das eigentlich auffällige Charakteristikum des dschihadistischen Terrorismus ist der extrem hohe Anteil von Selbstmordattentaten, der zeitweilig so etwas wie das Standardkampfmittel war. Auch hier spielt die religiöse Doktrin wieder die entscheidende Rolle.²⁰⁹

Dem im Dschihad für den Islam gefallenen Kämpfer verheißt der Koran die sofortige Aufnahme ins Paradies und diverse Vorteile gegenüber sonstigen Gläubigen. Märtyrer genießen einen theologischen Sonderstatus, der sich auch darin niederschlägt, dass die Hinterbliebenen hohes gesellschaftliches Ansehen genießen. Im Falle der Intifada der Palästinensischen Terrorgruppen gegen Israel kommt noch hinzu, dass die Familien der Selbstmordattentäter zwar die Vergeltung israelischer Truppen durch Zerstörung ihrer Häuser zu befürchten haben, aber auch in den Genuss großzügiger finanzieller Unterstützung gelangen.²¹⁰

Die Aussicht auf dies- wie jenseitige Belohnungen ist eine nicht zu unterschätzende Motivation für die Täter. Aus Sicht der Organisationen, denen sie angehören, hat das Selbstmordattentat außerdem diverse taktische Vorteile. Todeswillige Kämpfer müssen sich über

²⁰⁷ Vergl. Stock, J. & Herz, A., a.a.O., S.88.

²⁰⁸ Vergl. Thränert, O.: „Terror mit chemischen und biologischen Waffen“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2002, S. 13. Siehe auch Dolnik; A. & Gunaratna, R.: „Jemaah Islamiyah and the Threat of Chemical and Biological Terrorism“, in: Howard, R. & Forest, J.: „Weapons of Mass Destruction and Terrorism“, Hightstown, 2007, S. 280-294.

²⁰⁹ Vergl. zum Folg. Laqueur, W., Krieg dem Westen, S. 106 ff. Siehe auch Hoffman, B.: „The Logic of Suicide Terrorism“, in: The Atlantic Monthly, Juni 2003. Vergl. auch Reuter, Chr.: „My Life Is a Weapon“, Princeton, 2004.

²¹⁰ Vergl. Schneider, Th.: „Heute sprengte ich mich in die Luft“, Münster, 2006.

Rückzugpläne nach erfolgtem Anschlag keine Gedanken machen, fürchten sich nicht vor Bestrafung im Falle ihres Überlebens und sind wegen ihrer Selbstlosigkeit in der Lage, nach Art von Kamikazepiloten auch dann stark gesicherte Ziele anzugreifen, wenn ihnen keine realistische Überlebenschance bleibt. Das Selbstmordattentat ist ferner für die säkular ausgerichteten, postheroischen Gesellschaften des Westens ein besonders irritierendes, weil unbegreifliches und bedrohliches Signal. Auch handelt es sich hierbei aus ökonomischer Perspektive um eine vergleichsweise sehr günstige Terrorismusvariante, benötigt man doch in der Regel kaum mehr Ausrüstung als ein Messer, eine Handfeuerwaffe oder einen Sprengstoffgürtel.²¹¹ Aus dschihadistischer Sicht verbinden sich mit dem Selbstmordattentat also nur Vorteile.

Daneben ist als weitere taktische Besonderheit die Neigung zu Geiselnahmen und -tötungen erwähnenswert, besonders ihre mediale Verbreitung. Zu trauriger Berühmtheit brachte es hier abermals der bereits erwähnte Abu Mussab al-Sarkawi im Irak.²¹²

f.) Dschihadistische Organisationen

Eine kleine Auswahl an Terrororganisationen mit dschihadistischem Hintergrund soll hier näher vorgestellt werden. Begonnen wird mit dem Prototyp und historischen Vorläufer aller späteren Ableger, *Al-Qaida*.²¹³

Der bereits erwähnte Osama bin-Laden gründete diese Organisation wohl um die Jahreswende 1984/85, ursprünglich, um freiwilligen islamischen Kämpfern unterschiedlicher Nationalität („Mudjaheddin“) die Teilnahme am Krieg gegen die Sowjetunion in Afghanistan zu ermöglichen. Sie diente als organisatorischer Rahmen für deren Rekrutierung, Ausbildung und Einsatz sowie zur Finanzierung dieser Aktivitäten. Anfänglich von der CIA und dem pakistanischen Geheimdienst massiv unterstützt, setzte sie ihre Kampftätigkeit nach

²¹¹ Vergl. Napoleoni, L., a.a.O., S. 283.

²¹² Vergl. Brissard, J.-Ch., a.a.O., S. 180 ff.

²¹³ Vergl. zum Folg. Burke, J., a.a.O. Ferner Schröm, O.: „Al Qaida“, Berlin, 2005.

Abzug der Sowjets im afghanischen Bürgerkrieg auf Seiten der radikalislamischen Taliban fort. Nach deren Sieg wandelte sich Al-Qaida unter Rückgriff auf ihr etabliertes internationales Netzwerk in eine Terrororganisation mit Zielrichtung gegen den Westen, vor allem die Vereinigten Staaten. Sie engagierte sich in den Regionalkonflikten in Tschetschenien, Bosnien und im Kosovo. 1998 erklärte bin-Laden den USA in einer legendären „Fatwah“ (islamisches Rechtsgutachten) den Krieg.²¹⁴ In der Folge wurde eine Reihe von Anschlägen auf amerikanische Ziele verübt, u.a. den Lenkwaffenzerstörer USS Cole und die amerikanischen Botschaften in Tansania und Kenia im August 1998. Auch die Planung, Vorbereitung und Organisation der Anschläge auf New York und Washington wurde in großen Teilen von Al-Qaida-Kadern gesteuert.

Seit dem Einmarsch der Koalitionstruppen in Afghanistan und verstärkter geheimdienstlicher Tätigkeit gegen die Organisation ist Al-Qaida einem verstärkten Druck ausgesetzt gewesen, durch den sie, wie bereits ausgeführt, einen Großteil ihres Führungspersonals und ihrer Organisationsstruktur einbüßte. Da bin-Laden gezwungen war, sich ins unwegsame Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan zurückzuziehen, ist ferner seine praktische Führungskapazität verloren gegangen.²¹⁵ Dennoch setzte sich die Serie von Anschlägen, die direkt bin-Ladens Truppe zugeschrieben werden, noch mehrere Jahre fort, unter anderem in Djerba (April 2002), Riad (Mai 2003), Casablanca (Mai 2003), Jakarta (August 2003), Istanbul (November 2003) sowie Scharm el-Scheich (Juli 2005). An den Attentaten auf Madrid und London war sie wahrscheinlich wenigstens indirekt beteiligt. Insgesamt forderten sie mehr als 4.000 Todesopfer.

Seit diesem letzten Aufbäumen ist die Organisation jedoch führungslos und eher eine virtuelle Größe. Al-Qaida gilt heute eher als eine Art dschihadistisches „Markenlabel“, unter dem zahlreiche Gruppierungen agieren, die autonom operieren. Somit ist das bleibende Vermächtnis der Gruppe ihre zugkräftige Ideologie, während ihre organisatorischen

²¹⁴ Siehe Burke, J., a.a.O., S. 222 ff.

²¹⁵ Vergl. Dietl, W. et al, a.a.O., S.168–172.

Strukturen weitgehend obsolet sind. Bin-Laden ist heute nur noch Impulsgeber, ideologischer Kopf und Galleonsfigur.²¹⁶

Weitere bekannte Terrororganisationen, welche nach dem Muster von Al-Qaida operieren, mit ihr zusammenarbeiten, sich direkt auf ihre dschihadistische Ideologie berufen oder mit ihr sympathisieren, sind neben anderen²¹⁷:

- *Jemaah Islamiya*: Eine indonesische Truppe, deren Anschlägen auf Bali im Oktober 2002 mehr als 200 Menschen zum Opfer fielen. Sie formierte sich zu Beginn der 1990er Jahre um die Koranschule des radikalen Predigers Abu Bakar Bashir. Politisches Ziel ist die Vereinigung der muslimischen Völker Südostasiens in einem Kalifatsstaat unter islamistischer Führung. Ihre zeitweise engen Verbindungen zu Al-Quaida und den afghanischen Mudjaheddin in Verbindung mit ihren eigenen Aktivitäten machte sie ab 2002 zu einem primären Ziel der indonesischen Sicherheitsorgane. Nach einer Reihe von Verhaftungen und militärischen Schlägen ist die Gruppe derzeit stark geschwächt.²¹⁸

- *Hizbollah*: Dieser libanesische Verband verfolgt eine eigene politisch-religiöse Doktrin von iranisch-schiitischer Prägung, sympathisiert hingegen mit dem Dschihadismus und gibt fallweise Unterstützung. Sie ist fest im politischen System des Libanon verankert, beherrscht größere Gebiete im Süden des Landes und besitzt eine paramilitärische Streitmacht von mehreren tausend Mann mit teils schweren Waffen. 2006 konnte sie sich erfolgreich gegen einen israelischen Militärangriff verteidigen. Aufgrund ihrer Kampfkraft sowie ihrer politischen, ökonomischen und diplomatischen Kapazitäten gilt sie als hybride Organisationsform zwischen Terrororganisation, politischer Partei, Glaubensverband und halbstaatlicher Gebietsregierung. Sie verkörpert ein äußerst bildhaftes Beispiel für eine Terrorgruppe, welche in einem

²¹⁶ Vergl. Musharbash, Y., a.a.O., Kapitel 6.

²¹⁷ Vergl. zum Folg. Verfassungsschutzbericht 2008. Siehe auch Dietl, W. et al., a.a.O., Kapitel 6.

²¹⁸ Vergl. Barton, G.: "Jemaah Islamiyah: radical Islam in Indonesia", Singapore, 2005. Siehe auch Hariyadi, M.: "Terrorist group, possibly linked to Jemaah Islamiyah, arrested", AsiaNews.it-online, 3.4.2010.

versagenden Staat soweit die Macht übernimmt, dass dieser mit ihr quasi verschmilzt.²¹⁹

- *Hamas*: Die einflussreichste radikalislamische Partei innerhalb der palästinensischen Widerstandsgruppen. Sie entstand in den 1980er Jahren als Ableger der Muslimbruderschaft und hat die Zerschlagung Israels durch einen fortlaufenden Dschihad zum Ziel. Ihre Mitglieder spielten eine führende Rolle bei Aufständen im Westjordanland (Infifada). Sie nimmt derzeit im von Israel weitgehend blockierten Gaza-Streifen, den sie fast völlig beherrscht, eine ähnliche Stellung ein, wie die Hizbollah im Libanon.²²⁰

- *Abu-Sayyaf*: Operiert auf den südlichen Philippinen, wo sie für die Unabhängigkeit überwiegend muslimisch bewohnter Inselgruppen kämpft. Sie wurde in den frühern 1990er Jahren von Afghanistan-Veteranen gegründet und verfolgt ähnliche Ziele wie die Jemaah Islamiya. Sie ist vor allem durch die Entführung von Journalisten und Touristen in Erscheinung getreten. Im Februar 2004 versenkte sie bei einem Bombenanschlag eine Fähre in der Bucht von Manila, wobei 116 Passagiere um Leben kamen.²²¹

- *Ansar al -Islam*: War bis Mitte der 2000er Jahre im Irak und in Kurdistan aktiv. Sie schloss sich ab 2003 dem Widerstand gegen die US-Invasion im Irak an und attackierte am 19.8.2003 das UN-Hauptquartier im Bagdad. ²²²

- *Islamic Jihad Union*: Die Existenz dieser usbekischen Gruppe ist umstritten. Sie soll die Hintergrundorganisation der bereits erwähnten „Sauerlandgruppe“ sein.²²³

²¹⁹ Vergl. Saad-Ghorayeb, A., a.a.O. Siehe ferner Napoleoni, L., a.a.O., Kapitel 5 und 16, sowie Perthes, V.: „Analytical Perspectives on the War in Lebanon“, in: The International Spectator (12), III/ 2007, S. 115 ff.

²²⁰ Vergl. Croitoru, J.: „Hamas. Der islamische Kampf um Palästina“, München, 2007. Siehe auch Cordesman, A.: „The `Gaza War`: A Strategic Analysis“, Center for Strategic and International Studies, Washington D.C., 2009.

²²¹ Vergl. Abuza, Z.: „Balik-Terrorism: The Return Of The Abu Sayyaf“, Strategic Studies Institute, United States Army War College, Carlisle (PA), September 2005.

²²² Vergl. Brisard, J.-Ch., a.a.O.

²²³ Vergl. „Splittergruppe aus Usbekistan?“, Die ZEIT online, 5.9.2007.

- *Al-Qaida im Irak*: al-Sarkawis Netzwerk ist weiterhin im Irak tätig. Die Organisation wurde durch ihre drastischen Videobotschaften mit Geiselhauptungen vor laufender Kamera bekannt und trat zuletzt zum Jahreswechsel 2009 / 2010 mit einer Serie von Anschlägen auf Hotels und Regierungsgebäude in Bagdad in Erscheinung.²²⁴

- *Islamic Movement of Usbekistan*: War bis 2001 in Zentralasien aktiv. Entstand 1991 mit dem Ziel der Umgestaltung Usbekistans in einen islamischen Kalifatsstaat. Sie unterhielt zeitweise enge Kontakte zu Al-Qaida und den Taliban, ist aber in den letzten Jahren nicht mehr terroristisch in Erscheinung getreten. Ihre Nachfolgeorganisation ist wahrscheinlich die „Islamische Turkestan-Partei“, welche u.a. die Loslösung der muslimisch bewohnten Provinz Xinjiang von China anstrebt.²²⁵

Die meisten dieser als „*Franchise Groups*“ bezeichneten Gruppen umfassten nie mehr als 200-300 aktive Mitglieder. Autonome Einzelzellen („*Grassroots Groups*“)²²⁶ vom Schlage der Londonattentäter bestehen zumeist nur aus einem halben Dutzend Kämpfer. Hingegen geht der Kreis der aktiven wie passiven Unterstützer des Dschihadismus in die Zigtausende und kann bestenfalls geschätzt werden. Die Zahl der islamistischen Sympathisanten weltweit dürfte in die Millionen gehen.²²⁷

²²⁴ Vergl. Brisard, J.-Ch., a.a.O. Siehe auch „Dreifach-Anschlag mit Dutzenden Toten in Bagdad“, Die WELT online, 25.1.2010.

²²⁵ Vergl. Thamm, B.G.: „Der Dschihad in Asien. Die islamistische Gefahr in Russland und China“, München, 2008.

²²⁶ Zu den Begriffen „Grassroots“ und „Franchise Groups“ vergl. Archetti, Chr.: „Fighting Brand al-Qaida“, Manchester, 2009.

²²⁷ Vergl. Verfassungsschutzbericht 2008. Schneider, F. et al.: „Geldwäsche“, Wiesbaden, 2006, schätzen die Zahl der aktiven Mitglieder in dschihadistischen Terrororganisationen (Kämpfer und aktive Unterstützer) auf ca. 45.000, siehe dort S. 156. Dies deckt sich weitgehend mit den früheren Schätzungen von Clarke, R.: „Gegen die Krieger des Dschihad“, Hamburg, 2005, die von 50.000 aktiven Mitgliedern in Dschihadistengruppen und zwischen 200 und 500 Millionen Sympathisanten weltweit ausgehen, siehe dort S. 29.

g.) Zusammenfassung: Ein globaler Stammesverband

Im Bemühen um einen treffsicheren Oberbegriff für das Phänomen Al-Qaida ist oftmals die Bezeichnung „Transnationales Terrornetzwerk“ eingesetzt worden.²²⁸ Der ursprünglichen Al-Qaida war diese Lesart durchaus angemessen, handelte es sich doch bei ihr um ein grenzüberschreitend aktives Geflecht von Terrorzellen unter gemeinsamer, lockerer strategischer Führung. Doch heute?

Angesichts des tiefgreifenden Wandels der dschihadistischen Szene scheint es angebracht, diese als eine „glokale“ soziale Bewegung zu bezeichnen, aus deren militantestem Kern der Dschihadistische Terrorismus hervorgeht. War die ursprüngliche Al-Qaida eine relativ disziplinierte und weltanschaulich homogene Avantgarde aus überwiegend arabischen-nordafrikanischen Afghanistanveteranen, so haben wir es nun mit einer popkulturell verbrämten Massenbewegung mit immer unschärferen Rändern zu tun. Die Vielzahl der konkreten Lebenskontexte, aus denen Attentäter zur Szene hinzutreten, sowie ihr uneinheitlicher sozialer und nationaler Hintergrund sprechen für das Vorhandensein einer Breitenbewegung, die sich aus der Dehnbarkeit des Dschihadismusbegriffs ergibt. Ursprünglich einer zentralen Strategie folgend, werden die dazu notwendigen kommunikativen Knotenpunkte immer weniger, so dass wir es weniger mit einem Netzwerk, als vielmehr einer Art selbstorganisierender Schwarmintelligenz zu tun haben.²²⁹ Dieser neuartige Gedanken sollte ein wenig vertieft werden:

In der Natur zeichnen sich Schwärme von Individuen dadurch aus, dass vergleichsweise primitive Einzellebewesen in der Gruppe durch koordiniertes Handeln ihre begrenzten Fähigkeiten durch ihre große Anzahl und die Gleichzeitigkeit vieler Einzelhandlungen kompensieren, wodurch dem Gesamtsystem eine Zielgerichtetheit und Kompetenz verliehen wird, die das Einzelwesen nie erreichen würde. Auch für dschihadistische Terrorzellen trifft zu, dass sie als einzelne Gruppen von wenigen Personen kaum Durchschlagskraft entfalten. Ihre Vielzahl und

²²⁸ So stellvertretend für andere Schneckener, U.: „Netzwerke des Terrors“, a.a.O., S. 25 ff. und Ders.: „Transnationaler Terrorismus“, a.a.O.

²²⁹ Vergl. Musharbash, Y., a.a.O., S.245 ff. sowie Kramer, O.: „Computational Intelligence“, Berlin, 2009, Kapitel 3. Zum Folg. Vergl. ebd.

spontane Interaktion mit anderen erlaubt ihnen jedoch die Kombination individueller Fähigkeiten und bringt in der Summe eine viel größere Handlungsfähigkeit hervor. Ähnlich wie in der Ameisenkolonie verschiedene Arbeiterinnen mit verschiedenen Fähigkeiten zusammenwirken, um gemeinsam Probleme zu lösen, die sie alleine nie bewältigen können, schafft sich die dschihadistische Szene symbiotische Wechselbeziehungen eigener Art zwischen Terrorzellen in westlichen Ländern, Widerstandsgruppen in Afghanistan und anderswo, religiösen Organisationen und Einzelpersonen, wobei diese von den einzigartigen Fähigkeiten des jeweils anderen profitieren und ein gemeinsames, überwölbendes Ziel verfolgt wird.

Ein weiterer Aspekt fällt auf. Trotz eines Trends zur Regionalisierung, in deren Zusammenhang lokal operierende Gruppen wie die Taliban die Regie übernommen haben und die globale Steuerung Al-Qaidas zurückgedrängt wurde, ist zu beobachten, dass die dschihadistische Doktrin nach wie vor auch Menschen anzieht, die mit diesen regionalen Kontexten in keinerlei persönlicher Beziehung stehen. Der Schlüssel zu diesem Phänomen scheint darin zu liegen, dass diese Doktrin Zugehörigkeit verspricht: Zugehörigkeit zu einer Gruppe, zu einem Glauben, einer Weltanschauung, einer Sache, allesamt Größen, die in einer säkularen, rationalisierten Welt selten geworden sind. Dieses Phänomen ist wiederholt mit den Integrationsmechanismen tribaler Gesellschaften verglichen worden²³⁰: Die Dschihadistische Szene ist eine Art Stamm auf globaler Ebene mit relativ unbestimmten Grenzen.

Es ist also hier ein merkwürdiges, einzigartiges Ineinander von Globalideologie und lokaler Mitgliedschaft und Führung entstanden, welches eine soziale Entität sui generis darstellt. Diese Arbeit schlägt vor, sie mit dem Kunstwort „glokal“ zu illustrieren. Dieser Ansatz ist nicht völlig neu, aber bisher kaum systematisiert.²³¹ „Glokal“ ist eine

²³⁰ Vergl. exemplarisch Ronfeld, D.: „Al-Qaeda and its affiliates“, in: Arquilla, D. (Hg.): „Information Strategy and Warfare: A Guide to Theory and Practice“, New York, 2007.

²³¹ Erste kursorische Ansätze entwickeln Steinberg, G.: „Der nahe und der ferne Feind“, München, 2005 sowie Conesa, P.: „Asymmetrische Feindschaft“, in: Le Monde Diplomatique, 11. Juni 2004. Für mündliche Hinweise zum Folg. dankt der Autor Frau Prof. Dr. Ewa Moravska, University of Essex, Colchester (UK).

Kombination aus „Global“ und „Lokal“ und repräsentiert eine Vermischung verschiedener räumlicher, zeitlicher und sozialer Sphären, die ihrerseits ein eigenständiges Neues darstellt.²³² Der Begriff tauchte erstmals in den frühen 1990er Jahren auf, als verschiedene Publizisten darauf hinwiesen, dass die „Globalisierung“ der Ökonomie und Kultur lokale Kulturen und Identitäten nicht wie befürchtet überrollte und zu einem globalen „McWorld“-Amalgam verschmolz.²³³ Vielmehr wirken diese Prozesse, wie Robert Robertson ausführte, zu gleicher Zeit globalisierend und lokalisierend.²³⁴ Dadurch schaffen sie zwar größere globale Verbundenheit zwischen unterschiedlichen lokalen Sphären, ersetzen diese aber nicht: im Resultat eine *“interpenetration of the global and the local, resulting in unique outcomes in different geographic areas.”*²³⁵ Eine ähnliche Definition ist die von Bonet: *Glokalisierung ist eine Summe von “processes towards a global world [that] involve two associated but opposite phenomena. Globalization homogenizes ideas, symbols, practices, patterns of conduct and systems of order; and, at the same time, it induces localization, which adapts global ideas and produces differences.”*²³⁶

In hier gegebenen Zusammenhang von Interesse ist, dass dieses ursprünglich aus der Marketingtheorie stammende Konzept seinen Eingang in politische und soziale Bewegungen gefunden hat: Das Schlagwort *“Think globally, act locally”* ist einer der Schlachtrufe der globalisierungskritischen Szene geworden.²³⁷ Genau dieses Zusammenspiel von globaler Einbettung und lokaler Aktion ist eines der charakteristischen Merkmale des Dschihadismus: Menschen unterschiedlichster lokaler Identitäten und Kulturen schließen sich einer globalen Bewegung zur Verwirklichung eines globalen Zieles an. Andererseits können sich lokale Widerstandsgruppen internationaler

²³² Vergl. Scott, J. & Marshall, G., a.a.O., S.250.

²³³ Vergl. Barber, B.: *“Jihad vs. McWorld”*, in: The Atlantic Monthly III/1992

²³⁴ Vergl. Robertson, R.: *“Globalization : Social Theory And Global Culture”*, London, 1992.

²³⁵ Zit. Ritzer, G.: *“Rethinking Globalization: Glocalization/Globalization and Something/Nothing”*, in: Sociological Theory 21 (3) 2003, S. 193.

²³⁶ Zit. Bonet, E.: *“A Tale of Three Cities”*, (Book Review), in: Management Learning, 2004 / 35, S. 86.

²³⁷ Vergl. Ritzer, G., a.a.O.

Hilfe sicher sein, wenn sie ihr partikulares Anliegen in eine global anschlussfähige, radikalislamische Rhetorik kleiden. Wenn ein deutscher Konvertit nach Besuch eines usbekischen Terrorcamps im Auftrag einer afghanischen Terrorgruppe in Deutschland einen Anschlag auf amerikanische Militäreinrichtungen plant, um das Paradies zu erlangen, den Abzug der Amerikaner zu erzwingen und der Sache Allahs weltweit zum Durchbruch zu verhelfen, wird besonders diese Durchdringung von lokaler Aktion und Herkunft und globaler Handlungslogik und Doktrin deutlich. Dabei funktioniert dieser Mechanismus zweiseitig: Nicht nur Menschen aus konkreten lokalen Kontexten schließen sich dem Dschihad an, auch der Dschihadismus als globale Doktrin strahlt seinerseits in diese lokalen Realitäten hinein. Der globale Stamm schafft somit quasi einen virtuellen lokalen „Ort“ für Identität und Zugehörigkeitsgefühl.

6. Resümee

- *Staatsversagen* ist das selbst- oder fremdschuldete, verschieden schwer ausgeprägte Unvermögen eines Staates, mithilfe seiner Institutionen seine Aufgaben zu erfüllen.
- *Dschihadistischer Terrorismus* ist eine ideologisch auf einer besonderen Spielart des radikalen Islamismus aufbauende, militante und extrem gewaltbereite Speerspitze einer einzigartigen, globalen und interaktiven sozialen Massenbewegung.

Der folgende Abschnitt wendet sich drei Fragen zu. Erstens: Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen diesen beiden Phänomenen? Zweitens: Wie reagiert Sicherheitspolitik auf sie? Und drittens: Worin bestehen die besonderen Herausforderungen, die zum Entstehen der eingangs skizzierten verfahrenen Lage beigetragen haben? Dabei wird besonders auf einen Aspekt einzugehen sein, der bisher ausgeklammert wurde: die Frage nach den Ursachen des Dschihadistischen Terrorismus.

III. Kapitel: Mehrperspektivische Analyse

1. Methodischer und theoretischer Zugang

Nachdem nun also arbeitstaugliche Definitionen der Kernbegriffe dieser Untersuchung gewonnen wurden, erfolgt der erste analytische Hauptschritt, um folgende Fragen zu beantworten: Hängen Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus miteinander zusammen, wenn ja, wie, und worin besteht die besondere Herausforderung dieses Konnex für Sicherheitspolitik?

Es ist ganz offensichtlich, dass die erste dieser Fragen auf unterschiedlichste Arten beantwortet werden kann, welche von der völligen Unabhängigkeit beider Variablen über rein zufällige Koinzidenz beider Phänomene bis hin zu kausalem Zusammenhang reichen können. Ob und wie im sicherheitspolitischen Diskurs ein solcher innerer Bezug beider Problematiken gesehen wird, ist von zentraler Bedeutung: Denn je nachdem, welche Perspektive hier eingenommen wird, differieren die sicherheitspolitischen Positionen bezüglich ihrer daraus abgeleiteten Maßnahmenkataloge im Ergebnis ganz erheblich.

Wie lassen sich also diese Ansätze sinnvoll ordnen und so charakterisieren, dass ihre argumentativen Unterschiede und abweichenden Problemlösungswege erkennbar werden?

An dieser Stelle sollte nochmals kurz über die innere Natur des Problempaares Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus reflektiert werden. Beides sind offenkundig komplexe, multidimensionale, reale Gegebenheiten, die ontologisch schwer erfassbar sind:

- Erstens haben beide eine räumliche Komponente. Terrorismus findet an real existierenden Orten statt und vollzieht sich – mit der wichtigen Ausnahme des Cyberterrorismus – im geographischen Raum. Auch Staatsversagen ist ein an einen Ort gebundener Prozess. Ein möglicher Zusammenhang zwischen Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen ist demnach räumlicher Natur: Beide könnten sich in identischen Regionen ereignen, was ein Hinweis auf eine innere Verbindung wäre.

- Das bloße örtliche Zusammenfallen ist allerdings noch nicht besonders aussagekräftig. Interessant ist die Erweiterung der Betrachtung um eine zeitliche Komponente. Treffen Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus nicht nur räumlich, sondern auch temporal gemeinsam auf, liegt der Schluss auf einen Konnex noch näher.

- Drittens involvieren beide eine soziale Größe: Es handelt sich um zumindest teilweise auf menschliche Verhaltensweisen zurückzuführende Vorkommnisse. Es liegt also die Frage nahe, ob nicht nur räumlich und zeitlich Zusammenhänge vorliegen, sondern ob jeweils auch identische sozial induzierte Faktoren wirksam waren.

Dieser letzte Aspekt deutet ferner daraufhin, dass die Betrachtung von zusammenfallenden Rahmenbedingungen örtlicher, zeitlicher und sozialer Natur das Potential bietet, für die festzustellende Korrelation auch Kausalerklärungen zu liefern. Fallen Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus so zusammen, dass sie sich räumlich, temporal und hinsichtlich der wirkenden sozialen Faktoren überschneiden, so drängt es sich auf, aus diesen Ebenen des Zusammentreffens auf gemeinsame Ursachen zu schließen.

Diese Ursachenperspektive erscheint besonders erhellend und am besten geeignet, um die diversen Positionen im Sicherheitspolitischen Diskurs zu verorten: Je nachdem, welche Antwort auf die Frage gegeben wird, welche Ursachen hinter dem gemeinsamen Auftreten von Terrorismus und Staatsversagen stecken, sind die Mittel zur Lösung des Problems grundverschieden. Es ist hier demnach auch die Stelle, wie oben angekündigt, die potentiellen Ursachen des Dschihadistischen

Terrorismus in den Blick zu nehmen und sie auf Verbindungslinien zum Staatsversagen zu überprüfen.

Eine solche Forschungsprogrammatische ist keineswegs ohne Vorbild. Sie orientiert sich vielmehr an den etablierten Instrumenten und Fragestellungen der sogenannten Sozialräumlichen Kriminologie bzw. Kriminalgeographie als Leitfaden.²³⁸ Dieser Forschungsansatz setzt sich zum Ziel, Erklärungen für das Vorkommen bestimmter räumlicher Muster kriminellen Verhaltens zu liefern. Die Kriminalgeographie registriert dabei räumliche Auffälligkeiten, also Häufungen im Auftreten, in der Begehungsweise, in der Schwere und bezüglich der Tätergruppen bestimmter Straftaten sowie hinsichtlich der verübten Deliktarten an sich. Zum Beispiel lehrt die Erfahrung, dass sich Kriminalität an bestimmten Brennpunkten (Englisch: „Crime Hubs“) räumlich und zeitlich konzentriert: Einbruchsdiebstähle finden außergewöhnlich oft an Vormittagen und in Neubaugebieten statt; Körperverletzungsdelikte häufen sich signifikant an Wochenenden, vor allem in Vergnügungsvierteln, und nehmen mit fortschreitender Uhrzeit an Schwere zu; bestimmte Tätergruppen stammen auffallend oft aus den gleichen Wohngebieten usw.

Während die Kriminalgeographie diese Muster lediglich verzeichnet, geht die Sozialräumliche Kriminologie einen Schritt weiter, indem sie Erklärungen dafür finden will.²³⁹ Sie operiert dazu mit dem Begriff des Sozialen Raumes, den sie als Gesamtheit aller in einem abgrenzbaren Raum wirksamen sozialen und geographischen Faktoren definiert. Der Sozialraum ist ein Lebensraum für Individuen und Gruppen, der einerseits Produkt menschlichen Handelns ist, dieses aber auch prägt.²⁴⁰ Diese Wechselwirkung zwischen Raumstruktur und menschlichem Handeln, auch bekannt unter der Bezeichnung Sozialökologie, ist Kernthema der raumanalytisch ausgerichteten

²³⁸ Vergl. zum Folg. Schwind, H.D., a.a.O., § 15.

²³⁹ Vergl. hierzu und zum Folg. Herold, H.: „Die Bedeutung der Kriminalgeographie für die polizeiliche Praxis“, in: Kriminalistik 1977, H. 7, S. 289-296. Siehe auch Schwind, H.D., ebd.

²⁴⁰ Vergl. Hierzu und zum Folg. Belina, B.: „Kriminalität“ und „Raum“. Zur Kritik der Kriminalgeographie und zur Produktion des Raums“, in: Kriminologisches Journal 2/2000.

Kriminologie, die Wechselwirkungen zwischen dem Raum und kriminellem Verhalten erkennen möchte. Dazu betrachtet sie unter vielen anderen folgende Einflussfaktoren²⁴¹:

- *Topographie*: Die physische Beschaffenheit eines Raumes und seine Bebauung kann massive Auswirkungen auf die dort verübte Kriminalität haben.

- *Sozio-ökonomisches Gefüge*: Der soziale und wirtschaftliche Status der dort ansässigen Bevölkerung spielt eine große Rolle. Bestimmte Deliktsarten werden zum Beispiel ganz überwiegend von ärmeren Bevölkerungsschichten begangen, die sich regional konzentrieren.

- *Bevölkerungsstruktur*: Besonders die Altersverteilung spielt hier eine Rolle. In Gebieten mit hohem Jugendanteil ist zum Beispiel ein hohes Aufkommen an Ordnungsverstößen zu erwarten.

- *Politik*: Politische Entscheidungen können sich direkt in Kriminalitätsmustern abbilden. Entscheidet sich ein Stadtrat zum Beispiel dafür, eine offene Drogenszene am Hauptbahnhof nicht länger zu tolerieren und leitet entsprechende Repressionsmaßnahmen des Ordnungsamts ein, so ist die Verlagerung dieser Aktivitäten an andere Orte zu erwarten.

- *Polizeidichte*: Ganz offensichtlich spielt auch die Präsenz von Ordnungskräften eine zentrale Rolle bei der räumlichen Verteilung der Kriminalität.

- *Kulturelle und moralische Faktoren*: Unterschiedliche Wertüberzeugungen und kulturelle Prägungen können sich direkt in der Kriminalitätsstatistik niederschlagen. Die Öffentlichkeit zeigt sich immer wieder beunruhigt wegen der in überwiegend von arabischstämmigen Migranten bewohnten Quartieren verbreiteten Neigung, Konflikte mit der Faust auszutragen. Auch osteuropäische Täter zeichnen sich mitunter durch eine signifikant höhere Gewaltbereitschaft und Rücksichtslosigkeit

²⁴¹ Zu den folg. Angaben vergl. Danwitz, K.-St. von: „Kriminologie“, Heidelberg, 2004, § C, Kriminologie besonderer Tätergruppen.

aus. Dabei scheint auch die Sozialisation der Täter eine Rolle zu spielen.

In ihrem Bemühen, alle in einem Raum wirksamen Parameter hinsichtlich ihrer Rolle für die Entstehung und Begehungsweise von Kriminalität zu erfassen und damit für auffällige Muster Erklärungen zu liefern, ist die Sozialräumliche Kriminologie ein klarer Abkömmling der Forschungsagenda der *Chicagoer Schule*, deren traditioneller Erkenntnisschwerpunkt auf der Aufdeckung von Wechselwirkungen zwischen Raum und Gesellschaft liegt. Eine Vorreiterrolle spielte dabei die Identifikation von „*delinquency areas*“, also Kriminalitätsschwerpunkten im städtischen Raumordnungsgefüge.²⁴² Erste grundlegende Ansätze in der regional vergleichenden Analyse von Kriminalität reichen allerdings bereits in die Frühzeit der Kriminologie im 19. Jahrhundert zurück.²⁴³

Daraus hat sich im Verlaufe der vergangenen Jahrzehnte ein ganzer Corpus unterschiedlicher Forschungs- und Theorieansätze entwickelt, deren bekanntester die *Broken Windows Theory* ist, die die Kriminalitätsentwicklung auf den optisch sichtbaren Verfall der öffentlichen Ordnung in bestimmten Stadtgebieten zurückführt.²⁴⁴ Unverkennbar ist ein starker Einfluss auf die Kriminalpolitik und Gesetzgebung in vielen westlichen Staaten.

Hier wird nun diese Programmatik erstmals auf den gegebenen thematischen Zusammenhang übertragen und damit erstmals ein Versuch unternommen, die Problematik Staatsversagen – Dschihadistischer Terrorismus aus sozial-spatial-kriminologischer Sicht

²⁴² Vergl. die grundlegenden Studien von Shaw, C. & McKay, H.: „*Juvenile Delinquency in Urban Areas*“, Chicago, 1942; Park, R., Burgess, E. & McKenzie, R. D.: „*The City: Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment.*“, Chicago, 1925, sowie Baldwin, J. & Bottoms, A.: „*The Urban Criminal. A Study in Sheffield*“, Cambridge, 1976.

²⁴³ Vergl. Guerry, A.: „*Essai sur la statistique morale de la France*“, Paris, 1833. Websource: <http://gallica.bnf.fr/ark:/12148/bpt6k83320s/f1.table> Ferner Quetelet, A.: „*Sur l'homme et le developpement et ses facultes, ou essai de physique sociale*“, Paris, 1835.

²⁴⁴ Vergl. Kelling, G. & Wilson, J.: „*Broken Windows. The Police and Neighborhood Safety*“, in: *The Atlantic Monthly*, III/1982.

zu analysieren. Dieses Vorgehen ist deshalb so vielversprechend, weil es die Chance bietet, alle möglichen Verbindungslinien zwischen diesen beiden sozialen Entitäten in ihrer gesamten Mehrdimensionalität und Komplexität abzubilden, als sowohl räumliche als auch zeitliche und soziale Überschneidungen. Neben dieses besondere Potential zur Gesamtschau verschiedenster Einzelfaktoren tritt die Tatsache, dass die Sozialräumliche Kriminologie eine Reihe von Theorien über die Natur des Zusammenhangs zwischen Raum und Delikt bereithält und Empfehlungen zur Prävention und Bekämpfung gibt. Dies eröffnet eine Chance zur Strukturierung der Analyse der verschiedenen sicherheitspolitischen Positionen, nämlich dergestalt, zu überprüfen, welchem dieser Erklärungsansätze sie zuneigen, welche grundsätzliche Deutung des Problempaares Dschihadistischer Terrorismus – Staatsversagen sich darin ausdrückt und welche Konsequenzen dies mit sich zieht, besonders hinsichtlich der Vorschläge zur Bekämpfung dieser Bedrohung.

Zweifelsohne hat diese Vorgehensweise bestimmte Risiken: die Sozialräumliche Kriminologie ist ursprünglich entwickelt worden zur Analyse der Kriminalitätsmuster in Gebieten von der Größe eines Stadtteils:²⁴⁵ Nach Auswahl einer Analyseregion werden alle verfügbaren Rahmendaten über die dortige Sozialstruktur gesammelt und markante topographische Merkmale identifiziert. Im zweiten Schritt wird dies mit der empirisch erfassbaren Kriminalitätslage kontrastiert. Schließlich werden für auffällige regionale Muster Erklärungen entwickelt und die Ergebnisse auf einer Karte visualisiert. Durch kontinuierliche Fortentwicklung ist dieses Instrument heute in der Lage, die Kriminalitätslage bundesweit abzubilden. Zur Beantwortung von Fragestellungen von derart globaler Reichweite wie der hier aufgeworfenen ist sie ursprünglich nicht gedacht gewesen, so dass dieser Übertragungsversuch auch einen Test mit offenem Ausgang zu den generellen Möglichkeiten und Grenzen eines methodisch-theoretischer Transfers zwischen Kriminologie und Sicherheitspolitischer Analyse darstellt.

²⁴⁵ Vergl. Institut für Kriminologische Sozialforschung, Universität Hamburg (Hg.): „Krimpedia: Freie Enzyklopädie zur Kriminologie“. Websource: <http://www.kriminologie.uni-hamburg.de/wiki/index.php/Hauptseite> (siehe Eintrag „Kriminologische Regionalanalyse“).

Kriminologische Analysen sind ferner in der Regel von einer recht dichten empirischen Datenlage abhängig, die, wie bereits gesehen, in unserem Zusammenhang nur teilweise gegeben ist. Gerade dies ergibt allerdings dann auch einen Maßstab zur Bewertung der empirischen Plausibilität sicherheitspolitischer Meinungsbildung.

Schließlich stellt sich die Frage, ob Terrorismus überhaupt eine Form der Kriminalität ist und Instrumentarien der Verbrechenswissenschaften überhaupt übertragen werden können oder kategorial andersartige Phänomene umschreiben. Terrorismus stellt mit Sicherheit innerhalb der Kriminologie einen Sonderfall dar, da es sich um eine alles andere als alltägliche Deliktsart handelt und sie außergewöhnlich starke politische und normative Bezüge besitzt, die andere, zum täglichen Geschäft der Verbrechenswissenschaften gehörende Kriminalitätsformen wie Ladendiebstahl zweifelsohne nicht besitzen. Zusammen mit den angesprochenen empirischen Lücken hat dies verschiedene Kriminologen veranlasst, die Zuständigkeit der Kriminologie in der Terrorismusforschung generell zu verneinen.²⁴⁶

Dem lässt sich entgegenhalten, dass Kriminologie einen viel weiteren Horizont besitzt und nicht nur kriminelles, sondern auch allgemein delinquentes Verhalten untersucht. Delinquenz ist eine Form menschlichen Verhaltens, die von den mehrheitlich vertretenen normativen Vorstellungen einer Gesellschaft abweicht. Kriminalität stellt nur eine Form der Delinquenz dar, die wegen ihrer Schwere mit Strafe bedroht wird.²⁴⁷ Es steht außer Frage, dass Terrorismus ebenfalls delinquentes Verhalten ist: Wie bereits gesehen, widerspricht er mehrheitlich geteilten, rational begründbaren Moralvorstellungen, wird nur von einer gesellschaftlichen Minderheit verübt und weicht auch hinsichtlich seiner Ziele und Begehungsweise von akzeptierten Normen der Konfliktaustragung ab. Der Einwand, Kriminologie habe nichts mit Terrorismusforschung zu tun, beruht demnach auf einer fehlerhaften, engführenden Definition des kriminologischen

²⁴⁶ Vergl. hierzu Danwitz, K., a.a.O, § B II. Siehe auch Innes, M. & Thiel, D., a.a.O. Für mündliche Hinweise zum Folgenden dankt der Autor Herrn Darren Thiel, Ph.D., University of Essex, Colchester (UK).

²⁴⁷ Siehe McLaughlin, E. & Muncie, J., a.a.O., S.126 f.

Forschungsgegenstandes, zumal es erste Ansätze zu raumkriminologischen Analysen in der Terrorismusforschung bereits gegeben hat.²⁴⁸

In der Gesamtschau ist es deshalb einleuchtend, dass trotz aller angesprochenen Einschränkungen zumindest der argumentative Aufbau der Sozialräumlichen Kriminologie nutzbringend auf das hier in Frage stehende Thema übertragen werden kann.

Im Folgenden werden also unterschiedliche sicherheitspolitische Ansätze vorgestellt, die sich in ihrer Ursachenperzeption, ihrer Bedrohungsanalyse und folglich auch in ihren Schlussfolgerungen und der daraus abgeleiteten politischen Programmatik teils erheblich unterscheiden. Sie werden außerdem in Beziehung zu korrespondierenden sozialräumlichen Erklärungsansätzen aus der Kriminologie gesetzt, um sie argumentativ und theoretisch einordnen zu können. Danach wird jeweils ergänzend geprüft, unter welchen politischen Einflüssen sie stehen, ob sich dahinter bestimmte personale oder kollektive Interessenlagen verbergen, welche Rolle Emotionen und Irrationalität spielen, wie sich die Handlungsprogrammatik des Ansatzes in der Praxis bewährt, ob er die sicherheitspolitischen Probleme zu lösen vermag, wie er im internationalen Kontext zu verorten ist und worin seine jeweilige Schwäche bestehen könnte.

Als methodisches Vorgehen erfolgt dazu ein Rückgriff auf das eingangs entwickelte *Policy-Cycle-Modell*: Die oben skizzierten Schritte werden grob in dieses Raster eingesetzt und so sequentiell alle angesprochenen Punkte untersucht, ohne jedoch an jeder Stelle streng einer stufenförmigen Abfolge der Einzelpunkte zu folgen, da dies wesentliche inhaltliche Zusammenhänge unter Umständen auseinanderreißen würde.

Phase I: Deutungen - Hier werden die Perspektiven und Meinungen unterschiedlicher sicherheitspolitischer Deutungslinien herausgearbeitet,

²⁴⁸ Vergl. Nunn, S.: "Putting Terrorism on Criminology's Map: Spatial Patterns of Terrorist Crimes in the U.S., 1997 to 2005." Paper presented at the annual meeting of the American Society of Criminology, Royal York, Toronto, 2008.

und analysiert, auf welchen axiomatischen Überzeugungen und Prägungen sie beruhen. Besonders die Deutung und Konstruktion möglicher Kausalzusammenhänge zwischen Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus scheinen aufschlussreich, sind sie doch die bestimmenden Faktoren für alle folgenden Schritte. Ihre Realitätstauglichkeit und empirische Belastbarkeit wird ebenfalls geprüft. Dazu wird die oben entwickelte Sozial-räumlich-kriminologische Argumentationsstruktur unter der Leitfrage verwendet, welche sozialräumlichen Faktoren jeweils in welcher Weise mit terroristischen Verhaltensweisen in Verbindung gebracht werden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden die hierzu entwickelten Positionen jeweils einer von drei großen Deutungslinien zugeordnet, die im deutschen sicherheitspolitischen Diskurs erkannt werden können.

Phase II: *Diskurs²⁴⁹, Programmatik und beeinflussende Faktoren* – Hier wird geklärt, unter welchen Rahmenbedingungen sich die Debatte über Lösungsansätze vollzieht, indem die vertretenen Positionen verschiedenen Akteuren zuordnet und deren politischen Interessenlagen mitberücksichtigt werden. Mediales Klima, psychologische Einflüsse und Wechselwirkungen mit internationalen Entwicklungen werden hier ebenfalls dargestellt. Im Ergebnis liefert dies eine Erklärung, warum sich bestimmte Deutungen politisch durchzusetzen vermochten, was diese auszeichnet und wie sie sich in politische Programmatik übersetzen.

Phase III: *Umsetzung* – Hier erfolgt die Darstellung der praktischen Schritte zur Umsetzung der zuvor beschlossenen Programmatik. Sie referiert, analysiert und bewertet diejenigen Schritte,

²⁴⁹ Im Folgenden setzt sich der Autor insofern von einer Diskursanalyse und einem Diskursbegriff Foucault'scher Prägung ab, als nicht ausschließlich die Aufdeckung und Kritik von mit semantischen Mitteln ausgedrückten sozialen Machtstrukturen und Deutungshoheiten im Vordergrund stehen. Vielmehr werden aus der institutionellen Einbettung von Argumentationsbeiträgen der sicherheitspolitischen Debatte, der jeweiligen Symbolik, Logik und Komposition sowie von den ihnen zugrundeliegenden anthropologischen Theorien aus die Funktionsweise und die Ergebnisse sicherheitspolitischen Handelns erklärt. Dabei sind Interessen und Machtpositionen nur ein Aspekt eines weiter gefassten Diskursbegriffs. Vergl. dazu Michel Foucault, M.: „Die Ordnung des Diskurses“, Frankfurt a.M., 1991.

die unternommen worden sind, um auf die Herausforderungen durch Staatsversagen und Dschihadistischen Terrorismus zu antworten. Besonders militärische Interventionen, legislative Maßnahmen, diplomatische Aktivitäten, sprich, die Anwendung sicherheitspolitischer Instrumentarien steht hier im Blickfeld.

Phase IV: *Wirksamkeit* – Im Anschluss erfolgt die Einschätzung der Bewährung dieser Programmatik. Im Falle des Versagens geht es um die Identifikation der Fehlerquellen, zum Beispiel unzureichender Mitteleinsatz, falsche Programmatik, unrealistische Ziele, Änderung der Ausgangslage und andere mehr. An dieser Stelle wird auch die eingangs formulierte Differenzierung zwischen Diskurs- und Sachebene wieder aufgegriffen. Ggf. haben sich beide derart voneinander gelöst, dass eine strukturierende Rückkopplung in Giddens' Sinne nicht mehr möglich ist.

Phase V: *Redefinition* – Dieser Abschnitt, der sich der Frage zuwendet, ob neue Deutungen und Lösungswege bezüglich des Problempaares Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus gefunden werden müssen, wird bewusst herausgelöst, und in ein eigenes, viertes Kapitel übertragen, wo weitere Angaben gemacht werden.

Im Ergebnis wird sich diese Analyse schließlich zu einem Gesamtbild der deutschen sicherheitspolitischen Debatte über Staatsversagen und Dschihadistischen Terrorismus, ihrer theoretischen Grundlagen, ihrer Plausibilität, ihrer Praxistauglichkeit und Fehlerquellen, ihrer Interessenlagen und Erfolge zusammenfügen. Dies wird es möglich machen, die besonderen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die diesen beiden Erscheinungen anhaften, inhaltlich zu näher bestimmen.

2. Determinanten deutscher Sicherheitspolitischer Diskurse

Bevor sich die Darstellung im Folgenden der Frage zuwendet, welche Konzeptionen, Deutungen und Lösungsansätze der deutsche Sicherheitspolitische Diskurs bezüglich des Komplexes Staatsversagen-Dschihadistischer Terrorismus hervorgebracht hat, werden zunächst noch kurz die Rahmenbedingungen skizziert, unter denen sich sicherheitspolitische Entscheidungsfindung in Deutschland vollzieht. Hierbei wirkt der Blick auf zwei bestimmende Faktoren gelenkt, die addiert die einzigartigen Parameter ergeben, welche deutsche Sicherheitspolitik im Vergleich zu den Politiken anderer Nationen besonders prägen.

- *Sicherheitskultur*: Seit einigen Jahrzehnten besteht ein sozialwissenschaftlicher Forschungszweig, der die Sicherheitspolitik eines Staates nicht allein unter dem Gesichtspunkt rationaler Reaktionen auf auftretende Bedrohungen analysiert, sondern sie auf gewachsene kulturelle Muster zurückführt.²⁵⁰ In diesen Bereich sind aus Geschichte, Tradition und Selbstverständnis erwachsene, fundamentale Wertüberzeugungen, sozialgeschichtlich erklärbare Sicherheitsbedürfnisse sowie teils emotional aufgeladene Vorstellungen, wie Sicherheit zu gewinnen sei, einzuordnen, die je für sich und in Summe handlungsleitend für die Politik sind und die Aufnahme ihres Handelns durch die Bevölkerungsmehrheit bestimmen. Sie determinieren in erheblichem Maße die Definition von Identitäten und Interessen, die ihrerseits Grundlagen für politisches Handeln sind.

Für die Bundesrepublik gilt zweifelsohne, dass der historisch-kulturell prägendste Faktor für den Umgang mit Sicherheitspolitik der Zweite Weltkrieg ist. Die erschütternde Erfahrung der totalen militärischen und

²⁵⁰ Vergl. dazu und zum Folg. Siedschlag, A.: „Strategische Kulturanalyse“, in: Ders. (Hg.), a.a.O.

zugleich moralischen Niederlage, der völligen Zerstörung und namenlosen Schuld an Angriffskrieg und Judenvernichtung, hat sich als generationenübergreifend lebendiges, psychologisches Grundbedürfnis nach Stabilität und Sicherheit niedergeschlagen. Zugleich stellen deutsche Bevölkerung und politische Eliten in einem wesentlich höheren Maße als in anderen westlichen Nationen militärische Aktionen unter moralischen Rechtfertigungszwang. Die Traumatisierung durch den Weltkrieg bestimmte lange Zeit als anti-militaristischer, ja, teils generell anti-militärischer, pazifistischer Reflex ein Wertsystem, in dem als Konsequenz aus dem Mai 1945 die Maxime „Nie wieder Krieg!“ zu einem handlungsleitenden Glaubensbekenntnis erstarrte. Genauer gesagt: Eben gerade *nicht* „handlungs“leitend, insofern, als militärische Abstinenz als Tugend angesehen wurde, die sich mit unregelmäßig auftauchenden Neutralitätsgedanken, dem Bedürfnis nach einem Heraushalten aus dem moralisch zweifelhaften Geschäft der militärisch gewährleisteten Sicherheit verknüpfte. Im Zweifelsfalle kann dieser Reflex immer noch aktiviert werden (vergl. oben die Ausführungen zur deutschen Haltung zum Irakkrieg).²⁵¹

Seit Ende der Aufteilung der Welt in die Blöcke des Kalten Krieges ist diese Grundschwingung einer Reihe von „*realpolitischen Schocks*“²⁵² ausgesetzt gewesen, insofern, als sich ehemals doktrinär hochgehaltene ethische Maximen unter dem Druck einer sich radikal wandelnden Sicherheitslandschaft als untauglich erwiesen. Angesichts der Zerfallskriege im ehemaligen Jugoslawien mit den jeweils einhergehenden Greueln an der Zivilbevölkerung wurde die ethische Ambivalenz einer kategorischen Ablehnung jeglichen militärischen Eingreifens überdeutlich. Auch die Wahrnehmung von außen hat sich radikal geändert: War deutsche Zurückhaltung über Jahrzehnte hochwillkommen und angesichts der seelischen Verletzungen der im Zweiten Weltkrieg überfallenen Nachbarnationen sogar gewollt, so

²⁵¹ Vergl. dazu und zum Folg. Hacke, Chr.: „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland“, Berlin, 2003³. Siehe auch Hanrieder, W.: „Deutschland Europa Amerika“, Paderborn, 1995², S. 25 ff. Ferner Rauch, A.: „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, Baden-Baden, 2006.

²⁵² Zit. Lantis, J.: „The Moral Imperative of Force“, in: Comparative Strategy 21 /2002, S. 30.

wurde der Ruf nach Verantwortungsübernahme durch die Bundesrepublik in den vergangenen 15 Jahren immer lauter.

Die deutschen politischen Handlungseliten haben unter diesen Bedingungen einen Schwenk ihrer sicherheitspolitischen Wertüberzeugungen von einer pazifistischen Gesinnungs- zur notfalls gewaltbereiten Verantwortungsethik vollzogen. Ob ihnen die „Nationale Psyche“ der deutschen Gesellschaft hierin vollständig folgen wird, ist wahrscheinlich auch eine Generationenfrage. Jedenfalls steht deutsche Sicherheitspolitik unter einem ganz erheblichen Zugzwang, ihre militärischen Maßnahmen zu legitimieren und zugleich Alternativen hierzu zu entwickeln. Dies schlägt sich in der derzeit gültigen Doktrin des „*Erweiterten Sicherheitsbegriffs*“ nieder, der bewusst militärische Konfliktprävention und Verteidigung und die Manipulation sicherheitsrelevanter „*gesellschaftlicher, ökonomischer, ökologischer und kultureller Bedingungen, die nur im multinationalen Zusammenwirken beeinflusst werden können*“, als gleichwertig anerkennt.²⁵³

- *Institutionelle Struktur*: Zu den Besonderheiten deutscher Sicherheitspolitik zählt ferner ihr hoher Grad an Einbindung in über- bzw. zwischenstaatliche Institutionen. In den Anfangsjahren der Republik waren aus den oben genannten Gründen auch international Deutsche in Uniform nur dann überhaupt akzeptabel, wenn sichergestellt war, dass sie gleichsam „*eingehegt*“ unter Aufsicht der Nachbarländer standen.²⁵⁴ Dieses Motiv spielt heute eine wohl eher untergeordnete Rolle, während sich die starke Einbindung Deutschlands in multilaterale Sicherheitsstrukturen aus drei sachlichen Gründen erhalten und sogar vertieft hat: erstens, der Einsicht in die begrenzten Kapazitäten Deutschlands, seine Sicherheit selbst zu gewährleisten, was eine enge Anlehnung an Partnerländer, vor allem die Supermacht USA bedingt;

²⁵³ Zit. Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (Hg.): „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, Berlin, 2006, Onlineausgabe, S. 25. Vergl. auch Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS, Hg.): „Sicherheitspolitik in Neuen Dimensionen“, Hamburg, 2001.

²⁵⁴ Vergl. dazu Hanrieder, W., a.a.O.

zweitens, der Wille in multilateralen Sicherheitsverbänden ein entscheidendes Mitspracherecht zu behalten; und drittens, um die durch Sicherheitspolitik anfallenden politischen und wirtschaftlichen Kosten mit anderen sinnvoll teilen zu können, da Deutschland zwar wirtschaftlich Weltrang besitzt, hinsichtlich seiner militärischen Kapazitäten aber allenfalls als Mittelmacht zu bezeichnen ist.

Das Grundgesetz weist die Verantwortung für die gesamtstaatliche Sicherheit Deutschlands dem Bund zu.²⁵⁵ Dieser unterhält dazu Streitkräfte, welche dem Verantwortungsbereich des Verteidigungsministeriums angehören, eine Bundespolizei und ein Bundeskriminalamt, diverse Nachrichtendienste (u.a. Bundesnachrichtendienst und Militärischer Abschirmdienst). Der föderalen Struktur der Bundesrepublik, die die Polizeigewalt den Ländern überträgt, wie auch dem oben dargestellten „*Erweiterten Sicherheitsbegriff*“ wird in jüngerer Zeit dadurch Rechnung getragen, dass die starre Trennung zwischen Ressorts und zwischen innerer und äußerer Sicherheit durch Koordinationsorgane wie den „*Bundessicherheitsrat*“ und das „*Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum*“ in Teilen aufgehoben wird.

Auf Internationaler Ebene vollzieht sich Deutsche Sicherheitspolitik auf Ebenen der NATO, der EU und der Vereinten Nationen.²⁵⁶ Den institutionellen Rahmen im Falle der EU bildet die „*Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*“ (GASP), bzw. deren Bestandteil, die „*Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik*“ (ESVP), an deren militärischen Kapazitäten und Operationen sich Deutschland durch Einbringen von Bundeswehrkontingenten aktiv beteiligt.²⁵⁷ Bei der NATO ist Deutschland seit Bestehen der Bundeswehr in die integrierte Kommandostruktur eingebunden. Die Streitkräfte waren demgemäß bis in die 1990er Jahre als reine Bündnisarmee ohne nationale Führungsstruktur und nur ausgewählten militärischen Kompetenzen

²⁵⁵ Vergl. zum Folg. Gareis, S.: „Die Organisation der Sicherheitspolitik in Deutschland“, in: Ders. & Böckenförde, St. (Hg.): „Deutsche Sicherheitspolitik“, Opladen, 2009.

²⁵⁶ Vergl. zum Folg. Gareis, S. & Böckenförde, St., a.a.O., Kapitel 9, 10 & 11.

²⁵⁷ Vergl. Regelsberger, E.: „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP)“, Baden-Baden, 2004.

aufgebaut. Letzteres hat sich unter dem Erfordernis der Handlungsfähigkeit außerhalb des Bündnisgebiets und der Bündnisstruktur sukzessive reduziert, wirkt aber im Hintergrund noch fort, zum Beispiel bei der Bewaffnung der Streitkräfte. Friedenssicherung ist eine der Hauptaufgaben der Vereinten Nationen. Dem Auftrag des Grundgesetzes, im Rahmen internationaler Handlungseinheiten zum Weltfrieden beizutragen, kommt Deutschland durch seine Mitgliedschaft und durch Beteiligung an friedenssichernden und –erzwingenden Maßnahmen der Vereinten Nationen nach. Seit geraumer Zeit bemüht sich die Bundesrepublik ferner um einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Als besondere, ggf. auch kollidierende, Determinanten und Traditionen deutscher Sicherheitspolitik präsentieren sich also: die vergleichsweise hohen Notwendigkeiten, auf normative Grundüberzeugungen Rücksicht zu nehmen und zugleich stets im Bündnis zu handeln, was als Rahmenlage der im Folgenden detailliert dargestellten sicherheitspolitischen Ansätze im Feld Staatsversagen – Terrorismus im Gedächtnis zu behalten ist.

3. Globale Soziale Brennpunkte – Nährböden für Dschihadismus

a.) Argumentative Grundstruktur und theoretische Basis

An dieser Stelle beginnt die Analyse der dominierenden Deutungslinie in der deutschen Debatte um Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen. Ein seit geraumer Zeit in der Kriminalgeographie beliebter Theorieansatz führt bestimmte räumliche Kriminalitätsmuster darauf zurück, dass in den Gebieten, in denen sie vorkommen, bestimmte soziale Faktoren wirksam sind, die das Verhalten der dort lebenden Bevölkerung auf *kriminogene*, also kriminalitätserzeugende Weise beeinflussen. Die Konzentration belastender Rahmenbedingungen in gewissen Räumen resultiert in einer deutlich gesteigerten Kriminalitätsrate.

Aus dieser Sicht besteht also ein *ätiologischer*²⁵⁸, das heißt direkt ursächlicher Zusammenhang zwischen der Struktur sozialer Räume und der Entstehung von Kriminalität. Sie sind Nährböden, welche die Drachensaat des Verbrechens hervorbringen, die ihrerseits zu einer immer höheren sozialen Belastung des Raumes beiträgt und sich auf diese Weise wie in einem Teufelskreis selbst immer neu verstärkt. Dabei sind mögliche Belastungsfaktoren in unterschiedlichsten Dimensionen angesiedelt: konkurrierende Erklärungsansätze nehmen vor allem soziale und ökonomische Kriminalitätsursachen in den Blick.

Wesentlichste theoretische Grundlagen sind dabei folgende Verständnisansätze:

²⁵⁸ Ätiologie ist die medizinische Forschungsdisziplin, die sich mit der Ursache der Krankheiten beschäftigt. Der Begriff ist in die Kriminologie übertragen worden, soweit sie sich mit Ursachen kriminellen Verhaltens beschäftigt.

- „*General Strain*“-Theorien²⁵⁹: Nach dieser Lehrmeinung greifen Individuen zum Mittel der Kriminalität, wenn sie eine allgemein als belastend empfundene Lebenssituation, geprägt beispielsweise durch Armut, Arbeitslosigkeit, sozialen Ausschluss oder ähnliches mit gesellschaftlich allgemein akzeptierten Mitteln nicht zu verändern vermögen. Dieser unerfüllbare Veränderungswunsch, der auf normalem Wege nicht zu verwirklichende Wunsch nach einem besseren Leben, resultiert in der Schlüsselemotion des Zorns auf diejenigen sozialen Mechanismen und Strukturen, die für die belastende Lebenswirklichkeit verantwortlich gemacht werden. Dadurch setzt ein langsamer Verfall der Legitimität der Rechtsordnung auf Seiten der Individuen ein, verbunden mit der Bereitschaft, notfalls Regeln zu brechen, um auf unkonventionelle Weise das eigene Leben zu verbessern. Das Individuum nimmt sich auf unerlaubte Art, was ihm aus seiner Sicht zu Unrecht vorenthalten wird. Besonders bei Jugendlichen ist diese Neigung zu Rebellion und Wut ausgeprägt. Naheliegenderweise besteht hier ein enger Zusammenhang mit geographischen Kriminalitätsmustern, da sich Belastungsfaktoren erfahrungsgemäß in bestimmten „Problemvierteln“ konzentrieren.

- *Sozialisations- und Lerntheorien*²⁶⁰: Diese setzen einen Schritt früher an und gehen davon aus, dass ein solcher Ballungsraum nachteiliger sozialer Faktoren von den Individuen, die in ihm leben, bereits als derart selbstverständlich angesehen wird, dass sie sich in ihm einrichten und eine eigene, von der umgebenden Mehrheitsgesellschaft abweichende Sozialordnung errichten, welche andere Werte, andere Hierarchien, anderes Rechtsverständnis usw. aufweist und zusehends als normal empfunden wird. Mit anderen Worten wird hier auf die im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft belastenden Umweltfaktoren durch das Entwickeln einer diesen angemessenen Subkultur reagiert: Es

²⁵⁹ Vergl. zum Folg. Danwitz, K.-St.v., a.a.O., S.41 ff. mit weiteren Nachweisen. Der *General-Strain*-Ansatz geht im Wesentlichen auf Robert Agnew zurück, siehe Agnew, R.: „Foundation For A General Strain Theory Of Crime And Delinquency“, in: *Criminology* 30 (1992), S. 47 ff.

²⁶⁰ Vergl. ebd., S.26 ff. Siehe auch Schwind, H.-D., a.a.O., S.109 ff. Siehe auch Rock, P.: „Sociological theories of crime“, in: Maguire, M. et al.: „The Oxford Handbook of Criminology“, Oxford, 2007. Ferner Hopkins Burke, R.: „An Introduction to Criminological Theory“, Portland, 2005, Kapitel 6 & 7.

entstehen Parallelgesellschaften mit völlig eigenen Organisationsstrukturen und Prinzipien. Hier wird weiterhin davon ausgegangen, dass diese subkulturellen Verhaltensweisen nach einer gewissen Zeit derart von den Individuen internalisiert werden, dass sie automatisch an nachfolgende Generationen weitergegeben werden. Sie werden quasi „erlernt“ und damit zu Bestandteilen der normalen Sozialisation des Individuums. Der Bruch von Normen wird von den prägenden sozialen Institutionen, zum Beispiel „Peergroups“, übernommen.

Argumentativ wird hier demnach ein Dreischritt vollzogen: von der Frustration über die Aggression zur Kriminalität, respektive zur Gewalt. Geographisch feststellbare Kriminalitätsmuster erklären sich daraus, dass sich nachteilige Umweltumstände regional häufen – als Nährböden. Die geeignete Gegenmaßnahme ist die soziale Intervention, sprich die Behebung der belastenden sozialen Umstände. Dies stellt zugleich die beste Prävention gegen Kriminalität dar.

Der durch die genannten Frustrationspotentiale hervorgerufene Zustand wird soziologisch wie individualpsychologisch als „*Deprivation*“ bezeichnet.²⁶¹ Deprivierte Gruppen und Individuen empfinden ihre Lage als gekennzeichnet von Entbehrung, Benachteiligung, Ausgrenzung und Entzug wichtiger symbolischer und materieller Güter und reagieren individuell oder kollektiv mit Gewalt, Kriminalität und politischem oder religiösem Extremismus.²⁶² Entscheidend ist dabei der stets negativ ausfallende Vergleich der eigenen Lebenssituation mit der der gesellschaftlich prägenden Bezugsgruppen: Lebt zum Beispiel die Mehrheit der Gesellschaft auf einem bestimmten materiellen Niveau und setzt dies als normal voraus, kann dieser Standard aber zugleich in bestimmten Gruppierungen nicht erreicht werden, so reagieren diese schlimmstenfalls mit Ressentiment, Auflehnung und Rebellion. Daraus, dass sich Deprivation aus einem nicht absoluten, sondern situationsabhängigen Vergleichsmaßstab bemisst und dieser Vergleich individuell vollzogen wird, ergibt sich, dass es sich hierbei um einen

²⁶¹ Vergl. zum Folg. Reddig, M.: „Deprivation, Globalisierung und globaler Dschihad“, in: Kron, Th. & Reddig, M., a.a.O., S. 280 ff. Siehe ferner McLaughlin, E. & Muncie, J., a.a.O., S. 349 f.

²⁶² Vergl. Smelser, N.: „The Faces of Terrorism“, Princeton, 2007, S. 90 f.

einerseits *relativen* und andererseits *subjektiven* Vorgang handelt, der aber deswegen dennoch nicht völlig irrational ist. Er steht mit tatsächlichen gesellschaftlichen Gegebenheiten in Zusammenhang, die objektiv nachprüfbar sind, so zum Beispiel Einkommensverteilung, Lebenserwartung, Arbeitslosigkeit und anderen.²⁶³

Ein nicht unerheblicher Teil des deutschen sicherheitspolitischen Diskurses überträgt dieses situationskausale Argumentationsmuster auf den hier gegebenen thematischen Zusammenhang, spricht auf Wechselwirkungen zwischen Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen, indem er beide Phänomene so miteinander verknüpft, dass Staatsversagen als sozialer Auslöser von relativer Deprivation und terroristisches Verhalten als Reaktion darauf verstanden wird. Als Gegenstrategie wird folgerichtig die Verbesserung der sozialen Lage der betroffenen Bevölkerungen angeregt.²⁶⁴

Im Folgenden wird eine Reihe von Beispielen für Vertreter einer solche Position betrachtet und wie sie in der Debatte geäußert wird. Die Darstellung beruht auf einer balancierten Auswahl von einschlägigen Äußerungen aus amtlichen Dokumenten, Medienberichten, persönlichen Statements, Forschungsliteratur und politischen und institutionellen Verlautbarungen zusammenzutragen, die dem erläuterten Argumentationsstrang unter dem griffigen Schlagwort des „terroristischen Nährbodens“ folgen.

b.) Analyse anhand von Beispielen

Ein zentrales amtliches Dokument stellen die *„Verteidigungspolitischen Richtlinien für den Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung“* (VPR) dar. *„Verteidigungspolitische Richtlinien werden im Planungsstab des Bundesministers der Verteidigung erarbeitet und dienen als Rahmenvorgabe für weitere Planungsdokumente wie die „Konzeption der Bundeswehr“ (KdB) oder den Bundeswehrplan des*

²⁶³ Vergl. hierzu Scott, J. & Marshall, G., a.a.O., S. 148 f.

²⁶⁴ Vergl. Crawford, A.: „Crime Prevention And Community Safety“, in: Maguire, M. et al., a.a.O., S.882 f.

Generalinspektors. Die letzten Verteidigungspolitischen Richtlinien stammen aus dem Jahr 2003, davor wurde das Dokument drei Mal – 1992, 1979 und 1972 - erstellt.²⁶⁵“

Hier gab es demnach nach Ende des Kalten Krieges eine längere Diskussionspause. Erst als Reaktion auf die veränderte sicherheitspolitische Umgebung kam es zu einer Reformulierung. In den VPR 2003 werden eine Sichtweise auf den Dschihadistischen Terrorismus formuliert und Schlussfolgerungen für die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehr abgeleitet, welche die Doktrin des *Weißbuchs 2006* vorwegnehmen und in besonderer Weise die sicherheitspolitische Philosophie der damals regierenden rot-grünen Koalition widerspiegeln.

In der Einleitung des Textes nimmt der damalige Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) unmittelbar auf gewandelte Rahmenbedingungen und ihre Konsequenzen Bezug:

„Unsere Sicherheit wird in Deutschland, in Europa, aber auch immer mehr an anderen Stellen dieser Erde verteidigt²⁶⁶.“

Bereits im vierten Absatz, noch auf der ersten Seite, werden sowohl *„[d]as Engagement im Rahmen der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus [...] an die erste Stelle des Aufgabenspektrums der Bundeswehr gerückt.²⁶⁷“*

Diese Neubestimmung des Daseinszwecks der deutschen Streitkräfte wird einige Seiten darauf nochmals eindringlich und nahezu wortgleich wiederholt:

²⁶⁵ Zit. Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): „Die Verteidigungspolitischen Richtlinien“, Webservice: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykyssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKlt4w39XEFsUGYjvqRaGJGpuYIsSB9b31fj_zcVPOA_YLc0IhyR0dFAOnhbsk!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfOV8zVjY!?yw_contentURL=/C1256F1200608B1B/N264WS4R915MMISDE/content.jsp

²⁶⁶ Zit. Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (Hg.): „Verteidigungspolitische Richtlinien“, Berlin, 2003, S.1.

²⁶⁷ Zit. ebd.

„Das Ergebnis [der Entwicklung einer neuen sicherheitspolitischen Lage] sieht so aus, dass die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus, an die erste Stelle des Aufgabenspektrums gerückt ist.²⁶⁸“

Konkreter bei der inhaltlichen Definition, was unter Konflikten und Krisen zu verstehen sei und in welchem Kontext dazu terroristische Bedrohung einzuordnen seien, wird das Papier in der zweiten Hälfte:

„Die Lösung der vielfältigen regionalen Krisen und Konflikte bleibt von herausragender Bedeutung für Sicherheit und Stabilität im europäischen und globalen Rahmen. Ungelöste politische, ethnische, religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte wirken sich im Verbund mit dem internationalen Terrorismus, mit der international operierenden Organisierten Kriminalität und den zunehmenden Migrationsbewegungen unmittelbar auf die deutsche und europäische Sicherheit aus. Ihnen kann nur durch ein umfassendes Sicherheitskonzept und mit einem System globaler kollektiver Sicherheit begegnet werden.²⁶⁹“

Auffallend ist, dass dabei der Terminus „Staatsversagen“ im Gegensatz zum späteren *Weißbuch* nicht explizit zur Anwendung kommt. Eher indirekt wird mit einer Aufzählung möglicher Ursachen von regionalen Konflikten, die denen von Staatsversagensphänomenen ähneln, eine argumentative Verbindung zu den Ursachen terroristischer Bedrohungen hergestellt. Demnach wird dieses Sicherheitsproblem eher umschrieben als benannt. Zugleich bleibt die innere Natur des semantisch hergestellten Zusammenhangs zwischen Notlagen, Konflikten und Terrorismus eher unbestimmt – es bleibt offen, ob hier kausale Wirkzusammenhänge zu sehen sind. Allerdings ist die summarische Aneinanderreihung klares Indiz dafür, dass diese Sicherheitsproblematiken als miteinander verbunden angesehen werden. Die daraus abgeleitete Stoßrichtung ist jedenfalls klar: Humanitäre Notlagen, soziale Probleme und Kriege sowie Terrorismus bilden ein Knäuel von Bedrohungen, auf das die Bundeswehr mit ihren

²⁶⁸ Zit. ebd., S. 11.

²⁶⁹ Zit. ebd., S. 20.

Mitteln reagieren muss. Auffallend ist, wie häufig diese Sentenz im Text vorkommt.

Das 2006 entstandene Weißbuch zur „*Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*“²⁷⁰ steht demgegenüber im Zeichen der Großen Koalition und markiert mit seinen Aussagen demnach einen Diskussionsprozess und einen sicherheitspolitischen Konsens zwischen den großen Parteien. „*Das Weißbuch [...] dient als sicherheitspolitisches Programm der Bundesregierung. Die Erläuterung der bundesrepublikanischen Sicherheitspolitik sowie die Darstellung der Lage und der Entwicklung der Bundeswehr waren und sind grundsätzlich die Hauptbestandteile.*“²⁷¹ Weißbücher erschienen 1969, 1970, 1971/72, 1973/74, 1975/76, 1979, 1983, 1985, 1994 und 2006 – auch hier also ist wiederum eine längere Phase der Untätigkeit gegen Ende des Ost-West-Konflikts und danach feststellbar.

Der Argumentationsmodus der *VPR 2003* wird hier nicht nur übernommen, sondern sogar in erheblichem Maße konkretisiert. Insgesamt wird in dem 165-seitigen Dokument viermal auf „*Staatszerfall*“ Bezug genommen und jeweils einmal auf „*Fragile Staatlichkeit*“, „*Erosion staatlicher Strukturen*“ und „*Staatsversagen*“.²⁷² Alle genannten Textstellen finden sich im Kapitel „*Grundlagen Deutscher Sicherheitspolitik*“, welches Risiken, Gefährdungen und Globale Herausforderungen benennt, um darauf Antworten zu entwickeln, welche die Deutsche Verteidigungspolitik konzeptionell und praktisch leiten. Die Bezugnahme erfolgt jeweils in unmittelbarer Nähe zur Erwähnung des *Internationalen Terrorismus*, so zum Beispiel wie folgt:

²⁷⁰ Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (Hg.): „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, Berlin, 2006, Onlineausgabe.

²⁷¹ Zit. Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): „Stichwort: Weißbuch“, Websource:

http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykyssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKlt4w3DvUHSYGYpj6O-pEQhitMzMjUHClGUufrkZ-bqh-UkqrvrR-gX5AbGIHu6KglAlxDudg!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVFLzZfOV8zVU8!?y_w_contentURL=%2FC1256F1200608B1B%2FW26PLC3E286INFODE%2Fcontent.jsp

²⁷² Eigene Auszählung, L.K.

„Internationaler Terrorismus ist eine Herausforderung und bedroht Freiheit und Sicherheit. [...] Zudem wird Deutschland mit den Folgen innerstaatlicher und regionaler Konflikte, der Destabilisierung und des inneren Zerfalls von Staaten sowie der damit häufig einhergehenden Entstaatlichung von Gewalt konfrontiert. [...] Deshalb bedarf es für eine wirksame Sicherheitsvorsorge eines präventiven, effektiven und kohärenten Zusammenwirkens [...] einschließlich einer wirksamen Ursachenbekämpfung.“²⁷³

Diese Formulierung wird wortgleich einige Seiten später wiederholt (S.15 und S.17).²⁷⁴

Bei der Charakterisierung des inneren Zusammenhangs beider Sicherheitsbedrohungen wird das *Weißbuch* deutlicher als die *VPR 2003*:

„Armut, Unterentwicklung, Bildungsdefizite, Ressourcenknappheit, Naturkatastrophen, Umweltzerstörung, Krankheiten, Ungleichheiten und Menschenrechtsverletzungen bilden neben anderen Faktoren den Nährboden für illegale Migration und säkularen wie religiösen Extremismus. Sie können damit zu Ursachen für Instabilität und in ihrer radikalsten Form Wegbereiter des internationalen Terrorismus werden.“²⁷⁵

Wenige Zeilen später substantiiert das Papier unter der Überschrift *„Regionalkonflikte“* seine Sichtweise von Staatsversagen und Terrorismus ein weiteres Mal:

„Die Erosion staatlicher Strukturen, der Zerfall ganzer Staaten und damit oft einhergehende Bürgerkriege ebenso wie das Entstehen von Gebieten, die sich außerhalb der internationalen Ordnung stellen, eröffnen Aktionsräume sowie Rückzugsgebiete für bewaffnete Gruppen und terroristische Organisationen.“²⁷⁶ Als Beispiel wird Afghanistan explizit erwähnt.

²⁷³ Zit. Weißbuch 2006, S. 8.

²⁷⁴ Vergl. ebd., S. 15 und S. 17.

²⁷⁵ Zit. ebd., S.19 ff.

²⁷⁶ Zit. ebd. S. 21.

Unter der Überschrift „*Entwicklungshemmnisse und fragile Staatlichkeit*“ wird auch Auskunft gegeben, auf welche Faktoren diese Zersetzungsprozesse zurückgeführt werden:

„In Teilen Afrikas und Asiens wird die politische und gesellschaftliche Stabilität neben den durch Globalisierung hervorgerufenen Faktoren immer wieder durch Versorgungs- wie auch Verteilungsprobleme beeinträchtigt. Die Auswirkungen von Klimaveränderungen können diese Effekte noch verstärken. Wirtschaftliche und ökologische Faktoren – häufig gesteigert durch Ineffizienz und Korruption bis auf Regierungsebene – bilden Ursachen für politische Spannungen. Staatsversagen [... kann] zur Destabilisierung ganzer Regionen und beitragen und die internationale Sicherheit nachhaltig beeinträchtigen.“²⁷⁷

Erhellend zum implizit unterstellten Zusammenhang zwischen Staatsversagen und Terrorismus ist ferner der auf Seite 27 erfolgende direkte Bezug auf den „Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, ein in seinen konzeptionellen Anfängen bis in den April 2000 zurückreichendes und noch unter der rot-grünen Bundesregierung verabschiedetes Sicherheitskonzept, welches ressortübergreifend Aktionspotentiale deutscher Politik zur nichtmilitärischen Sicherheitspolitik identifiziert und vom Auswärtigen Amt betreut wird.“²⁷⁸ Es stellt fest:

„Bewaffnete Auseinandersetzungen sind sowohl Folge als auch Ursache weitreichender politischer, sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Missstände. Kriege können mit systematischen Menschenrechtsverletzungen, dem Zerfall staatlicher Ordnungsstrukturen, ökologischen Katastrophen und der Ausbreitung von Kriminalität verbunden sein und gehen mit der Zerstörung bisheriger und der Behinderung zukünftiger sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungsanstrengungen einher.“²⁷⁹ Dabei bilden „...internationale[r]

²⁷⁷ Zit. ebd. S. 22.

²⁷⁸ Vergl. Bundesregierung (Hg.): „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, Berlin, 2004.

²⁷⁹ Zit. ebd., S. 5.

Terrorismus und Staatenzerfall [.] Hauptbedrohungen, die allerdings nicht isoliert beobachtet werden können.²⁸⁰

Im Folgenden stellt das Papier eine direkte Verbindung zwischen Konfliktlagen und Entstehungsbedingungen des Terrorismus her:

„Ohne eine Beilegung wesentlicher politischer und sozialer Konflikte, die oft den Nährboden für die Entstehung des Terrorismus bilden, wird diese Aufgabe [Schaffung von globaler Sicherheit, L.K.] nicht erfüllt werden können. Daher sind Krisenprävention und Konfliktbearbeitung auch integrale Bestandteile der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Krisenprävention ist immer auch ein Stück Terrorismusprävention.“²⁸¹

Diese drei Papiere bilden so etwas wie das strategische Herzstück der regierungsamtlichen Sicherheitspolitik und formulieren einen mit unterschiedlichen Mitteln zu adressierenden Nexus zwischen Staatsversagen und Terrorismus im oben erläuterten, kriminalgeographischen Sinne: als Nährboden, als Raum konzentrierter, aus der Globalisierung resultierender, sozialer Konflikte, Armut und Benachteiligung, auf die die Gesellschaften kollektiv mit Extremismus und die Individuen mit Terrorismus reagieren. Zwar nicht explizit so benannt, ergibt sich doch aus dem jeweiligen zeitlichen Entstehungskontext, dass damit nur der Dschihadistische Terrorismus gemeint sein kann.

Wie nehmen die Medien diese Perspektive auf? Aus der Fülle von Berichten hier zwei exemplarische Beispiele:

²⁸⁰ Zit. ebd., S. 6.

²⁸¹ Zit. ebd.

- Am 27.3.2004 berichtet die „Frankfurter Rundschau“ unter dem Titel „Nährboden des Terrors“ über Marokko als Herkunftsland der Attentäter von Madrid:

„Etwa 35 Prozent der Schul- und Hochschulabgänger finden dort keine Arbeit. Schlimmer noch. Sie sehen keine Chance, jemals einen dem Bildungsniveau gemäßen Beruf ausüben zu können. In der UN-Statistik rangiert der von Armut ausgezehnte Maghrebstaat weit abgeschlagen auf dem 123. Platz. Geld und Beziehungen sind bei der Vergabe der wenigen attraktiven Arbeitsplätze entscheidender als Wissen und Können. [...] In dieser Umgebung finden diejenigen, die im Namen Allahs Hass predigen und zum Heiligen Krieg aufrufen, ein Echo.“²⁸²

Dies sei direkte Folge eines nicht zu Ende gebrachten politischen Reform- und Modernisierungsprozesses und der Korruption unter politischen Funktionsträgern.

- Am 10.6.2009 berichtete die populäre Wissenschaftssendung „Abenteuer Wissen“ über Piraterie vor den Küsten Ostafrikas und die Verbindungen der Seeräuber zu islamistischen Terrornetzwerken. Beide seien *„direkte Folge von Armut und Perspektivlosigkeit“*. Die internationale Politik sei gefordert, diese Missstände zu beheben, da Somalia mangels einer handlungsfähigen Regierung dazu außer Stande sei.²⁸³

Auch hier wird demnach eine Indizienkette zwischen unzureichender oder nicht vorhandener staatlicher Aktivität, sozioökonomischen Spannungszuständen, Kriminalität und Terrorismus hergestellt.

²⁸² Zit. Feiel, A.: „Nährboden des Terrors“, in: Frankfurter Rundschau, 27.3.2004. Zum Folg. vergl. ebd.

²⁸³ „Abenteuer Wissen – Piraten an Bord“, Zweites Deutsches Fernsehen, 10.6.2009, 22:00 Uhr. Zit: eigene Mitschrift, L.K.

- Tom Königs, ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für Kosovo und Afghanistan, erklärte auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „*Fragile Staaten: Eine neue Priorität der transatlantischen Beziehungen*“ am 30.6.2009 in Bonn, staatliche Fragilität sei Folge von Menschenrechtsverletzungen durch die jeweiligen politischen Eliten. Die daraus resultierenden Sicherheitsprobleme wie Extremismus und Terrorismus könnten deswegen nicht losgelöst betrachtet werden, vielmehr bildeten Sicherheit, Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit einen harmonischen Dreiklang. Man müsse „*Armut und Fragilität zusammenbinden*“ und im Sinne von Armutsbekämpfung sei „*Entwicklungspolitik [.] Friedenspolitik*“.

Außer Königs waren zwei hochrangige Afghanistan- und Terrorismusexperten anwesend, Generalmajor Hans-Lothar Domröse, ehemals Chef des Stabes im Hauptquartier der Internationalen Schutztruppe (Isaf) und der bereits erwähnte Leiter der Forschungsgruppe „Globale Fragen“ an der Berliner „Stiftung Wissenschaft und Politik“, Dr. Ulrich Schneckener. Beide bestätigten ausdrücklich Königs' Einschätzung, es bestehe ein „Nexus“ zwischen den genannten humanitären und sozialen Problemlagen, schwacher Staatlichkeit und Dschihadistischem Terrorismus.²⁸⁴

Auch in der politischen Arena ist dieses Erklärungsmuster wiederholt angewandt worden. Am 15.11.2002 äußerte der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer im Rahmen einer Plenardebatte über "Enduring Freedom" und den Einsatz von deutschen Streitkräften bei der Unterstützung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus:

²⁸⁴ Podiumsdiskussion „Fragile Staaten: Eine neue Priorität der transatlantischen Beziehungen“, Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 30.6.2009. Zit.: eigene Mitschrift, L.K. Der Autor dankt den Herren Tom Königs, Hans-Lothar Domröse und Dr. Ulrich Schneckener für mündliche Auskünfte während und nach der Veranstaltung.

„Wenn es auch keinen formellen Zusammenhang gibt, ist der Wiederaufbau in Afghanistan doch ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen den Terrorismus. Das humanitäre Engagement in Afghanistan und die Fähigkeit, den Wiederaufbau unter schwierigsten Bedingungen voranzubringen, stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Mandat, das wir heute beschließen wollen.[...]

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir im Kampf gegen den Terror nicht nachlassen, und zwar auf beiden Ebenen nicht nachlassen: auf der militärischen, der polizeilichen und der geheimdienstlichen Ebene sowie bei der Beförderung von Modernisierungsprozessen, beim Wiederaufbau und bei der humanitären Hilfe. Es geht darum, dass eine große Region eine Perspektive bekommt, dass sich Menschen nicht ausgegrenzt fühlen, sodass der Terrorismus bei ihnen keinen Nährboden findet.[...]

[Wir] werden gemeinsam mit unseren Partnern den Terrorismus dort, wo er entsteht, niederkämpfen müssen, die Terrorstrukturen zerstören müssen, aber gleichzeitig den Menschen ein Angebot zum Wiederaufbau, eine Zukunftsperspektive geben müssen, damit der Nährboden für Terrorismus trockengelegt wird.“²⁸⁵

Fischer legt damit einen Zusammenhang zwischen Terrorismusbekämpfung und Hilfe für einen Wiederaufbau Afghanistans, zu dem das Land alleine nicht mehr in der Lage sei, dar: mithin im Umkehrschluss auch zwischen den auch sozialen Ursachen der strukturellen Schwäche des Landes, sozialen Problemlagen und Dschihadistischem Terrorismus.

Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90 / Grüne vom 16.10.2002 stellt in ihrem außenpolitischen Teil fest:

²⁸⁵ Zit. Rede von Bundesaußenminister Fischer vor dem Deutschen Bundestag am 15.11.2002 im Rahmen der Debatte über "Enduring Freedom" und den Einsatz von deutschen Streitkräften bei der Unterstützung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, 15.11.2002. Websource: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/Archiv/2002/021115-EnduringFreedom.html>

„...Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus hält an. Seine Bekämpfung ist primär eine politische Aufgabe. [...] Die Bundesregierung hat eigene Initiativen zu einer weltweiten Strategie der globalen, strukturellen Prävention gegen die terroristische Herausforderung ergriffen. [...] Eine solche Strategie im Kampf gegen den Terror [muss] ihren Schwerpunkt auf die Entschärfung und Lösung regionaler Konflikte legen. [...] Die Herausführung Afghanistans aus der Bürgerkriegskatastrophe und der Aufbau eines demokratischen Staatswesens, das die eigene Bevölkerung schützt, ist international von großer Bedeutung.“²⁸⁶

„Strukturelle Terrorismusprävention“ wird demnach konkretisiert als Beendigung von Konfliktlagen und Staatsversagen, womit zugleich eine Verbindungslinie zwischen diesen Gegebenheiten gezogen wird.

Schließlich wird hier auch eine Auswahl wissenschaftlicher Stimmen betrachtet. Jochen Hippler, renommierter Entwicklungsforscher, schreibt im „Friedensgutachten“, welches jährlich von den fünf Instituten für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik herausgegeben wird und als deren wichtigstes wissenschaftliches Organ gilt ²⁸⁷:

Eine notwendige – aber nicht hinreichende – Grundvoraussetzung des Terrorismus besteht meist in einer allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Dauerkrise. Ohne einschneidende Krisenerfahrung wird die Schwelle zum Terrorismus oft nicht [...] überschritten [...]. Dabei bedeutet „Krise“ aber nicht unbedingt das Vorhandensein bestimmter objektivierbarer Faktoren [...], sondern ist ein oft subjektiver Faktor: es geht also um die Wahrnehmung, das Erleben einer Krise, nicht die bloße Verschlechterung objektiver Daten. [...]“

Als Krisenfaktoren listet er unter anderem Armut, Demokratiedefizite, Bildungsfragen, Korruption und Regionalkonflikte auf.

²⁸⁶ Zit. Koalitionsvereinbarung 2002, Kapitel IX, „Gerechte Globalisierung – Deutschland in Europa und in der Welt“, Berlin, 16. Oktober 2002. Webservice: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/koalition.html>

²⁸⁷ Vergl. Mutz, R. et al.: „Friedensgutachten 2002“, Münster, 2002. Die folg. Zit. ebd., S.52, 56 und 59 f.

„Bei der Entstehung eines terroristischen Gewaltpotentials verbinden sich oft die Erfahrung gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit und Frustration [...] mit einer politischen Emotionalisierung [...]. Zusammengefasst kann man feststellen, dass eine einschneidende politische und wirtschaftliche Krisenerfahrung meist zum Ausgangspunkt des Entstehens des Terrorismus gehört [...]. Der aktuelle islamisch geprägte Terrorismus speist sich weiterhin aus säkularen Quellen: aus den erwähnten sozialen Problemen und Konflikten, Unterdrückung, Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit. Ohne diese Quellen würde der islamistische Terrorismus über kleine Grüppchen von Spinne[n] nicht hinausgelangen, er würde nicht bedeutsamer sein, als es die deutsche RAF in den siebziger Jahren war.“

Als Gegenstrategie empfiehlt Hippler:

„Eine Vorbeugung gegen Gewaltkonflikte und Terrorismus sollte die innergesellschaftlichen Quellen und Ursachen der Gewaltpotentiale und die wichtigen, symbolträchtigen Regionalkonflikte ins Zentrum rücken: Solange die Bevölkerungsmehrheiten über keine positive Lebensperspektiven verfügen und solange etwa der Palästinakonflikt nicht gelöst wird – solange wird die Gefahr bestehen, dass sich die Gewaltpotentiale reproduzieren. Deshalb ist es wichtig, die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedingungen friedlicher Gesellschaftsentwicklung, insbesondere in den muslimischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens, deutlich zu verbessern, und darüber hinaus deren politische Systeme so zu reformieren, dass sie in weit größerem Maße als bisher Möglichkeiten zu friedlicher Partizipation und Veränderungen bieten.“

Auch hier ist wiederum eine enge Verknüpfung von Sozialproblematiken im weitesten Sinne mit Konflikt, Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus sichtbar. Der Zusammenhang zwischen diesen Variablen wird allerdings als eher indirekter Wirkzusammenhang denn als unmittelbare Kausalität verstanden. Dennoch kommt auch Hippler zu dem Schluss, dass das Beheben von gesellschaftlichen und politischen Belastungsfaktoren Sicherheitsgewinne im Kampf gegen den Terrorismus erzeugt.

Einer der profiliertesten deutschen Experten für die sicherheitspolitische Lage der arabisch-muslimischen Staaten ist Guido Steinberg (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin). Mit Blick auf deutsche Handlungsoptionen gegen Sicherheitsgefährdungen im nordafrikanisch-maghrebinischen und arabischen Raum schreibt er:

„Deutsche Politik hat großes Interesse an der Stabilität nahöstlicher Staaten. Dies beruht auf der Einsicht, dass fehlende Stabilität in dieser Nachbarregion in der Regel blutige inner- und zwischenstaatliche Konflikte zur Folge und Auswirkungen auch auf Europa hat – beispielsweise indem die terroristische Gefahr steigt... [...]. [Es ist] deutsches Interesse, dass sich diese [autoritären nahöstlichen, L.K.] Regime wandeln und im Zuge politischer Reformen mehr Partizipation und Rechtsstaatlichkeit zulassen. Damit wäre auch ein Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen des islamistischen Terrorismus geleistet, denn sämtliche jihadistischen Gruppierungen der Gegenwart sind aus islamistischen Bewegungen hervorgegangen, die gegen die autoritären Regime ihrer Heimatländer opponierten.“²⁸⁸

Die Friedrich-Ebert-Stiftung stellt unter der Überschrift „Krisen vorbeugen – Konflikte lösen – Frieden sichern“ in Hinsicht auf zentralasiatische Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit fest:

„Die zunehmende Verarmung der Bevölkerung, vor allem aber die systematische Unterdrückung islamischer Gruppierungen, drohen diese Länder zu destabilisieren. Soziale Missstände und Repression schaffen ein gefährliches Potenzial der Konflikteskalation durch Ausgrenzung und Radikalisierung islamischer Gruppen.“²⁸⁹

Die zitierten Quellen wurden so ausgewählt, dass sie einen in etwa repräsentativen Querschnitt für diesen Strang der sicherheitspolitischen Debatte in Deutschland bilden, gestreut nach Entstehungszeitraum, Kontext der Meinungsäußerung, politischem und beruflichem

²⁸⁸ Zit. Steinberg, G.: „Terrorismusbekämpfung“, in: Ders. (Hg.): „Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik“, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2009, S. 17.

²⁸⁹ Zit. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): „Krisen vorbeugen – Konflikte lösen – Frieden sichern“, Berlin, 2002, S. 22.

Hintergrund des Äußernden etc., und dabei überwiegend die Einlassungen von Meinungsführern und „Think Tanks“ berücksichtigen.

Selbstverständlich ist dieser Diskurs allerdings auch von Meinungsströmungen auf internationaler Ebene beeinflusst. Die Grundstruktur der Argumentation ist in der internationalen wissenschaftlichen Diskussion durchaus beliebt und hat Eingang in Standardwerke gefunden.

Zwei viel zitierte Publikationen zur Terrorismusbekämpfung, Louise Richardson's „*What Terrorists Want*“ und „*Attacking Terrorism*“ von Audrey Cronin und James Ludes, schlagen als wirkungsvollste Gegenmaßnahme gegen terroristische Bedrohungen eine konzertierte Aktion gegen deren Ursachen vor, welche politische Verhandlungen, Konfliktlösung, Reformen, wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen und Interreligiösen Dialog beinhalten sollte.²⁹⁰

Noch einflussreicher dürfte der Sammelband von Alexander Lennon mit dem programmatischen Titel „*The Battle for Hearts and Minds – Using Soft Power to Undermine Terrorist Networks*“ sein. Das Autorenteam stimmt nicht nur in der Diagnose überein, dass Terrorismus auf dem Boden sozialer und politischer Mißstände entsteht und Staatsversagen hierfür verantwortlich sei, sondern auch in der daraus abgeleiteten Überzeugung, dass Demokratisierung, Bildung, Reform und Armutsbekämpfung das geeignetste Gegenmittel darstellen.²⁹¹ Die bereits erwähnte Autorin Loretta Napoleoni kann als bedeutendste Vertreterin eines Analyseansatzes gelten, der einen Zusammenhang zwischen Staatsversagen, wirtschaftlichen Problematiken und der Entstehung des Dschihadistischen Terrorismus erblickt.²⁹²

Auf politischer Ebene haben diese Sichtweisen seit der Amtsübernahme Barack Obamas auch politisch eine gewisse Konjunktur, stellt doch zum Beispiel dessen Afghanistanstrategie humanitäres Engagement stärker

²⁹⁰ Vergl. Richardson, L., a.a.O., Kapitel 8, sowie Cronin, A. K. & Ludes, J. (Hg.): „Attacking Terrorism. Elements of a Great Strategy“, Georgetown, 2004.

²⁹¹ Vergl. Lennon, A. (Hg.): „The Battle For Hearts And Minds: Using Soft Power To Undermine Terrorist Networks“, Cambridge (MA), 2003.

²⁹² Vergl. Napoleoni, L., a.a.O., passim.

als bisher in den Vordergrund.²⁹³ Die „*United Nations Global Counter-Terrorism Strategy*“ sieht die Ursachen des Terrorismus in „...*lack of rule of law and violations of human rights, ethnic, national and religious discrimination, political exclusion, socio-economic marginalization, and lack of good governance*“ und schlägt als Lösung u.a. „*peace-building, human development, dialogue, social inclusion agendas*“ vor, welche auf den vordersten Plätzen innerhalb der *Strategy* rangieren.²⁹⁴ Auch die „*European Union Counter-Terrorism Strategy*“ argumentiert ähnlich: erster Pfeiler der Strategie sei „...*to prevent people turning to terrorism by tackling the factors or root causes which can lead to radicalisation and recruitment, in Europe and internationally.*“²⁹⁵

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine breite Strömung unterschiedlichster Akteure innerhalb der deutschen sicherheitspolitischen Debatte eine Linie von sozioökonomischen und politischen Belastungen über Deprivation und individueller Reaktion zu Radikalisierung und Dschihadistischem Terrorismus zieht und dabei Staatsversagen als Kernproblem definiert. Sie folgt damit genau dem eingangs erläuterten kriminalgeographischen Paradigma von der Beziehung zwischen Ort, sozialem Raum und Kriminalität und ist dabei in eine entsprechende internationale Diskussion eingebettet.

An der Argumentationsstruktur kriminologischer Lerntheorien sind vor allem solche Analysen ausgerichtet, die einen Zusammenhang zwischen dem Versagen staatlicher Bildungssysteme in schwachen Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, dem Vordringen radikaler Akteure ins Erziehungswesen und der Rekrutierung von Nachwuchs für terroristische Organisationen herstellen oder auf psychologische Langzeitfolgen dauerhafter kriegerischer Konflikte auf Heranwachsende verweisen.

²⁹³ Vergl. „Strategiewechsel in Afghanistan“, in: Frankfurter Rundschau, 23.3.2009.

²⁹⁴ UN Resolution A/RES/60/288 (2006). Websource: <http://www.un.org/terrorism/strategy-counter-terrorism.shtml> Zit. ebd.

²⁹⁵ Council of the European Union (Hg.): „European Union Counter-Terrorism Strategy“, Brüssel, 2005. Websource: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/05/st14/st14469-re04.en05.pdf> Zit. ebd., S.3.

Ein in diesem Zusammenhang immer wieder beklagtes Problem ist die Indoktrination besonders pakistanischer Jugendlicher durch radikalislamistische Koranschulen, sog. „Madrassen“. 2005 existierten hiervon etwa 20.000, welche etwa 1,5 Mio. Schüler betreuten.²⁹⁶ Der Stern kommentierte damals: *„...Analytiker in den USA gehen davon aus, dass jede zehnte der [...] Medresen militante Ideen propagiert - und dort unter den Schülern ein gigantisches Rekrutenpotenzial für Terrororganisationen herangezogen werden könnte. [...] Sie bieten jungen Menschen eine Chance auf Bildung in Pakistan - eines von weltweit nur zwölf Ländern, die weniger als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ins Bildungswesen investieren.“*²⁹⁷ Dieses Deutungsmuster hat sich bis in jüngere Zeit erhalten. Im August 2009 strahlte ARTE eine deutsche Dokumentationssendung unter dem Titel „Pakistan im Griff der Taliban“ aus, in der hauptsächlich auf deren radikalisierenden und indoktrinierenden Einfluss auf Jugendliche berichtet wurde. In der Presseankündigung hieß es: *„...Viele dieser Schulen werden direkt von den Taliban unterstützt und bilden den Nährboden für neue, immer jüngere Terroristen. Tatsächlich findet man in pakistanischen Ausbildungscamps für Selbstmordattentäter selbst Kinder im Alter von fünf oder sechs Jahren. ‚Ich will die Taliban in ihrem Kampf unterstützen. Nicht in Pakistan, sondern im Ausland. Wenn ich Selbstmordattentäter sehe, die jünger sind als ich, dann spornen mich ihre grandiosen Taten an‘, sagt einer der Koranschüler.“*²⁹⁸

Hier wird eine Linie gezogen vom Versagen des Staates, die Mittel und den Willen zur Organisation eines säkularen öffentlichen Schulwesens aufzubringen, über den negativen Einfluss von radikalislamischen Bezugspersonen in Madrassen hin zu terroristischer Gewalt und Radikalisierung.

²⁹⁶ Vergl. „Das ABC der Religiösen“, in: Der Tagesspiegel, 22.8.2005.

²⁹⁷ Zit. Vukovic, D.: „Pakistan: Koranschulen außer Kontrolle“, in: Der Stern, 20.7.2005, Websource: <http://www.stern.de/politik/ausland/pakistan-koranschulen-ausser-kontrolle-543297.html>

²⁹⁸ Vergl. „Pakistan im Griff der Taliban“, Fernsehdokumentation, Deutschland 2009, 13.08.2009, 11:10 Uhr, ARTE. Zit. Websource: <http://programm.ard.de/programmvorschau/sendung.php/122138025964/13082009-1110-arte/>

c.) Akteure und Interessen

Betrachtet man den Ursprung der vorstehenden Analysen, Berichte und Meinungsäußerungen, so ist ein hoher Anteil von Personen und Organisationen aus dem Umfeld der Entwicklungszusammenarbeit sowie ihnen politisch nahestehenden Parteien, Forschungsinstituten und Medien erkennbar.

Entwicklungszusammenarbeit: Das im Entwicklungssektor tätige Bonner Personalentwicklungs- und Weiterbildungsunternehmen InWent beziffert allein die Zahl der in Afghanistan tätigen größeren internationalen und Nichtregierungsorganisationen aus der Entwicklungszusammenarbeit auf etwa 180.²⁹⁹ Von deutscher Seite sind hier u.a. die Caritas, die Welthungerhilfe, die Kinderhilfe sowie die deutschen Zweige internationaler Hilfsorganisationen vertreten. Staatlich verantwortete Organisationen umfassen die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), den Deutschen Entwicklungsdienst (DED), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und andere. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) schätzt die Gesamtzahl der in Afghanistan aktiven Hilfsorganisationen auf „mehrere tausend“. Zum finanziellen Umfang der deutschen zivilen Wiederaufbau- und Entwicklungshilfe in Afghanistan führt es aus, dass allein das BMZ seit 2007 jährlich etwa 100 Mio. € pro Jahr aufwendet. Außerdem hat die Bundesregierung ihre finanziellen Zusagen kontinuierlich gesteigert, so soll der Grundbeitrag bis 2010 auf 140 Mio. € steigen. Der Gesamumfang des „zivil[e]n Gesamtengagement[s] Deutschlands in Afghanistan wird bis zum Jahr 2010 rund 1,2 Milliarden Euro betragen. [...] Die Bundesregierung hat Afghanistan außerdem bilaterale Schulden in Höhe von rund 65 Millionen Euro erlassen und den kompletten Erlass der Restschulden von rund 10 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Nach den USA,

²⁹⁹ Vergl. Webservice: <http://liportal.inwent.org/afghanistan/wirtschaftsentwicklung.html#c2222> Zahl nach: The Afghanistan Analyst, Webservice: <http://afghanistan-analyst.org/ngo.aspx>

*Großbritannien und Japan ist Deutschland der viertgrößte bilaterale Geber Afghanistans.*³⁰⁰

Somit stehen hier auch durchaus finanzielle Interessen im Feld, die Summen, um die es dabei geht, sind nicht unerheblich. Auch aus privatem Spendenengagement entstammen größere Beträge. Ausweislich Presseberichten nahm nach eigenen Angaben allein die deutsche UNICEF-Sektion im Zeitraum 2001 – 2003 etwa 12,4 Mio. € an Spenden für ihre Afghanistanprojekte ein.³⁰¹ Zum Teil unter Rückgriff auf diese Gelder werden auch die Mitarbeiter der diversen Hilfsorganisationen bezahlt. Zum Beispiel der Deutsche Entwicklungsdienst ist nach eigenen Angaben derzeit mit etwa 30 Mitarbeitern in Afghanistan präsent³⁰². Genaue Angaben über die Gesamtzahl ausländischen Hilfspersonals in Afghanistan oder Pakistan existieren praktisch nicht und werden auch von den Hilfsorganisationen selbst, teils aus Sicherheitserwägungen, nur spärlich veröffentlicht.³⁰³

Es soll hier nicht behauptet werden, das Engagement in der Wiederaufbauhilfe sei per se und in jedem Falle mit Geschäftsinteressen der Trägerorganisationen identisch. Tatsächlich gehen Entwicklungshelfer in Afghanistan ein hohes persönliches Risiko ein. Im Verlaufe des Jahres 2008 wurden nach Angaben der UN-Mission in Afghanistan (United Nations Assistance Mission in Afghanistan - Unama) 38 Helfer getötet und weitere 147 von Aufständischen und Kriminellen entführt.³⁰⁴ Ihre Arbeit hat sichtbare Erfolge gezeitigt und der bedrängten Bevölkerung spürbare Erleichterung verschafft.

³⁰⁰ Vergl. BMZ, Websource:

<http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/afghanistan/zusammenarbeit.html>
Alle Zahlenangaben und Zit. ebd.

³⁰¹ Vergl. „Rückgang der Spenden für Afghanistan“, in: Aachener Zeitung, 22.12.2003.

³⁰² Vergl. „Der DED in Afghanistan“, Websource:

http://afghanistan.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,6261/ticket_g_u_e_s_t/~/%C3%9Cber_uns.html

³⁰³ Vergl. Bauszus, J.: „Deutsche in Afghanistan“, in: FOCUS, 25.7.2007. Dort wird die Gesamtzahl der deutschen Zivilisten in Afghanistan mit etwa 500 beziffert.

³⁰⁴ Vergl. „UN: Mehr als 2000 Zivilisten getötet“, in: FAZ, 17.2.2009, Zahlen nach ebd.

Allerdings werden auch aus dem Umfeld der Entwicklungszusammenarbeit zwei problematische langfristige Trendentwicklungen erkannt und kritisiert: eine Tendenz zur Entwicklung einer regelrechten, kommerzialisierten „Hilfsindustrie“ sowie ein Zug zur argumentativen Verquickung von entwicklungspolitischen Themen mit Sicherheitsproblematiken.³⁰⁵

Die Indienstrategie der Entwicklungspolitik für sicherheitspolitische Zielsetzungen ist keineswegs neu. Mit Blick auf den Systemwettbewerb des Kalten Krieges formulierte Walter Scheel bereits vor Jahrzehnten „Entwicklungshilfe [sei] ein wesentlicher Teil unserer Sicherheitspolitik“³⁰⁶, da sie die blockfreien Staaten enger an das Lager der westlichen Demokratien zu binden vermochte. Durch das Ende der Sowjetunion wurde die Entwicklungspolitik dieses programmatisch-propagandistischen Nebeneffekts weitgehend entkleidet und verlor folgerichtig an Stellenwert in der Regierungspolitik der westlichen Staaten. Durch ihre „Versicherheitlichung“ setzt sich aber eine Tendenz fort, Entwicklung und Sicherheit zu einem gemeinsamen Themenkomplex zu verknüpfen. Dadurch wird sie ihres humanitären Selbstzwecks teilweise beraubt.

Entwicklungszusammenarbeit rückt auf diese Weise in den Bereich „harter“ Sicherheitspolitik und darf sich dementsprechend erhöhter Mittelzuweisungen, Aufmerksamkeit und Definitionsmacht erfreuen. Zugleich bedeutet dies aber auch eine Aufweichung der Trennung zwischen nichtstaatlich-zivilem Wiederaufbau und staatlich-militärischer Konflikteindämmung. Folgerichtig rücken auch Entwicklungshelfer ins Fadenkreuz fundamentalistischer Rebellen in Pakistan oder Afghanistan, was sich in den genannten Opferzahlen widerspiegelt und zwischenzeitlich dazu geführt hat, dass Hilfsorganisationen stärker eine

³⁰⁵ Vergl. zum Folg. Klingebiel, St.: „Entwicklungspolitik – nur ein anderes Label für Sicherheitspolitik?“, in: Wissenschaft & Frieden 2006-4. Siehe auch Schade, J.: „Zwischen Projektitis und Gegenmachtbildung“, in: Hippler, J., a.a.O., S. 178 ff., sowie Klein, A. & Roth, S.: „NGO's im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik“, Wiesbaden, 2007.

³⁰⁶ Zit. nach Rau, J.: „Rede bei der Feier zum 40. Jahrestag der Gründung der kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshilfe und bei der Verleihung des „Medienpreises Entwicklungspolitik“, Bonn, 9. 9. 2002.

inhaltliche Trennung von zivilem und militärischem Engagement fordern und insgesamt eine Stärkung der zivilen Komponente und deren Vorrang.³⁰⁷

Das Entstehen einer sich um internationale Krisenfälle und humanitäre Notlagen gruppierenden „Hilfsindustrie“ aus teils staatlich, teils nichtstaatlich organisierten Hilfsträgern mit unterschiedlicher Finanzierungsstruktur und globalem Verwaltungsapparat ähnlich einem transnationalen Großkonzern ist ebenfalls Quelle skeptischer Kommentare.³⁰⁸ Auch hier soll nicht aus Einzelfällen wie dem aufsehenerregenden Spendenskandal bei UNICEF³⁰⁹ auf undurchsichtige Geschäftspraktiken in der gesamten Branche geschlossen werden. Jedoch kann beobachtet werden, wie hauptsächlich im „Geschäft“ mit Hilfseinsätzen tätige Gruppierungen den jeweils „aktuellen“ Krisenherden nacheilen und professionell die Medien für sich nutzen, um massiv Einfluss auf Regierungsentscheidungen und Spendenverhalten der Bevölkerung auszuüben. Die Grenzen zwischen Kommerz und Altruismus sind hierbei fließend und das Verhalten der Hilfsträger ähnelt in mancherlei Hinsicht dem von internationalen Investoren auf der Suche nach lohnenden Geschäftsfeldern.

Die Erwähnung dieser beiden Umstände erscheint deswegen lohnenswert, weil unter diesem Gesichtspunkt die im Wochenabstand wiederholten Forderungen nach einer stärkeren zivilen Aufbauarbeit in Afghanistan und im Irak und einer zivilen Konfliktprävention zum Beispiel

³⁰⁷ Vergl. beispielsweise die Fundamentalkritik der „Welthungerhilfe“ an der Strategie zivil-militärischer Zusammenarbeit (Civil Military Cooperation - Cimic) vom August 2009: „Hungerhilfe attackiert Afghanistan-Strategie der Regierung“, in: Der SPIEGEL, 16.8.2009.

³⁰⁸ Vergl. Polman, L.: „Prothesenkinder. Schutz vor dilettantischen Helfern ist ein Menschenrecht der Armen“, in: Lettre International 81 / IV 2008. Sie klassifiziert den internationalen Entwicklunghilfesektor als „fünftgrößte [Volks]Wirtschaft der Welt. Insgesamt 90 Milliarden Dollar bringen die Geberländer jedes Jahr für Entwicklungshilfe auf.“, zit. ebd. Siehe auch Moyo, D.: „Dead Aid: Why Aid Is Not Working and How There is Another Way for Africa“, New York, 2009.

³⁰⁹ Vergl. „Unicef Deutschland verliert Spendensiegel“, in: FAZ, 20.2.2008. Websource:
<http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~E5657F9AA80F74C729EA8DD0F6585476F~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

in Pakistan eine gewisse Pikanterie erhält. Denn notwendigerweise wird hier auch um die Verfügung und Verteilung von finanziellen Ressourcen, von Durchsetzungsmacht und Führungsansprüchen gerungen, und dies von Akteuren, die selbst unmittelbar vom Ausgang dieses Diskurses profitieren. Daraus darf geschlossen werden, dass die hier betrachtete Deutungslinie von Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus in Bezug zu klar identifizierbaren Interessen gesetzt werden kann. Dadurch erhält sie eine gewisse Ambivalenz.

Wirtschaftliche Interessen beim Wiederaufbau: Selbstverständlich profitieren nicht nur Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit von Wiederaufbau- und Hilfsprojekten. Im Folgenden konzentriert sich die Analyse wegen der besseren Datenlage auf die Situation in Afghanistan. Ein erheblicher Teil der bereits genannten finanziellen Mittel fließt hier über Umwege in die deutsche Industrie zurück.³¹⁰ Der *Siemens-Konzern* erhielt beispielsweise 2006 den Zuschlag für den Aufbau eines UMTS-Mobilfunknetzes in Afghanistan³¹¹, nachdem die Konzerntochter *Voith Siemens Hydro Power* bereits 2003 den Auftrag erhielt, zwei afghanische Wasserkraftwerke für ein Auftragsvolumen von 13,4 Mio. € instand zu setzen.³¹² Der *Baukonzern Hochtief* beteiligt sich an der Reparatur der afghanischen Verkehrsinfrastruktur, während *DaimlerChrysler* 2005 eine Ausbildungswerkstatt für Automechaniker in Kabul eröffnete³¹³ – als Teil einer firmeninternen Entwicklungsinitiative zur Ausbildung von Fachkräften in Entwicklungsländern, allerdings wohl auch vor dem Hintergrund bereits erfolgter Fahrzeuglieferungen. Die *Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft*, eine Tochter der

³¹⁰ Vergl. zum Folg. Peters, F.: „Deutsche als Helfer und Unternehmer in Afghanistan“, in: *Die Welt*, 27.7.2007.

³¹¹ Vergl. „Siemens erhält UMTS-Aufträge aus Afghanistan und Saudi-Arabien“, 17.8.2006, Websource: <http://www.heise.de/newsticker/Siemens-erhaelt-UMTS-Auftraege-aus-Afghanistan-und-Saudi-Arabien--/meldung/76949>

³¹² Vergl. „Strom für Afghanistan aus Wasserkraft“, 6.1.2004, Websource: http://www.talsperrenkomitee.de/news/?page=news&news_id=27

³¹³ Vergl. „DaimlerChrysler eröffnet Ausbildungswerkstatt für Kfz-Mechaniker in Afghanistan“, 13.7.2005, Websource: <http://media.daimler.com/dcmedia/0-921-656191-49-815567-1-0-0-0-1-11694-614232-0-1-0-0-0-0-0.html>

KfW-Bankengruppe, betreibt mit Beteiligung des BMZ eine Zuckerfabrik in der afghanischen Provinz Baghlan.³¹⁴ Für den Aufbau von Stromerzeugung und Verteilungsnetzen stellte das BMZ seit 2002 67 Mio. € zur Verfügung³¹⁵, auch hier waren deutsche Unternehmen beteiligt.

Über den Gesamtumfang der deutschen wirtschaftlichen Investitionen in Afghanistan liegen keine gesicherten Zahlen vor, jedoch erreichten 2008 die deutschen Exportlieferungen nach Afghanistan ein Gesamtvolumen 267,7 Mio. €. Nach Pakistan gingen 840,8 Mio. € Ausfuhren.³¹⁶ Im gleichen Zeitraum erhielt das Land von der Bundesregierung Hilfszusagen in der Höhe von 80 Millionen Euro für zwei Jahre.

Neben der Möglichkeit, am entwicklungspolitischen Engagement unmittelbar zu profitieren, ist die Nah- und Mittelostregion für Deutschland auch aus einer gesamtwirtschaftlich-strategischen Perspektive bedeutsam, da in dieser Gegend die weltweit höchsten noch verbliebenen Vorräte an fossilen Brennstoffen und deren Transitwege konzentriert sind.³¹⁷ Afghanistan zum Beispiel böte die Möglichkeit, auf vergleichsweise kurzen Transportwegen Erdöl aus zentralasiatischen Förderländern zum Persischen Golf zu befördern. Neben der Gelegenheit zur Partizipation am lukrativen Geschäft mit Aufbau und Unterhalt einer Pipeline hätte dies aus Gesichtspunkten der Rohstoffsicherheit gewisse Vorteile für die Bundesrepublik, da es sich hier um eine Transportroute außerhalb des strategischen Zugriffs der Russischen Föderation handeln würde, welche andere, für die deutsche Energieversorgung zentrale Förderlinien wie zum Beispiel die geplanten „Nabucco“- und „Ostseepipelines“ unterbrechen könnte. Das bereits zitierte „Weißbuch“ weist der „Energiesicherheit“ einen zentralen

³¹⁴ Vergl. Webservice:

<http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/afghanistan/zusammenarbeit.html>

³¹⁵ Vergl. „Newsletter – Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afghanistan“, Kabul, September 2008, S. 2.

³¹⁶ Vergl. Statistisches Bundesamt (Hg.): „Außenhandel 2008“, Wiesbaden, 2009. Vergl. zum Folg. Webservice:

<http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/pakistan/zusammenarbeit.html>

³¹⁷ Vergl. hierzu und zum Folg. Altuglu, M.: „The New Great Game. Energiepolitik im kaspischen Raum“, Bonn, 2006.

Stellenwert in der deutschen Sicherheitspolitik zu.³¹⁸ Afghanistan wie auch das benachbarte Pakistan stellen als kürzeste Transitrouten "...das südliche Tor [dar] zu den riesigen Öl- und Gasvorkommen Turkmenistans, Kasachstans und Aserbaidschans; ebenso zum großen Goldproduzenten Usbekistan und zu Tadschikistan, wo die größten Silbervorkommen lagern. Für diese Bodenschätze gibt es nur drei Transportwege an die Weltmeere. [...] Aus Sicht westlicher Interessenten würde die Pakistan-Route zu einer besseren Risikoverteilung beitragen, doch dafür braucht man ein stabiles Afghanistan."³¹⁹

Bei näherer Betrachtung erweist sich, dass eine sicherheitspolitische Denkfigur, die Terrorismus mit aus Entwicklungsdefiziten resultierenden sozialen Belastungssituationen auf der Makroebene verknüpft, keineswegs eine rein romantisierende Argumentation darstellt. Besonders für die deutsche Wirtschaft, stark auf Anlagen- und Maschinenbau im Exportbereich konzentriert und durch traditionell hervorragende Handelsbeziehungen zu den Ländern des islamischen Kulturkreises bevorteilt³²⁰, bieten sich vielmehr interessante Anknüpfungspunkte. Jede Analyse, die terroristische Bedrohungen auf wirtschaftlichen Niedergang und Perspektivlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Modernisierungsdefizite zurückführt, muss ihre Programmatiken zur Zivilisierung, Befriedung und Demokratisierung der betroffenen Gesellschaften mit ökonomischen Gesundungsstrategien verknüpfen.³²¹ Die Unfähigkeit versagender Staaten, ihre Infrastrukturen auf dem Stand der Technik zu halten, was die notwendige Voraussetzung hierfür wäre, verursacht massiven Nachholbedarf, der wiederum für eine genau hierauf ausgerichtete Volkswirtschaft wie die deutsche handfeste Chancen bietet. Das umfangreiche Engagement zahlreicher öffentlicher, privater und internationaler Geldgeber stellt ein lohnendes Geschäftsfeld

³¹⁸ Vergl. Weißbuch 2006, a.a.O., S. 23.

³¹⁹ Zit. Thamm, B.-G.: „Die Langzeitbedrohung durch islamistische Terroristen: fünf Jahre nach den 9/11-Anschlägen“, in: Europäische Sicherheit 9 (2006), S. 49.

³²⁰ Vergl. Wintermann, J.: „Wachsendes Interesse an Afghanistan“, in: Die Welt, 28.2.2003.

³²¹ Vergl. zum Beispiel die Handlungsempfehlungen des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) bezüglich der Bekämpfung des Opiumanbaus in Afghanistan, siehe UNODC (Hg.): „Afghanistan Opium Survey 2007“, Wien, August 2007.

dar. Gleichzeitig können auch wirtschaftsstrategische Ziele im Energie- und Rohstoffsektor verfolgt werden.

Diese Aktivitäten entwickeln ferner eine gewisse Eigendynamik. Haben öffentliche Haushalte und Privatwirtschaft erst einmal in nennenswertem Umfang in die Volkswirtschaften schwacher Staaten investiert, so ergibt sich ein natürliches Bedürfnis an der Sicherung dieser bereits getätigten Investitionen.

Politische Interessen: Parteien, Machtfragen und Eigeninteressen des Regierungsapparats: Wie bereits angesprochen, zählen pazifistische Grundhaltung, freiwillige Selbstbeschränkung, Bündnistreue und Abneigung gegen militärische Expeditionen zu den psychologischen Grundkonstanten der sicherheitspolitischen Diskurse in Deutschland. Durch das Ende des Ost-West-Konflikts ins Wanken gekommen, kollidierte dieser Hang zur Zurückhaltung seit den 1990er Jahren zusehends mit den Ansprüchen sicherheitspolitischer Partner nach Übernahme von Verantwortung durch Deutschland und mit den ihnen gegenüber eingegangenen Verpflichtungen.³²²

Es entbehrt nicht einer gewissen geschichtlichen Ironie, dass die ersten wirklichen Schritte zu einem tatsächlich ausgeweiteten militärischen Engagement der Bundesrepublik im internationalen Umfeld nicht vom konservativen Kabinett Kohl umgesetzt wurden; unter starkem innenpolitischem Widerstand operierend, gelang es diesem nur punktuell, entsprechende Einsätze der Bundeswehr durchzusetzen und ansonsten die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür zu klären. In der Tat war es nun aber das ab 1998 regierende Kabinett Schröder, das mit der deutschen Teilnahme an der Kosovo-Intervention und der Invasion Afghanistans die ersten scharfen Kampfeinsätze deutscher Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg befahl. Es ist dies deshalb insofern mit Beigeschmack behaftet, als insbesondere die Partei Bündnis 90 – Die Grünen ohne Übertreibung als zentrales politisches Sammelbecken des zur Friedens- und Abrüstungsbewegung

³²² Vergl. dazu und zum Folg. Hacke, Chr., a.a.O. sowie Maull, H. W.: „Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003“, Baden-Baden, 2003.

geronnenen, pazifistischen und antimilitaristischen Reflexes der deutschen Nachkriegsgesellschaft gelten darf.

Aus dieser besonderen Konstellation ergab sich hinsichtlich der Situation in Afghanistan ein parteipolitisches Dilemma.³²³ Die Parteiführung der Grünen sah sich eingekeilt zwischen außen- und bündnispolitischen Notwendigkeiten und der skeptischen Distanz der eigenen Parteibasis zu militärischer Konfliktlösung. Bereits im Kosovo-Krieg stand die Partei vor einer Zerreißprobe. Ethnische Säuberungen durch serbische Truppen führten einerseits die Unabdingbarkeit eines schützenden Eingreifens vor Augen, andererseits erweckte gerade eine Intervention auf dem Balkan schmerzende Erinnerungen an die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und schuf entsprechende Opposition aus der Friedensbewegung. Der damalige Bundesaußenminister Fischer rechtfertigte den Kampfeinsatz mit rhetorisch schärfstem Sprachgebrauch (*„Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz.“*³²⁴) und sah sich dennoch auf dem Parteitag der Grünen in Bielefeld im Mai 1999 Beschimpfungen und Tätlichkeiten ausgesetzt.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war die innen- und parteipolitische Gegnerschaft zum Regierungshandeln, das darauf abzielte, durch Demonstration *„Uneingeschränkter Solidarität“* gegenüber den USA auf deren Entscheidungsfindung ein Mindestmaß an Einfluss nehmen zu können, sogar wesentlich schärfer. Bundeskanzler Schröder sah sich gezwungen, zur Sicherung seines Vorgehens am 16. November 2001 die Zustimmung des Bundestages zum Einsatz in Afghanistan mit der Vertrauensfrage zu verknüpfen, die er nur knapp überstand.

Wesentlichstes Argument zur Durchsetzung der Standpunkte der Bundesregierung war die Notwendigkeit, außenpolitische Reife und Verlässlichkeit zu beweisen und die Aktionsfähigkeit der in ihrer Anfangsphase durch handwerkliche Fehler ins Lächerliche geratenen

³²³ Vergl. zum Folg. Gerlach, G.: „Legitimationsideen Rot-Grüner Sicherheitspolitik“, Gießen, 2006, Kapitel 2 und 4.

³²⁴ Zit. nach Fried, N.: „Ich habe gelernt: Nie wieder Auschwitz“, in: Süddeutsche Zeitung, 25.1.2005.

Regierungskoalition in schwieriger Lage zu untermauern.³²⁵ Angesichts des drohenden Machtverlusts geriet die innerparteiliche Opposition gegen militärisches Eingreifen in die zähneknirschende Marginalisierung, ohne allerdings jemals zur Ruhe gekommen zu sein. Das beweisen Versuche der grünen Parteibasis, nach Ende der Regierungsverantwortung einen Kurswechsel in der Afghanistanpolitik der Partei durchzusetzen.³²⁶ Auch in der Sozialdemokratie bestehen nach wie vor Vorbehalte.³²⁷

Unter diesen Bedingungen erscheint es allerdings wenig verwunderlich, dass sicherheitspolitische Verlautbarungen und Konzeptionen der Bundesregierung von einer Deutung geprägt werden, welche es erlauben, den Einsatz in Afghanistan in den Sinnzusammenhang von friedlicher Entwicklungshilfe und humanitärer Intervention zu rücken. Dies stellt mithin nicht allein ein tröstendes Placebo an pazifistische Parteibasis und Wählerpotential dar, sondern ist eine Politische Theorie der Sicherheit und der Terrorismusursachen, die es erlaubt, pazifistische Überzeugungen und militärisches Eingreifen ohne Aufgabe des Machtanspruchs und gesichtswahrend zu verbinden.

Wie bereits dargelegt, ist dieses Argumentationsmuster zu einer über den konkreten Fall Afghanistan hinausweisenden Theorie und Konzeption des militärisch-zivilen Eingreifens zu humanitären und gleichzeitig sicherheitspolitischen Zwecken gereift. Diese Politikidee erfüllt auch die Funktion, der ehemaligen Friedensbewegung einen sanften Abschied von radikalpazifistischen Positionen und ein Ankommen in der Realität zu ermöglichen. Sie erfüllt somit auch eine machterhaltende und zugleich konsensstiftende Funktion in einer mehrheitlich von Skepsis gegenüber militärischer Gewalt geprägten Gesellschaft und Politik.

Neben diese teils parteitaktischen Erwägungen treten auch interne Mechaniken und Rivalitäten der Regierungsbürokratie. Durch Aufnahme einer der Entwicklungstheorie nahestehenden Deutung des Komplexes

³²⁵ Vergl. Schwarz, H.-P.: „Republik ohne Kompass“, Berlin, 2005, Kapitel I/2 und II/9.

³²⁶ Vergl. oben FN 9.

³²⁷ Vergl. zum vorigen Absatz und zum Folg. Gerlach, G., a.a.O. Vergl. auch die Stellungnahmen von Tom Königs, s.o. FN 258.

Staatsversagen – Dschihadistischer Terrorismus, gelangen die mit Entwicklungszusammenarbeit betrauten Ressorts wie bereits ausgeführt in den Genuss erhöhten Stellenwertes.

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wird seit 1998 von der Sozialdemokratin Heidemarie Wieczorek-Zeul geführt. Als „Rote Heide“, ehemalige Juso-Chefin und ausgewiesene Parteilinke gehörte sie eher nicht zu den natürlichen Sympathisanten Gerhard Schröders, der zudem klassische Themen „weicher“ Politikfelder, wie Frauen- und Familienpolitik, gönnerhaft als „Gedöns“ zu bezeichnen pflegte.

Durch die symbolische und theoretische Aufwertung der Entwicklungshilfe zum Bestandteil des „harten“ Politikfelds Sicherheit ist das BMZ zusehends zumindest nominell in der Lage, mit dem Bundesverteidigungsministerium oder dem Auswärtigen Amt in Konkurrenz um Deutungshoheit und politische Führung in der Gestaltung der deutschen Außensicherheitspolitik zu treten. Es ist seit 1998 mit Sitz im *Bundessicherheitsrat*, dem zentralen sicherheitspolitischen Koordinationsorgan der Einzelressorts, vertreten und besitzt damit u.a. Einfluss auf Rüstungsexporte.³²⁸ Sein Etat ist parallel dazu in den vergangenen Jahren konstant gestiegen. Allein vom Haushaltsjahr 2008 auf 2009 wurde der entsprechende Einzelplan 23 des Bundeshaushalts um 679 Mio. € (=13,23%) aufgestockt.³²⁹ Im Zeitraum 2001 bis 2009 stieg zugleich der Personalbestand von 555,8 auf 600,8 (Soll)Planstellen.³³⁰ Insofern ist die sicherheitspolitische Ausdeutung des Problemkomplexes Staatsversagen / Terrorismus nicht nur mit Parteipolitik und Machtkalkülen, sondern auch mit der internen Machtbalance des Regierungsapparats verknüpft.

³²⁸ Vergl. Webservice: <http://www.bmz.de/de/ministerium/geschichte/index.html>

³²⁹ Zahlen nach Angaben des BMZ, siehe Webservice:

<http://www.bmz.de/de/zahlen/deutscherbeitrag/index.html>

³³⁰ Zahlen: Bundeshaushaltspläne 2001 und 2009, Einzelpläne 23, Angaben nach: Deutsche Welthungerhilfe (Hg.): „Grunddaten Entwicklungszusammenarbeit“, in: Dies.: „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 16“, Bonn, 2008, S.41.

d.) Psychologische Struktur

Wie bereits angedeutet, löst kaum eine andere Form der politischen Gewalt bei ihren Opfern sowohl auf Individual- wie auf Gruppenebene derart massive psychische Reaktionen aus wie Terrorismus, noch dazu, wenn er aus scheinbar irrationalen Motiven begangen wird.³³¹ Die hervorgerufenen, traumatischen Gefühle sind teils äußerst emotional und beinhalten Ängste, Aggressionen, Schuldgefühle und anderes mehr. Es liegt auf der Hand, dass solche Emotionen politisches Handeln beeinflussen können, sei es dadurch, dass die politischen Handlungsträger selbst von ihnen betroffen sind, sei es, dass sie auf die Gefühle der von ihnen repräsentierten Bevölkerung Rücksichten nehmen müssen – es bestimmt demnach die Psychologie der Opfer, bzw., damit teilweise deckungsgleich, die der Gesellschaft und ihrer Politiker.

Dies steht in offensichtlichem Widerspruch zu neoklassisch orientierten Politiktheorien, die annehmen, dass politische Akteure allein einem Rationalakteursparadigma folgen, d.h. stets in der Lage sind, vernünftig zwischen alternativen Verhaltensweisen zu wählen, dabei ihre Prioritäten ordnen, und den größtmöglichen Nutzen für sich zu verwirklichen suchen.³³² In der Realität ist allerdings auch Sicherheitspolitik ein gut Teil „Gefühlssache“. Psychologische Befindlichkeiten können innerhalb eines Politikzyklus‘ insbesondere auf der Stufe der Problemdeutung eine Eigendynamik entwickeln, die die späteren Ergebnisse politischen Handelns zutiefst prägen kann. Wie verhält sich dies im hier gegebenen Fall?

³³¹ Vergl. zum Folg. Brockhaus, G.: „Die Reparatur der Ohnmacht – Zur Psychologie der politischen Reaktionen auf den 11. September 2001“, in: Politische Studien 11/12 2002, S.42 ff. Ferner Richardson, L., a.a.O., S.173 ff. Vergl. auch oben Abschnitt II.4.a. und die dort angegebene Literatur. Siehe ferner Stout, Chr. (Hg.): „Psychology Of Terrorism: Coping With The Continuing Threat“, Westport, 2004.

³³² Vergl. Lehmkuhl, U.: „Theorien Internationaler Politik“, München, 2001. Ferner Beyme, K.v., a.a.O. Vergl. auch Nohlen, D. & Schultze, R., a.a.O., S. 816 und S. 818 ff.

Sicherheitspolitik beruht auf Sicherheitsbedürfnissen.³³³ Zu den zentralen psychologischen Sicherheitsbedürfnissen sowohl des modernen Einzelmenschen wie der modernen Gesellschaft gehört die Absicherung gegen Risiken, welche als fundamental bedrohlich angesehen werden, weil sie so schwerwiegend sind, dass sie das Selbstbild, die Grundlagen der Lebensführung oder gar die bloße Existenz in Frage zu stellen vermögen. Psychologisch ist nun das Fehlen der subjektiven Überzeugung, genau diejenigen Faktoren kontrollieren zu können, die eine Gefahr für das eigene Selbst darstellen könnten, hoch problematisch.³³⁴ Wird diese sog. „natürliche Selbstwirksamkeitserwartung“, also die subjektive Ansicht, durch eigene Handlungskompetenz und –kapazität unerwünschte Ereignisse abwehren zu können, durch externe Ereignisse in Frage gestellt, ist die Folge eine massive, traumatisierende Erfahrung der Machtlosigkeit und des Ausgeliefertseins, also des Kontrollverlusts, die soziale und individuelle Verhaltensweisen mitbestimmt.

Eine wachsende Zahl von Soldaten westlicher Streitkräfte, die in ihren Einsatzräumen fundamentalen Herausforderungen und lebensbedrohenden Situationen ausgesetzt waren, reagiert darauf mit einer sog. „posttraumatischen Belastungsstörung“, einer psychischen Erkrankung, die dann eintritt, wenn *„ein Mensch einer lebensbedrohlichen, also einer vitalen Situation ausgeliefert ist und seine individuellen Bewältigungsmöglichkeiten für die Situation nicht ausreichen.“* Die Folgen sind u.a. Gefühle wie Hilflosigkeit, Schutzlosigkeit, Kontrollverlust, Angst oder Panik sowie ggf. ein Wanken bisher selbstverständlicher Positionen des eigenen Selbst- und Weltverständnisses.³³⁵

³³³ Vergl. zum Folg. Gronemeyer, M.: „Das Leben als letzte Gelegenheit: „Sicherheitsbedürfnisse und Zeitknappheit“, Darmstadt, 1996, sowie Beck, U.: „Politik in der Risikogesellschaft“, Frankfurt a.M., 1991.

³³⁴ Vergl. zum Folg. Bandura, A.: „Self-efficacy: The exercise of control“, New York, 1997.

³³⁵ Vergl. Christiansen, L.: „Posttraumatische Belastungsstörung“, Webservice: <http://www.br-online.de/bayerisches-fernsehen/suedwild/tagesthema-posttraumatische-belastungsstoerung-persoenlichkeit-und-mensch-ID1237980314162.xml>, März 2009, zit. ebd.

Folgt man der bereits eingangs dargelegten Interpretation des Terrorismus als Kommunikationsstrategie, so ist die zentrale Botschaft des Terrors genau das Infragestellen der Selbstwirksamkeitserwartung einer Gesellschaft hinsichtlich der Kontrolle von Sicherheitsrisiken. Den Opfern des Terrorismus wird demonstrativ vor Augen geführt, dass ihre Erwartung, durch die von ihnen ins Leben gerufenen Sicherheitsgaranten wie Polizei und Militär vor Gewalt geschützt zu werden, nicht gerechtfertigt ist. Die mediale Verstärkung der psychischen Wirksamkeit eines Gewaltakts durch ständige Berichterstattung bewirkt ein undifferenziertes Klima des Schreckens, der Panik und der Unsicherheit. Die daraus resultierenden politischen Reflexhandlungen zur Wiederherstellung der Sicherheit werden dabei von Terroristen in ihrem Kalkül durchaus antizipiert und in eine Eskalationsspirale bewusst eingebaut.³³⁶

Die hier in Frage stehende Deutung von Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen als Resultaten von Unterentwicklung und sozialer Belastung stellt einen Versuch dar, einer tiefgreifenden Störung der Selbstwirksamkeitserwartung einer Gesellschaft dadurch zu entgehen, dass ein scheinbar irrationaler Gewaltakt in das Koordinatensystem eigener Denkweisen und Überzeugungen integriert wird, wodurch diese in ihrer Gültigkeit bestätigt werden und gleichzeitig die Überzeugung formuliert wird, verlorengegangene Kontrolle über das Geschehen im Rahmen des bekannten Werte- und Handlungssystems zurückerlangen zu können. In einer posttraumatischen Reaktion wird hier das Bekannte, das Fundament der eigenen Identität, eben nicht aufgeben, sondern durch geeignete Interpretation der tatsächlichen Ereignisse trotzig behauptet.

Dschihadismus ist eine Doktrin, die alles, was Lebensentwurf und Wertordnung moderner, pluraler, liberaler und kapitalistischer Gesellschaften ausmacht, fundamental ablehnt. Der Demokratie als Staatsform, persönlicher Freiheit und Toleranz, säkularem Staatswesen, Gewinnstreben und Lebensbejahung stellt der Dschihadismus diametral

³³⁶ Vergl. Schneckener, U.: „Terrorismus setzt auf psychologische Effekte“, Interview 20. 9. 2007, Websource: http://www1.bpb.de/themen/5Y4QJS,0,Terrorismus_setzt_auf_psychologische_Effekte.html

entgegenstehende Überzeugungen gegenüber und untermauert diese mit einer Militanz, Opfer- und Gewaltbereitschaft, die einer postheroisch-pazifistischen Gesellschaft wie der deutschen zutiefst irritierend und verstörend und zugleich als unverhohlene Herausforderung des eigenen Lebensentwurfs erscheinen muss.³³⁷

Ähnlich wie der Fuchs in Äsops Fabel, der zunächst erfolglos versucht, Trauben von einem viel zu hohen Weinstock zu pflücken, um sich anschließend immer wegwerfender über die Früchte zu äußern, wird hier eine Definition entwickelt, in der die Dschihadisten sich nur deshalb in Opposition zur westlichen Lebensweise begeben, weil ihnen deren Vorzüge bislang vorenthalten wurden. Die gesamte Argumentation läuft in letzter Konsequenz darauf hinaus, die terroristische Gegnerschaft gegen die Segnungen moderner Gesellschaften, wie sie oben beschrieben wurden, zu überwinden, indem man sie universell ausdehnt.

Die Einordnung von Staatsversagen und Dschihadismus in ein Deprivationsschema erlaubt also die Konstruktion von Lösungsstrategien ohne Hinterfragen der Richtigkeit der eigenen Positionen: Die Grundprinzipien der eigenen Gesellschaftsordnung sind nicht falsch, sondern werden lediglich deshalb bekämpft, weil sie noch nicht zu universeller Geltung gelangt sind, so dass die Lösung darin bestehen muss, die Forderungen Immanuel Kants nach globaler Demokratie, Menschenrechten und universeller Freiheit als Bedingungen des „Ewigen Friedens“ unter den Völkern endlich zu verwirklichen.

Hier ruft die „Offene Gesellschaft“ also ihren schärfsten Feinden ein „...und trotzdem!“ entgegen, ein Festhalten an den aufklärerischen Idealen und Utopien, die der Moderne zugrunde liegen. Unausgesprochen verbindet sich damit zugleich der Optimismus, im Grunde zur Lösung des Problems Terrorismus innerhalb gewohnter Denk-, Argumentations- und Aktionsmuster in der Lage zu sein. Ferner bietet es die Möglichkeit, sich selbst als sicherheitspolitisch handelnden Akteur in der positiven Rolle des Helfers zu sehen.

³³⁷ Vergl. Kippenberg, H.: „Einleitung“, in: Ders & Seidensticker, T., a.a.O., S.7 ff.

Eine zusätzliche Variante dieses psychologischen Musters scheint darin zu bestehen, die implizit vom Dschihadisten vorgetragene Kritik an der westlichen Gesellschafts- und Wertordnung bejahend aufzunehmen, falls man diese teilt. Mit deren zentralen Themen, Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Übersexualisierung, Auflösung tradierter sozialer Strukturen, Wertverlust und metaphysischer Leere und anderen mehr, kann sich eine weite Bandbreite von politischen und sozialen Strömungen identifizieren.³³⁸ Die Fundamentalopposition des Dschihadisten bietet eine Projektionsfläche für generalisiertes „Unbehagen im Kapitalismus“, Schuldgefühle, Selbsthass, Kulturkritik, deckt sie doch Widersprüchlichkeiten und Diskrepanzen zwischen den theoretisch hohen idealistischen Ansprüchen und der Wirklichkeit postmoderner Gesellschaften auf. Mitfühlendes Verständnis für die im Grunde als gerechtfertigt angesehenen Motive des Terroristen ist dementsprechend die Folge, allenfalls sein kompromisslos gewalttätiges Vorgehen wird abgelehnt.

Doch auch hier bleibt als zentrales psychologisches Moment der Versuch wirksam, Kontrollillusion und Selbstwirksamkeitserwartung im Angesicht eines traumatischen Schocks zu verteidigen: Denn wenn die Schuld am Verhalten anderer uns gegenüber bei uns selbst liegt, haben wir immerhin auch selbst den Schlüssel in der Hand, um dies zu ändern. Auch hier wird auf die wahren Ideale der Aufklärung Rekurs genommen, zugleich aber eingeräumt, die westlichen Gesellschaften selbst hätten diese vergessen. Als Empathie mit dem Terroristen getarnt, ist also auch hier ein selbstreferentielles Element der psychologisch bestimmende Faktor.

e.) Maßnahmen

Abschließend wird der Blick auf die politischen Maßnahmen gerichtet, die auf der Grundlage einer Identifikation von versagenden Staaten mit sozialen Nährböden für Radikalismus und Dschihadistischen

³³⁸ Stellvertretend für viele: Chomsky, N.: „The Attack“, Hamburg, 2002. Vergl. auch Enzensberger, H.M.: „Der Radikale Verlierer“, in: Der SPIEGEL, 45/2005.

Terrorismus beruhen. Wie will man diese Brutstätten bekämpfen, wie der Deprivation als Auslöser von Aggressivität und Fanatismus beikommen?

Deutschland agiert auch hier größtenteils mit seinen nationalen Projekten im Rahmen größerer Handlungseinheiten wie der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Davon wurden in den vorstehenden Abschnitten bereits einige benannt. Aufgrund der Vielzahl der entwicklungspolitischen Initiativen und Ansätze wird im Folgenden eine Auswahl von Aktivitäten in Ländern vorgestellt, die sich einerseits durch ein hohes Maß an Fragilität staatlicher Strukturen, andererseits durch hohe Aktivität dschihadistischer Organisationen auszeichnen.

Den formalen Rahmen für deutsche entwicklungspolitische Ansätze bilden zumeist multilaterale Aktionsprogramme wie die „*Milleniums-Ziele*“ der Vereinten Nationen³³⁹ oder der *ODA-Stufenplan* der Europäischen Union³⁴⁰. Unterhalb dieser Ebene gibt es für einzelne Länder oder Regionen Kooperationspartnerschaften, teilweise existieren auch institutionelle Verbünde zur konzertierten Bearbeitung eines ausgewählten entwicklungspolitischen Einzelproblems, so zum Beispiel das „*Subsahara Afrika Programm 'Fragile Staaten Westafrika'*“, welches unter anderem in Côte d'Ivoire, Sierra Leone, Liberia und Guinea aktiv

³³⁹ Die "Millennium Development Goals" (MDGs) wurden im September 2000 von den Vereinten Nationen verabschiedet. Als leitende Agenda für globale Entwicklungspolitik konzentriert sie sich auf vier thematische Schwerpunkte: Frieden und Sicherheit, Armutsbekämpfung, Umweltschutz sowie Menschenrechte und Demokratie. In diesen Bereichen sollen insgesamt acht konkrete Zielvorgaben wie zum Beispiel die Halbierung der weltweiten Armut bis 2015 umgesetzt werden. Vergl. Generalversammlung der Vereinten Nationen (Hg.): „Milleniums-Erklärung der Vereinten Nationen“, New York, 2000, Websource: <http://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklarung.pdf>.

³⁴⁰ Der „Official Development Assistance“ Plan (ODA) verpflichtet die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, bis 2015 ihre Entwicklungshilfezahlungen auf bis zu 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern, um die MDGs verwirklichen zu können. Vergl. Europäische Kommission (Hg.): „Beschleunigte Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele“, Brüssel, 2005, Websource: http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=de&type_doc=COMfinal&an_doc=2005&nu_doc=132

ist.³⁴¹ Die Schwerpunkte deutscher Entwicklungshilfe liegen u.a. in den folgenden Staaten:³⁴²

Afghanistan: Afghanistan bildet aufgrund der immensen symbolischen und strategischen Bedeutung des Landes in der Auseinandersetzung mit dem Dschihadistischen Terrorismus auch einen der Schwerpunkte deutscher Entwicklungshilfe. Wie bereits erwähnt, brachen in dem Land spätestens nach Abzug der sowjetischen Truppen die staatlichen Institutionen weitgehend zusammen. Es ist aber ohnehin ohne längere gesamtstaatliche Tradition und ethnisch in diverse Clans und Machtgruppen zersplittert. Es folgte ein längerer Bürgerkrieg unter Beteiligung ausländischer islamistischer Kämpfer, an dessen Ende die Taliban die Macht an sich reißen konnten. Wegen ihrer Zusammenarbeit mit Al-Quaida wurden sie Ziel einer alliierten Invasion. Seitdem bemüht sich die internationale Gemeinschaft, Afghanistan zu befrieden und zu stabilisieren und die Talibanbewegung endgültig zu zerschlagen.³⁴³

Die Bundesregierung handelt hier nach dem „Afghanistan-Konzept“ unter folgenden Leitgedanken: *„Wir unterstützen Afghanistan dabei, die Lebensverhältnisse für die eigene Bevölkerung zu verbessern. Wir beteiligen uns an den Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft, regionale Stabilität und Sicherheit in einem schwierigen Umfeld zu gewährleisten; und wir verteidigen unsere eigenen Sicherheitsinteressen, indem wir zur Eindämmung des weltweiten Terrorismus beitragen.“*³⁴⁴

Auf technischer Ebene konzentriert sich die deutsche Hilfe auf die Schaffung von Infrastrukturen in den Bereichen Energie und Trinkwasserversorgung sowie generell auf nachhaltige

³⁴¹ Vergl. Altmann, C.: „Nach neuen Prinzipien“, in: „GTZ Akzente“, 3 / 2008, S. 20 ff.

³⁴² Soweit nicht anders ausgewiesen sind alle folgenden Angaben den jeweiligen Einträgen im Online-Themenportal „Partnerländer“ des BMZ entnommen, Webservice: <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/index.html>

³⁴³ Vergl. Chiari, B. (Hg.): „Wegweiser zur Geschichte: Afghanistan“, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam, 2009.

³⁴⁴ Zit. Bundesregierung (Hg.): „Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung“, Berlin, 2007, S. 5.

Wirtschaftsentwicklung. Hinzu tritt besonderes Engagement für den Aufbau zivilgesellschaftlicher Institutionen, die afghanische Regierung wird deswegen besonders in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Kriminalitäts- und Korruptionsbekämpfung unterstützt. Ferner wird besonderer Wert auf den Aufbau einer staatlichen Grundbildung gelegt. Regionale Schwerpunkte sind besonders der Norden des Landes und die Hauptstadt Kabul. Durch das Ausrichten der „Petersbergkonferenz“ im Dezember 2001 übernahm die Bundesregierung ferner eine Leitfunktion in der Aufgabe, die Interessen unterschiedlicher Stammesgruppen in Afghanistan zu moderieren und mit den Plänen der Vereinten Nationen zu synchronisieren. Der dort beschlossene Fahrplan zur Schaffung einer provisorischen Regierung und schrittweisen Überführung in neue demokratische Herrschaftsformen fand seine Gipfelpunkte in der Verabschiedung einer Verfassung durch die Stammesversammlung Loya Dschirga, den Präsidentschaftswahlen (beide 2004) und Parlaments- und Provinzratswahlen im September 2005.³⁴⁵

Auf internationaler Ebene sind diese Aktivitäten u.a. eingebunden in die sog. „Geberkonferenzen“ der in Afghanistan entwicklungspolitisch engagierten Staaten in den Jahren 2002, 2004 und 2006.

Verbesserung der allgemeinen Lebenslage der Bevölkerung durch wirtschaftliche Gesundung und verlässliche Infrastruktur sowie Demokratisierung und Bildung sind demnach die entwicklungspolitischen Mittel, mit denen die Bundesrepublik ihr Ziel verfolgt, Afghanistan als Nährboden für Dschihadistischen Terrorismus auszutrocknen.

Pakistan: Pakistans Staatsgebiet dient nach wie vor als Operationsbasis für islamistische Kämpfer. In jüngerer Zeit geriet das Land zudem verstärkt durch Regierungskrisen und bürgerkriegsartige Aufstände von Islamisten innenpolitisch unter Druck. Es ist mithin von besonderer Bedeutung für alle regionalen Stabilisierungsstrategien. Thematisch konzentriert sich Deutschland hier ebenfalls auf die Schwerpunktbereiche Grundbildung, Energie und Demokratisierung

³⁴⁵ Vergl. Chiari, B., a.a.O.

sowie Öffentliche Gesundheitsversorgung. *„Ein Teil der Zusagen kommt direkt der ärmsten Bevölkerung zu Gute, zum Beispiel durch die unmittelbare Verbesserung der Ernährungssituation und der sozialen Infrastruktur wie Schulen, Brunnen und Gesundheitsstationen. Insgesamt werden hierfür über 31 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Deutschland wird sich künftig auch verstärkt in der politisch sensiblen Grenzregion zwischen Afghanistan und Pakistan beim Ausbau von Schulwesen und Gesundheitsversorgung engagieren.“*³⁴⁶ Auch hier versucht also die Hilfe, an den „Root Causes“ des Terrorismus anzusetzen.

Ägypten: Wie bereits ausgeführt, ist Ägypten das Herkunftsland des modernen Islamismus und Heimat verschiedener prominenter Al-Quaida-Mitglieder wie Osama bin-Ladens Stellvertreter Aiman al-Zawahiri. Die innenpolitische Lage ist nach Jahrzehnten der Militärdiktatur angespannt, auch wegen hoher Jugendarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Bevölkerungsexplosion. Wie in den vorstehenden Fällen versucht die Bundesrepublik durch Unterstützung im Energie-, Wasser- und Bildungssektor sowie durch verstärkte wirtschaftliche Kooperation die Perspektiven der Bevölkerung zu verbessern.

Jemen: Obwohl der Jemen eine jahrhundertealte staatliche Tradition besitzt, teilt das Land bis zu einem gewissen Grade die jüngere Geschichte Afghanistans, da es nach längerem Bürgerkrieg, staatlicher Spaltung und Stammeskonflikten mit ähnlichen strukturellen Instabilitäten zu kämpfen hat. Zudem ist es wiederholt als Operationsgebiet Dschihadistischer Terroristen in die Schlagzeilen geraten. Nach der Entführung und Ermordung deutscher Staatsbürger durch mutmaßliche Islamisten im Juni 2009 bezeichnete der EU- Anti-

³⁴⁶ Zit. „Deutschland weitet Hilfe für Pakistan aus“, Pressemitteilung, BMZ, 11.11.2008.

Terror-Koordinator, Gilles de Kerchove, den Jemen bereits als „zweites Afghanistan“. ³⁴⁷

*„Und auch der islamistische Terrorismus nimmt wieder zu; den Terrorgruppen fällt es leicht, neue Rekruten zu finden. Mehr als 40 Prozent der Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze, 18 Prozent müssen mit weniger als umgerechnet einem US-Dollar am Tag auskommen. Viele Menschen sind arbeitslos. Das Gesundheits- und Bildungssystem leiden unter großen Defiziten. Die Analphabetenquote lag 2007 bei rund 40 Prozent.“*³⁴⁸

Als Schwerpunkt für Entwicklungshilfe konzentriert sich die deutsch-jemenitische Zusammenarbeit folgerichtig auf Armutsbekämpfung, Wasserversorgung und Grundbildung sowie *„Aktivitäten in den Bereichen nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Gesundheit, Bekämpfung von Korruption und Reform des öffentlichen Dienstes“*.³⁴⁹

Palästinensische Gebiete: Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist eine ständige Quelle von Militanz und Gewalt und wird von radikalislamistischen Propagandisten weltweit mit Vorliebe ausgeschlachtet, um ihre Behauptung zu untermauern, eine Allianz aus Zionisten und Kreuzfahrern bezwecke die Vernichtung der Muslime. Gleichzeitig befinden sich die Palästinensergebiete in einer eigenartigen Zwischenstufe zwischen eigener Staatlichkeit und Autonomie. Bei den Parlamentswahlen im Januar 2006 gewann die HAMAS, die von vielen Staaten als radikalislamische terroristische Vereinigung eingestuft wird, die Mehrheit der Stimmen. Deutschland sieht sich nicht zuletzt historisch verpflichtet, sich hier mit friedens- und entwicklungspolitischer Hilfe einzubringen.

³⁴⁷ Vergl. Schulze, R. & Schaur, T.: „Terrorismus: Wird Jemen das neue Afghanistan?“, in: Die Presse, 18.6.2009, Websource: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/488418/index.do>

³⁴⁸ Zit. BMZ „Partnerländer: Jemen“, Websource: <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/jemen/zusammenarbeit.html>

³⁴⁹ Zit. ebd.

Konkret wird eine beschäftigungsfördernde Wirtschaftsreform angestrebt. Ferner bringt Deutschland auch hier seine technische Expertise im Bereich Wasserversorgung ein. Besonderes Augenmerk liegt auf der Förderung von Institutionen, besonders auf Ebene der Kommunen im Bereich Verwaltung und Dienstleistung.

Libanon: Auch der Libanon ist ein nach langem inneren Konflikt unter ausländischer Beteiligung ein innerlich zerbrochenes Land, in dem außerdem die radikalislamische Hizbollah ihre Heimat hat, gegen die sich wiederholte Interventionen der israelischen Streitkräfte richteten.

Zur Beseitigung von Kriegsschäden und zum Wiederaufbau der Infrastruktur stellte die Bundesregierung ab 2007 mehr als 100 Mio. € bereit. *"Deutschland wird den Libanon weiterhin in den Bereichen Berufsbildung und Trinkwasser- und Abwasserentsorgung unterstützen. Hier können wir auf die langjährige Erfahrung unserer Entwicklungszusammenarbeit mit dem Libanon aufbauen und der Bevölkerung rasch und wirksam helfen".*³⁵⁰

Jordanien: Jordanien gilt aufgrund seiner prowestlichen Außenpolitik, innenpolitischen Reformbereitschaft und einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung als potentieller Stabilitätsanker in der Nahostregion. Zugleich ist das Land aber ebenfalls Hochburg islamistischer Gruppierungen. Der bereits erwähnte, als Al-Quaida-Führer im Irak bekannt gewordene, Abu Mussab Al-Sarkawi war Jordanier. Die Bundesrepublik bemüht sich, die vorteilhafte Entwicklung schützend zu flankieren und konzentriert sich hier auf Wirtschaftsentwicklung, Armutsbekämpfung und einmal mehr Energieversorgung.³⁵¹

³⁵⁰ Zit. „Wieczorek-Zeul: Wir werden den Libanon weiter unterstützen! Deutschland sagt über 100 Millionen Euro zu“, Pressemitteilung, BMZ, 25.1.2007.

³⁵¹ Vergl. Internationale Weiterbildung und Entwicklung (Inwent) (Hg.): „Länderinformationsportal“, Eintrag Jordanien, Bonn, Mai 2009. Webservice: <http://liportal.inwent.org/lis/?l=jordanien>

Gaza: Der Gaza-Streifen wurde im Dezember 2008 für kurze Zeit von israelischen Streitkräften besetzt, nachdem dort nach bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen die radikalislamische HAMAS im Juni 2007 die Macht übernommen hatte und es in der Folgezeit zu Raketenangriffen auf benachbarte israelische Städte gekommen war. Zudem wird das Gebiet an den Grenzübergängen blockiert. Zusammen mit den kriegsbedingten Zerstörungen resultiert dies in einer katastrophalen humanitären Lage. Für den Wiederaufbau sagte die Bundesregierung auf der Geberkonferenz im ägyptischen Sharm-el-Sheikh im März 2009 finanzielle Unterstützung in Höhe von 150 Mio. € zu.³⁵²

Weitere: Weitere Staaten, die unter schwachen oder versagenden Staatsstrukturen leiden und im Zusammenhang mit Dschihadistischem Terrorismus in den Blick geraten sind, sind Marokko, Indonesien, Usbekistan, Syrien, Tunesien, Algerien und die Philippinen. Dort ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in ihren klassischen Arbeitsfeldern in jeweils unterschiedlichem Umfang aktiv.

Zusammenfassend lässt sich erkennen, dass die regierungsamtliche deutsche Entwicklungshilfe, die hier aufgrund der besseren Informationslage ausschließlich beleuchtet wurde, ohne deswegen die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen ignorieren zu wollen, darauf abzielt, in geschwächten Staaten durch schwerpunktmäßige humanitäre Hilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit und zivilgesellschaftliche Aufbauprogramme eine allgemeine Entspannung der sozialen Lage herbeizuführen, wodurch sie sich positive Effekte auch auf die Auseinandersetzung mit dem Dschihadistischen Terrorismus erhofft. Diese Absichten sind programmatisch im Konzept für *„Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“*³⁵³ verankert, welches als zentrale Ziele die Reduktion von strukturellen Konfliktursachen, gewaltfreie

³⁵² Vergl. ebd., Eintrag Palästina. Webservice: <http://liportal.inwent.org/palaestina/wirtschaft-entwicklung.html>

³⁵³ Vergl. dazu und zum Folg. BMZ (Hg.): *„Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“*, Bonn, 2005.

Konfliktlösung und nachhaltige Friedenssicherung definiert. Damit fügt sich die Bundesrepublik in die Reihe der westlichen Staaten ein, die versuchen, unilateral oder im Rahmen Internationaler Organisationen befriedend in die muslimisch bewohnten Weltregionen hineinzuwirken. Zu den öffentlichkeitswirksamsten Initiativen in diesem Bereich gehört wahrscheinlich die von der US-Administration Bush angestoßene „*Broader Middle East and North Africa Initiative*“ (BMENA).³⁵⁴

f.) Kritische Gesamtwürdigung

Nachdem im Verlaufe der vorherigen Analysen theoretische Grundlagen, Diskursmodi, Akteure, Interessen, Maßnahmen und psychologische Struktur identifiziert wurden, ist hier der Punkt erreicht, bilanzierend der argumentativen Stichhaltigkeit, empirischen Evidenz und praktischen Bewährung der gesamten Argumentationslinie nachzugehen. Wie lässt sich eine Position, die versagende Staaten als soziale Nährböden für aus Deprivation resultierender Militanz einordnet, in diesen Punkten bewerten?

Argumentative Kohärenz: Begonnen wird mit der nochmaligen Inaugenscheinnahme der basalen Argumentationskette „*Staatsversagen => (relative) Deprivation => Radikalisierung => Dschihadistischer Terrorismus*“, indem zunächst die Prämisse überprüft wird, ob Staatsversagen einen die in ihm lebenden Menschen deprivierenden sozialen Raum schafft.

Die Richtigkeit dieser These liegt auf der Hand. Dazu mögen einige illustrative Hinweise genügen, denn dass sich die Mehrzahl der Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit in einer belastenden sozialen Situation befindet, ist ein auch von Islamisten freimütig anerkannter Fakt.

³⁵⁴ Vergl. Webservice: <http://bmena.state.gov/>

So sind sie in der Mehrzahl von gewalttätigen Konflikten betroffen. Für das Jahr 2007 ermittelte das „Konfliktbarometer“ des *Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung* (HIK), dass sich annähernd zwei Drittel der Gesamtzahl von 238 inner- und 90 zwischenstaatlichen Konflikten in Ländern des Maghrebs, des Mittleren Ostens, in den muslimisch bewohnten Teilen Asiens und Afrika südlich der Sahara abspielten.³⁵⁵ Dabei handelte es sich in der Mehrzahl um bürgerkriegsartige Konflikte mit fundamentalreligiösem Hintergrund und um Terrorismus innerhalb dieser Länder. Auffallend ist dabei eine enge Verzahnung der Konfliktparteien mit Organisierter Kriminalität und Drogenhandel.³⁵⁶

Transparency International gruppiert in seinen Jahresberichten die genannten Regionen regelmäßig in die Kategorie der am meisten von Korruption belasteten Staaten ein.³⁵⁷ *Amnesty International* beklagt regelmäßig die Menschenrechtslage in Ländern wie Saudi-Arabien und Iran, besonders die Lage der Frauen und religiöser Minderheiten. Ferner berichtet die Organisation von Zensur und Demokratiemängeln und wird in ihrer Sichtweise von *Human Rights Watch* unterstützt.³⁵⁸

Wirtschaftsorganisationen wie die OECD oder die WTO beklagen regelmäßig schlechte Regierungsführung als eines der Haupthindernisse für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der Region.³⁵⁹ Zugleich leiden die Volkswirtschaften unter durch hohes Bevölkerungswachstum verursachter Jugendarbeitslosigkeit und mangelnden Aufstiegschancen sowie hohen Armutsquoten bei intern höchst ungleicher Vermögensverteilung.

In der Summe haben diese Problematiken u.a. dazu geführt, dass die Vereinten Nationen ein eigenes Berichtssystem für die soziale Lage in

³⁵⁵ Vergl. HIK (Hg.): „Conflict Barometer 2007“, Heidelberg, 2008.

³⁵⁶ Vergl. US Department of State (Hg.): „Patterns of Global Terrorism“, Washington D.C., 2004.

³⁵⁷ Vergl. *Transparency International* (Hg.): „Corruption Report 2007“, Cambridge, 2007.

³⁵⁸ Vergl. *Amnesty International* (Hg.): „Amnesty Report 2008“, Frankfurt / Mn., 2008.

³⁵⁹ Vergl. Nienhaus, V.: „Der Islam. Bremse oder Motor wirtschaftlicher Entwicklung?“, Marburg, 2004.

den arabisch-muslimischen Ländern etabliert haben. Dieser „Arab Human Development Index“ hat bei thematisch wechselnden Schwerpunkten in den vergangenen Jahren überwiegend betrübliche Ergebnisse aus den Bereichen Wirtschaft, Zustand der Zivilgesellschaft, menschliche Sicherheit, Wissenschaftsleistung und Frauenrechte erbracht.³⁶⁰

Dieser kursorische Überblick mag zur Erhärtung der These dienen, dass die Mehrheit der muslimisch bewohnten Staaten unter erheblichen humanitären Belastungen leidet, welche wenigstens teilweise auf staatliches Versagen zurückgeführt werden können, und aus denen offenkundig deprivierende Lebensumstände für die Bevölkerung folgen. Dieser Befund ist über Jahre hinweg empirisch belegbar.

Seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 gehört zum historischen Gedächtnis Europas die Befürchtung, dass insbesondere wirtschaftliche Fehlentwicklungen radikale politische Kräfte begünstigen, was angesichts der jüngsten weltwirtschaftlichen Verwerfungen derzeit wieder ein aktuelles Thema darstellt. Die Radikalisierung und fundamentalistisch-religiöse Politisierung in weiten Teilen der muslimischen Welt wird demgemäß häufig auf derartige Kausalmechanismen zurückgeführt.³⁶¹ Gerade der ausgesprochen soziale Charakter mancher radikalislamischer Gruppierungen wie der Hizbollah veranlasst Beobachter immer wieder, solche Zusammenhänge zu konstruieren. Am prominentesten vertreten wird diese These durch den amerikanischen Wissenschaftler Mohammad M. Hafez, der eine gerade Linie von politischer Exklusion und Repression, also Demokratiemängeln, zu gewaltsamer Rebellion besonders junger Muslime zieht, von der aus es nur noch ein kleiner Schritt zum Dschihadistischen Terrorismus wäre.³⁶² Der deutsche Verfassungsschutz stellt in diesem Zusammenhang fest: „...*Frust, Wut, gar Hass [...] sind zwar keine Einbahnstraße in die islamistische Radikalisierung. Diese individuelle Motivlage bietet jedoch Ansatzpunkte für eine extremistische Politisierung. Islamistische Propaganda kann*

³⁶⁰ Vergl. United Nations Development Programme (Hg.): „Arab Human Development Report“, Jahrgänge 2002, 2003, 2004, 2005 und 2009, New York.

³⁶¹ Vergl. dazu und zum Folg. Reddig, M., a.a.O., besonders S. 285 f.

³⁶² Vergl. Hafez, M.: „Why Muslims Rebel“, London, 2003, besonders Kapitel 6.

*daran anknüpfen, indem islamistische Akteure und Organisationen diese Einstellungen für ihre Zwecke instrumentalisieren. Deren Botschaft ist einfach und klar, das Propagandaspektrum ist enorm. Das Gedankengut wird über vielfältige Kanäle verbreitet: über Erziehungs- und Bildungsangebote islamistischer Organisationen, schriftliches und audiovisuelles Material, auch nach Europa ausgestrahlte TV-Programme vor allem arabischer Fernsehsender und über medial transportierte Predigten radikaler Imame.*³⁶³ Radikalisierung wird hier gedeutet als eine „Ersatzsozialisation“: Wenn die Integration des Individuums in die umgebende Gesellschaft nicht mehr gelingt, zum Beispiel, weil entsprechende materielle Voraussetzungen fehlen, sucht sich dieses eine Ersatzheimat in radikalen Zirkeln, welche eine Erklärung und Lösung für diese Lage anbieten, die dem Individuum eine neue, positive Identität statt der alten, durch Deprivation vernichteten, anbietet. Dass der Dschihadistische Terrorismus Folge der Unfähigkeit vieler Gesellschaften und Staaten sei, ihre Bevölkerungen vor den materiellen, kulturellen und psychischen Schattenseiten der Globalisierung zu schützen, ist ein überaus populäres Argument.³⁶⁴

Insgesamt scheinen diese Argumentationslinien durchaus plausibel. Doch spricht auch etwas gegen eine solche Erklärungsweise?

Auf methodischer Ebene ist aus grundsätzlichen Erwägungen zunächst anzumerken, dass auch bei Rückgriff auf statistisch ermittelte Daten bei sozialen Prozessen Ursache und Wirkung nicht ohne weiteres unterschieden werden können.³⁶⁵ Ob die Radikalisierung tatsächlich direkte Folge der Deprivation ist, ob die dieser zugrundeliegenden sozialen Defekte nicht vielmehr ihrerseits als Folge der Militanz der betroffenen Gesellschaften zu deuten sind oder ob eine dritte, unbekannte Wirkungsvariable beide Faktoren steuert, ist so nicht ermittelbar. Während außerdem Art und Schwere sozialer Mißstände in Grenzen empirisch ermittelt werden können, ist, wie eingangs

³⁶³ Zit. Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): „Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention“, Köln, 2007, S. 4.

³⁶⁴ Vergl. Reddig, M., a.a.O., S. 280 f. Siehe auch Langguth, G., Globalisierung, a.a.O., S. 126.

³⁶⁵ Vergl. Schnell, R.: „Methoden der empirischen Sozialforschung“, München, 2008, besonders Kapitel 3 und 5.

ausgeführt, allein schon aus definitorischen Gründen eine empirische Operationalisierung einer Variable „Dschihadistischer Terrorismus“ fragwürdig. Es dürfte kaum möglich sein, dieses Phänomen quasi messbar zu machen, um dann im Wege einer Korrelationsanalyse Anhaltspunkte zu gewinnen, ob tatsächlich deprivierte Bevölkerungsgruppen in versagenden Staaten seine Urheber sind, und dies wegen ihrer Deprivation.³⁶⁶ Streng empirisch nachweisbar ist die obige These demnach nicht, was allerdings noch nicht zwingend ihre Inkorrektheit beweist.

Ein gegen derartige Behauptungen stets in Anschlag zu bringendes Prüfinstrument ist die Frage, inwieweit die These gegen den Vorwurf der sogenannten „*Ecological Fallacy*“ abgesichert ist.³⁶⁷ Damit ist folgendes gemeint: Aus der bloßen Tatsache, dass in einer abgrenzbaren Region bestimmte soziale Belastungsfaktoren nachweislich wirksam sind, ergibt sich nicht automatisch, dass die gesamte Bevölkerung davon gleichmäßig betroffen ist und dass das zeitlich und räumlich mit dieser Region korrespondierende Verhalten der dort ansässigen Menschen davon maßgeblich gesteuert wird. Um diese Behauptung zu erhärten, muss vielmehr der Nachweis geführt werden, dass diese Bevölkerungsteile auf signifikante Weise zu anderen Verhaltensmustern neigen als Kontrollgruppen in nicht betroffenen Gebieten. Um diesen Befund zusätzlich abzusichern, ist er noch dazu auf qualitativer Ebene zu ergänzen: zum Beispiel durch Interviewdaten von Betroffenen, die diese Sichtweise stützen, indem sie erkennen lassen, wegen der belastenden Faktoren sich so und nicht anders verhalten zu haben. Die kriminologische Motivationsforschung macht die Beachtung dieser Methodik zur Voraussetzung einer haltbaren wissenschaftlichen

³⁶⁶ So messen zum Beispiel der Global Terrorism Index, World Terrorism Index und die Global Incident Map entweder die Zahl terroristischer Anschläge bzw. die ihrer Opfer, geben jedoch keine Auskunft über Motivation, Sozialprofil oder Alter der ausführenden Terroristen. Sie sind zudem methodologisch stark umstritten, vergl. exemplarisch Websource: <http://www.start.umd.edu/gtd/faq/>

³⁶⁷ Vergl. dazu und zum Folg. grundlegend Robison, W.S.: "Ecological Correlations and the Behavior of Individuals", in: American Sociological Review 15 (1950), S. 351–357.

Aussage über kriminalgeographische Zusammenhänge und Kriminalitätsmuster.³⁶⁸ Ist dies im vorliegenden Fall gewährleistet?

Es ist zunächst einmal auffallend, wie gering der prozentuale Anteil Dschihadistischer Terroristen an der Gesamtbevölkerung ist, welche zwar mit ihnen und ihrem Gedankengut sympathisieren mag, aber terroristisch unauffällig bleibt. Selbstverständlich ist man hier auf Schätzungen angewiesen: Clarke schätzte 2005 die Zahl der Sympathisanten auf 200 bis 500 Millionen, die Zahl der aktiven Mitglieder Dschihadistischer Gruppen auf 50.000 bis 200.000 und die des innersten Kreises von Al-Quaida auf weniger als 2.000 Menschen, jeweils weltweit.³⁶⁹ Im Vergleich dazu beläuft sich die Zahl der in Staaten mit versagender Sozialfunktion lebenden Menschen wahrscheinlich auf etliche Millionen. Allein in den fünf Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, die auf den vordersten Plätzen des *Failed State Index* rangieren, leben mehr als 100 Millionen Menschen.³⁷⁰ Aus den Zahlen kann demnach ein Hinweis – kein Nachweis – auf einen Zusammenhang zwischen Deprivation und extremistischen Einstellungen gewonnen werden, allerdings ist die Zahl der tatsächlichen Terroristen so gering, dass andere, zusätzliche, teils im Individuum selbst zu suchende Erklärungsfaktoren herangezogen werden müssen. Wenn so viele Menschen von belastenden Lebensumständen betroffen sind, warum werden dann nur so wenige Dschihadisten?

Diese Frage ist umso bedeutsamer, als nicht unbedingt angenommen werden darf, dass Dschihadisten automatisch von der sozialen Lage ihrer Lebensumwelt auch persönlich betroffen wären, womit man beim zweiten Einwand angelangt. Osama bin Laden als Führungsfigur, Vordenker, Chefideologe und geistiges Oberhaupt der Bewegung ist Sohn eines saudischen Bauunternehmers.³⁷¹ Der heutige Wert der von diesem hinterlassenen Unternehmensgruppe „*Saudi Binladin Group*“ wird auf einige Milliarden US-\$ geschätzt. Zwar ist bin Laden nur das

³⁶⁸ Vergl. Schwind, H.-D., a.a.O., S. 159 ff. und S. 304 ff.

³⁶⁹ Vergl. Clarke, a.a.O.

³⁷⁰ Zahl: Eigene Berechnung. Addition der Bevölkerungszahlen von Somalia, Sudan, Tschad, Irak und Afghanistan, Quelle: Fischer Weltatmanach 2007.

³⁷¹ Vergl. dazu und zum Folg. Randal, J.: „Osama. The Making of a Terrorist“, New York, 2005.

siebzehnte von wohl mehr als fünfzig Kindern seines Vaters, doch darf davon ausgegangen werden, dass für seine materielle Zukunft keine besonderen Beschwerden zu befürchten waren. Er genoss eine gründliche Schulausbildung und wuchs unter privilegierten Verhältnissen in einer westlich orientierten Umgebung auf. Sein Stellvertreter Aiman al-Zawahiri gilt als überdurchschnittlich intelligent, studierte Medizin und entstammt einer angesehenen Familie mit akademischem Hintergrund. Generell kann festgestellt werden, dass zahlreiche jüngere Anhänger Dschihadistischer Netzwerke, wie zum Beispiel die Attentäter von New York und Washington, einer bildungsbürgerlichen Mittelschicht entstammen und zumeist eine akademische Ausbildung, teils im Ausland, durchlaufen haben. Im Gegensatz dazu fand sich unter den Attentätern von Madrid eine größere Gruppe marokkanischer Kleinkrimineller. Abu Mussab Al-Sarkawi hat eine recht ähnliche kriminelle „Karriere“ durchlaufen.³⁷² Das „Fußvolk“ der Taliban schließlich besteht aus afghanischen Bergbauern.

Demnach ist die soziale Zusammensetzung der Dschihadistischen Szene recht uneinheitlich. Klare Profile, zum Beispiel ein „Prototyp“ eines benachteiligten, jungen, radikalisierten Mannes, die als Anhaltspunkte Rückschlüsse auf typische Motivierungsprozesse erlauben würden, existieren nicht flächendeckend. Damit unterscheidet sich der Dschihadistische Terrorismus ganz grundlegend von älteren Formen terroristischer Gruppierungen wie zum Beispiel der deutschen RAF, die sich durch ein hohes Maß an sozialer Kohärenz ihrer Angehörigen auszeichneten.³⁷³ Ein Ausweg bietet sich, wenn man statt der Gesamtheit der Dschihadistischen Szene einzelne Gruppen betrachtet, wie zum Beispiel die unterschiedlichen Hierarchiestufen oder Funktionsträger.³⁷⁴ So ist es möglich, bei kategorialer Unterscheidung zwischen Ideologen, Anführern, Unterstützern und Attentätern innerhalb der heterogenen Gesamtgruppe homogene Untergruppen zu bilden und auf dieser Ebene typische „Karrieremuster“ und Zugangswege zum Dschihadistischen Terrorismus zu erkennen. Allerdings gibt man damit

³⁷² Vergl. Brisard, J.-Ch., a.a.O., Kapitel I & II.

³⁷³ Vergl. dazu Elter, A., a.a.O., Kapitel II. Siehe auch Langguth, G.: „Propaganda der Tat“, in: FAZ, 14.11.2006.

³⁷⁴ Vergl. dazu und zum Folg. Richardson, L., a.a.O., S. 66 ff. Siehe auch Sageman, M., a.a.O.

auch die argumentative Markoebene auf, durch die sich die Deutung von Terrorismus und Staatsversagen als globalen Entwicklungsproblemen ja gerade auszeichnet. Aus alledem ist jedenfalls ein Kausalzusammenhang zwischen Deprivation durch staatliches Versagen und Hineingeraten in das dschihadistische Umfeld nicht zu destillieren. Es müssen vielmehr, wie bereits festgestellt, auch andere, in der Person des Terroristen selbst zu suchende und damit höchst individuelle Wirkfaktoren hinzutreten.

Ein ebenfalls kaum mit dieser These zu vereinbarendes, bislang von ihren Vertretern unberücksichtigtes Phänomen ist das Entstehen eines „Euro-Dschihad“. Die Bevölkerung europäischer Nationalstaaten dürfte als wenig von Staatsversagen betroffen gelten und kann als Vergleichsgruppe im eingangs beschriebenen methodologischen Sinne herangezogen werden. Obwohl der Grad staatlicher Leistungsfähigkeit im sozialen und Bildungssektor in Europa vergleichsweise sehr hoch ist, ist auch hier ein breiter Dschihadistischer Untergrund entstanden. Die 9/11-Attentäter scheinen sich ausgerechnet hier überhaupt radikalisiert zu haben.³⁷⁵ Vielfach handelt es bei Anhängern dieses „Homegrown Terrorism“ um Individuen, die außer entfernten familiären Beziehungen keinerlei direkte Beziehung zu Gebieten mit versagender Staatlichkeit besitzen.³⁷⁶ Ein Beispiel dafür bietet die Terrorzelle, welche im Juli 2005 London angriff: Es handelte sich hierbei um in Großbritannien geborene und sozialisierte Angehörige pakistanischer Einwanderer, deren Biographien wenig Anhaltspunkte für nachhaltige Deprivation bieten.³⁷⁷

Natürlich kann darüber spekuliert werden, ob die soziale Lage von Einwanderern der ersten oder zweiten Generation durch spezifische Formen der Benachteiligung charakterisiert ist. Diese dürften aber erstens nicht mit der Situation in gescheiterten Staaten vergleichbar sein, zweitens kann auch hier festgestellt werden, dass aus der relativ großen Gruppe betroffener Menschen nur verschwindend wenige zu

³⁷⁵ Vergl. Laqueur, W., „Krieg dem Westen“, a.a.O., S. 130 ff.

³⁷⁶ Eine umfassende Übersicht bietet die Studie der New Yorker Polizei, vergl. New York Police Department (Hg.): „Radicalization in the West: The Homegrown Threat“, New York, 2007, besonders S. 19 ff.

³⁷⁷ Vergl. Kirby, A.: „The London Bombers as “Self-Starters“, in: Studies in Conflict & Terrorism, 30 (2007).

Gewalttätigkeit neigen.³⁷⁸ Die Kontrollgruppe ergibt also bei gänzlich unterschiedlicher Ausgangslage ein ähnliches Bild.

Ein letztes, ebenfalls bislang nicht beachtetes Argument gegen die Deprivationstheorie ist schließlich der neuere Phänotyp des radikalisierten, westlichen Konvertiten. Beispiele hierfür sind der in den Anschlag auf Djerba 2002 verwickelte deutsche Staatsbürger Christian Ganczarski, der erst im Alter von 20 Jahren in Deutschland zum Islam konvertierte, sowie die beiden deutschen Angehörigen der „Sauerlandgruppe“ Fritz Gelowicz und Daniel Schneider. Mit Videobotschaften für Schlagzeilen sorgte in jüngerer Zeit auch der in Afghanistan vermutete Deutsche Eric Breininger.³⁷⁹ In allen Fällen kann nicht angenommen werden, dass die Genannten von Auswirkungen versagender Staatlichkeit betroffen gewesen wären.

Es sind also oftmals individuelle Beweggründe, welche Menschen mit Dschihadistischem Gedankengut in Berührung bringen, Beweggründe, die sehr zahlreich sein können und durchaus auch erratischer Natur sind.

Ein qualitativer Beweis, dass sich Dschihadisten wegen Benachteiligung durch versagende staatliche Strukturen radikalisiert hätten, ist ebenfalls schwierig, da deren Selbstzeugnisse zumeist religiös verbrämte Propaganda über angebliche oder tatsächliche Erweckungserlebnisse darstellen. Die subjektiv empfundene Notwendigkeit, den eigenen Werdegang und das eigene Tun in einen vermeintlich kohärenten Ablauf einzuordnen und kausal auf göttliches Wirken zurückzuführen, vermischt sich hier mit Selbstglorifizierung und einer nachträglichen Umdeutung

³⁷⁸ Bei mehreren Millionen von Einwanderern der Ersten und Zweiten Generation muslimischen Glaubens in Deutschland schätzt der Verfassungsschutz das „Islamistische Personenpotential“ auf gerade 34.720 Individuen, vergl. Verfassungsschutzbericht 2008, a.a.O., S. 179.

³⁷⁹ Nähere Angaben finden sich im Verfassungsschutzbericht 2008, a.a.O., S. 176 ff. sowie bei Innenministerium Rheinland-Pfalz (Hg.): „Newsletter Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz 01 / 2007“, Mainz, 2007, S. 2f.

der eigenen Biographie zwecks Aufrechterhalten eines positiven Selbstbildes.³⁸⁰

Die Sprache der Dschihadisten jedenfalls ist nicht eine der Unterdrückten und Benachteiligten, wiewohl die Vokabel „Unterdrückung“ häufig genug anzutreffen ist:

„Warum bekämpfen wir euch und sind gegen euch? [...] Ihr habt uns in Palästina angegriffen. [...] Die Juden besetzen es seit über fünfzig Jahren voller Unterdrückung, Mord, Vertreibung, Zerstörung und Verwüstung. [...] Unter eurer Aufsicht, mit eurer Unterstützung und auf euren Befehl greifen uns die Regierungen unserer Länder, die als eure Agenten handeln, Tag für Tag an [...] und sperren uns in ein Gefängnis der Angst und der Unterdrückung ein. [...] Ihr rafft unseren Reichtum und unser Öl [...] an euch [...]. Eure Truppen besetzen unsere Länder...“³⁸¹

Ist diese Anklage nun als persönliches Motiv zu betrachten? Ist es glaubwürdig zu unterstellen, bin-Laden sei persönlich hiervon betroffen gewesen? Bin-Laden als zentraler Vordenker bedient sich hier übrigens im Original eines eleganten, lyrischen Hocharabisch, womit er seinen Bildungsstatus ganz bewusst hervorhebt. Wenn überhaupt, so kann er sich zu einer Art avantgardistischem Anführer der unterdrückten muslimischen Massen aufschwingen. Glaubwürdiger würde seine Anklage, wenn sie tatsächlich auf die Forderung nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hinausliefe, tatsächlich mündet sie aber in der Absicht, eine fundamentalistische Gesellschaftsordnung zu errichten: „*Es gibt keine Gottheit außer Gott [bedeutet], dass neben der göttlichen Souveränität keine weitere existieren darf. Rechtssetzung ist die ausschließliche Aufgabe Gottes. Wer diesen Übergangsrat und seine Verfassung [Irakische Regierung und Verfassung, L.K.] guthieß, ist ein Ungläubiger.*“³⁸² Die genannten Anschuldigungen werden durchgängig in

³⁸⁰ Vergl. dazu und zum Folg. Abou-Taam, M. & Bigalke, R., a.a.O., S. 7 ff. Siehe auch Kepel, G. & Milelli, J.-P., a.a.O., S. 25 ff.

³⁸¹ Zit. Osama bin-Laden: „Brief an Amerika“, 24.11.2002, hier zit. nach Abou-Taam, M. & Bigalke, R., a.a.O, S. 132 ff.

³⁸² Zit. Osama bin-Laden: „O Menschen des Irak“, Dezember 2004, hier zit. nach ebd., S. 173.

eine fundamental-religiöse, endzeitliche Ausdeutung der Geschichte als Kampf Gut gegen Böse eingeordnet.

Zumindest beim zentralen Vordenker des Dschihadismus ist demnach zwar ein subjektiv empfundener Opferstatus erkennbar, es bleiben aber dessen objektiver Wahrheitsgehalt und motivierende Triebkraft eher nebulös. An dieser Stelle lässt sich gut der Unterschied zwischen „absoluter“ und „relativer“ Deprivation demonstrieren³⁸³: Während ersterer Begriff empirisch nachprüfbar, real benachteiligende Sachverhalte bezeichnet, ist „Relative Deprivation“ gekennzeichnet von der höchst subjektiven Wahrnehmung einer Diskrepanz zwischen Lebensumständen und subjektiver Erwartung. In bin-Ladens Falle scheint dies die Lücke zwischen dem historisch abgeleiteten Anspruch, führender Angehöriger der einzig wahren Religion und damit einer Elite zu sein, und den real demütigenden Machtverhältnissen und dem Niedergang der islamischen Welt. Entscheidend ist demnach nicht eine reale Belastung durch benachteiligende Lebensumstände, sondern im vorliegenden Fall deren subjektive Wahrnehmung und Deutung. Inwieweit diese Erkenntnis auf die Gesamtheit Dschihadistischer Terroristen ausgedehnt werden darf, ist natürlich offen. Allerdings darf davon ausgegangen werden, dass bin-Laden als zentraler Autor der Dschihadistischen Doktrin in besonderer Weise seinen Stempel aufgedrückt hat und sie deswegen so anziehend wirkt, weil sie als Projektionsfläche für alle denkbaren persönlichen Kränkungen dienen kann, wenn ein Vergleich zwischen Wunsch und Wirklichkeit negativ ausfällt und Frustrations- bzw.- Deprivationsgefühle auslöst.³⁸⁴ Auch damit korrespondierende Persönlichkeitsstörungen wie Gefühle der Wertlosigkeit können Menschen in Verfolgungswahn, Verschwörungstheorien und Fanatismus treiben, die sich zusehends von Realitätsbezügen lösen.³⁸⁵ Gegen die Deprivationstheorie spricht schließlich, dass zumindest Selbstmordattentäter nicht aus Verzweiflung handeln, sondern sich subjektiv als Sieger sehen, die das Martyrium

³⁸³ Vergl. zum Folg. Reddig, M., a.a.O., S. 295 ff.

³⁸⁴ Vergl. dazu zum Beispiel die von Seidensticker und Kippenberg analysierten Testamente der Attentäter vom 11.9.2001, welche durchgängig ihr Tun mit ausschließlich religiöser Motivlage begründeten, siehe dort.

³⁸⁵ Vergl. dazu ausführlich Robbins, R. & Post, J.: „Die Psychologie des Terrors“, München, 2002.

erringen und als Angehörige des „wahren“ Glaubens ihren Opfern himmelhoch überlegen sind.³⁸⁶

Bei näherer Betrachtung drängt sich die Frage auf, ob Dschihadistischer Terrorismus statt eines durch versagende staatliche Leistungsfähigkeit beeinflussten nicht viel eher ein Wohlstandsphänomen ist. Die erheblichen subjektiven, teils pathologischen Anteile am Radikalisierungsprozess passen nicht in eine global orientierte Argumentationslinie. Zur Bekämpfung kollektiver relativer Deprivation trägt die Behebung objektiver Konfliktursachen offenbar nur wenig bei, da die Quellen des Fanatismus wesentlich vielschichtiger und mit entwicklungspolitischen Ansätzen nicht erreichbar sind.

Empirisch auf schwachen Füßen, droht die gesamte Argumentationslinie dadurch, dass sie die „Robin-Hood“-Rhetorik mancher Dschihadisten für bare Münze nimmt, deren Selbstexkulpation und –inszenierung auf den Leim zu gehen. György Konrad wird folgender Kommentar zu derartigen Einlassungen zugeschrieben: *„Stets findet die Gewalt die ihr entsprechende Ideologie.“*

Praktische Bewährung: Inwiefern entwicklungspolitische Maßnahmen wie Nation-Building zu einer wirksamen Reduktion terroristischer Bedrohungen beigetragen haben, ist aufgrund des klandestinen Charakters dieses Phänomens empirisch kaum nachprüfbar. Dass solche Hilfsmaßnahmen zumindest eine Linderung der humanitären Lage erreicht haben und deshalb auf propagandistischer Ebene als Erfolg für den Westen zu verbuchen sind, dürfte auf der Hand liegen. Der Versuch, der Bevölkerung zum Beispiel wirtschaftliche Alternativen zum Opiumanbau in Afghanistan zu eröffnen, kann als Beitrag zur Bekämpfung der Finanzquellen Dschihadistischer Organisationen

³⁸⁶ Vergl. Laqueur, W., „Krieg dem Westen“, a.a.O., S. 145 ff.

gewertet werden. Die Eröffnung von Schulen stellt eine ernstzunehmende Konkurrenz zu indoktrinierenden Koranschulen dar.³⁸⁷

Zugleich hat aber die Gewalt in Afghanistan nicht etwa abgenommen. Die Bedrohungslage in Europa scheint sich nicht nachhaltig zu verbessern und der Zulauf zu Dschihadistischen Bewegungen ist ungebrochen.³⁸⁸ Das mag auch mit einer unzureichenden Ausstattung der Entwicklungshilfe zusammenhängen oder mit der Tatsache, dass sie nicht überall hinwirken kann – Somalia zum Beispiel ist islamistische Hochburg, aber für Entwicklungshelfer überwiegend unzugänglich. Radikalisierung in Europa kann mit Entwicklungshilfe per se nicht behoben werden. Zudem kann sie, wie oben gesehen, nur auf einen Teil möglicher Motivierungsfaktoren Dschihadistischer Terroristen einwirken, während ihr die Sphäre der relativen Deprivation weitgehend verschlossen bleibt.

Erinnern man sich an das eingangs vorgestellte Zirkelmodell politischer Entscheidungen, so tut sich hier ein großes Problem auf: Da die praktische Wirkung entwicklungspolitischer Maßnahmen gegen mögliche Kausalzusammenhänge zwischen Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus nicht im engeren Sinne „überprüfbar“ ist, kann es auf der letzten Stufen des Politikzyklus, den Phasen IV und V, nicht zu einer Wirksamkeitsüberprüfung und Redefinition der Politik kommen. Entwicklungshilfe gegen den Terror ist somit etwas, auf dessen Wirksamkeit man hoffen kann, ohne es beweisen zu können. Auf Dauer gesehen, hat sie damit ein Glaubwürdigkeitsproblem. Ernsthafterweise kann sie lediglich beanspruchen, im Hinblick auf mögliche Terrorismusursachen eine Art unspezifischer Generalprävention zu sein. Dies wird auch teils freimütig eingeräumt; das Strategiepapier „Die Herausforderungen des Terrorismus – Konsequenzen für die Entwicklungshilfe“ des BMZ verortet die Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit im Präventionsbereich: *„Notwendig sei eine Unterscheidung zwischen Terrorismusbekämpfung und Terrorismusprävention. Entwicklungspolitisch ginge es insbesondere*

³⁸⁷ Eine Positivliste der Erfolge deutscher Entwicklungszusammenarbeit findet sich zum Beispiel auf dem Länderportal des BMZ, Webservice: <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/index.html>

³⁸⁸ Vergl. Verfassungsschutzbericht 2008, S. 180 ff.

darum, den Nährboden, auf dem Terrorismus gedeihe, zu bearbeiten.“ Zugleich räumt es ein: *„Notwendig seien eine weitere Erforschung der Ursachen des Terrorismus und eine genaue Definition dieses Phänomens; zu untersuchen sei in dem Zusammenhang auch die Rolle der ökonomischen Bedingungen (Armut sei z.B. sicherlich keine Ursache für den Terrorismus in Deutschland in den 70er Jahren gewesen)“.*³⁸⁹ Über die Frage aber, ob es dann sinnvoll ist, umfangreiche finanzielle Ressourcen auf einen „Schuss ins Blaue“ zu verwenden, darf allerdings spekuliert werden.

g.) Fazit

Die Tendenz globaler Terrornetzwerke, sich nicht nur auf organisatorischer Ebene durch transnationale Netzwerkstruktur quasi zu „entörtlichen“, sondern auch lokale, individuelle und partikuläre Motivlagen mit global zugkräftiger Ideologie zu verquicken, ist eine offene Flanke der Argumentationslinie, welche Staatsversagen und Terrorismus als durch Deprivation verknüpfte Phänomene sieht und darauf entwicklungspolitisch antworten will. Sie versucht mit regionalen Aufbaustrategien eine Antwort auf ein zusehends fluides und virtuelles werdendes Phänomen zu finden, ist folglich unspezifisch, überdehnt das arg begrenzte Wissen um Ursachen des Terrorismus und kann kaum harte Beweise für ihre Wirksamkeit liefern. Dass sie dennoch Popularität genießt, mag damit zusammenhängen, dass ihre psychologische Grundstruktur gut zur pazifistischen Kultur der deutschen Bevölkerung passt, Hoffnung auf eine definitive Lösung des Problems zu schüren vermag und sich mit vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Interessen verbinden lässt.

³⁸⁹ Zit. BMZ (Hg.): „Die Herausforderungen des Terrorismus – Konsequenzen für die Entwicklungspolitik“, Bonn, Oktober 2001. Websource: <http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial031pdf.pdf>

4. „Schwarze Löcher“ – Magneten für Dschihadismus

a.) Argumentative Grundstruktur und theoretische Basis

Die zweite dominante Interpretationslinie der deutschen sicherheitspolitischen Debatte um Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen erkennt eine im Vergleich zur „Nährboden“-Theorie genau entgegengesetzte Wirkungsweise in einem quasi "mechanischen" Wechselverhältnis zwischen beiden Phänomenen und akzentuiert dementsprechend ihre Definition von angemessenen Strategien und Zielen anders.

Der traditionell in der Kriminalgeographie mit kriminogen-ätiologischen Deutungen konkurrierende Theorieansatz hält Regelmäßigkeiten in der geographischen Kriminalitätsstruktur für dadurch bedingt, dass in den entsprechenden Räumen spezifische Begleitumstände herrschen, die Kriminalität zwar nicht ursächlich erzeugen, aber ihre Begehung so begünstigen, dass sie sich hier konzentriert.³⁹⁰

Es wird hier im Unterschied zur oben eingeführten Nährboden-Theorie *kein* ätiologischer Konnex zwischen beiden Faktoren angenommen: Der Raum bringt die Kriminalität demzufolge nicht erst hervor. Bestimmte Räume wirken vielmehr aufgrund ihrer Eigenschaften wie Magneten: Sie ziehen Kriminalität lediglich an, wie diese entsteht, wird weitgehend ausgeblendet. Dieses Desinteresse an den Entstehungsfaktoren von Kriminalität ist bestimmendes Kennzeichen einer in den 1980er Jahren einsetzenden Strömung der Kriminalgeographie, die im Gegensatz zu Interpretationen in der Tradition der Chicagoer Schule soziale Wurzeln von Kriminalität ignoriert oder in Frage stellt und bestimmte „Hot Spots“, Konzentrationen von Kriminalität, damit erklärt, dass dort eine stimulierende Wirkung Kriminalität auslöse. Die grundlegende wissenschaftliche Fragestellung verschiebt sich demnach: Es wird nicht mehr gefragt, welche Eigenschaften eines Raumes einen Menschen

³⁹⁰ Vergl. zum Folg. Schwind, H.-D., a.a.O., §15.

zum Kriminellen machen, sondern welche Faktoren in welchen Räumen kriminelles Verhalten auslösen und warum dies anderswo nicht der Fall ist.³⁹¹ Damit wird implizit eine grundlegende Prämisse aufgestellt, nämlich, dass es eine elementare, intrinsische kriminelle Motivation eines jeden Menschen gebe, die als nicht weiter erklärungsbedürftiger Bestandteil der menschlichen Natur als gegeben vorauszusetzen ist. Mit anderen Worten: Kriminalität ist nichts Erklärungsbedürftiges, was mit feingeschliffenen Theorien über soziale oder sonstige Ursachen erläutert werden müsste; ein Krimineller schlummert vielmehr in jedem Menschen, jederzeit und überall. Die Frage ist: Warum entlädt sich dieses kriminelle Potential unter bestimmten Bedingungen, zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Räumen und ohne diese Umstände nicht?³⁹²

Diese Frage kann konkret unterschiedlich beantwortet werden:

- *Lückenhafte Kontrolle*: Kriminelle Sogwirkung in bestimmte Räume kann sich zum einen daraus ergeben, dass hier keine hinderlichen Kontrollmechanismen vorhanden sind.³⁹³ Soziale Kontrolle kann auf unterschiedliche Weise ausgeübt werden: formell durch die Gesamtheit der Ordnungsorgane des Staates, wie Polizei oder Gerichte; informell zum Beispiel dadurch, dass die Bevölkerung eines bestimmten Gebietes selbst darauf achtet, dass sozial erwünschte Verhaltensweisen und Regeln eingehalten werden, und deren Überschreitung mit gesellschaftlicher Ächtung bestraft. Beide Faktoren erweisen sich als Hindernisse für die Begehung von Straftaten, da sie eine Gefahr zu deren Entdeckung und Ahndung darstellen. Unter normalen Umständen sind diese Kontrollmechanismen stark genug, um kriminelles Verhalten zu verhindern oder doch wenigstens stark zu begrenzen. Geht jedoch in einer spezifischen Umgebung diese Fähigkeit zur Erzwingung sozialer Konformität durch Kontrollinstanzen verloren,

³⁹¹ Vergl. dazu grundlegend Garland, D.: "The Culture of Control. Crime and Societal Order in Contemporary Society", Chicago, 2001, besonders Kapitel 11. Ferner Clarke, Ronald: "Seven misconceptions of situational crime prevention", in: Tilley, N. (Hg.): "Handbook of Crime Prevention and Community Safety", Portland, 2005.

³⁹² Vergl. dazu Felson, M.: "Crime and Everyday Life. Insight and Implications for Society", Thousands Oaks, 1994.

³⁹³ Vergl. zum Folg. Danwitz, K.-St. von, a.a.O., S.45 ff.

verliert auch das Individuum sozusagen den moralischen Halt: Der Wegfall sozialer Konventionen erzeugt Anarchie; Regellosigkeit mündet in Kriminalität. Dass ein bestimmtes Gebiet über mangelnde Kontrollmechanismen verfügt, ist mitunter allein schon durch sein äußeres Erscheinungsbild erkennbar:³⁹⁴ Ein Verfall des öffentlichen Raumes lässt das Individuum darauf schließen, dass Behörden wie Bewohner des Gebiets sich nicht um es kümmern und dementsprechend seinem Zustand indifferent gegenüberstehen. „Broken Windows“, zerstörte oder beschädigte Gebäude und öffentliche Infrastruktur, Vandalismus und Unordnung sind aus dieser Sicht optische Signale für den Zusammenbruch der sozialen Kontrolle, die dem stets latent kriminalitätsbereiten Individuum zu verstehen geben, dass hier nicht mit Sanktionen für abweichendes Verhalten zu rechnen ist. In der Konsequenz häuft sich hier dementsprechend die Kriminalität. Dadurch verstärkt sich der Verfall des Raumes zusätzlich, wodurch eine Abwärtsspirale entsteht.

- *Rationale Entscheidung*: Offenkundig spielt bei dieser Argumentation nicht allein die allgemeine Verfassung eines Raumes eine Rolle für die Ansammlung von Kriminalität an bestimmten Orten, sondern auch deren Wahrnehmung und Deutung durch das Individuum. Gesetzt den Fall, ein latent kriminalitätsbereiter Mensch betritt einen solchen Ort: Welche Mechanismen und Kalküle, die zur Begehung einer Straftat führen, laufen auf der kognitiven Ebene dieses Individuums ab und wie lassen sie sich theoretisch umschreiben?

Eine der einflussreichsten Makrotheorien zur Erklärung menschlichen Verhaltens in Entscheidungssituationen ist das Paradigma der Rationalen Wahl („*Rational Choice*“).³⁹⁵ Ursprünglich aus der Ökonomie entlehnt, postuliert diese Handlungstheorie als zentrales Merkmal menschlicher Aktionen deren Ausrichtung auf die vernünftige Maximierung des eigenen, individuellen Nutzens. Innerhalb einer marktförmig organisierten Wirtschaft verfolgen demnach die Marktteilnehmer das Ziel, mit geringstem Aufwand eigener Ressourcen

³⁹⁴ Vergl. zum Folg. ebd., S. 32 ff.

³⁹⁵ Vergl. dazu und zum Folg. grundlegend Becker, G.: „Crime and Punishment: An Economic Approach“, in: Journal of Political Economy, 1968 (76(2)), S. 169 ff.

(wie etwa Vermögen, Waren oder Arbeitskraft) den höchsten Ertrag zu erzielen (also möglichst hohe Zinsen, Verkaufserlöse, Löhne). Dieser „*Homo Oeconomicus*“ agiert aus Eigeninteresse, vernünftig und nutzenmaximierend zur Erreichung seiner Ziele und bezieht dabei mögliche Gefährdungen in seine Entscheidungsfindung ein. Da sich dieses Modell der klassischen Volkswirtschaftslehre zur Reduktion und Veranschaulichung komplexer sozialer Vorgänge gut eignet, hat es als Analyserahmen Eingang in zahlreiche andere Wissenschaftsgebiete gefunden, unter anderem in die Kriminologie.

Hier wird folgende Annahme aufgestellt: Kriminalität ist eine Frage rationalen Wahlverhaltens. Eine Straftat wird dann begangen, wenn der Täter zu dem Schluss gelangt, dass sie der günstigste Weg zur Erreichung eines Zieles ist. Dabei bezieht er alle möglichen Faktoren und Informationen in seine Saldierung ein: Der durch die Straftat potentiell erreichbare subjektive Gewinn wird abgewogen gegen die Mühen oder Aufwendungen, die zu ihrer Verwirklichung notwendig sind, und gegen die Gefahr der Entdeckung und strafrechtlichen Sanktion.³⁹⁶ Es ist zum Beispiel auch in der Lebenswirklichkeit relativ unwahrscheinlich, dass ein Straftäter in eine videoüberwachte, mit Fenstergittern versehene und durch Aufsichtspersonal geschützte Villa einbricht, wenn er dort als Lohn seiner Mühen lediglich geringwertigen Hausrat erbeuten kann. Darf er hingegen auf wertvollen Schmuck oder Bargeld hoffen, wird er dazu eher bereit sein, um so mehr, wenn das Objekt aus welchen Gründen auch immer zufällig ungeschützt sein sollte.

Überträgt man diese Argumentation in einen kriminalgeographischen Analyserahmen, gelangt man zu der Annahme, dass bestimmte Räume deswegen zu Kriminalitätsschwerpunkten werden, weil hier per Saldo ein Verbrechen besonders kostengünstig oder gewinnträchtig zu begehen ist.³⁹⁷ Dies kann zum Beispiel darauf zurückzuführen sein, dass hier bestimmte hochwertige und für Kriminelle interessante Objekte konzentriert sind, oder aber darauf, dass, wie oben angedeutet, keine

³⁹⁶ Vergl. Hopkins Burke, R., a.a.O., S. 46 ff., sowie Cohen, S. & Felson, M. (1979): „Social Change and Crime: A Routine Activity Approach“, in: *American Sociological Review* 1979 (44): S. 588 ff.

³⁹⁷ Vergl. Danwitz, K.-St. von, a.a.O., S.49 f.

Kontrolle stattfindet und deswegen keine Sanktionen zu befürchten sind. Fällt beides zusammen, stellt dies geradezu eine Einladung zur Kriminalität dar; der entsprechende Raum, in dem die Hemmschwelle zur Begehung von Straftaten dann quasi nicht mehr existent ist, wird zu einer „*Attracting Area*“: einem Kriminelle magnetisch anziehenden Ort. Man begegnet diesem Problem am besten, indem man die Kosten für eine Straftat durch Repression und Abschreckung erhöht: Durch Wiederherstellung von Kontrolle, schärfere Strafen und bessere Absicherung von Kriminalitätsschwerpunkten kann die individuelle Entscheidungsfindung eines potentiellen Straftäters so manipuliert werden, dass eine Straftat unterbleibt.³⁹⁸

Bezüge zu Interpretationen des Zusammenhangs zwischen Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen sind hier offenkundig. Eines der entscheidenden Merkmale eines versagenden Staates besteht ja, wie bereits ausgeführt, darin, seine eigenen Gesetze nicht mehr durchsetzen zu können. Damit wird er zum potentiellen Einfallstor für alle möglichen sinistren Charaktere. Muss also die Verbindungslinie zwischen Staatsversagen und Dschihadismus so gezogen werden, dass ersteres zwar keine Ursache für letzteren ist, aber dafür eine Art Anziehungspunkt?

b.) Analyse anhand von Beispielen

Auch hier beginnt die Darstellung mit regierungsamtlichen Verlautbarungen und Dokumenten, und zwar mit dem *Weißbuch 2006*. Hier ist recht deutlich ein Leitmotiv erkennbar, eine Argumentationsfigur, welche Dschihadistischen Terrorismus in Bezug setzt zu gefährdeter oder verlorengegangener Ordnungsmacht des Staates. Zu Beginn wird festgestellt:

³⁹⁸ Vergl. Garland, D., a.a.O., ferner Clarke, Ronald, a.a.O., S. 63 f. sowie Newman, O.: „Defensible Space: Crime Prevention Through Urban Design“, New York, 1972.

„Deutschland [wird] zunehmend mit den Folgen innerstaatlicher und regionaler Konflikte, der Destabilisierung und des inneren Zerfalls von Staaten sowie der damit häufig einhergehenden Entstaatlichung von Gewalt konfrontiert.“³⁹⁹

Der Verlust dieser Kernfunktion des Staates, der Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols, wird dabei gedeutet als eine Begleiterscheinung der Globalisierung. Während die dadurch erreichte Liberalisierung des internationalen Handels und Informationsaustausches durchaus positiv gesehen wird, gibt es aber auch eine Kehrseite dieser neuen Freiheit: nämlich Aufweichung der staatlichen Kontrolle von Sicherheitsrisiken. Dadurch wachse die Gefahr einer *„...Illegale[n] Aneignung und des Missbrauchs von sensiblem Wissen, Technologien und neuen Fähigkeiten durch Staaten, nichtstaatliche Akteure, den internationalen Terrorismus oder organisierte Kriminalität.“⁴⁰⁰*

Durch das Unvermögen bestimmter Staaten, diesen Gefahren durch entschiedene Ordnungsmaßnahmen zu begegnen, entstehen nach dieser Interpretation rechtsfreie Räume, die von unkontrollierbaren, illegitimen Gewaltakteuren gefüllt werden:

„Die Erosion staatlicher Strukturen, der Zerfall ganzer Staaten und damit oft einhergehende Bürgerkriege ebenso wie das Entstehen von Gebieten, die sich außerhalb der internationalen Ordnung stellen, eröffnen Aktionsräume sowie Rückzugsgebiete für bewaffnete Gruppen und terroristische Organisationen. Sie fördern organisierte Kriminalität, Korruption, Menschenhandel und die Drogenökonomie.“⁴⁰¹

Als Beispiel für einen solchen gesetzlosen Raum, der von feindlich gesonnenen, nichtstaatlichen und terroristischen Organisationen übernommen wurde, wird Afghanistan unter dem Talibanregime explizit genannt.

Nach dieser Lesart ist Staatsschwäche vor allem gleichzusetzen mit Kontrollverlust und der Aufweichung des staatlichen Regimes über

³⁹⁹ Zit. Weißbuch 2006, a.a.O., S. 8.

⁴⁰⁰ Zit. ebd., S. 19.

⁴⁰¹ Zit. ebd., S. 21. Vergl. zum Folg. ebd., S. 22 f.

riskante Entwicklungen. Mangelnde staatliche Durchsetzungsfähigkeit ergibt in der Folge alle möglichen Gefahren, die nicht allein in den herrschaftsfreien Räumen selbst wirksam werden, sondern auch auf deren Nachbarschaft und latent auch bis Europa und Deutschland ausstrahlen. Das *Weißbuch* sieht Deutschland zum Beispiel durch „unkontrollierte Exporte konventioneller Waffen“ und „unkontrollierte Migration“ zumindest indirekt bedroht.

Diese mit anarchischen Zuständen einhergehenden Bedrohungen kontrastiert das *Weißbuch* mit dem „Europäischen Stabilitätsraum“, den es zu verteidigen gelte. Unter Bezug auf die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) definiert es das Scheitern von Staaten als Hauptbedrohung deutscher Sicherheit und als korrespondierendes strategisches Ziel die Errichtung einer funktionierenden „Weltordnung auf Grundlage eines wirksamen Multilateralismus“. ⁴⁰²

Aus der Sicht des Verteidigungsministeriums definiert man also die Fähigkeit zur nicht ausschließlich, aber vorwiegend territorialen Kontrolle als Kernmerkmal der Staatlichkeit und deren Verlust als Sicherheitsrisiko, da der entstehende Freiraum von Terroristen mit radikalreligiösem Hintergrund genutzt wird.

Dies ist offizielle Linie der Bundesregierung, welche dem Problem zerfallender Staaten mit einer „kooperativen Ordnungspolitik für das 21. Jahrhundert“ begegnen möchte. Der „Zerfall staatlicher Autorität“, unter anderem in Somalia und Afghanistan, ist ihrer Interpretation zufolge direktes Resultat schlechter Regierungsführung, von Demokratiemängeln und Rechtsverletzungen. ⁴⁰³

Das Auswärtige Amt konkretisiert im bereits erwähnten „Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, dass „terroristische Netzwerke ... wichtige (Mit-) Verursacher und Nutznießer von gewaltsamen Konflikten und Staatszerfall“ seien. ⁴⁰⁴

⁴⁰² Vergl. ebd., S. 42, zit. ebd.

⁴⁰³ Vergl. Antwort der Bundesregierung auf Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (Nr. 14/9623), 9.7.2002, Berlin.

⁴⁰⁴ Zit. „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, a.a.O., S. 30.

Es beschwört ferner besonders die Gefahr einer Aushöhlung internationaler Rechtsstandards:

„Rechtsetzung, Rechtsprechung und Durchsetzung des Rechtes bilden auch im internationalen Rahmen wesentliche Elemente des Instrumentariums zur friedlichen Austragung von Konflikten und deren Legitimität. Die Fortentwicklung des Völkervertrags- und Völkergewohnheitsrechts sowie die zunehmende Institutionalisierung der internationalen Gerichtsbarkeit sind sichtbarer Ausdruck des Willens der internationalen Gemeinschaft, die Herrschaft des Rechts auch in den internationalen Beziehungen durchzusetzen. Die Völkergemeinschaft ist allerdings noch weit von einem Regime entfernt, in dem die Durchsetzung der völkerrechtlichen Normen durch eine allgemein anerkannte internationale Gerichtsbarkeit umfassend gewährleistet ist.

Ferner muss gerade bei den mit Staatszerfall einhergehenden internen Konflikten eine bessere Respektierung des humanitären Völkerrechts durch die Konfliktparteien erreicht werden.“⁴⁰⁵

Interessanterweise wird hier die Thematik Staatszerfall verknüpft mit einer ausbleibenden Rechtssetzungsfähigkeit bzw. Rechtsdurchsetzungsfähigkeit. Staatszerfall ist dieser Sichtweise zufolge ein Problem der internationalen Ordnung und des internationalen Rechts, das unter den derzeitigen Bedingungen nicht zureichend zur Geltung gebracht werden kann, da keine Mittel und Institutionen zu deren kollektiver Erzwingung vorhanden sind. Die Errichtung eines globalen Gewaltmonopols und globaler Kontrolle sind *„Herausforderungen [zu deren Lösung die Staaten der Welt] mehr denn je auch zu einer globalen partnerschaftlichen Lenkung (global governance) zusammenfinden müssen.“⁴⁰⁶*

Objekt einer solchen globalen Regierungsführung zur Behauptung von Rechtsstandards sind zum Beispiel gefährliche Waffensysteme:

⁴⁰⁵ Zit. ebd., S. 28.

⁴⁰⁶ Zit. ebd., S. 20.

*„Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen (MVW) stellt eine Bedrohung aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft dar, der sie sich stellen muss. Dabei stehen im Mittelpunkt: Durchsetzung der Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen, Stärkung multilateraler Übereinkünfte, Ausbau von Exportkontrollen, Ausbau der internationalen Zusammenarbeit und Vertiefung des politischen Dialogs mit Drittländern.“*⁴⁰⁷

Im Mittelpunkt dieser Argumentationen stehen folglich die Gefahren, die eine mangelnde Fähigkeit des Staates, Ordnung und Gesetze durchzusetzen, mit sich bringen: Vorwiegend ist dies mangelnde Kontrolle von staatsfeindlichen Akteuren, gegen deren Widerstand Recht und Überwachung mit Zwangsmaßnahmen ertrotzt werden müssen, und, des Weiteren, das Unvermögen, pazifizierend zu wirken und Krisen und Gewalt zu unterbinden. Solange das Versagen einzelner Staaten in diesem Feld nicht durch internationale Organe aufgefangen werden kann, sind rechtsfreie Räume zu befürchten, von denen auch Dschihadistische Terroristen direkt profitieren.

In die politische Rhetorik hat diese Vorstellung durchaus Eingang gefunden. Das titelgebende Gleichnis, welches versagende Staatlichkeit mit einem „Schwarzen Loch“ vergleicht, stammt zwar aus dem Munde des damaligen Bundesaußenministers Joschka Fischer⁴⁰⁸, machte aber wohl aufgrund seiner Farbigkeit und Suggestionskraft eine gewisse Karriere. Der damalige Staatsminister im Auswärtigen Amt, Ludger Vollmer, zitierte Fischer während eines Redebeitrags auf dem Außenministertreffen des *Asia-Europe Meeting (ASEM)* in Madrid im Juni 2002:

„Um die neuen Herausforderungen zu bewältigen, braucht es mehr als den Einsatz von Polizei und Militär. Es braucht eine langfristig angelegte politische und wirtschaftliche Strategie, die sich gerade mit den vergessenen Konflikten, fehlgeschlagenen Staaten, den falling states, schwarzen Löchern der Ordnungslosigkeit auf unserem Planeten

⁴⁰⁷ Zit. ebd., S. 16.

⁴⁰⁸ Diese Formulierung benutzte Bundesaußenminister Joseph Fischer in einer Ansprache an die UN-Generalversammlung am 12. November 2002, vergl. Schneckener, U.: Transnationale Terroristen als Profiteure, a.a.O., S. 7.

*befasst. Einen Staat neu aufzubauen, Nation-Building, wird für uns zu einer strategischen Aufgabe werden. Hierzu hat Europa, hat auch Deutschland einen wichtigen Beitrag zu leisten.*⁴⁰⁹

Vollmer sprach hier zur „New International Security Situation“ und stellte das Sicherheitskonzept der Bundesregierung für Asien vor. Interessant ist, wie er hier Staatlichkeit mit Ordnung und Sicherheit gleichsetzt und deren Fehlschlagen als Ordnungslosigkeit interpretiert, die keinesfalls zugelassen werden darf.

Diese Terminologie wirkte sich auch auf die Sprache der politischen Konkurrenz prägend aus. Sogar Entwicklungspolitiker der CDU-Bundestagsfraktion übernahmen sie und die dahinter stehende Argumentation:

*„Der in einer zunehmenden Anzahl von Ländern zu beobachtende Prozess des Zerfalls der Staatlichkeit führt zu Zonen der Ordnungslosigkeit, die als Rückzugsräume für den Terrorismus ideal sind. Das Entstehen solcher Zonen der Ordnungslosigkeit zu verhindern, ist eine Aufgabe, die sich nicht nur der Entwicklungspolitik stellt. In Deutschland verfügen insbesondere die politischen Stiftungen über große Erfahrungen bei der entwicklungspolitischen Beratung. Der Einsatz der politischen Stiftungen - aber auch anderer Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit - kann dazu beitragen, die Herausbildung einer starken Zivilgesellschaft zu fördern, funktionierende Verwaltungen und Strafverfolgungssysteme in einem demokratisch-rechtsstaatlichen Rahmen zu entwickeln und damit die Zonen der Ordnungslosigkeit zurückzudrängen. [...] Dies bedeutet, dass Entwicklungspolitik spätestens seit dem 11. September als Teil einer neuen Weltordnungspolitik verstanden werden muss.“*⁴¹⁰

⁴⁰⁹ Zit. Vollmer, L.: „New International Security Situation“ - Plenarbeitrag von Staatsminister Vollmer beim 4. ASEM Außenministertreffen, Madrid, 7. Juni 2002. Websource: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=3254

⁴¹⁰ Zit. „Der 11. September 2001: Konsequenzen für Entwicklungspolitik und internationale Zusammenarbeit“, Beschluss des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU Deutschlands unter der Leitung von Armin Laschet MdB vom 09. Sep.2002, S.4.

Diese Passage entstammt einem Strategiepapier des Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik der CDU. Hier werden die Gefahren rechtsfreier Räume nicht nur konkret benannt (Rückzugsregion), sondern zugleich auch die Aufgaben der Entwicklungspolitik entsprechend hergeleitet. Diese hat primär die Aufgabe, die Fähigkeit des Staates zur Ordnungspolitik (eigentlich ein Konzept der Volkswirtschaftslehre) zu stärken. Zwar erfolgt auch in diesem Papier ein Hinweis auf strukturelle Ursachen des Terrorismus in Form von Armut und Unterentwicklung, die es ebenfalls zu bekämpfen gelte, doch nimmt die Argumentation im obigen Stil viel breiteren Raum ein und bestimmt so dessen Akzent nachhaltig.⁴¹¹

Die Sicht der Innen- und Sicherheitspolitiker der Partei schildert Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble folgendermaßen:

„Die engere Verflechtung und die neue Offenheit der Welt, von der wir gerade in Deutschland überwiegend profitieren, macht es notwendig, dass wir enger international zusammenarbeiten, weil wir in vieler Hinsicht nur gemeinsam Probleme lösen können. Heute sind die Schauplätze der Welt mit ihren unterschiedlichen Entwicklungsstufen viel stärker miteinander verwoben als früher: Moderne Massenkommunikation, allen voran das Internet, und weltweite Mobilität der Menschen führen zu einem permanenten Austausch und zu einer immer dichteren Vernetzung der Bevölkerung und der weltweiten Infrastruktur. Je enger die Verflechtungen werden, umso schneller und unmittelbarer wirkt sich das, was ganz woanders auf der Welt passiert, bei uns aus. Und so müssen wir auch die Sicherheit unseres Landes mit Blick auf weltweite Entwicklungen sehen und gestalten. Die globalisierte, vernetzte und mobile Welt zwingt uns geradezu – sicherheitspolitisch, aber auch darüber hinaus –, die Auflösung des Gegensatzes von innen und außen nicht nur zu reflektieren, sondern auch darauf zu reagieren.

⁴¹¹ Vergl. ebd.

Staatliche Souveränität kann die Sicherheitsgewährleistung schon lange nicht mehr vollständig erfüllen. Die neuen Bedrohungen, von failing states bis zu asymmetrischer Kriegsführung, gehören zu den großen sicherheitspolitischen Herausforderungen unseres Jahrhunderts. Wir haben nicht nur weltweit vielfältige Krisen und Konflikte, das Konfliktgeschehen wird zunehmend auch von Bürgerkriegen, von selbsternannten Warlords, Guerilla-Kämpfern, regionalen und privaten Kriegsherren bestimmt. Dabei mischt sich zunehmend auch Organisierte Kriminalität und internationaler Terrorismus. Gewaltanwendung in großem Stil ist zu einer Dienstleistung geworden, für die es Märkte gibt.

Im Grunde ist das nicht neu, sondern eher ein Rückfall vor die Zeit des Westfälischen Friedens, in dessen Folge sich das staatliche Gewaltmonopol etablierte. Damals war es gelungen, den Staat als obersten Hüter von Sicherheit und Ordnung zu etablieren und die konfessionellen Bürgerkriege des 16. und 17. Jahrhunderts zu beenden. In der Folge haben sich unsere traditionellen, klassischen Bezüge entwickelt, auch die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Heute sind die Bedrohungen unübersichtlicher und damit schwerer berechen- und kontrollierbar. Die weltweiten Spannungen und Konflikte sind die Basis für terroristische Entwicklungen, die sich auch bei uns entladen können.“⁴¹²

Hieraus kann so etwas wie eine Quintessenz dieser Linie sicherheitspolitischer Problemwahrnehmung gewonnen werden: Staatsversagen ist ein tödliches zivilisatorisches Rezidiv, das alle Errungenschaften der Moderne gefährdet: Ordnung, Sicherheit und Stabilität gehen zusammen mit der Kontroll- und Durchsetzungsfähigkeit des Staates verloren, während die Globalisierung dazu führt, dass dieser Verlust in seinen Konsequenzen nicht lokal begrenzt bleibt, sondern alle trifft. Umstürzenden Dominosteinen gleich droht als schleichender, schrittweiser Prozess das Abgleiten in eine anarchische, brutalisierte

⁴¹² Zit. Schäuble, W.: „Sicherheit in der global vernetzten Welt“, Rede zur Vortragsreihe zur "Deutschen und Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik", Hamburg, 2.6.2009. Websource:http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Reden/DE/2009/06/bm_uni_bw.html?nn=109576

Welt, wie sie als nationales Trauma des Dreißigjährigen Krieges im deutschen Geschichtsbewusstsein verankert ist. Die neuen Sicherheitsrisiken sind letztlich alte Bekannte.

Auch bei den Medien erfreut sich dieses Kommunikationsmuster wahrscheinlich aufgrund seiner Griffigkeit augenscheinlich einer gewissen Beliebtheit. Besonders häufig wird dabei vor dem Hintergrund aktueller, als negativ bewerteter Ereignisse einem Krisengebiet oder geschwächten Staat attestiert, er „versinke ins Chaos“, oder sei „ein Pulverfass“. Auch hier wird demnach implizit eine Kontrastierung von Ordnung und Unordnung, von Kontrolle und Regellosigkeit vorgenommen. Dazu einige Beispiele:

- Am 15. Mai 2009 titelte die *„Süddeutsche Zeitung“*: „Pakistan im Chaos – Steinmeier warnt vor humanitärer Katastrophe“ und präzisiert im Untertitel: „Tausende Flüchtlinge, Kämpfe mit den Taliban: Pakistan kommt nicht zur Ruhe.“⁴¹³

- Einen Bericht zu Wahlfälschungsvorwürfen anlässlich der afghanischen Präsidentschaftswahlen überschrieb die *„Rheinische Post“* am 15. September 2009 mit „Chaos-Wahlen in Afghanistan“.⁴¹⁴

- Die *„Bild“*-Zeitung berichtete bereits im August 2008 unter dem Titel *„Atombomben - Hass auf den Westen - Islamisten drängen an die Macht. Pakistan: Das Pulverfass, das die Welt bedroht“*. Konkret sei das Land **„DAS ZENTRUM DER GEFÄHRLICHSTEN REGION DER WELT.“**⁴¹⁵

⁴¹³ Zit. „Pakistan im Chaos – Steinmeier warnt vor humanitärer Katastrophe“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15.5.2009.

⁴¹⁴ Vergl. „Chaos-Wahlen in Afghanistan. In 2500 Wahllokalen wird neu ausgezählt“, in: Rheinische Post vom 15.09.2009.

⁴¹⁵ Zit. „Pakistan: Land kurz vor dem Chaos“, 19.8.2008, Webservice: <http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/08/19/pulverfass-pakistan/wird-ashfaq-kayani-neuer-praesident.html>, Hervorhebungen im Original.

- Der „*FOCUS*“ stellte eine Reportage über die Piraterie in ostafrikanischen Gewässern und die undurchsichtigen Machtverhältnisse und Bürgerkriege am Horn von Afrika unter die Einleitung: „Chaos-Gebiet Somalia: Piraten kapern UN-Hilfsschiff“.⁴¹⁶
- Das Online-Angebot der „*Tagesschau*“ bietet dem Leser eine Hintergrundrecherche über Touristenentführungen und terroristische Aktivitäten im Süden der Arabischen Halbinsel an. Ihr Titel: „Der Jemen: Armenhaus und Pulverfass“.⁴¹⁷
- Die weltwirtschaftlichen Gefahren im Falle eines Übergreifens der Zustände im Jemen auf Saudi-Arabien analysiert das „*Handelsblatt*“: „Die Saudis auf dem Pulverfass.“⁴¹⁸

Eine derartige Beliebtheit dieser Figur in der Metaphorik auch seriöser (Print)medien wirkt in dieser geballten Form besonders stark auf die Meinungsbildung der Leserschaft. Auffällig ist deren krasse Form und unterschwellige Bedrohungsgefühle auslösende Bildhaftigkeit. Die „Chaos-Metapher“ (Ulrich Schneckener) ist weit verbreitet.

Etwas weiter oben wurde eine Analyse Wolfgang Schäubles dahingehend bilanziert, dass aus seiner Sicht die nur scheinbar neuen Sicherheitsrisiken im Grunde die „schwankenden Gestalten“ der Vergangenheit seien. Auf welchen wissenschaftlichen Theorien fußt diese Einschätzung?

Als einer der einflussreichsten deutschen Vordenker über den Zusammenhang zwischen der Auflösung staatlicher Ordnungsstrukturen, Terrorismus und Gewalt und dem dadurch drohenden Rückfall in vorzivilisatorische Zeiten darf Herfried Münkler gelten.⁴¹⁹ Bereits 2002, unmittelbar nach den Anschlägen von New York und Washington, widmete er eine komplette Monographie diesem Gedanken. Im historischen Langzeitvergleich erweist sich nach seiner

⁴¹⁶ Vergl. „Chaos-Gebiet Somalia“, in: Der FOCUS vom 13.10.2005.

⁴¹⁷ Vergl. Webservice: <http://www.tagesschau.de/ausland/hgjemen100.html>

⁴¹⁸ Zit. „Jemen. Die Saudis auf dem Pulverfass“, in: Handelsblatt vom 22.9.2009.

⁴¹⁹ Vergl. zum Folg. Münkler, H., Neue Kriege, a.a.O., S. 59 ff.

Sicht, dass die geeignetste „Vergleichsfolie“ für die „Neuen Kriege“ der Dreißigjährige Krieg sei.

Die historisch einmalige zivilisatorische Leistung des modernen Staates habe darin bestanden, Gewalt wirksam zu begrenzen. Dieser Kontrollmechanismus habe sich aufgrund der Erfahrungen des Dreißigjährigen Krieges entwickelt, funktioniere aber nur, wenn der Staat faktische Kontrolle über Territorium, Gewaltmonopol und Rechtsetzung ausüben kann.

„[...] Dort, wo eine stabile Staatsbildung stattgefunden hat, wie in Westeuropa und Nordamerika, [haben sich] Zonen eines dauerhaften Friedens [entwickelt], während vor allem in den Zerfallsgebieten der großen Reiche der Krieg endemisch geworden ist. Zwar sind auch dort Staaten entstanden [...], aber sie haben sich in ihrer überwiegenden Mehrzahl als schwach und kaum belastungsfähig erwiesen. Es ist hier nicht zu einer ähnlich robusten Staatlichkeit gekommen wie in Europa. Inzwischen kann es keinen Zweifel mehr daran geben, dass die vielen Staatsbildungsprozesse in der Dritten Welt sowie an der Peripherie der Ersten und Zweiten Welt gescheitert sind.“⁴²⁰

Die Belastung dieser fragilen Gebilde durch die Globalisierung erlaubte das „Kapern“ der Staatsgewalt durch Söldnerführer. Gegen die durch Entstaatlichung der Gewalt drohenden, ausgreifenden Konflikte sieht Münkler den Westen in Handlungspflicht: „Interventionserfordernis zum Schutz von Menschenrechten und zur Beendigung von Bürgerkriegen“.⁴²¹

Münklers Bedeutung und Prägekraft zur wissenschaftlichen und öffentlichen Debatte über den gesamten Themenkomplex kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. 2005 veröffentlichte er eine umfangreiche Studie, welche die derzeitigen Auseinandersetzungen zwischen staatlicher Ordnungsmacht und substaatlichen Gewaltakteuren ideengeschichtlich als neuzeitliche Fortsetzung des Kampfs zwischen der pazifizierenden und zivilisierenden Macht großer historischer Reichsverbände wie dem Römischen Reich und destruktiven,

⁴²⁰ Zit. ebd., S. 16.

⁴²¹ Vergl. ebd., S. 222.

barbarischen Oppositionellen außerhalb deren Kontrollbereichs einordnet.⁴²²

Den letztgenannten Gedanken, dem Westen eine Aufgabe als Weltordnungsmacht zur Durchsetzung von Rechtsstandards und Gewaltkontrolle zuzubilligen, substantiiert besonders Tobias Debiel, welcher in Duisburg einen Lehrstuhl innehat und sich thematisch auf „Staatsversagen und Weltordnungspolitik“ konzentriert.

Der Verlust staatlicher Kontrollkompetenz ist auch aus Debiels Sicht ein Kernproblem: *„[Versagende Staaten] sind nicht oder nur bedingt in der Lage, ein legitimes Gewaltmonopol zu etablieren und ihre Bürger vor Gewalt zu schützen. Die politische Machtkontrolle ist defizitär, das Rechtswesen kaum existent.“*⁴²³

„Politische Priorität“ weist er deswegen zunächst der Entwaffnung nichtstaatlicher Gewaltakteure und der Kleinwaffenkontrolle zu, sodann einer „besseren Ausrüstung und einem besseren Training der Polizei“. Damit diese Stärkung sich nicht unmittelbar in erzwungene Freiheitsverluste durch eigenständig agierende Sicherheitsorgane übersetzt, benötige man ferner Menschenrechtsausbildung, Korruptionsbekämpfung und eine klare institutionelle und rechtliche Trennung der Zuständigkeitsbereiche von Justiz, Militär und Polizeien. Die Justizorgane als „Institutionen der verregelten Konfliktaustragung“ müssten gestärkt werden.⁴²⁴

Doch was, wenn ein solches Handlungsprogramm am Widerstand lokaler, korrupter Politiker und Eliten scheitert? Debiel sieht die zentrale Legitimation für ein in solchen Fällen unerlässliches Eingreifen der Staatengemeinschaft weniger in den potentiellen Gefahren, die dieser von versagender Staatlichkeit drohen, sondern findet den Ansatzpunkt

⁴²² Vergl. Münkler, H.: „Imperien“, Berlin, 2005, besonders Kapitel 4.

⁴²³ Zit. Debiel, T.: „Was tun mit fragilen Staaten? Ansatzpunkte für die Entwicklungspolitik“, in: Weiss, St./ Schmierer, J. (Hg.): „Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung“, Wiesbaden, 2007, S.340.

⁴²⁴ Vergl. ebd., S. 348 ff.

bei individueller menschlicher Sicherheit: eine Sicht, die „das Individuum zum wichtigsten Referenzpunkt staatlichen Handelns macht. Es geht [...] um nichts weniger, als das herkömmliche Verständnis von [staatlicher Souveränität] als Abwehrrecht [...] hin zu einem Verständnis von Souveränität als Pflicht zu einem Sozialkontrakt zwischen Staaten und Bürgern zu definieren. Ist der Staat nicht mehr in der Lage, seine Bürger vor größten Gefahren zu schützen, oder gefährdet er selbst die ‚menschliche Sicherheit‘, so geht die Verpflichtung an die internationale Gemeinschaft über.“⁴²⁵

Die Kompetenz zur Weltordnungspolitik, die im Notfall mit autoritären Mitteln in nominell unabhängige, aber versagende Staaten hineinregieren darf, ergibt sich bei Debiel im Unterschied zu den vorgenannten Positionen also weniger aus den Gefahren einer Ausbreitung des Staatsversagens oder seinen indirekten Folgen für die Weltgemeinschaft, sondern aus deren „Responsibility to Protect“, also Menschenrechte und individuelle Sicherheit universell zu gewährleisten. Dennoch gelangt er mit diesem normativen Argument zum identischen Ergebnis: Der Westen darf nicht nur, er muss Ordnung auf internationaler Ebene erzwingen.

Ulrich Schneckener hingegen vertritt wiederum die Ansicht, Interventionen in versagenden Staaten seien keine Pflicht, sondern primär ein Schutzrecht der Staatengemeinschaft, um die von ihnen ausgehenden Risiken, besonders Terrorismus, zu bekämpfen. Es gelte, den „notwendigen Verfolgungsdruck durch den Einsatz von polizeilichen, strafrechtlichen und militärischen Zwangsmaßnahmen“ mit breit angelegter Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung zu kombinieren, um „gewaltbereite Extremisten in Gesellschaften bzw. Subkulturen zu isolieren und mittelfristig unschädlich zu machen.“⁴²⁶ Schneckener definiert die Aufgabe einer externen Ordnungspolitik in versagenden Staaten demnach im Gegensatz zu Debiel als primär interessengeleitete „Counterinsurgency“-Maßnahme zur Unterdrückung oppositioneller Kräfte.

⁴²⁵ Zit. ebd., S. 357.

⁴²⁶ Zit. Schneckener, U., Transnationaler Terrorismus, a.a.O., S. 249.

„Aus Sicht struktureller Terrorismusbekämpfung sollten sich state-building-Maßnahmen auf folgende Bereiche konzentrieren: - Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols und Reformen im Sicherheitssektor, um den staatlichen Sicherheitsapparat in die Lage zu versetzen, eine effektivere Kontrolle über das Staatsgebiet ausüben zu können. [...] Dazu zählt [...] eine Professionalisierung von Polizei- und Sicherheitskräften. [...] – Stärkung von Justiz und Rechtsstaat, um [...] die Rechtsdurchsetzung zu gewährleisten, um etwa gegen gewaltverherrlichende bzw. gewaltbereite Kräfte konsequent, aber in angemessener Weise vorzugehen.“⁴²⁷

Kombiniert mit Maßnahmen in anderen Bereichen wie Institutionen, Wirtschaft und Verwaltungsreformen ergebe das die *„Bausteine einer globalen Ordnungs- und Strukturpolitik, die [...] dringend benötigt werden, um langfristig Ursachen von Terrorismus und Gewalt zu bekämpfen.“⁴²⁸* Zu deren Durchsetzung brauche es gestärkte *„Internationale Normen und Regimes“*. Daneben sieht Schneckener Möglichkeiten zu einer eher ad-hoc angelegten, *„Operativen Terrorismusbekämpfung“*, die sich mit kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen spezifischen Gefahren terroristischer Aktivitäten in versagenden Staaten annehmen kann. Konkret sei dies überwiegend der Aufbau von Kontrollmechanismen: Grenzkontrollen, Verbot radikaler Organisationen und Unterstützernetzwerke, geheimdienstliche Aufklärung, Internetkontrollen und Überwachung von Finanztransaktionen.⁴²⁹

Den Ansatz, terroristische Gefahren aus versagenden Staaten durch verschärfte Kontrolle und Intervention zu begegnen, teilen schließlich auch führende deutsche Terrorismusforscher:

„Fast alle mutmaßlichen Terroristen, gegen die z.B. in Deutschland Gerichtsverfahren durchgeführt wurden, genossen in den 1990er Jahren eine Ausbildung in Trainingslagern der Al-Qaida in Afghanistan. Daher war es nach dem 11. September 2001 nicht nur angezeigt, diese Lager

⁴²⁷ Zit. ebd., S. 226 f., vergl. zum Folg. ebd.

⁴²⁸ Zit. ebd., S. 224.

⁴²⁹ Vergl. ebd., S. 200.

*physisch zu zerstören, sondern auch dafür zu sorgen, dass sich entsprechende Strukturen nicht mehr etablieren können. [...] Es ist wichtig, mit dem ISAF-Einsatz eine innere Sicherheit in Afghanistan herzustellen und zu bewahren, die die Ausbreitung von Gruppierungen wie der Taliban und der al-Qaida nicht ermöglicht.*⁴³⁰

Auf internationaler Ebene sind diese Sichtweisen, die die Problematik von Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus in Kategorien von mangelnder Kontrolle und Rechtsdurchsetzung beschreiben, durchaus anschlussfähig.

So geht eine einflussreiche Strömung der angelsächsischen Terrorismusforschung davon aus, dass terroristische Aktivitäten eine kontinuierliche Erfüllung spezifischer Erfordernisse benötigen (z.B. Zugang zu Waffen, Geld und sympathisierenden Massenmedien) und dies am leichtesten in versagenden Staaten zu gewährleisten sei, deren Regierungen entweder machtlos sind oder ggf. sogar dabei kooperieren.⁴³¹

Die politische Programmatik hat sich dem vergleichsweise früh angenommen. Das vielleicht prägendste Dokument für die westliche Anti-Terrorpolitik der 2000er Jahre ist die *National Security Strategy of the United States* (NSS) 2002⁴³², Grundpfeiler der später so bezeichneten „*Bush-Doktrin*“. Sie ist Produkt der neokonservativen Agenda, im Rahmen eines „*New American Century*“ die globale Vorherrschaft der Vereinigten Staaten nach Ende des Kalten Krieges dauerhaft abzusichern. Die hauptsächlichen Gefahren dafür sieht die NSS in asymmetrischer Kriegsführung und Terrorismus, die von versagenden Staaten unter der Führung autoritärer, undemokratischer, fundamentalistischer und erratischer Politiker ausgehen. Diese „*Schurkenstaaten*“ („*rogue states*“), für die Afghanistan unter den Taliban

⁴³⁰ Zit. Dietl, W., et al., a.a.O., S.316 f. Der Autor dankt Herrn Dr. Kai Hirrschmann außerdem für zahlreiche mündliche Hinweise zu diesem Themenkomplex.

⁴³¹ Vergl. Smelser, N.: „*The Faces of Terrorism*“, Princeton, 2007, S. 41 ff.

⁴³² Vergl. White House, (Hg.): „*National Security Strategy (NSS) 2002*“, Washington D.C., 2002. Websource: <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss/2002/nss.pdf>

als idealtypisches Beispiel gelten könnte, unterstützen Terroristen und müssen deshalb von außen mit einer Mischung aus Gewalt und Reformen durch freundlich gesonnene, stabile, demokratische und marktwirtschaftliche Systeme ersetzt werden.⁴³³

Dieses Axiom und die Bereitschaft, „präemptiv“, d.h. noch vor dem Auftreten tatsächlicher Gefahren deren potentielle Quellen vorbeugend zu beseitigen, waren Leitprinzipien amerikanischer Sicherheits- und Antiterrorpolitik für wenigstens die erste Hälfte der laufenden Dekade.⁴³⁴ Der Grundgedanke, *“that America is now threatened less by conquering states than [...] by failing ones”* and *“ [...] that weak states, like Afghanistan, can pose as a great danger to our national interest as strong states”*⁴³⁵ ist in der NSS 2006 abermals bekräftigt worden.

Die US-Administration Bush entwickelte demnach eine Perspektive, aus der Staatsversagen vor allem als sicherheitspolitisches Problem als Resultat fehlender Weltordnungsmechanismen begriffen wurde, dem man mit vorbeugenden, zivil-militärisch herbeizuführenden „Systemwechseln“ in Problemstaaten begegnen müsse – notfalls auch unilateral und unter Einsatz des eigenen, überlegenen militärischen Potentials.⁴³⁶ Damit gab sie als Führungsmacht indirekt die Parameter westlicher Sicherheitspolitik auch über die Vereinigten Staaten hinaus maßgeblich vor.

Besonders Großbritannien schloss sich früh der amerikanischen Position an: Der damalige Außenminister Jack Straw bilanzierte den Standpunkt seiner Regierung folgendermaßen:

“In his most famous work Thomas Hobbes described a “state of nature” without order where “continual fear and danger of violent death”

⁴³³ Vergl. Henriksen, Th.: *“The Rise and Decline of Rogue States”*, in: *Journal of International Affairs*, Spring 2001, 54, No. 2.

⁴³⁴ Vergl. Abrahamsen, R.: *“A Breeding Ground for Terrorism? Africa & Britain’s ‘War on Terrorism’”*, in: *Review of African Political Economy* 31/102, S. 677ff.

⁴³⁵ Zit. NSS 2002, S. 1.

⁴³⁶ Vergl. Meertoens, H.: *„Die Doktrinen U.S.-amerikanischer Sicherheitspolitik - Völkerrechtliche Bewertung und ihr Einfluss auf das Völkerrecht“*, Baden-Baden, 2006.

rendered life “solitary, poor, nasty, brutish and short”. These words have contemporary resonance in countries such as Somalia [...] where the central authority of the state has collapsed [...]. Yet the events of September 11 devastatingly illustrated a more particular and direct reason for our concern. [...] The shocking events of that day were planned, plotted and directed by a group which exploited domestic chaos to commit the most heinous international crime. [...] I believe therefore that preventing states from failing and resuscitating those that fail is one of the strategic imperatives of our times. [...] The dreadful events of September 11th have given us a vision of a possible future. A future in which unspeakably evil acts are committed against us, coordinated from failed states in distant parts of the world. If we are to avoid a recurrence, then international action to prevent state failure is a challenge for today and for the ages.”⁴³⁷

Hier wird der Ansatz, externe terroristische Bedrohungen durch Ordnungsdurchsetzung zu beenden, bereitwillig akzeptiert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass eine Linie der deutschen sicherheitspolitischen Diskurse Dschihadistischen Terrorismus als Folge von Staatsversagen bei der Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols und der Herrschaft des Rechts als Kernproblem definiert. Sie argumentiert damit nach der Logik der eingangs erläuterten kriminalgeographischen Theorien über das räumliche Zusammenspiel von Kriminalität und Dichte bzw. Abwesenheit der staatlichen Kontrolle. Sie ist stark beeinflusst von entsprechenden internationalen Diskussionen.

⁴³⁷ Zit. Straw, J.: “Failed and Failing States”, Rede von Foreign Secretary Jack Straw am European Research Institute, University of Birmingham, 2002. Websource: <http://www.eri.bham.ac.uk/events/jstraw060902.pdf>

c.) Akteure und Interessen

Auch an dieser Stelle folgt eine längere Betrachtung der wesentlichen institutionellen und gesellschaftlichen Akteure und deren jeweiliger Interessen: Wer äußert vor welchem Hintergrund die Ansicht, auf den Nexus Staatsversagen – Dschihadistischer Terrorismus sei vorwiegend mit Erhöhung staatlicher Kontrolle, also mit Repression statt mit internationaler „Sozialpolitik“ zur Behebung der für den Terrorismus vorgeblich ursächlichen sozioökonomischen Konflikte zu reagieren? Erinnern sollte man sich eingangs an den aus Max Webers Institutionen- und Bürokratietheorie hergeleiteten Lehrsatz, dass große, öffentliche und institutionalisierte Personenverbände, noch vor der Erfüllung ihrer eigentlichen satzungsgemäßen Aufgabe, stets ein überwölbendes Interesse verfolgen: die Sicherung des eigenen Fortbestands.⁴³⁸

Die Bundeswehr: Die derzeitige Einsatzdoktrin der deutschen Streitkräfte, beruhend auf dem „Erweiterten Sicherheitsbegriff“, ist, verglichen mit deren operativen und politischen Aufgabenstellungen vor 1989, eine fundamentale Revolution. Innerhalb von wenigen Jahren und nur unzureichend antizipiert, löste sich das sicherheitspolitische Paradigma des Kalten Krieges, die nuklear aufgerüstete Ost-West-Konfrontation, in nichts auf und hinterließ die Streitkräfte der NATO-Staaten in einer merkwürdig ambivalenten Lage: Einerseits war die Auseinandersetzung mit dem Warschauer Pakt zugunsten des Westens entschieden worden und damit der genuine Auftrag erfüllt, andererseits jedoch hatten sich die Streitkräfte in ihrer bisherigen Form damit überflüssig gemacht, da ihnen der Gegner abhanden gekommen war.⁴³⁹

Die Suche nach einer neuen Rolle und einer neuen Aufgabe fand vor einem gänzlich veränderten weltpolitischen und strategischen Hintergrund statt. Die Logik des Kalten Krieges hatte darin bestanden, den jeweils gegnerischen Machtblock durch konventionelle Streitkräfte

⁴³⁸ Vergl. Weber, M., a.a.O. sowie Gimmler, A.: „Institution und Individuum“, Frankfurt / Mn., 1998.

⁴³⁹ Vergl. Fleckenstein, B.: „50 Jahre Bundeswehr“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 21 / 2005. Siehe auch Hacke, Chr., a.a.O., S. 352 ff.

im Verbund mit nuklearen Zweitschlagskapazitäten von der Gewaltanwendung abzuschrecken. Die „*Mutual Assured Destruction*“, die einander glaubhaft demonstrierte Fähigkeit, sich wechselseitig vernichten zu können, wahrte das Gleichgewicht und einen wiewohl stets labilen Zustand der Abwesenheit von Gewalt, den als Frieden zu bezeichnen hingegen vermessen gewesen wäre.⁴⁴⁰ Dieses Kalkül war nunmehr hinfällig, da es keine Macht mehr gab, die zugleich willens und in der Lage gewesen wäre, den Westen ernsthaft zu bedrohen. Nicht nur die grundlegende Doktrin, die politische Zielsetzung westlicher Streitkräfte musste neu definiert werden, auch ihr Umfang und ihre Ausrüstung mussten neuen Herausforderungen angepasst werden. Die Bundeswehr war von diesen generellen makropolitischen Zustandsveränderungen hingegen ungleich schwerer betroffen als ihre Partnerarmeen innerhalb der NATO, und dies aus sowohl strukturell-technischen, außenpolitischen, ökonomischen wie psychologischen Gründen: Die alte Bundeswehr war wie wohl keine zweite Armee der NATO als nur innerhalb eines Bündnisses funktionsfähige Streitmacht ausgelegt: Ohne eigenen Generalstab und hinsichtlich der Bewaffnung auf das mitteleuropäische Kriegsszenario ausgerichtet. Die zwei wesentlichsten Kampfaufträge im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung mit dem Warschauer Pakt waren die Bekämpfung der angreifenden Westgruppe der Sowjetischen Armee in einer Serie von Panzerschlachten irgendwo in der Norddeutschen Tiefebene und die Verhinderung eines Ausbruchs der sowjetischen Baltischen Flotte aus der Ostsee. Daraus ergab sich technisch eine Art „Monokultur“, speziell angepasst an den Auftrag: ein überaus starker Anteil gepanzerter Landstreitkräfte und speziell auf Küstenkriegsführung ausgerüstete Seestreitkräfte mit jeweils unterstützender Luftwaffe. Diese Zusammensetzung war spätestens nach Abzug der sowjetischen Kontingente aus Ostdeutschland obsolet. Moderne Waffensysteme sind allerdings aufgrund ihrer Kosten und langen Entwicklungszeit auf Einsatzzeiträume von Jahrzehnten angelegt und deswegen nicht ohne weiteres bei wechselndem Kampfauftrag ersetz- oder modifizierbar.⁴⁴¹

⁴⁴⁰ Vergl. Steininger, R.: „Der Kalte Krieg“, Frankfurt / Mn., 2003.

⁴⁴¹ Vergl. Meiers, F.-J.: „Zur Transformation der Bundeswehr“, in: APuZ 21 / 2005. Siehe auch Bald, D.: „Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005“, München, 2007.

Durch den Zusammenbruch des östlichen Machtblocks konnte Deutschland außerdem in einem einmaligen Glücksmoment der Weltgeschichte seine Einheit in Freiheit zurückerlangen. Dies knüpfte sich allerdings an Bedingungen, unter anderem daran, die deutschen Streitkräfte in ihrem Umfang auf etwa 360.000 Mann zu begrenzen, um keine militärisch übermächtige Kraft in der Mitte Europas entstehen zu lassen.⁴⁴²

Dies führte in Verbindung mit den besonderen fiskalischen Folgen der Deutschen Einheit dazu, dass die Bundeswehr personell reduziert und zahlreiche Waffensysteme ausgemustert wurden, während zugleich die Verteidigungsausgaben dramatisch schrumpften, bis hin zu einem Zustand, in dem weite Teile der Streitkräfte als nur noch allenfalls beschränkt einsatzbereit gelten durften.

Auf das besondere psychologische Verhältnis Deutschlands zu militärischer Gewalt wurde oben bereits eingegangen. Die Bundeswehr entstand nach heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen und war lange Zeit von der Bevölkerung nur unter der Prämisse akzeptiert, dass sie als reine Abschreckungsarmee diene und gemäß der oben beschriebenen Logik des Kalten Krieges die Fähigkeit zu kämpfen nur demonstrierte, um nicht kämpfen zu müssen. Selbst dieser Kompromiss war brüchig, wie die erbitterten Kontroversen um die Nachrüstung Anfang der 80er Jahre bewiesen.

Im Gegensatz dazu besaßen verschiedene andere NATO-Armeen, teils herrührend aus kolonialer Tradition, die Fähigkeit zur globalen Machtprojektion auch außerhalb regulärer Konflikte mit der Sowjetunion, eine in Teilen dazu passende Ausrüstung, Ausbildung und Struktur, sowie eine nicht durch nationale Traumata gebrochene Beziehung zu ihren Bevölkerungen und geistigen Eliten.

Vor diesem einzigartig schwierigen Hintergrund vollzog die Bundeswehr in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine in der neueren deutschen Militärgeschichte einmalige Metamorphose hin zu einer global

⁴⁴² Vergl. Hanrieder, W., a.a.O., S. 25 ff. und S. 223 ff.

operationsfähigen Einsatzarmee nach dem Vorbild der ehemaligen Kolonialmächte: schlank, mobil, vergleichsweise leicht bewaffnet.

Die neue Zielsetzung ergab sich alsbald aus zwei überwiegend von außen auf die Bundesrepublik wirkenden Faktoren: den nach Ende der Starre des Kalten Krieges sich ausweitenden Zerfallskonflikten in Europa und Afrika und dem Wunsch der politischen Partner, sich an deren Bewältigung zu beteiligen.⁴⁴³ So kam es unter heftigsten innenpolitischen und verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen zur Beteiligung am Eingreifen internationaler Verbände in den Bürgerkriegen in Somalia und Ex-Jugoslawien. Den ersten echten Kriegseinsatz nach dem Zweiten Weltkrieg brachte die Teilnahme an der Befriedung des Kosovo-Konflikts 1999. Mit der Stationierung in Afghanistan und anderswo im Rahmen der Bekämpfung des Dschihadistischen Terrorismus ist dieser Prozess gleichsam an ein vorläufiges Ziel gelangt.⁴⁴⁴

Erst vor diesem historischen Hintergrund erschließt sich der derzeitige Stellenwert der Beschäftigung mit den Phänomenen des Terrorismus und des Staatsversagens für die deutschen Streitkräfte. Sie sind gleichsam zu deren „*raison d’être*“ geworden, zur eigentlichen Rechtfertigung ihres Daseins und ihrem zentralen Auftrag. Ähnlich wie die Entwicklungspolitik steht die Bundeswehr heute vor dem Problem, dass ihr Nutzen und ihr Auftrag sich nicht einfach ohne weiteres aus den axiomatischen Umständen einer weltpolitischen Makrokonstellation ergibt, sondern sorgsam begründet werden muss; begründet mit glaubhaftem Gewinnen für die Bundesrepublik, seien diese diplomatischer Einfluss, Sicherheit oder wirtschaftliche Chancen. Der bloße Verweis darauf, dass es zum Selbstverständnis souveräner Staaten gehört, sich selbst verteidigen zu können, ist wegen der offensichtlichen Abwesenheit einer direkten Bedrohung wenig überzeugend, um so mehr für eine Streitmacht, die traditionell die Sicherheit des eigenen Landes nur im Bündnis mit anderen gewährleisten konnte.

⁴⁴³ Vergl. ebd. sowie Hacke, Chr., a.a.O.

⁴⁴⁴ Vergl. Rauch, A.: „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, Baden-Baden, 2006.

Alternativaufgaben, die auch für die im Grunde eher antimilitärisch strukturierte deutsche Diskurslandschaft akzeptabel zu sein scheinen, sind unter solchen Bedingungen in der Tat globale Krisenbewältigungseinsätze: Da sie fast immer mit Mandat der Vereinten Nationen, multinational, als äußerstes Mittel und mit erheblichem Hilfsaufwand für die Zivilbevölkerung betrieben werden, sind sie mit den besonderen ethischen Restriktionen vereinbar, denen der Einsatz deutscher Soldaten in den Augen der deutschen Zivilbevölkerung unterliegt. Sie vermeiden allein schon durch diese Konstellation jeden Anklang an die Szenerie des Ersten und Zweiten Weltkriegs und ermöglichen eine militärische Selbstwahrnehmung, die sich aus altruistischen Hilfsleistungspflichten und nicht aus Interessendurchsetzungsabsichten herleitet: Die Einsatzdoktrin der Bundeswehr in Form des „Erweiterten Sicherheitsbegriffs“ verknüpft durchgängig Sicherheitsaspekte mit humanitären Problemlagen.⁴⁴⁵ Da auch die eigenen Auslandseinsatzerfahrungen der Bundeswehr bis 1990 sich im wesentlichen auf humanitäre Hilfsaktionen beschränkten, war dies auch aus rein praktischen und Erfahrungsgesichtspunkten der einzige Fixpunkt, der sich der Bundeswehr unter völlig gewandelten Rahmenbedingungen bot. Seit den Aktivitäten von Al-Qaida ist es zudem möglich, unter Verweis auf den Fall Afghanistan die potentiellen terroristischen Bedrohungen durch Destabilisierung von Staaten und humanitäre Problemlagen erheblich plastischer darzustellen.

Die Bundeswehr hat folglich in der Aufgabenstellung, diese Risiken durch Stabilisierungseinsätze zu neutralisieren, ihren neuen Kernauftrag und ihr neues Selbstverständnis gewonnen. Aus dieser Fixierung ergeben sich allerdings auch Problematiken. Eine prägende militärhistorische Traditionslinie für weltweites militärisches Engagement besteht in Deutschland nicht; die wenigen Kampferfahrungen, die deutsche Soldaten in Einsatzgebieten außerhalb Europas in den vergangenen einhundert Jahren machen konnten, fanden während des Ersten und Zweiten Weltkriegs statt und sind deshalb in den Augen einer grundlegend pazifistisch-defensiv denkenden Bevölkerungsmehrheit

⁴⁴⁵ Vergl. Clement, Rolf.: „Bürgerbundeswehr“, in: APuZ 21 / 2005. Siehe auch Dehéz, D. et al.: „Sicherheit und Entwicklung. Zur Kooperation zwischen Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit“, Berlin, Konrad-Adenauerstiftung, 2008, S. 13 und S. 16.

eher abschreckende Beispiele, denn Anknüpfungspunkte für ein neues militärisches Selbstbild der Bundesrepublik. Bereits marginale Beteiligung deutscher Soldaten an der Befriedung abgelegener Konfliktherde wie Somalia und die nur symbolische Präsenz während des, nicht einmal aktive Beteiligung am, Zweiten Golfkrieg, erregten heftiges Unbehagen.⁴⁴⁶ Zudem ist spätestens seit der gewaltsamen Befriedung des Kosovo deutlich geworden, dass Stabilisierungseinsätze keineswegs ohne Risiken sind und mit robustem Mandat, sprich, mit Aggressionsbereitschaft einhergehen müssen, da sie sonst nicht durchsetzungsfähig sind. Daraus folgt nicht nur ein hohes Risiko, sich in verlustreiche Regionalkonflikte zu verstricken, sondern auch eine Beschädigung des samariterartigen Selbstbildes. Auch Hilfe ist manchmal nur mit Gewalt dorthin zu bringen, wo sie benötigt wird.

Ferner ergibt sich, dass die Bundeswehr unter den heutigen Bedingungen stets eine prekäre Existenz führt, da sie ihre Daseinsberechtigung aus einer für die mit ihr ohnehin nur eingeschränkt sympathisierenden Zivilbevölkerung eher virtuellen Risikokonstellation herleiten muss: Die verständnislosen bis ironischen Reaktionen auf Peter Strucks berühmtes Diktum, dass Deutschland auch am Hindukush verteidigt werde⁴⁴⁷, verdeutlichen, dass die dahinterstehende präemptive Logik, nämlich, dass die Bundesrepublik vor sie potentiell betreffenden Risiken an deren Entstehungsorten präventiv zu schützen sei, zu abstrakt ist, um von einer Bevölkerungsmehrheit akzeptiert zu werden.⁴⁴⁸ Fiskalische Schwierigkeiten, ökonomische Engpässe und Arbeitslosigkeit führen in der alternden deutschen Gesellschaft außerdem zu einer hohen Bereitschaft, die nüchterne Frage nach Kosten und Nutzen militärischen Engagements zu stellen, wenn entsprechende Geldmittel anderswo schmerzlich fehlen. Zugleich geht mit dem immer tieferen Hineingeraten in den afghanischen Konflikt und den immer häufigeren Gefechtseinsätzen das sorgsam gepflegte Bild vom Soldaten als „*Entwicklungshelfer in Uniform*“ wieder verloren. Im Grunde müssen die deutsche Öffentlichkeit wie auch die Bundeswehr, welche sich gerade an ihre neue Rolle als internationale Friedensstifter

⁴⁴⁶ Vergl. Hacke, Chr., a.a.O., S. 382 ff.

⁴⁴⁷ Vergl. Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll 15/97, 11.3.2004, Berlin, 2004.

⁴⁴⁸ Vergl. Löffmann, G.: „Verteidigung am Hindukush? Die Zivilmacht Deutschland und der Krieg in Afghanistan“, Hamburg, 2008.

gewöhnt zu haben schienen, schon wieder auf einen Wandel ihrer militärischen Selbstwahrnehmung einstellen, die wieder stärker die traditionellen Seiten des Soldatenhandwerks, nämlich Krieg und Kämpfen, Töten und Getötetwerden, betont.⁴⁴⁹

Ihre Bestandsgarantie, ihren politisch-gesellschaftlichen Stellenwert und ihre fiskalische Relevanz bezieht die Bundeswehr aus einer fragilen Konstruktion. Dies bestimmt ihr Verhalten in der Debatte um die Einsätze zur Bekämpfung von Staatsversagen und Terrorismus.

Geheimdienste: Zu ihren Nachrichtendiensten und geheimen Ermittlungsbehörden pflegen deutsche Politik und Öffentlichkeit ein ähnlich ambivalentes Verhältnis wie zur Bundeswehr.⁴⁵⁰ Besonders der Bundesnachrichtendienst (BND) als wichtigster Auslandsaufklärungsdienst ist seit seinem Bestehen stets Gegenstand heftiger Debatten gewesen. Zum Teil erklärt sich dies aus dem gleichsam „normalen“ Spannungsverhältnis zwischen dem Informationsbedürfnis einer offenen, demokratischen Gesellschaft und ihrer Medien einerseits und den klandestinen Operationsweisen und Schutzbedürfnissen einer naturgemäß verschwiegenen Geheimdienst-„Community“ andererseits. Während solche Auseinandersetzungen in allen demokratischen Staaten auftreten, kommen im speziellen deutschen Fall allerdings noch als besondere sicherheitskulturelle Rahmenlinie die negativen Erfahrungen mit Geheimer Staatspolizei, Sicherheitsdienst und Abwehrdienst während des Nationalsozialismus hinzu. Dass der BND nach 1945 überwiegend von vormaligen Wehrmachtsangehörigen der Generalstabsabteilung „Fremde Heere Ost“ aufgebaut wurde, hat, ebenso wie im vergleichbaren Falle der Bundeswehr, die anfänglich ebenfalls auf Wehrmachtspersonal

⁴⁴⁹ Zu den auch psychologischen Folgen dieses erneuten Bewusstseinswandels für die betroffenen Soldaten vergl. Giaramita, N.: „Immer mehr Soldaten leiden nach Einsätzen unter Traumata“, 20. 08. 2009, WDR.de. Websource: <http://www.wdr.de/themen/politik/international/afghanistan/090813.jhtml?rubrik=nstyle=politik>

⁴⁵⁰ Vergl. zum Folg. Jansen, F.: „Im Auftrag Ihrer Kanzlerin. Der Bundesnachrichtendienst wird 50 Jahre alt“, in: Der Tagesspiegel, 18.3.2006.

zurückgreifen musste, zum zwielfichtigen Öffentlichkeitsbild der zunächst so benannten „Organisation Gehlen“ einiges beigetragen.

Hinzu traten die sich aus dem Kleinkrieg zwischen Medien und Geheimdiensten regelmäßig ergebenden Enthüllungsskandale sowie latente Zweifel an der Wirksamkeit eines Dienstes, der sich wegen der engen rechtlichen Einhegung seiner Kompetenzen und Methodik auch von westlichen Verbündeten belächeln lassen musste.⁴⁵¹

Galt der BND während des Kalten Krieges dennoch für Politik und Gesellschaft wenigstens als notwendiges Übel, so geriet er mit Zusammenbruch des Ostblocks ab 1989/90 in ähnliche Schwierigkeiten wie die Bundeswehr. Durch den Wegfall seiner natürlichen Aufgabefelder stand der im westlichen Bündnis in einzigartiger Form auf die Spionage gegen die DDR und Sowjetunion fixierte Dienst faktisch vor dem Nichts. Da der Bundesnachrichtendienst auch intern auf einer ideologisch aufgeladenen Organisationskultur beruhte – seine Mitarbeiter waren als „Kommunistenfresser“ verschrien – entfiel auch ein wesentlicher Teil eines strikten Feind- und Weltbildes, welches als Fixpunkt identitätsstiftend gewirkt hatte. Da der Dienst den Fall der Mauer nicht hatte prognostizieren können, geriet seine Fachkompetenz einmal mehr in Zweifel.⁴⁵²

Folgerichtig waren die 1990er Jahre für den in die Defensive geratenen BND in starkem Maße von Etatkürzungen, Personalabbau und mangelnder politischer Unterstützung geprägt. Die Suche nach einer neuen Rolle wurde zugleich durch eine ganze Serie von Eklat und Skandalen behindert, zumal aus den Archiven der Stasi auch erkennbar wurde, welche Fehler und Versäumnisse der in erheblichem Maße von der Ost-Spionage unterwanderte Dienst in der Vergangenheit gemacht hatte.

Die Suche nach neuen Themen war für den Bundesnachrichtendienst mit dem 11. September 2001 beendet. Dass die damaligen Ereignisse

⁴⁵¹ Vergl. Gujer, E.: „Kampf an neuen Fronten: Wie sich der BND dem Terrorismus stellt“, Frankfurt / Mn., 2006, S. 53 ff. Zum Folg. vergl. ebd., S. 10 ff. und S. 82 ff.

⁴⁵² Vergl. Daun, A.: „Die Deutschen Nachrichtendienste“, in: Jäger, Th. & Diess. (Hg.): „Geheimdienste in Europa“, Wiesbaden, 2009, S. 56 ff.

wie aus heiterem Himmel über die westliche Welt hereinbrachen, lastete die Politik zwar – fälschlicherweise – der Unfähigkeit ihrer Geheimdienste an, doch verlangte sie umgehend Aufklärungsergebnisse und Abwehrerfolge im Kampf gegen den Terrorismus. Zum politischen Meinungsumschwung trug im speziellen deutschen Fall auch der Schock über die zahlreichen islamistischen „Schläfer“ in Deutschland bei und dass die Anschläge weitgehend unbehelligt in Hamburg geplant werden konnten.

In der Folge durchlief der BND ähnlich wie die Bundeswehr eine völlige organisatorische, thematische und personelle Neuaufstellung.⁴⁵³ Während klassische Abteilungen wie die Militärsplionage an Bedeutung verloren, baute man eine Abteilung aus Islamwissenschaftlern und Arabisten auf. Der neuen Aufgabe entgegen kam die Tatsache, dass der Dienst auf traditionell beste Beziehungen zur arabisch-islamischen Staatenwelt und zu Israel zurückgreifen konnte. Mit der neuen Rolle als Frühwarnsystem im Antiterrorkampf hat der BND seinen vorläufig endgültigen Auftrag und seine entsprechende Struktur gefunden. Er muss an deren Aufrechterhaltung ein ähnliches Eigeninteresse haben wie andere Organisationen mit ähnlicher Aufgabenstellung. Auch andere Behörden konnten Personalaufwuchs und Übertragung neuer Aufgabenfelder und Kompetenzen verzeichnen, und dies in Zeiten, in denen sonst eher der Rotstift regierte.⁴⁵⁴ Hier stechen neben dem Bundeskriminalamt, welches federführend das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ, Berlin) und die Datenbank „Anti-Terror-Datei“ betreibt, sowie neue Standorte und Gebäude und mehr Personal erhielt, besonders der Militärische Abschirmdienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz hervor. Der MAD übernimmt in Teilen den nachrichtendienstlichen Eigenschutz im Einsatz befindlicher Streitkräfte, so zum Beispiel in Afghanistan. Das Kölner Bundesamt kann sich ständig wachsender Etazuweisungen und

⁴⁵³ Vergl. zum Folg. Vorbeck, H.: „Neue Aufgaben, neue Strukturen?“, in: Jäger, Th. & Daun, A., a.a.O., S. 293 ff.

⁴⁵⁴ Vergl. zum Folg. Möllers, M.: „Die innenpolitische Dimension der Sicherheitspolitik in Deutschland“, in: Böckenförde, St., a.a.O., S.142 ff. mit Detailangaben zu allen genannten Behörden.

Personalzuwächsen erfreuen.⁴⁵⁵ Ähnliches gilt für den Zivil- und Bevölkerungsschutz, der nach Ende der Bedrohung aus dem Osten ebenfalls obsolet geworden zu sein schien.

Ähnlich wie der Bundeswehr bot der Dschihadistische Terrorismus auch anderen mit Sicherheitswahrung befassten Institutionen eine Chance, sich nach Wegfall des ursprünglichen Daseinszwecks zu redefinieren und ihre Bedeutung innerhalb der Regierungsbürokratie zu wahren oder sogar zu stärken.

Industrie und Gesamtwirtschaft: Mit der Abwehr terroristischer Risiken lässt sich Geld verdienen. Private Sicherheitsfirmen sind spätestens seit der Irak-Intervention der Vereinigten Staaten aus dem Alltag westlicher Krisenbewältigungs- und Kampfeinsätze kaum mehr wegzudenken. Aufgrund rechtlicher Restriktionen besteht zwar in Deutschland kein Unternehmen, welches mit der amerikanischen „Blackwater“-Gruppe⁴⁵⁶ vergleichbar wäre, doch bestehen auch hierzulande verschiedene Firmen, die sich beispielsweise auf Personenschutz in Konfliktregionen spezialisieren.⁴⁵⁷ Aufgrund ihres zumeist eher zweifelhaften Rufes in der Öffentlichkeit dürfte ihr Einfluss auf die deutsche Sicherheitspolitik eher als begrenzt anzusehen sein.

Traditionell verfügt Deutschland jedoch auch über eine leistungsfähige und exportorientierte Rüstungsindustrie. Das Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) verzeichnete für 2007 unter den 100 größten Waffenproduzenten der Welt fünf deutsche Konzerne, darunter Krauss-Maffei, Diehl und ThyssenKrupp. Diese verkauften 2007 Waffen

⁴⁵⁵ Das Bundesamt für Verfassungsschutz erhielt 2008 einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 155.238.306 € (2007: 144.555.652 € / 2006: 137.172.002 €) und hatte 2.529 Mitarbeiter (2007: 2.503 / 2006: 2.447). Im Militärischen Abschirmdienst, der 2008 70.325.121,22 € erhielt (2007: 69.188.992 € / 2006: 71.901.373 €), arbeiteten 1.230 (2007: 1.242 / 2006: 1.290) Bedienstete. Zahlen nach Verfassungsschutzbericht 2008, a.a.O., S. 9.

⁴⁵⁶ Heute „Xe Services“, vergl. Scahill, J.: „Blackwater - Der Aufstieg der mächtigsten Privatarmee der Welt“, München, 2008.

⁴⁵⁷ Eine der größten ist die „Asgaard German Security Group“, vergl. deren Webpräsenz www.asgaard-gsg.de.

im Werte von geschätzten 6,4 Mrd. US-\$ und hatten etwa 232.000 Beschäftigte.⁴⁵⁸ Hinzu treten europäische Konsortien mit starker deutscher Beteiligung wie zum Beispiel EADS, Zulieferfirmen sowie Großkonzerne, die nicht ausschließlich auf Rüstungsgüter ausgerichtet sind, aber auch militärische Aufträge ausführen, wie etwa Siemens.

Von diesem Block geht ein erheblicher Druck auf jede Regierung aus, sicherheitspolitische und militärtechnische Entscheidungen mit Industriepolitik und Arbeitsplatzsicherung zu verbinden. Dies kann zu schwer nachvollziehbaren, nicht sachgemäßen Entscheidungen führen, die regelmäßig die Kritik des Bundesrechnungshofes⁴⁵⁹ und der parlamentarischen Opposition⁴⁶⁰ auf sich ziehen. So wurde der Bau der derzeit der Marine zulaufenden Uboote der Klasse 212 A, deren Anschaffung jeweils gut 400 Mio.€ kostet, wenigstens rhetorisch auch mit deren wohl eher theoretischen Einsatzfähigkeit gegen Seeverbindungen terroristischer Netzwerke begründet. Gebaut wurden sie in strukturschwachen Küstenregionen und sicherten Arbeitsplätze auf Werften.⁴⁶¹ Auch Gewerkschaften üben in ähnlichen Fällen Druck aus.⁴⁶² In anderen Situationen war die Politik gezwungen, wegen in der Vergangenheit unter anderen Bedingungen eingegangener vertraglicher Verpflichtungen Rüstungsgüter anzuschaffen, für deren Einsatz heute kaum eine Möglichkeit besteht, wie zum Beispiel Jagdflugzeuge („Eurofighter“). Gedacht zur Bekämpfung sowjetischer Bomberflotten wird ihr Einsatzspektrum derzeit mit „Luftpolizeidienst“ umschrieben, also Aufklärung und ggf. Bekämpfung entführter Zivilflugzeuge, für die jedoch die rechtliche Grundlage fehlen.⁴⁶³ Hier war wohl auch der

⁴⁵⁸ Zahlen: eigene Berechnung auf Grundlage „The SIPRI Top 100 arms-producing companies 2007“, Stockholm, 2008, vergl. ebd.

⁴⁵⁹ Vergl. bspw. den Abschnitt „Bundesministerium der Verteidigung“ in Bundesrechnungshof (Hg.): „Ergebnisbericht 2008“, Bonn, 2008.

⁴⁶⁰ Vergl. bspw. die Kritik von Bündnis 90 / Grünen an derzeit laufenden Anschaffungsprojekten der Bundeswehr. Webservice: <http://alex-bonde.de/presse/archiv/2009/fakt-das-erste-13072009-milliarden-fuer-die-ruestung.html>

⁴⁶¹ Vergl. Wallner, R.: „Deutsche Uboote“, in: Marine-Forum 4/2006, S.10 ff.

⁴⁶² Vergl. bspw. Burmeister, K.: „IG-Metall Kurzreport Heerestechnik“, Frankfurt / Mn., 2009, S.16.

⁴⁶³ Vergl. Becker, M.: „Der Kampfjet, der jeden Fehler verzeiht“, in: Der SPIEGEL, 29.5.2008.

außenwirtschaftsstrategische Wunsch der Bundesregierung ausschlaggebend, eine mit der amerikanischen Industrie konkurrenzfähige Hochtechnologie zu entwickeln.

Mit der Umstellung der Bundeswehr auf neue Einsatzspektren ging die Notwendigkeit einher, sie adäquat auszurüsten, was eine lukrative Geschäftsgrundlage für einen Wirtschaftszweig darstellte, der seit Ende des Kalten Krieges eher unter Nachfrageproblemen litt. Zu den neuen Waffen- und Unterstützungssystemen, die die Streitkräfte zur Erfüllung ihres neuen Auftrags benötigen, zählen vor allem geschützte Fahrzeuge für Auslandseinsätze sowie Aufklärungs- bzw. Kommunikationstechnik⁴⁶⁴. Daneben sind dies Schützenpanzer („Puma“), der besonderen Schutz gegen die u.a. in Afghanistan verbreiteten selbstgefertigten Sprengsätze und sowjetischen Panzerfäuste bietet, neue Hubschrauber („NH-90“), sowie Fregatten und Korvetten zur Seewegeüberwachung. Besonderen Wert wird auch auf die Beschaffung weitreichender Transportflugzeuge gelegt („A-400M“).⁴⁶⁵

Die Transformation der Bundeswehr unter den Vorzeichen der Stabilisierung schwacher Staaten und der Terrorismusbekämpfung besaß demnach auch eine ökonomische Dimension und war stets von der Versuchung belastet, mit dieser Aufgabenstellung Rüstungsprojekte zu begründen, die anderenfalls kaum durchsetzbar gewesen wären.

Die Bundesregierungen unter Handlungszwang: Nicht allein in Rüstungsfragen ist politisch Handelnden oftmals die Handlungsfreiheit genommen. Auch bei außenpolitischen Metaereignissen sind sie mehr Getriebene als Handelnde.

Die Anschläge vom 11.9.2001 setzten die US-Administration unter erheblichen Handlungszwang. Eine andere als eine direkte, robuste und

⁴⁶⁴ Zum Beispiel die Satellitensysteme „SAR-Lupe“ und „SATCOMBw“, vergl. „Bundeswehr rüstet im All auf“, in: FTD, 23.9.2009.

⁴⁶⁵ „Vergl. Waffenschmiede Deutschland-Die größten deutschen Rüstungsprojekte“, in: FTD, 7.7.2009.

aggressive Antwort auf diesen Angriff wäre von der Bevölkerung der Vereinigten Staaten wohl nicht akzeptiert worden. Die angegriffene Supermacht entschied sich schnell, die Bedrohung an der Wurzel packen und dazu militärische Interventionen in Afghanistan durchführen zu wollen, was darüber hinaus als abschreckendes Beispiel andere Staaten mit ungeklärtem Verhältnis zu terroristischer Gewalt zur Aufgabe ihrer Position zwingen sollte – namentlich Iran, Irak und Nordkorea, die von George Bush jun. so titulierte „Achse des Bösen“.⁴⁶⁶ Damit stellte sie Freunde wie Gegner vor die ultimative Wahl: „*Either you are with us, or you are with the terrorists*“.⁴⁶⁷

Neben diesem als tiefgreifenden Strukturwandel begriffenen neuen Stil der US-Außenpolitik, der auch die Bundesregierung unter Handlungszwang setzte, traten vertragliche Verpflichtungen innerhalb der NATO, welche am 1.10.2001 den Bündnisfall nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages in Kraft setzte. Dieser beinhaltet kollektive Beistandspflichten bis hin zur militärischen Gewaltanwendung, falls ein Mitglied der Allianz Ziel eines bewaffneten Angriffs wird. Eine Wahlmöglichkeit besteht nach Eintritt des Bündnisfalls nur hinsichtlich der Wahl der Beistandsmittel, die Beistandspflicht als solche ist unausweichlich.⁴⁶⁸

Zwar waren Vorliegen, und, falls ja, Reichweite der Beistandsverpflichtung von Anfang an völkerrechtlich umstritten, doch war angesichts der Dynamik der damaligen Lage eine Beteiligung an der amerikanisch vorgegebenen Politik für die Bundesregierung unvermeidlich, wenn sie ihr Gewicht innerhalb der NATO wahren und wenigstens in Nuancen Einfluss auf Entscheidungsfindungen in Washington nehmen wollte.⁴⁶⁹ Bundeskanzler Schröder legte sich

⁴⁶⁶ Vergl. Czempiel, E.: „Die Außenpolitik der Regierung George W. Bush“, in: APuZ B 45 /2004. Siehe auch Presidential State of the Union Address, 29.1.2002, Websource: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>

⁴⁶⁷ Zit. George W. Bush, Address to a Joint Session of Congress and the American People, Washington D.C., 20.9.2001, Websource: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>

⁴⁶⁸ Vergl. den Wortlaut des Pakts bei Websource: <http://www.nato.int/docu/other/de/treaty-de.htm>.

⁴⁶⁹ Vergl. dazu und zum Folg. Hacke, Chr., a.a.O., sowie Maull, H. W., a.a.O.

frühzeitig fest, erklärte die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA und verlieh seinem Wort zusätzliches Gewicht, indem er die Abstimmung über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan mit der Vertrauensfrage verband.

Wie zutreffend das Kalkül ist, dass nur derjenige die amerikanische Handlungsweise beeinflussen kann, der sich den Wünschen der Supermacht zumindest nicht verschließt, musste Schröder selbst während der Vorbereitungen zum III. Golfkrieg gegen den Irak erfahren. Wegen formalvölkerrechtlicher und inhaltlicher Bedenken signalisierte Schröder auch unter dem Eindruck des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes und der bleibend ablehnenden Haltung der deutschen Bevölkerung hier frühzeitig ein Ausscheren Deutschlands aus den „Koalition der Willigen“, was massive Spannungen mit der US-Administration und Friktionen im westlichen Bündnis nach sich zog.⁴⁷⁰ Es scheint müßig, an dieser Stelle den Streit entscheiden zu wollen, ob Schröder damit antiamerikanischen Reflexen und populistischer Phrasendrescherei im Wahlkampf nachkam und die Zukunftsfähigkeit und Geschlossenheit der NATO durch einen „Deutschen Weg“ torpedierte oder vielmehr Deutschland auf verdienstvolle Weise aus einem verhängnisvollen Konflikt heraushielt.⁴⁷¹

Wichtiger scheint die Erkenntnis, wie eine Bundesregierung durch äußere Dynamiken statt eigener Entscheidung zur Einnahme einer bestimmten sicherheitspolitischen Position gezwungen wurde. Dies gilt im Kern auch für das Kabinett Merkel ab 2005. Eingebunden in internationale Verträge und festgelegt durch Rahmenentscheidungen der Vorgängerregierung, war auch diese darum bemüht, einerseits internationale Verpflichtungen wahrzunehmen, was mit dem Wunsch nach einem ständigen Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat korrespondiert, Forderungen nach verstärktem Engagement Deutschlands auch in direkten Gefechtsgebieten in Südafghanistan nachzukommen und zugleich die ablehnende Stimmung in Deutschland

⁴⁷⁰ Vergl. Staack, M.: „Normative Grundlagen, Wert und Interessen deutscher Sicherheitspolitik“, in: Böckenförde, St., a.a.O., bes. S. 67 ff.

⁴⁷¹ Vergl. dazu detailliert Schwarz, H.P., a.a.O., S.23 ff.

selbst nicht völlig aus dem Blickwinkel zu verlieren.⁴⁷² Nach den traumatischen und demütigenden Erfahrungen, die die Bundesrepublik seit den 1990er Jahren machen musste, als ihr von Seiten des Auslands ständig Scheckbuchdiplomatie, militärische Abstinenz, ja sogar sicherheitspolitische Trittbrettfahrerei vorgeworfen wurde, wird wohl zukünftig keine Bundesregierung mehr ohne Not aus der Bündnisdisziplin ausschwenken, allein aus Gründen des nationalen Prestiges und des politischen Einflusses auf Gemeinschaftsentscheidungen, selbst, wenn sie dies in Opposition zur eigenen Bevölkerung bringt.

Wie gesehen, ist also auch eine sicherheitspolitische Grundposition, die Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen als Kontrollprobleme definiert und entsprechend mit Maßnahmen zur Rückgewinnung des Gewaltmonopols bekämpfen möchte, nicht herauszulösen aus einem Kontext widerstreitender und teils die Sache nicht weiterführender Partikularinteressen und Dynamiken.

d.) Psychologische Struktur

Worin unterscheidet sich die Psychologie der hier in Frage stehenden Wahrnehmung von Terrorismus und Staatsversagen von der bereits diskutierten? Am auffälligsten ist zunächst das Zugrundeliegen einer gänzlich entgegengesetzten anthropologischen Prämisse: Der Deprivationsthese zufolge wird der Mensch zum Terroristen, wenn er unter belastenden Einflüssen lebt, kann aber durch Erziehung und durch Verbesserung seiner Lebensumstände „geheilt“ werden; er ist demnach im Grunde ein lernfähiges und zum Guten bekehrbares Wesen, seine Gewaltsamkeit eher eine Art Unfall.

⁴⁷² Diese Forderungen wurden bis in jüngste Zeit, auch bereits unter der Administration Obama, vorwiegend aus den USA und Kanada vorgetragen, vgl. Hebecker, E.: „Wachsender Druck auf Europa“, Münchner Sicherheitskonferenz, 8.2.2009, Websource: www.securityconference.de/Artikel-Details.57+M5aa82c30db3.0.html

Folgt man hingegen der Kontrollthese, so ergibt sich, dass der Mensch wegen seiner im Kern unkontrollierbaren, triebhaften Neigung zu Gewalt und Regellosigkeit „eingehegt“ werden muss; erst Kontrolle und Zwang bannen die dem Menschen intrinsisch innewohnenden Gefahren und ermöglichen friedvollen Umgang miteinander. Hier liegt demnach eine skeptische bis misanthropische Grundhaltung vor, die die Gewaltsamkeit und Verbrechensneigung eher als Normalzustand denn als Ausnahme begreift.

Diese Denkfigur ist eine der prägenden Grundideen der modernen Zivilisation. Als bedeutendster Theoretiker des modernen Staates hat bereits Thomas Hobbes die Meinung geprägt, dass naturgemäß der Mensch des Menschen Wolf sei und erst seine bedingungslose Unterwerfung unter die monopolisierte Gewalt des Souveräns den Frieden ermögliche, der Voraussetzung sei für jede Art menschlichen Fortschritts.⁴⁷³ Norbert Elias sieht die Zentralisierung und Monopolisierung der Gewalt folgerichtig als Begleiterscheinung, aber auch notwendige Voraussetzung des Zivilisationsprozesses.⁴⁷⁴

Die teilweise übertrieben heftigen Reaktionen auf terroristische Gewalt und ihre Apostrophierung als Rückfall ins Chaos und als zivilisatorischer Rückschritt erklären sich psychologisch daraus, dass sie als privatisierte Gewalt das Grundprinzip moderner Staatlichkeit und damit auch die psychologische Unversehrtheit der in ihr lebenden Staatsbürger provokativ sabotiert. Gerade in Deutschland, dessen politisches und staatsrechtliches Denken lange tief beeinflusst blieb von den traumatischen Erfahrungen mit Chaos und Anarchie während des Dreißigjährigen Krieges, muss außerdem die Kombination von Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen, also von privater Gewalt im Namen einer vormodernen Ideologie und Auflösung des Staates als Kontroll- und Schutzinstanz, geradezu Urängste auslösen, stellt dies doch gleichsam ein Rezidiv hinter den Westfälischen Frieden

⁴⁷³ Vergl. Kersting, W. (Hg.): „Thomas Hobbes: Leviathan“, Berlin, 1996, Beiträge 4,5 und 12.

⁴⁷⁴ Vergl. Elias, N.: „Über den Prozess der Zivilisation“, Frankfurt / Mn., 1992. Zum Folg. vergl. Brockhaus, G., a.a.O. sowie Richardson, L., a.a.O.

dar.⁴⁷⁵ Auf internationaler Ebene ist dies nur graduell schwächer ausgeprägt und verleitet Politiker und Forscher zu entsprechend angstgeladener Rhetorik. Tony Blair drückte es so aus:

*“[...] we need to remind ourselves that turning a blind eye to the breakdown of order in any part of the world, however distant, invites direct threats to our national security and well-being”*⁴⁷⁶

Robert Kaplan schreibt:

*“...disease, overpopulation, unprovoked crime, scarcity of resources, refugee migrations, the increasing erosion of nations-states and international borders, and the empowerment of private armies, security firms and international drug cartels weakens the state, rapidly destroying the social fabric of our planet.”*⁴⁷⁷

Michel Foucault hat darauf hingewiesen, wie sehr die Funktionstüchtigkeit moderner Gesellschaften von Hierarchiebildung und Kontrolle der Bewegungsfreiheit der Individuen abhängt. Es ist wesentlich der Staat, der durch Macht und Gewalt diejenige Überwachung und Disziplinierung des Individuums gewährleistet, die notwendig sind, um es in rationalisierte Wirtschafts- und Produktionsprozesse einzufügen. Insofern ist der Staat Agent und Garant der gesamten westlich-modernen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Sollte er ausfallen oder versagen, wäre dies deren Ende.⁴⁷⁸ Es ist vor diesem Hintergrund verständlich, warum der Begriff des Staatsversagens einen gelegentlich irrational anmutenden Horror Vacui hervorruft: Ordnung, vom Staat geschaffen und durchgesetzt, ist Fundament unserer Lebensweise.

Peter Strucks bereits zitiertes Diktum von der Verteidigung Deutschlands am Hindukusch gewinnt erst im Lichte dieser psychologischen Struktur seine eigentliche Aussagekraft: Ein staatliches Kontrollleck, gleichwo

⁴⁷⁵ Vergl. Duchhardt, H.: „Der Westfälische Friede. Diplomatie - politische Zäsur - kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte“, München, 1998.

⁴⁷⁶ Zit. nach Abrahamsen, R., Breeding Ground, S. 679.

⁴⁷⁷ Zit. Kaplan, R.: „The Coming Anarchy“, in: Atlantic Monthly, 2/1994, S. 46 und 44.

⁴⁷⁸ Vergl. dazu Foucault, M.: „Überwachen und Strafen“, Frankfurt a.M., 1994.

und gleichviel, wie groß, stellt per se schon eine nicht tolerierbare Gefahr da. Die Antwort ist folgerichtig die globale Ausdehnung und Vertiefung staatlicher Kontrolle, entweder durch die Staaten selbst, oder, wenn diese dazu nicht mehr in der Lage sind, durch Militärpräsenz.⁴⁷⁹

Wie bereits angesprochen, stellt Terrorismus die Selbstwirksamkeitserwartung moderner Gesellschaften, ihre Sicherheitsbedürfnisse selbst befriedigen zu können, in Frage. Die Kontrolltheorie reagiert im Gegensatz zur Deprivationstheorie mit defensiven Maßnahmen: mit Abwehr, Zwang und Gewalt. Sie gehorcht damit einer typischen, aber gleichwohl problematischen Eigendynamik der Terrorismusbekämpfung, die von Terroristen selbst durchaus ins Kalkül gezogen wird. In Reaktion auf solch fundamentale Herausforderungen der Leitprinzipien einer Gesellschaftsordnung besteht nämlich die Gefahr, die Kontrollschraube zu überdrehen, durch verschärfte Kontrolle die für westliche Gesellschaften unverzichtbaren bürgerlichen Freiheiten einzuschränken, Menschenrechte zu verletzen und damit indirekt die Propaganda der Terroristen zu befeuern, die dies alles als ohnehin vordergründige Fassade einer zutiefst verdorbenen Gesellschaft ausgeben.⁴⁸⁰ Dazu später mehr.

An dieser Stelle sei lediglich festgehalten, wie stark sich die beiden hier analysierten Deutungslinien von Terrorismus und Staatsversagen psychologisch unterscheiden: der affektiert-unsicher wirkenden, mantrischen Beschwörung der Richtigkeit der eigenen Überzeugungen seitens der Anhänger der Deprivationsthese setzen Kontrolltheoretiker einen düsteren Pessimismus entgegen.

⁴⁷⁹ Vergl. Darmstädt, Th.: „Der globale Polizeistaat. Terrorangst, Sicherheitswahn und das Ende unserer Freiheiten“, München, 2009. Siehe auch Hennessy, P. (Hg.): „The New Protective State“, London, 2007.

⁴⁸⁰ Vergl. Silke, A. (2005): „Fire of Iolous: The Role of State Countermeasures in Causing Terrorism and what Needs to be Done“, in: Bjorgo, T. (Hg.): „Root Causes of Terrorism: Myths, Reality and Ways Forward“, New York, 2005.

e.) Maßnahmen

Auch an dieser Stelle werden diejenigen praktischen Schritte vorgestellt, die auf Grundlage einer Deutung des Zusammenhangs von Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus als Kontrollproblem in verschiedenen Staaten von unterschiedlichen Akteuren unternommen wurden. Aufgrund der Vielzahl dieser Aktivitäten konzentriert sich die Betrachtung auf drei Aspekte und demonstriert diese anhand jeweils eines Beispiellandes: Maßnahmen zur Erhöhung des Verfolgungsdrucks auf Terroristen, Maßnahmen zur verbesserten Überwachung kritischer Räume und Maßnahmen zur Stärkung des Gewaltmonopols in versagenden Staaten.⁴⁸¹

Terroristen stärker zu verfolgen, ist nicht allein ein rechtsstaatlicher Imperativ, da es hierbei nicht allein darum geht, Verbrecher vor Gericht zu bringen, sondern ihre Aktivitäten zu stören oder zu unterbinden, indem man sie zwingt, mehr Zeit mit der Tarnung ihrer Aktionen zu verbringen als mit deren tatsächlicher Planung und Durchführung. Dies gilt insbesondere für Kleingruppen und lose vernetzte Einzeltäter, wie sie mittlerweile für die dschihadistische Szene typisch sind, da sie nicht über die organisatorischen Möglichkeiten und materiellen Ressourcen verfügen, sich diesem Druck zu entziehen.⁴⁸² Insofern ist Druck ein Standardinstrument der Kriminalitätsverfolgung und –prävention an sich und der Terrorismusbekämpfung im Besonderen. Er trägt auch zur Demoralisierung tatsächlicher und Abschreckung potentieller Täter bei.⁴⁸³ Grundsätzlich kann im hier vorliegenden Fall zwischen Druckausübung mittels militärischer Gewalt und geheimdienstlichen Tätigkeiten unterschieden werden.

⁴⁸¹ Vergl. dazu und zum Folg. Berthel, R. et al.: „Der kriminalstrategische Lösungsprozess“, Stuttgart, 2006, sowie Rupperecht, R.: „Polizeilexikon“, Heidelberg, 1995, Kap. 7 und 10. Siehe auch Stock, J. & Herz, A., a.a.O.

⁴⁸² Vergl. hierzu bereits 1998 Lange, Klaus: „Neue Formen des Terrorismus“, Hanns-Seidel-Stiftung (aktuelle analysen 11), München, 1998, S.11 u. S.13.

⁴⁸³ Vergl. Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg (Hg.): „Terrorismus im 21. Jahrhundert“, Potsdam, 2001, S. 5.

ISAF / OEF in Afghanistan: Das für Deutschland wichtigste militärische Engagement gegen den Terrorismus ist zweifelsohne die Beteiligung an der „*International Security Assistance Force*“ (ISAF) seit Anfang 2002. Es handelt sich hierbei um einen friedens erzwingenden Einsatz mit UN-Mandat⁴⁸⁴, der zum Ziel hat, die gewählte afghanische Zentralregierung beim Wiederaufbau des Landes, der Demokratisierung und der Durchsetzung des Gewaltmonopols dadurch zu unterstützen, dass sie Sicherheitsfunktionen übernimmt, zu deren Wahrnehmung die afghanische Regierung vorerst außerstande ist. Geographisch ursprünglich im wesentlichen auf Kabul und Umgebung beschränkt, wurde das Operationsgebiet seit 2003 schrittweise auf das gesamte Staatsgebiet ausgeweitet. Deutschland stellte neben dem regionalen Oberkommando im Norden des Landes mit Hauptquartier um Kundus bereits einmal den Oberkommandierenden der insgesamt knapp 61.000 Soldaten aus 42 Nationen, sowie den Schutz des Hauptquartiers Camp Warehouse.⁴⁸⁵ Die Bundeswehr stellt dazu knapp 4.400 Soldaten bereit, von denen ein Teil in sogenannten „*Provincial Reconstruction Teams*“ organisiert ist, die am Aufbau des Landes auch als technische Unterstützer beteiligt sind. Diese Truppe ist mehrfach Ziel von Angriffen und Anschlägen geworden, die bislang 37 Tote gefordert haben.⁴⁸⁶

Ursprünglich als eher quasi humanitäre Unterstützungsaktion mit robustem Mandat gedacht, entwickelt sich der Einsatz der Bundeswehr aufgrund wachsenden Widerstands seitens der Taliban und al-Quaida in jüngerer Zeit zusehends zu einem Kampfeinsatz. Auch aufgrund des Drängens der Verbündeten Nationen geht die Truppe seit Mai 2009 aggressiver vor und verwickelte dabei gegnerische Kräfte in

⁴⁸⁴ Vergl. dazu und zum Folg. United Nations Security Council Resolution 1386, New York, 20.12.2001.

⁴⁸⁵ Stand Oktober 2009, Zahlen nach: NATO Headquarters (Hg.): „ISAF Troop Contribution Placement“, siehe Websource: <http://www.hq.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat.pdf>

⁴⁸⁶ Stand 7.12.2009, Vergl. Bundeswehr (Hg.): „Bei Auslandseinsätzen getötete und verwundete Soldaten“, siehe Websource: http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKld443cTQCSYGYxgEh-pEwsaCUVH1fj_zcVH1v_QD9gtylckdHRUUATi3qcg!!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ180QT!!?yw_contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2FW27Q3DTU9411NFODE%2Fcontent.jsp

Infanteriegefechte.⁴⁸⁷ Seit der Entsendung von Tornado-Kampfflugzeugen 2007 hat sich dementsprechend auch die Zusammensetzung des deutschen Kontingents geändert, welches durch „Einsatzkompanien“ mit Kampfauftrag, Schützenpanzer und Aufklärungsfahrzeuge verstärkt wurde.⁴⁸⁸ Damit engagiert sich die Bundeswehr nicht allein gegen den Terrorismus, indem sie Sicherheitskräfte unterstützt und Infrastrukturen aufbaut, sondern auch, indem sie sie direkt bekämpft.

Über deutsche geheimdienstliche Aktivitäten in Afghanistan ist naturgemäß wenig Verlässliches bekannt. Offenbar verfügte der Bundesnachrichtendienst vor 2001 über kein eigenes Agentennetz im Lande und hat seitdem einiges investiert, um sprachkundiges Personal und freie Mitarbeiter vor Ort zu werben, wobei über deren Zahl, Tätigkeiten und Erfolge Unklarheit herrscht.⁴⁸⁹ Anhaltspunkte ergeben sich daraus, dass seit 2005 der BND die Auslandsaufklärung für Einsätze der Bundeswehr übernommen hat.⁴⁹⁰ Aus verschiedenen Affären ist ferner bekannt, dass der Dienst Entwicklungshelfer und afghanische Regierungsstellen ausspäht, falls er diese verdächtigt, Kontakte zu terroristischen Akteuren zu haben.⁴⁹¹

Auf der Schnittstelle zwischen geheimdienstlichen und militärischen Aktivitäten sind die Operationen des Kommandos Spezialkräfte (KSK) angesiedelt. Laut Personalplan sind für das deutsche Kontingent in Afghanistan etwa 100 Spezialkräfte vorgesehen, und zwar für den Einsatz in ganz Afghanistan, sowohl im Rahmen der ISAF-Mission als auch der Operation Enduring Freedom (OEF). Dem Vernehmen nach waren diese Kräfte an mehreren Kampfeinsätzen zu Beginn des Einsatzes beteiligt.⁴⁹² Im Mai 2009 wurde von ihnen ein Talibanführer, welcher mehrere Anschläge auf ISAF-Angehörige befehligt haben soll,

⁴⁸⁷ Vergl. dazu Seliger, M.: „Zielstrebig ins Gefecht,“ in: FAZ vom 11.7.2009.

⁴⁸⁸ Vergl. dazu Matthay, S. (2009): "Der Gegner ist wie ein Gespenst", Webservice: <http://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan1434.html>

⁴⁸⁹ Vergl. Gujer, E., a.a.O., S. 87 ff. und S. 176 ff.

⁴⁹⁰ Vergl. „BND klärt auf“, in: Der SPIEGEL, 22.8.2005.

⁴⁹¹ Vergl. „BND-Affäre weitet sich aus“, in: Rheinische Post, 26.4.2008.

⁴⁹² Vergl. Scholzen, R.: „KSK – Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr“, Stuttgart, 2004, S. 48ff.

bei Faisabad gefangengenommen.⁴⁹³ Ähnliche Einsätze gab es seit 2008 im Raum um Kundus.

Überwachung ist der Schlüssel zur Gewinnung von Daten über terroristische Aktivitäten und somit wichtigste Grundlage zu deren Verfolgung. Sie trägt insofern auch selbst eine abschreckende und präventive Wirkung in sich. Offen durchgeführt, hat sie auch eine demonstrative symbolische Funktion. Bei der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung kommen hierbei neben persönlicher Präsenz von Polizeibeamten im Streifendienst vor allem technische Hilfsmittel wie Überwachungskameras in Betracht. Bei der Terrorismusbekämpfung im Ausland sind anspruchsvollere Mittel erforderlich.⁴⁹⁴ Besonders versagende Staaten zeichnen sich dadurch aus, dass sie selbst nicht in der Lage sind, entsprechende Kontrollfunktionen auszuüben, so dass die entstehende Informationslücke von außenstehenden Akteuren übernommen werden muss. Zugleich sind sie ein höchst gefährliches Einsatzumfeld für die überwachenden Kräfte. Im Folgenden wird zwischen Überwachung durch Präsenz vor Ort und Fernüberwachung mit technischen Mitteln unterschieden.

Operation Enduring Freedom in Somalia: Der wichtigste Einsatz, bei dem die Bundeswehr versucht, die mangelnden Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten eines versagenden Staates bei der Terrorbekämpfung durch physische Anwesenheit zu substituieren, findet derzeit vor der Küste Somalias statt. Die Ausgänge des Roten Meeres sind ein neuralgischer Punkt internationalen Seeverkehrs, da hier die auf dem Wege nach dem Persischen Golf und Ostasien befindlichen Handelsschiffe einen Engpass durchfahren müssen, an dem sie für Angriffe sehr verwundbar sind. In der Nähe befinden sich die

⁴⁹³ Vergl. Lohse, E.: „Talibanjagen gehört zum Geschäft der KSK“, in: FAZ, 10.12.2009.

⁴⁹⁴ Vergl. Schneider, D.: „Die Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus“, in: Die Kriminalpolizei (9/2005) sowie Clarke, R. & Newman, G.: „Police and the Prevention of Terrorism“, in: Policing: A Journal of Policy and Practice (2007) 1(1), Oxford, 2007.

Küstengebiete Eritreas und Somalias, die weitgehend ohne staatliche Zentralmacht sind.

Islamistische Terroristen griffen im Jahr 2000 in diesem Seeraum den Lenkwaffenzerstörer „USS Cole“ an und beschädigten im Oktober 2002 den Tanker „Limbourg“.⁴⁹⁵ In jüngerer Zeit werden vor allem die Aktivitäten von Piraten zum Problem. Diese versuchen, Handelsschiffe aufzubringen, um ihre Ladung zu verkaufen und für die Crewmitglieder Lösegelder zu erpressen. Befürchtet wird, dass diese mit islamistischen Milizen und Terrorgruppen zusammenarbeiten. Ferner besteht die Gefahr, dass auf unüberwachten Seewegen Waffen für islamistische Kämpfer geschmuggelt oder Drogen transportiert werden, deren Verkaufserlös ebenfalls radikalen Gruppierungen zufließt.⁴⁹⁶

Die Deutsche Marine ist hier im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ seit 2001 in unterschiedlicher Stärke präsent. Zu den für die eigentliche Seeraumüberwachung, zum Geleitschutz und zur Piratenbekämpfung eingesetzten Fregatten, treten Aufklärungsflugzeuge, Versorgungsschiffe sowie Landeinheiten in Djibouti. Dabei wurden sowohl Kriegs- wie Handelsschiffe unter deutscher Flagge wiederholt Ziel von Angriffen; die Marine wehrte sich und konnte einige Piraten festnehmen.⁴⁹⁷

Ähnliche Einsätze führte die Marine durch, um Waffenschmuggel in den Libanon für die Hizbollah zu unterbinden und die Seewege in der Straße von Gibraltar zu schützen. Die Mission „United Nations Interim Force in Lebanon“ (UNIFIL-II) ist dabei besonders hervorzuheben, da sie der zweite Fall ist, in dem sich Seeraumüberwachung durch deutsche Streitkräfte direkt gegen die Verbindungslinien eines terroristischen Akteurs in einem versagenden Staatswesen richteten.⁴⁹⁸

Zu der Variante technisch ausgeführter Fernüberwachung kann u.a. die bereits erwähnte Überwachung des Telekommunikationsverkehrs der

⁴⁹⁵ Vergl. Schneckener, U., Transnationale Terroristen, a.a.O.

⁴⁹⁶ Vergl. International Maritime Organization (Hg.): „Piracy in waters off the coast of Somalia“, 2009, Websource: http://www.imo.org/TCD/mainframe.asp?topic_id=1178

⁴⁹⁷ Vergl. „Deutsche Marine setzt Angreifer vor Somalia fest“, in: FAZ, 31.3.2009.

⁴⁹⁸ Vergl. „Nahost-Einsatz der Bundeswehr“, in: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2006.

Deutschen Welthungerhilfe durch den Bundesnachrichtendienst gerechnet werden. Ferner werden Telefonate von Talibanführern und mutmaßlichen Terroristen abgehört.⁴⁹⁹

Das Fernziel der bereits oben angesprochenen Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe für nationale Sicherheitskräfte in versagenden Staaten besteht darin, langfristig die oben ausgeführten Antiterrormaßnahmen von Einheimischen ausführen zu lassen.⁵⁰⁰ Dies erspart nicht nur der internationalen Gemeinschaft die wirtschaftlichen und menschlichen Kosten für eine Wiederherstellung der Ordnung von außen, sondern verspricht auch auf taktischer Ebene Vorteile, da einheimische Sicherheitskräfte über bessere Orts- und Sprachkenntnis verfügen und auch deswegen auf höhere Akzeptanz bei der Bevölkerung stoßen, während sie zugleich bessere Fahndungserfolge erzielen. Deutsche Polizeien und Sicherheitsbehörden beteiligen sich folgerichtig am Aufbau der Sicherheitsstrukturen in schwachen Staaten, die als Operations- oder Rückzugsgebiete dschihadistischer Terroristen dienen. *„Die Hilfsmaßnahmen sind der "Vorverlagerungsstrategie" des Bundeskriminalamts, nach der die polizeiliche "Abwehrlinie" möglichst weit in die Ursprungs- und Transitländer der Kriminalität verlagert werden soll. Im Kern geht es damit um die Verbesserung der Leistungs- und damit auch der Kooperationsfähigkeit von Polizeibehörden in strategisch wichtigen Staaten und Regionen.“*⁵⁰¹

⁴⁹⁹ Vergl. Vergl. „Talibanjagen gehört zum Geschäft der KSK“, in: FAZ, 10.12.2009.

⁵⁰⁰ Vergl. zum Folg. Auswärtiges Amt (Hg.): „Internationales Engagement für eine funktionsfähige afghanische Polizei“, 2009. Websource: <http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/AfghanistanZentralasien/Polizeiaufbau.html>

⁵⁰¹ Zit. Knelangen, W.: „Europäisierung und Globalisierung der Polizei“, in: APuZ 48 / 2008, S. 65.

Afghanistan: Auch hier bildet die Arbeit in Afghanistan einen Schwerpunkt.⁵⁰² Zuvor rein bilateral ausgerichtet, ist das deutsche Engagement seit 2007 zusätzlich in die europäische „EU Police Mission in Afghanistan“ (EUPOL AFGHANISTAN) eingebunden, die ihrerseits unter dem Dach der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik angesiedelt ist. Die 245 Polizeiausbilder, von denen die Bundesrepublik etwa 20% abstellt, unterstützen das afghanische Innenministerium beim Aufbau einer modernen Polizei und deren schrittweiser Ausdehnung auf alle Landesteile. Zusätzlich zum EUPOL-Personal entsendet Deutschland auch zivile Experten und Feldjäger und stellt dazu Mittel in einer Gesamthöhe von 35,7 Mio. € zur Verfügung. Obwohl auf diese Weise in den vergangenen Jahren 24.000 Polizisten ausgebildet werden konnten, gerät der Einsatz wegen seiner langen Laufzeit, Korruption in den Reihen der Afghanen, Koordinationsproblemen und der als eher schleppend eingestuften Beteiligung Deutschlands in die Kritik.⁵⁰³ Ähnliche Ausbildungsprojekte laufen derzeit in den Palästinensergebieten und im Irak.⁵⁰⁴ Daneben leistet Deutschland auch technische Hilfe. *„Für den Bereich der Ausbildungs- und Ausstattungshilfe sind von 2000 bis 2007 etwa 85 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. In diesem Rahmen werden Ausbildungsprojekte finanziert sowie Fahrzeuge, Kommunikationsmittel oder anderes polizeiliches Gerät geliefert, nicht jedoch Waffen und Munition.“*⁵⁰⁵

⁵⁰² Vergl. zum Folg. Auswärtiges Amt (Hg.): „EUPOL Afghanistan – Unterstützung für die afghanische Polizei“, 2009. Websource: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte/AfghanistanZentralasien/Polizeiaufbau-EUPOL.html> sowie EU Council Secretariat (Hg.): “EU Police Mission in Afghanistan Factsheet”, Juli 2009. Websource: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/missionPress/files/090708%20FACTSHEET%20EUPOL%20Afghanistan%20-%20version%2015_EN.pdf

⁵⁰³ Vergl. „Polizeiaufbau in Afghanistan“, in: FAZ, 13.3.2009.

⁵⁰⁴ Vergl. Bundesministerium des Innern (Hg.): „Internationales“, 2009. Websource: http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/PolitikGesellschaft/EuropaInternationales/Internationales/internationales_node.html

⁵⁰⁵ Zit. Knelangen, W., ebd.

Sicherheitsabkommen, in deren Rahmen Amts- und Ausrüstungshilfe sowie bilateraler Informationsaustausch der Geheimdienste stattfindet, bestehen u.a. auch mit Tunesien (seit 2002), den Vereinigten Arabischen Emiraten (2005), Kuwait (2007), Syrien (2008) und Saudi-Arabien (2008). In allen Fällen wird versucht, einheimische Sicherheitsagenturen besser auszurüsten und auszustatten, um im Gegenzug an deren Informationen teilzuhaben. Federführend ist zumeist das Bundesinnenministerium, ausführende Behörde das Bundeskriminalamt oder der Bundesnachrichtendienst.⁵⁰⁶ Beamte der Bundespolizei und des Zolls sind u.a. im Sudan und Algerien als Lehrgangleiter und Verbindungsbeamte im Einsatz.⁵⁰⁷

Seit September 2006 unterhält die Bundesregierung im Libanon ferner eine Beratermission zur Grenzsicherung. Hierbei unterstützt Deutschland den Libanon mit Ausbildung und Ausrüstung beim Aufbau einer Grenzüberwachung, bei dem alle beteiligten Sicherheitsbehörden eng zusammen arbeiten.⁵⁰⁸

Über die Zusammenarbeit Deutschlands mit schwachen Staaten zum Zweck der Internetüberwachung ist wenig bekannt. Experten beklagen hier nach wie vor das Bestehen erheblicher Lücken im Kampf gegen eine mögliche terroristische Bedrohung aus dem World Wide Web, dessen Chatrooms und Homepages aufgrund ihrer Masse kaum überwacht werden können.⁵⁰⁹ Zur Informationsgewinnung unterhalten die deutschen Sicherheitsbehörden seit 2007 das „Gemeinsame

⁵⁰⁶ Vergl. Steinberg, G.: „Terrorismusbekämpfung“, in: ders. (Hg.): „Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik“, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2009, S. 21 ff.

⁵⁰⁷ Vergl. Deutscher Bundestag (Hg.): „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der Linken (16/10182)“, Berlin, 8.12.2008, BT-Drucksache 16/11314.

⁵⁰⁸ Vergl. Auswärtiges Amt (Hg.): „Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Polizeiaufbau als Elemente von Krisenprävention und Friedenskonsolidierung“, 2009, Websource: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Krisenpraevention/Massnahmen/Rechtsstaatlichkeit.html>

⁵⁰⁹ Vergl. zum Folg. Walter, G.: „Internetkriminalität“, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2008.

Internet-Zentrum⁵¹⁰. Die Bundesregierung initiierte ferner im Europol-Rahmen ein europäisches Projekt zur Sammlung relevanter Informationen über Cyberterrorismus.⁵¹¹ Während die europäische Zusammenarbeit innerhalb der „Convention on Cybercrime“ Fortschritte macht, ist wenig darüber bekannt, inwieweit deutsche Behörden auch mit Strafverfolgungsorganen schwacher Staaten in Nah- oder Mittelost dabei kooperieren, deren Netzwerke als Plattform für dschihadistische Propaganda u.ä. unbrauchbar zu machen. Jedoch engagiert sich die Bundesrepublik seit 1997 in der bei der G8 angesiedelten „Sub-Group on High-Tech Crime“, zu deren Aufgaben Informationsaustausch auch über terroristische Aktivitäten im Internet gehört. Zu den Mitgliedsstaaten zählen u.a. auch Indonesien, Marokko, Nigeria, Pakistan, die Philippinen und Tunesien, die alle Operationsräume dschihadistischer Organisationen sind. Da von deutscher Seite das Bundeskriminalamt als „Point of Contact“ dient, ist davon auszugehen, dass hier zumindest punktuell eine ähnliche Form der Zusammenarbeit stattfindet wie bei der Polizeiausbildung.

Abschließend wird noch ein Blick auf ein in der Bekämpfung des Dschihadistischen Terrorismus seit Beginn als prioritär angesehenes Thema, nämlich die Kontrolle bzw. die Unterbrechung der ihm zugrundeliegenden Finanzströme, geworfen.⁵¹²

Grob gesagt, finanzieren sich Gruppierungen der Dschihadistischen Szene aus einem Mix legaler und illegaler Geldquellen unterschiedlicher Herkunft.⁵¹³ Dazu zählt zunächst das Privatvermögen führender Funktionäre; so spielte in der Entstehungszeit der Al-Quaida besonders

⁵¹⁰ Vergl. Bundesministerium des Innern (Hg.): „Das Gemeinsame Internetzentrum (GIZ)“, Webservice: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Standardartikel/DE/Themen/Sicherheit/Terrorismus/GemeinsamesInternetzentrum.html?nn=107094>

⁵¹¹ Vergl. „Europol startet Überwachungsprojekt Check the Web“, 9.5.2007, Webservice: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Europol-startet-ueberwachungsprojekt-Check-the-Web-176554.html>

⁵¹² Vergl. zum Folg. Napoleoni, L., a.a.O., S. 205 ff., sowie Schramm, M. & Taube, M.: „Ordnungsprinzipien der supranationalen Transaktionssicherung im islamischen hawala-System“, Duisburg, 2002. Siehe auch Giraldo, J. & Trinkunas, H. (Hg.): „Terrorism Financing And State Responses“, Stanford, 2007.

⁵¹³ Vergl. zum Folg. Vittori, J.: „Geschäftszweck: Terror“, in: Internationale Politik III/2005, S.48 ff. Alle Zahlenangaben: ebd.

das Erbe Osama bin-Ladens, welches auf bis zu 250 Mio. US-\$ geschätzt wurde, eine entscheidende Rolle. Weitere (halb)legale Quellen sind das Einwerben von Spendengeldern sowie reguläre geschäftliche Tätigkeiten - bin-Laden unterhielt zeitweise bis zu 80 Firmen weltweit und investierte in großem Umfang in normale Börsenportfolios, Devisenhandel und Unternehmensbeteiligungen. Hinzu kommen punktuelle Unterstützung durch staatliche Akteure, die die Terrororganisationen politisch zu instrumentalisieren suchen. Zu den illegalen Quellen gehört der Handel mit verschiedensten illegalen Gütern, so zum Beispiel mit illegal geförderten Diamanten, gefälschten Ausweisen und, besonders in Afghanistan und Marokko, allen Arten von Drogen, vor allem Opium und Haschisch.⁵¹⁴ In diesen Bereichen besteht eine beträchtliche organisatorische wie personelle Überschneidung zwischen der Dschihadistischen Szene und organisierter Kriminalität.⁵¹⁵

Diese einigermaßen komplexe Finanzierungsstruktur macht umfangreiche Maßnahmen zur Tarnung der Herkunft dieser Gelder erforderlich. Dabei wird Geldwäsche unter anderem dadurch erleichtert, dass in den Hauptoperations- und Herkunftsgebieten Dschihadistischer Organisationen nicht nur keine wirksame staatliche Bankaufsicht, sondern im Zweifelsfall sogar ein regulärer Banksektor an sich fehlt. In vielen versagenden Staaten Nordafrikas und Arabiens verlässt sich die Bevölkerungsmehrheit stattdessen auf das informelle Hawallah-System, bei dem Finanztransaktionen über ein System von Boten und vertrauenswürdigen Mittelsmännern abgewickelt werden. Konten, Überweisungsträger und Dokumentationen bestehen nicht.

⁵¹⁴ Vergl. US Dept. of State (Hg.): "International Narcotics Control Strategy Report", Washington D.C., März 2009. Afghanistan ist seit Jahren der weltgrößte Exporteur von Rohopium, aus dessen Produktion und Verkauf Taliban, Terrorgruppierungen und Kriminelle im Jahre 2008 etwa 400 Mio. US-\$ erwirtschafteten, vergl. ebd., S.106 ff. Das marokkanische Rif-Gebirge galt lange Zeit als Hauptherkunftsgebiet von Cannabispflanzen, vergl. ebd., S. 428 ff.

⁵¹⁵ Vergl. dazu mit weiteren Hinweisen Dienstbühl, D.: „Islamistischer Terrorismus und Organisierte Kriminalität – eine neue Variante des symbiotischen Terrorismus?“, Texte des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen, Nr. 5 /2007, Websource: http://www.sicherheitspolitik.de/index.php?id=bsh-publikationen-wis-online&L=&tx_abdownloads_pi1%5Baction%5D=getviewclickeddownload&tx_abdo wnloads_pi1%5Buid%5D=50&no_cache=1

Schätzungsweise 200 Mrd. US-\$ werden so jährlich ohne jede Kontrolle umgesetzt.⁵¹⁶

Um solche Strukturen zu zerschlagen, bzw. effizient zu kontrollieren, kooperiert die Bundesregierung seit geraumer Zeit im Rahmen verschiedener Organisationen und bilateral mit Regierungen aus fraglichen Regionen. Innerhalb der Gruppe der Zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G 20), zu denen auch Indonesien und Saudi-Arabien gehören, wird die Nutzung formeller Banksektoren gezielt gefördert und deren Aktivitäten durch gemeinsame Schritte zur Überwachung transparent gemacht.⁵¹⁷ Die wichtigste Plattform dieser Zusammenarbeit bildet jedoch die „*Financial Action Task Force on Money Laundering*“ (FATF) bei der OECD in Paris. Mitglieder sind unter anderem sämtliche Golfstaaten. Die FATF unterstützt internationale und nationale Anstrengungen zu einer wirksamen Finanzkontrolle mit Schwerpunkt auf Unterbindung der Terrorismusfinanzierung. In jüngerer Zeit führte sie dazu Verhandlung u.a. mit Iran, Usbekistan, Turkmenistan und Pakistan.⁵¹⁸ Sie versucht dabei gezielt den Aufbau von Kontrollinstitutionen in versagenden und gescheiterten Staaten zu unterstützen.⁵¹⁹ Bilaterale Hilfen werden zum Beispiel von der „*Financial Intelligence Unit*“ (FIU) des Bundeskriminalamts umgesetzt, welche mit 108 Staaten kooperiert.⁵²⁰

Insgesamt ist demnach feststellbar, dass ein erheblicher Teil der deutschen Antiterrormaßnahmen darauf abzielt, in Hauptoperations- und Herkunftsgebieten des Dschihadistischen Terrorismus schwache und versagende Staaten bei der Wahrnehmung von Kontrollpflichten zu unterstützen, bzw. dort, wo keine zentrale Staatsgewalt mehr vorhanden ist, diese selbst auszuüben. Durch verstärkte Kontrolle soll eine

⁵¹⁶ Vergl. Schramm, M. & Taube, M., a.a.O. Siehe auch Johnson, Th.: „Financing Afghan Terrorism“, in: Giraldo, J. & Trinkunas, H. (Hg.), a.a.O.

⁵¹⁷ Vergl. Bundesministerium der Finanzen (Hg.): „Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“, Berlin, 2004.

⁵¹⁸ Vergl. FATF (Hg.): „FATF e-News“, April 2009. Webservice: <http://www.fatf-gafi.org/dataoecd/26/38/42601904.pdf>

⁵¹⁹ Vergl. FATF (Hg.): „Terrorist Financing“, Paris, Februar 2008, S. 19 ff. und S. 27 ff.

⁵²⁰ Vergl. Bundeskriminalamt (Hg.): „Jahresbericht 2008 Financial Intelligence Unit Deutschland“, Wiesbaden, 2009, Kapitel 6 und 7.

verbesserte Aufklärungslage geschaffen werden. Zugleich erhöht sich dadurch der Verfolgungsdruck auf terroristische Organisationen.

f.) Kritische Gesamtwürdigung

Nachdem im Vorangegangenen einen Überblick über die These, dass versagende Staaten Dschihadistische Terroristen aus verschiedenen Gründen anziehen, entwickelt wurde und ihre Vertreter und die darauf aufbauenden Gegenmaßnahmen porträtiert wurden, ist es auch hier wiederum erforderlich, empirische und theoretische Evidenz der Argumentation sowie die Bewährung der Gegenstrategien zu prüfen.

Argumentative Kohärenz: Ist die Annahme, dass ganz generell bestimmte Räume Kriminalität und Kriminelle anziehen, theoretisch plausibel? Ganz offenkundig beruht die gesamte Argumentationskette auf dem bereits mehrfach erwähnten Paradigma der Rationalwahl und seiner Übertragung auf kriminelles Handeln, im vorliegenden Fall auf Terrorismus.⁵²¹ Da bestimmte Räume über günstige Eigenschaften wie Ressourcen und lohnende Ziele verfügen bzw. sich durch geringes Entdeckungsrisiko auszeichnen, werden sie automatisch zu bevorzugten Aktionsräumen eines nüchtern kalkulierenden Terroristen. Soweit unmittelbar einleuchtend, gerät diese Überlegung jedoch insofern in Schwierigkeiten, als unlängst im Zuge der Weltfinanzkrise das ohnehin seit langem umstrittene Rationalakteursmodell erneut unter starken Druck geraten ist.⁵²² Auch dessen Anwendbarkeit auf Terrorismus ist keineswegs selbstverständlich, entstammt es doch ursprünglich eher der Mikroökonomie.

⁵²¹ Vergl. dazu und zum Folg. die in FN 369 angegebene Literatur. Siehe ferner Scott, J. & Marshall, G., a.a.O., S. 546 ff. sowie Nohlen, D. & Schultze, R., a.a.O., S. 816 ff. und S. 818 ff.

⁵²² Vergl. Schäfer, U.: „Die Mär vom Markt“, in: Süddeutsche Zeitung, 4.10.2008.

Zu den Hauptkritikpunkten am „Rational-Choice“-Modell gehört üblicherweise dessen methodische und theoretische Einseitigkeit: Sämtliche Entscheidungsmuster werden monokausal aus berechenbaren Nützlichkeitsabwägungen abgeleitet, welche mit überwiegend statistisch-quantifizierenden, den Naturwissenschaften entlehnten Modellbildungen theoretisch untermauert werden. Psychologische Aspekte werden hierbei ebenso ausgeblendet wie neuere Erkenntnisse der Hirnforschung. Eine Anwendbarkeit dieses Erklärungsansatzes in den auf methodischer Vielfalt beruhenden Sozialwissenschaften, zu denen auch die Kriminologie und die Terrorismusforschung gehören, wird dabei generell in Frage gestellt.⁵²³

Zugleich wird der Vorwurf erhoben, Rationalakteursmodelle bildeten menschliches Verhalten deswegen unterkomplex ab, da sie auf einem methodischen Individualismus beruhen. In der Tat kreist der gesamte Gedankengang um die Abwägung von Optionen aus Sicht des Individuums, wobei ausgeblendet wird, dass auch individuelles Verhalten sich fast immer in einem breiteren sozialen Kontext vollzieht. Der kühl berechnende „Homo Oeconomicus“, der unter verschiedenen Möglichkeiten stets die wählt, die seinen Nutzen maximiert, ist seinerseits eingebunden in ein System sozialer Interaktionen und wechselseitiger Rückkopplungseffekte. So ist bereits die basale Frage, was überhaupt als zu maximierender Nutzen anzusehen ist, offenbar aufs Engste mit gesellschaftlich vorgegebenen Wert- und Moralvorstellungen, Statusfragen und ähnlichem verbunden. Erst diese von außen hineingetragenen und nicht notwendigerweise nach Nutzenmaximierungsprinzipien konstruierten, normativ aufgeladenen Überzeugungen geben dem Individuum die Kriterien, nach denen es entscheidet, welches Gut überhaupt zu maximieren sei und auf welche Weise.⁵²⁴ Ferner kennt gerade die demokratische Staatsform auch kollektiv getroffene Entscheidungen, welche möglicherweise einer ganz eigenen Dynamik gehorchen.

⁵²³ Vergl. dazu Danwitz, K.-St. v., a.a.O., S. 49 ff. Siehe auch Miethe, T., Mosher, C. & Phillips, D.: „The Mismeasure of Crime“, London, 2002. Siehe ferner Skubak, M.: „The Challenges of Testing Routine Activity Theory“. Paper presented at the annual meeting of the American Society of Criminology, Toronto, 2005.

⁵²⁴ Vergl. dazu Danwitz, K.-St., ebd.

Schließlich wird seit geraumer Zeit die empirische Evidenz des Modells hinterfragt. Es ist schwerlich zu leugnen, dass in zahlreichen Entscheidungssituationen Menschen nicht vollends rational handeln – mitunter ist gerade diese partielle Impulsivität und Emotionalität von Vorteil.⁵²⁵

Auf diese heftigen Attacken haben Vertreter der Rational-Choice-Theorien mit erheblichen Einschränkungen in der Reichweite ihrer Aussagen reagiert.⁵²⁶ Neuere Ansätze, welche auf einer sogenannten „Begrenzten Rationalität“ beruhen, argumentieren, dass das Rationalitätskriterium sich subjektiv aus der Informationslage des Handelnden bestimmt. Verfügt dieser über unvollständige Kenntnis aller Begleitbedingungen der zu treffenden Entscheidung, was typisch ist, wird er auf dieser unsicheren Grundlage eine Prognose treffen und die Entscheidung wählen, die mit höchster Wahrscheinlichkeit das gewünschte Ergebnis produziert. Eine objektive Bewertung unterbleibt demnach. Unter dieser allerdings stark einschränkenden Bedingung ist auch die Übertragbarkeit des Modells auf kriminologische Sachverhalte, zum Beispiel räumliche Muster von Kriminalität, gesichert.⁵²⁷

Doch wie verhält es sich mit dem Sonderfall Dschihadistischer Terroristen? Treffen diese halbwegs rationale Entscheidungen darüber, wo sie operativ tätig werden, und erklärt dies eine mögliche Affinität zu Räumen schwacher Staatlichkeit? Denken sie überhaupt „vernünftig“?

Auf den ersten Blick mag dies einigermaßen unglaubwürdig erscheinen. Gerade fundamentalreligiös motivierte Terroristen scheinen Handlungs- und Entscheidungsmaximen zu folgen, die eher mittelalterlichem Aberglauben als streng rationaler Abwägung gehorchen. Besonders das von ihnen zur Standardmethode entwickelte Selbstmordattentat

⁵²⁵ Vergl. dazu paradigmatisch Miethe, T., Stafford, M., & Long, S.: „Social differentiation in criminal victimization: A test of routine activities/lifestyles theories“, in: American Sociological Review 52 / 1987, S. 184 ff. Siehe ferner Skubak, M., a.a.O.

⁵²⁶ Vergl. zum Folg. Clarke, R.: „Seven misconceptions of situational crime prevention“, in: Tilley, N. (Hg.): „Handbook of Crime Prevention and Community Safety“, Portland, 2005. Siehe ferner Rubinstein, A.: „Modeling bounded rationality“, Cambridge (MA), 1998.

⁵²⁷ Vergl. Felson, M.: „Crime and Everyday Life“, London, 2002, S. 37 ff.

durchbricht jegliche konventionelle Logik: Es endet mit der Selbstvernichtung des Ausführenden, welcher also in keiner Weise aus seinem Verhalten einen praktischen Nutzen für sich selbst ziehen kann.⁵²⁸

Hilfreich ist hier jedoch eine Unterscheidung zwischen Zweck- und Mittelrationalität. Die leitende Absicht, das Reich Gottes herbeibomben zu wollen, kann man wohl nicht anders als psychopathologisch bezeichnen. Völlig „verrückt“ sind Dschihadistische Terroristen dennoch nicht, da sie immerhin in der Lage sind, ihre Aktionen planvoll und organisiert auf ein Ziel auszurichten, auch wenn dieses ostentativ unvernünftig ist. Die oftmals minutiöse Planung und Ausführung von Attentaten unterstreicht dies deutlich. Außerdem ist nicht jeder dschihadistische Terrorist automatisch Selbstmordattentäter: Gerade Führungs- und Ausbildungspersonal, Theoretiker und Vordenker wie auch Organisatoren, Financiers und Propagandisten greifen selten direkt in Kämpfe ein und verfolgen Terrorismus als aus ihrer Sicht rationale Handlungsoption. Selbst Suizidanschläge können, wenngleich mit Mühe, als wenigstens teiltrational angesehen werden, solange man unterstellt, der Täter habe es auf von standardisierten Kosten-Nutzen-Berechnungen nicht berücksichtigte, nichtmaterielle Vorteile abgesehen. Sofern man bereit ist, den Glauben an ein Paradies im Jenseits zu teilen, und ferner die Prämisse annimmt, dieses sei durch Märtyrertum mit Sicherheit erreichbar, ist die Opferung der eigenen Existenz keineswegs völlig irrational. Nicht zuletzt aus der Militärgeschichte sind außerdem zahlreiche Fälle bekannt, in denen sich Kämpfende bewusst wegen eines aus ihrer Sicht höheren Zieles aufopferten, so zum Beispiel japanische Kamikazeflieger.⁵²⁹

⁵²⁸ Vergl. dazu und zum Folg. Hopkins Burke, R., a.a.O., Kapitel 4. Siehe ferner besonders aufschlussreich Kampfhammer, H.-P.: „Pathogene Religiosität – Anmerkungen zur Psychopathologie religiös motivierter Gewalt“, in: Psychopraxis 4/2008 mit der dort angegebenen Literatur.

⁵²⁹ Vergl. zum Vorstehenden Witte, D.: „Zur Rational-Choice-Analyse des transnationalen Terrorismus: Potenziale und Grenzen ökonomischer Erklärungsansätze“, in: Kron, Th. & Reddig, M., a.a.O.

Es wäre demnach eine gefährliche Unterschätzung, dschihadistischen Terroristen die Fähigkeit zu vernünftigen Entscheidungen pauschal abzusprechen. Fraglich ist aber weiterhin, inwiefern solche Mechanismen ihre geographischen Aktivitätsmuster steuern und ob sie sich für eine Abwehrstrategie ausnutzen lassen.

Die Kriminalgeographie sieht zum empirischen Nachweis eines Kausalzusammenhangs zwischen Kriminalitätsmustern und durch spezifische Raumstrukturen erzeugten Kriminalitätsanreizen folgende Methodik vor, die im Folgenden auf den hier in Frage stehenden Zusammenhang übertragen wird⁵³⁰:

Am Anfang steht die Identifikation von sogenannten „Hot Spots“: Räume, in denen sich Kriminalität, oder im vorliegenden Fall, terroristische Aktivitäten häufen. Hier erfolgt eine Beschränkung auf diejenigen Aktivitäten, über die am ehesten verlässliche Informationen verfügbar sind. Im zweiten Schritt wird überprüft, ob bestimmte, mit der Struktur dieser Räume zusammenhängende Faktoren eine Anziehungskraft auf dschihadistische Terroristen ausüben („pull factors“) und ob es sich dabei u.a. auch um den Faktor Staatsschwäche handelt. Als empirische Indizien gelten dabei zum Beispiel Tätermobilität, d.h. Wanderungsbewegungen in diese Räume hinein, sowie ergänzende Aussagen der Terroristen selbst, in denen sie Aufschluss über ihre Motivationslage und kollektive oder individuelle Entscheidungsfindung geben.

Begonnen wird mit der Identifikation geographischer Akkumulationen terroristischer Aktivitäten. Es scheint außer Frage zu stehen, dass versagende Staaten ein bevorzugtes Operationsgebiet dschihadistischer Gruppierungen darstellen. Was die Zahl verübter Anschläge betrifft, so führen seit Jahren der Irak, Afghanistan und Pakistan, welche allesamt

⁵³⁰ Vergl. zum Folg. Morris, T.: „The Criminal Area. A Study in Social Ecology“, London, 1998, S. 20 und S. 27 sowie Schwind, H.-D., a.a.O., § 15. Vergl. ferner den Eintrag „Kriminalgeographie“ in der Online-Enzyklopädie „Krimpedia“ der Universität Hamburg, siehe dort, Websource: <http://www.kriminologie.uni-hamburg.de/wiki/index.php/Kriminalgeographie>

als hochgradig versagende oder als gescheiterte Staaten eingestuft werden, die entsprechenden Statistiken an.⁵³¹ Dies gilt auch für die Zahl der dadurch verursachten Todesopfer: Allein 2007 starben im Irak 13.600 Menschen bei islamistischen Anschlägen. Pakistan, die Philippinen, Afghanistan, Indonesien und der Irak gehören nach verschiedenen Analysen zu den Staaten, in denen das Risiko terroristischer Anschläge am höchsten ist.⁵³² Von 15.765 Todesopfern terroristischer Anschläge, die das amerikanische National Counterterrorism Centre 2007 weltweit registrierte, entfielen 72% auf die Regionen Naher und Mittlerer Osten sowie Südasien. 55% der fünfzehn Staaten, in denen 2008 weltweit die meisten Todesopfer bei terroristischen Anschlägen starben, waren instabile Staaten Nordafrikas und des Vorderen Orients, nämlich der Irak, Pakistan, Afghanistan, Somalia, der Sudan, der Tschad, Algerien und der Libanon. Dieses Bild wiederholt sich bei der Zahl der Entführungen mit terroristischem Hintergrund. Hiervon entfallen weltweit 69% auf die Staatengruppe Pakistan, Afghanistan, Irak, den Gazastreifen, die Philippinen, den Sudan, Libyen, Somalia, Nigeria und Ägypten. Der sprunghafte Anstieg terroristischer Anschläge im Irak fällt dabei zeitlich mit der weitgehenden Erosion staatlicher Zentralgewalt zusammen.

Es existieren weiterhin Belege, dass Unterstützungs- und Finanzierungsnetzwerke wie auch Ausbildungslager dschihadistischer Gruppen überwiegend in solchen Regionen angesiedelt sind.⁵³³ Als „Safe Havens“ für diese Aktivitäten gelten vornehmlich die Sub-Sahara-Region, Teile des philippinischen Archipels, der Libanon, Jemen sowie der Irak, Pakistan und Somalia. Der Jemen rückt hierbei seit jüngerer Zeit besonders ins Blickfeld, da sich hier ein Kommando- und

⁵³¹ Vergl. zum Folg. National Counterterrorism Centre (Hg.): „Report on Terrorism“, Jahrgänge 2007 und 2008, Washington D.C., 2007 / 2008. Alle Zahlenangaben beruhen, soweit nicht anders ausgewiesen, auf eigenen Berechnungen auf Grundlage der dort für 2008 angegebenen Daten, vergl. ebd. Siehe auch The Fund for Peace, a.a.O. sowie Aon-Risk Map 2009, Websource: <http://www.aon.com/germany/ueber-aon/presse/political-risk-map-2009.jsp>

⁵³² Vergl. World Markets Research Centre (Hg.): „Terrorism Index 2003/4“, Waltham, 2003.

⁵³³ Vergl. dazu vor allem US State Department (Hg.): „Country Reports on Terrorism 2008“, Washington D.C., 2008, S. 195 ff. Siehe ferner Giraldo, J. & Trinkunas, H., a.a.O.

Operationszentrum dschihadistischer Terrororganisationen gebildet zu haben scheint, welches zunehmend die Funktionen ausübt, die bis zum Beginn der alliierten Intervention in Afghanistan angesiedelt waren.⁵³⁴

Zugleich weist der vergleichsweise relativ geringe Blutzoll in den weitgehend stabilen westeuropäischen Staaten und Nordamerika ebenfalls darauf hin, dass dies kein bloß zufälliges Zusammentreffen ist. Sogar innerhalb eines Staates ist auf Mikroebene feststellbar, dass sich terroristische Aktivitäten in den toten Winkeln der Staatsmacht konzentrieren: Nach Zahlen des *South Asia Terrorism Portal* trugen sich 2007 48% der Selbstmordanschläge in Pakistan in den Nordwestlichen Grenzprovinzen zu, wo die Taliban im Swat-Tal bis Anfang 2009 sukzessive die Herrschaft übernehmen konnten und die pakistanische Armee bis zum Sommer nur mit Mühe die Kontrolle wiederherzustellen vermochte. In den ebenfalls weitgehend unkontrollierbaren Federal Administrated Tribal Areas, welche als weitgehend „talibanisiert“ gelten, fanden 23% der Anschläge statt, in der Hauptstadt Islamabad lediglich 9% und in 2008 gar keiner.⁵³⁵

Dies alles ist selbstverständlich keine strenge Korrelationsanalyse; da aber, wie bereits ausgeführt, die in Frage stehenden Variablen nicht zuverlässig quantifizierbar operationalisiert werden können, kann hier ohnehin lediglich eine Sammlung von Indizien erfolgen, welche hingegen allein aufgrund ihrer Vielzahl den Schluss nahelegen, dass tatsächlich eine Form des Zusammenhangs zwischen der räumlichen Verteilung terroristischer Aktivitäten und der Durchsetzungsfähigkeit bestimmter Staaten existiert. Ist dies ein Kausalzusammenhang, wird er von dschihadistischen Terroristen bewusst genutzt und gibt es weitere beeinflussende Faktoren?

Die Bewegungsmuster dschihadistischer Terroristen sprechen durchaus für die Annahme, dass es sich hier um planvoll herbeigeführte geographische Konzentrationen terroristischer Aktivitäten handelt. Als

⁵³⁴ Vergl. Hermann, R.: „Im Jemen fühlt Al-Qaida sich sicher“, in: FAZ, 28.12.2009.

⁵³⁵ Alle Zahlenangaben nach South Asia Terrorism Portal (Hg.): „Pakistan Assessment 2009“, Websource: <http://www.satp.org/satporgtp/countries/pakistan/index.htm#> Siehe ferner Petersmann, S.: „Flüchtlinge im eigenen Land“, 9.5.2009, Websource: <http://www.tagesschau.de/ausland/swat124.html>

Mudjahedin im Ausland zu kämpfen, gehört für militante Islamisten ohnehin zum Traditionsbestand; al-Quaida als Keimzelle des Dschihadismus entsprang einer Art Fremdenlegion im Kampf gegen die sowjetische Besatzung Afghanistans⁵³⁶.

Im Falle des Irakkrieges nach dem Sturz Saddam Husseins haben ausländische Freiwillige anfänglich eine geringere Rolle gespielt, während sich in jüngerer Zeit das Kampfgeschehen wieder stärker auf Afghanistan und Pakistan konzentriert.⁵³⁷ Derzeit stammen die meisten irakischen Mudjahedin offenbar aus Libyen, Saudi-Arabien und dem Jemen, wobei periodische Wanderungsmuster zwischen dem Irak, Somalia, Pakistan und Afghanistan zu beobachten waren, die auf planvolle Bewegungen zwischen Kampf-, Ruhe- und Ausbildungsräumen sowie zwischen sich verschiebenden Kampfschwerpunkten hinweisen. Selbst durch das Internet radikalisierte Terroristen europäischer Herkunft reisen gezielt in Regionen schwacher Staatlichkeit, um am dortigen Trainingsprogramm teilzunehmen.⁵³⁸ Eine Affinität dschihadistischer Akteure zu Aufhalten in versagenden Staaten kann auch aus der Biographie bin-Ladens herausgelesen werden, die sich in weiten Teilen wie eine Landkarte der fragilen Staaten Ostafrikas und des Vorderen Orients liest.⁵³⁹

Es existieren gewisse Belege dafür, dass dies sogar auf bewusster, zukunftsplanender Kalkulation beruht. So wurde der bereits erwähnte Abu-Mussab al-Sarkawi gegen Ende 2001 gezielt nach Kurdistan entsandt, um dort in Zusammenarbeit mit lokalen Machthabern eine abgelegene Rückzugsregion für afghanische Mudjahedin nach einem

⁵³⁶ Vergl. Rashid, A.: „Taliban“, London, 2001, S. 130 ff.

⁵³⁷ Vergl. Cordesman, A.: „Iraq and Foreign Volunteers“, Center for Strategic and International Studies, Washington D.C., 2005. Websource: http://www.csis.org/media/csis/pubs/051117_iraqforeignvol.pdf

⁵³⁸ Vergl. Schmitt, E.: „Militant Gains in Pakistan Said to Draw Fighters“, in: The New York Times, 10.7.2008. Siehe auch Musharbash, Y., a.a.O. Siehe auch Felter, J. & Fishman, B.: „Al-Qaida's Foreign Fighters in Iraq“, West Point / New York: Combatting Terrorism Center, US Military Academy, 2008.

⁵³⁹ Vergl. exemplarisch die biographische Skizze bei Burke, E., a.a.O.

befürchteten amerikanischen Gegenschlag in Reaktion auf die damals noch bevorstehenden Anschläge von Washington und New York zu organisieren. Explizit spielte dabei die Schwäche der kurdischen Regierung, dies zu verhindern, eine entscheidende Rolle bei der Auswahl dieser Region.⁵⁴⁰ Im Internet eingestellte Leitfäden zum Aufbau und zur Verwaltung dschihadistischer Organisationen schlagen eine Ansiedlung in Saudi-Arabien, Nigeria, Jordanien, Marokko oder Pakistan vor, und heben dabei als Standortvorteile neben dem leichten Zugang zu Waffen und möglichen Verbündeten besonders hervor, dass staatliche Autoritäten dort aufgrund der Landesnatur generell schwach, die lokale Bevölkerung teils aufrührerisch und das Gelände höchst unübersichtlich ist.⁵⁴¹

Als alleinige Erklärung für das konzentrierte Auftreten dschihadistischer Aktivitäten und Terroristen in bestimmten Regionen reicht der Faktor versagende Staatlichkeit sicherlich nicht aus. Es ist ein alter Erfahrungswert, dass allein eine unübersichtliche Topographie mit zahlreichen Versteckmöglichkeiten insurgente Akteure stets angezogen hat; es ist eine Standardtaktik des Guerillakrieges an sich, sich dem Verfolgungsdruck der Staatsmacht durch Ausweichen in periphere Gebiete zu entziehen. Zugleich kommt auch der teils hohe Symbolcharakter von Regionen wie Afghanistan für die dschihadistische Szene als zusätzliches Motivans in Betracht. Auf weitere Beweggründe wird ebenso später einzugehen sein wie auf die Tatsache, dass sich auch zahlreiche Beispiele für „non-aligned-Mudjahedin“, also Angehörige europäischer Minderheiten oder Konvertiten, nennen lassen, für die Gebiete, die hohes Staatsversagen ausweisen, offenkundig uninteressant sind, wie oben bereits ausgeführt. Als Makrotheorie ist dieser Ansatz demnach sicherlich ungeeignet, aber als partielle Erklärung bestimmter Verhaltensmuster dschihadistischer Terroristen sicherlich ausreichend, plausibel und zumindest in Teilen empirisch unterlegbar. Dafür spricht nicht zuletzt die wachsende Aufmerksamkeit, die diese räumliche Perspektive in der internationalen

⁵⁴⁰ Vergl. mit weiteren Angaben Brisard, J.-Ch., a.a.O., S. 105 ff.

⁵⁴¹ Vergl. Abou-Taam, M. & Bigalke, R., a.a.O., S.214 ff.

Terrorismusforschung seit einiger Zeit genießt.⁵⁴² Kann sie aber auch zur Entwicklung einer Abwehrstrategie praktisch nutzbar gemacht werden?

Praktische Bewährung: Abermals sind Geheimhaltungserfordernisse ein Hindernis bei der Einschätzung, inwieweit Maßnahmen zur verstärkten Kontrolle von Gebieten versagender Staaten durch einheimische oder deutsche Sicherheitskräfte eine wirksame Verbesserung der Lage im Kampf gegen den Dschihadistischen Terrorismus erreicht haben. Das Zusammentragen der wichtigsten Erkenntnisse deutschen militärischen Engagements ergibt allerdings eine Reihe von Anhaltspunkten.

Zuerst zu nennen sind die Erfolge, deren wichtigster zweifelsohne darin besteht, dass die Bundesrepublik, obwohl sie Teil des dschihadistischen Zielraumes ist, wiederholt sehr konkret bedroht wurde und es verschiedene Attentatsversuche gab, im Gegensatz zu vielen anderen westlichen Staaten bislang nicht von einem Anschlag getroffen wurde.⁵⁴³ Inwieweit diese Tatsache der militärischen Präsenz Deutschlands in den Heimatgebieten dschihadistischer Terrorgruppen zuzuschreiben ist, ist schwer nachzuprüfen, doch dürfte diese wenigstens dazu beigetragen haben, indem sie die Informationslage der Sicherheitsbehörden verbesserte und zugleich die Terroristen damit beschäftigte, sich zu verteidigen, statt Angriffe zu planen. Darauf, dass letzteres durchaus wirksam sein könnte, verweist auch die sinkende Komplexität der Tatplanung und -ausführung: Seit 2001 ist ein Trend erkennbar, dass dschihadistische Terroristen mit weniger ausgeklügelten und durchgeplanten Operationsmustern vorgehen.⁵⁴⁴ Großoperationen wie simultane Flugzeugentführungen mitten im Feindgebiet werden durch einfachere Taktiken abgelöst, vorwiegend Sprengstoffanschläge auf

⁵⁴² Vergl. dazu Nunn, D.: „Putting Terrorism on Criminology’s Map“, Paper presented at the annual meeting of the American Society of Criminology, Toronto, 2008.

⁵⁴³ Vergl. Stock, J. & Herz, A., a.a.O.

⁵⁴⁴ Vergl. dazu und zum Folg. die entsprechenden Lageeinschätzungen in den Verfassungsschutzberichten 2005, 2006, 2007 und 2008, welche die sich einschränkenden Operations- und Aktionsmöglichkeiten des Dschihadistischen Spektrums direkt auf erhöhten Fahndungsdruck zurückführen.

Verkehrsziele wie in London oder Madrid. Die Anschläge auf Mumbai, bei denen im Grunde lediglich mit Sturmgewehren und Handgranaten bewaffnete Einzelkämpfer auftraten, weisen ebenfalls in diese Richtung.⁵⁴⁵ Die Störung der Kommandoketten und Ruheräume terroristischer Organisationen in versagenden Staaten fällt zeitlich mit dieser Entwicklung zusammen, so dass es zumindest plausibel ist, von einem Kausalzusammenhang auszugehen.

Gleichzeitig sind auch die Opferzahlen in westlichen Staaten allgemein gesunken, während sich die Anschläge mit tödlichem Ausgang, wie oben dargelegt, überwiegend in den Heimatregionen dschihadistischer Netzwerke konzentrieren. So zynisch dies klingen mag, so ist auch dies ein Beleg dafür, dass es gelungen ist, den Kampf aus den westlichen Hauptstädten vor die Tore der Verstecke dschihadistischer Terroristen zu tragen.

Dazu beigetragen haben wohl auch zunehmende Erfolge bei der Festnahme bzw. Eliminierung von Führungskadern besonders der Taliban, welche zum Beispiel im Frühjahr 2007 drei Viertel ihres militärischen Führungspersonals verloren.⁵⁴⁶ Deutsche Sicherheitsbehörden konnten aufgrund von Informationen aus den Planungsregionen in versagenden Staaten des Mittleren Ostens u.a. Anschläge auf den damaligen irakischen Ministerpräsidenten, auf Vorortzüge im Kölner Raum und gegen amerikanische Einrichtungen in Deutschland verhindern sowie wiederholt ausländische und deutsche Teilnehmer an Terrorausbildungen in afghanischen und pakistanischen Lagern bei der Einreise verhaften. Presseinformationen zufolge ist auch das Kommando Spezialkräfte zusehends erfolgreich bei der Bekämpfung oder Festnahme von Talibanführern.⁵⁴⁷ Presseinformationen zufolge galt auch der umstrittene Luftschlag auf

⁵⁴⁵ Vergl. „Indiens 11. September“, in: FAZ, 29.11.2008.

⁵⁴⁶ Vergl. dazu Ruttig, Th.: „Die Taleban nach Mullah Dadullah“, SWP-Aktuell Juni 2007, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2007.

⁵⁴⁷ Siehe oben FN 255.

zwei Tankfahrzeuge in der Nähe von Kunduz im September 2009 vornehmlich der Ausschaltung mehrerer Talibankommandeure.⁵⁴⁸

Gewisse Erfolge konnten auch bei anderen Missionen erzielt werden, bei denen deutsche Streitkräfte Kontrollfunktionen in Gebieten versagender Staatlichkeit ausüben. Im Falle des Marineeinsatzes vor der Küste des Libanon darf davon ausgegangen werden, dass Waffenschmuggel auf der Seeroute nachhaltig unterbunden wurde. Bei der Überprüfung von bislang 15.500 Schiffen wurden in keinem Falle Waffen vorgefunden, was direkt auf einen Abschreckungseffekt zurückgeführt wird.⁵⁴⁹ Die etwa 1.400 im Rahmen der Mission ATALANTA gegen somalische Piraten eingesetzten Bundeswehrangehörigen konnten mehrfach Piraten festnehmen und Angriffe verhindern oder abwehren.⁵⁵⁰

Zu den Versuchen, staatliche Ordnungs- und Sicherheitskräfte in versagenden Staaten selbst soweit zu stärken, dass sie das staatliche Gewaltmonopol durchsetzen und Terrorismus bekämpfen oder unterbinden können, zählt vor allem der Aufbau von Polizei und Armee in Afghanistan, an denen sich Deutschland beteiligt.⁵⁵¹ Die 2002 neugebildete Afghanische Nationalarmee (ANA) soll bis Ende 2011 auf

⁵⁴⁸ Vergl. Kornelius, St.: „Bundeswehr wollte Taliban töten“, in: Süddeutsche Zeitung, 11.12.2009.

⁵⁴⁹ Vergl. „Die Deutsche Marine bei UNIFIL“, Webservice: http://www.marine.de/portal/a/marine/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLNzKODzIMBMmB2d5mlfqRcFFj_zcVP2glFR9b_0A_YLciHJHROVFANb9WxU!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMjNfUjFR?yw_contentURL=%2F01DB07000000001%2FW27G6EFV180INFODE%2Fcontent.jsp

⁵⁵⁰ Vergl. „Strafanzeige in Kiel gegen Piraten“, in: FAZ, 31.3.2009.

⁵⁵¹ Vergl. zum Folg. Paul, M.: „Der (Wieder-)Aufbau der afghanischen Nationalarmee“, SWP Aktuell, 2009/A 60, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, November 2009, sowie „Aufbau der Streitkräfte“, Webservice: http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKlD443cTYFSZnF08YbuvnpR4IzhgaOEEHneOOAEJAgRGFQSQq-r0d-bqq-f36AfkFuaES5o6MiAFSV30c!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ19TUFQ!?yw_contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2FW27BQDKU219INFODE%2Fcontent.jsp

etwa 130.000 Mann anwachsen und in die Lage versetzt werden, Taliban und Al-Quaida selbstständig zu bekämpfen, was die Reduzierung ausländischer Truppenkontingente erlauben würde. Bewaffnung und Ausrüstung werden vorwiegend von den Vereinigten Staaten gestellt, während die Bundeswehr vor allem die Ausbildung von Kraftfahrern, Logistikern, Mechanikern und weiterem Fachpersonal gewährleistet, mobile Ausbildungsteams bereithält und mehrere Verbindungs- und Beratungsstäbe für die Zusammenarbeit mit afghanischen Formationen stellt. Trotz erster Erfolge ist jedoch absehbar, dass die ANA noch auf Jahre hinaus auf personelle und materielle Hilfen sowie auf direkte Feuerunterstützung angewiesen bleiben wird und frühestens ab etwa 2015 eigenständiger wird agieren können. Bis dahin wird Afghanistan nicht aus eigener Kraft seine militärische Stabilität gewährleisten können. Ferner scheint die ANA bislang hinsichtlich ihrer politischen und juristischen Integrität nicht völlig verlässlich zu sein. Es tauchten mehrfach Meldungen darüber auf, die unterbezahlte Truppe habe ihre eigenen Waffen an die Taliban verkauft.⁵⁵² Über die Erfolge und Defizite deutschen Engagements in den Bereichen Polizeiaufbau und Stärkung von Aufklärungsorganen wurde oben bereits ausführlich berichtet.

Auf terroristische Bedrohungen direkt mit verstärkten Kampfanstrengungen und indirekt mit Maßnahmen zur Stärkung des Gewaltmonopols in den Heimatgebieten dschihadistischer Netzwerke zu antworten, hat sich in der Gesamtschau der vergangenen Jahre, ohne die Erfolge in Abrede stellen zu wollen, jedoch auch als zweischneidig erwiesen. Eine Übersicht listet im Folgenden stichwortartig eine Reihe von Problematiken auf.

- *Ethische Risiken und Rückkopplungstendenzen*: Eine repressive Politik, die die Bedrohung einer demokratischen Gesellschaft durch terroristische Kräfte mit Druck, Überwachung und Gewalt beseitigen

⁵⁵² Vergl. Matthey, S.: „Handel mit deutschen Pistolen in Afghanistan?“, 12.10.2009, Websource: <http://www.tagesschau.de/ausland/afghanistanwaffen100.html>

möchte, läuft stets Gefahr, dabei genau denjenigen Wert zu verletzen, den sie eigentlich vor den Terroristen schützen will: ihre Freiheit. Statt das kollektive Sicherheitsgefühl wiederherzustellen, bewirkt sie unter Umständen ein Klima des fortwährenden Ausnahmezustands, in dem sich auch die Wahrscheinlichkeit von politischen Fehlentscheidungen potenziert.⁵⁵³ Diesem klassischen Dilemma der Terrorismusbekämpfung steht die deutsche Sicherheitspolitik spätestens dann gegenüber, wenn sie im Rahmen von Sicherheitsvereinbarungen mit den Geheimdiensten, Armeen und Polizeien von Staaten mit zweifelhaftem Ruf bezüglich der Achtung von Menschenrechten und Demokratie kooperiert. Jede Form des militärischen Kampfes gegen insurgente Kräfte, seien es Guerillas oder in Bergverstecken verschanzte, paramilitärisch organisierte Terroristengruppen, birgt ferner das inhärente Risiko, deren propagandistische Position zu stärken, da sich Aufständische in der für solche Konflikte typischen, asymmetrischen Kampfsituation nicht an die Regelungen des Kriegsvölkerrechts halten, Nichtkombattanten als Tarnung und Schutzschild missbrauchen und damit unvermeidlicherweise zivile Opfer herbeiführen, welche sie den Regierungstruppen anlasten können.⁵⁵⁴ Die Operationen in Afghanistan bilden hier ebenso wenig eine Ausnahme wie die Kampfhandlungen im Irak. Während dort nach Angaben von Nichtregierungsorganisationen die Zahl der von Kampfmaßnahmen der Koalitionskräfte bzw. der irakischen Armee hervorgerufenen Toten unter der Zivilbevölkerung zuletzt drastisch sank (2006: 912 / 2007: 1.850 / 2008: 1.000 / 2009: 213)⁵⁵⁵, zeigt sich laut UN-Berechnungen in Afghanistan ein gegenteiliger Effekt. Dort kamen allein im ersten Halbjahr 2009 1.013 Zivilisten ums Leben, davon 31% durch alliierte Kampfhandlungen.⁵⁵⁶ Da

⁵⁵³ Vergl. dazu Hennessy, P., a.a.O., Kapitel 1,2 und 8, sowie Ignatieff, M.: „The Lesser Evil: Political Ethics in an Age of Terror“, Princeton, 2005. Siehe auch Matassa, M. & Newburn, T.: „Policing and Terrorism“, in: Newburn, T., a.a.O., S. 480 ff.

⁵⁵⁴ Vergl. Münkler, H., a.a.O. Siehe auch Crevelde, M.v.: „The Changing Face of War: Combat from the Marne to Iraq“, New York, 2008, S.268 ff. Vergl. ferner Silke, A., a.a.O.

⁵⁵⁵ Zahlen; eigene Berechnung nach Iraq Body Count Project (IBC, Hg.): „Civilian deaths from violence in 2009“, Websource: <http://www.iraqbodycount.org/analysis/numbers/2009/>

⁵⁵⁶ Zahlen nach United Nations Assistance Mission to Afghanistan, Human Rights Unit (Hg.): „AFGHANISTAN Mid Year Bulletin on Protection of Civilians in Armed Conflict, 2009“, Kabul, Juli 2009.

deutsche Streitkräfte bislang eher unterstützende Funktionen ausgeübt haben, sind sie mit diesen Problematiken bisher weniger stark konfrontiert gewesen, doch spätestens seit den bereits erwähnten Luftschlägen von Kunduz ist diese Thematik auch in der deutschen Debatte angekommen. Dabei wird deutlich, dass fortgesetzte „Kollateralschäden“ nicht allein dem Gegner deren verbitterte Überlebende in die Arme treiben können, sondern zugleich die politische Unterstützung durch die eigene, moralisch äußerst sensible Bevölkerung und die Medien gefährden.⁵⁵⁷ Entsprechenden Diskussionen wird sich die Bundeswehr zukünftig stärker zu stellen haben.

- *Räumliche und taktische Verlagerungstendenzen*: Ein in der Kriminalgeographie auf Mikroebene seit langem bekannter Effekt gesteigerter Verfolgungs- und Überwachungstätigkeit kann auch anhand der kollektiven Anstrengungen der vergangenen Jahre gegen die Netzwerke Dschihadistischer Terroristen in versagenden Staaten beobachtet werden: Verlagerungs- und Ausbreitungstendenzen aufgrund dynamischer Anpassung. Um zu verdeutlichen, was hiermit gemeint ist, mag ein Alltagsbeispiel genügen⁵⁵⁸:

Im Zuge einer generellen Tendenz, die öffentliche Ordnung restriktiver durchzusetzen und Rechtsverstöße nicht länger hinzunehmen („Null-Toleranz“-Politik), haben im vergangenen Jahrzehnt zahlreiche deutsche Großstädte Anstrengungen unternommen, die zumeist in der Nähe von Verkehrsknotenpunkten wie den jeweiligen Hauptbahnhöfen sich bildenden, offenen Drogenszenen als Kriminalitätsschwerpunkte zu beseitigen. Zumeist geschah dies u.a. durch eine verstärkte Streifenförmigkeit, Verhaftungen, Platzverweise, personelle Aufstockung von Ordnungspersonal und technische Hilfsmaßnahmen wie Videoüberwachung, Beschallung, Absperrung und anderes mehr. Hinzu traten Verbote, zum Beispiel das Untersagen von Alkoholgenuß im öffentlichen Raum. Die Effekte schienen zunächst positiv, da sich die Szene aufgrund der ständigen Störungen schnell auflöste, was sich

⁵⁵⁷ Vergl. dazu Arreguín-Toft, I.: "How to Lose a War on Terror: A Comparative Analysis of a Counterinsurgency Success and Failure," in: Ångström, J. & Duyvesteyn, I. (Hg.): "Understanding Victory and Defeat in Contemporary War", London, 2007.

⁵⁵⁸ Vergl. zum Folg. Danwitz, K.-St.v., a.a.O., S.32 ff. und S.36.

auch positiv auf die Kriminalitätszahlen und deren räumliche Verteilung auswirkte.

Leider hat man auch die Erfahrung machen müssen, dass sich die Drogenhandelsplätze in der Regel lediglich an andere Orte verlagerten und dort so lange bestanden, bis auch hier verstärkte Polizeipräsenz spürbar wurde. Da aber eine flächendeckende Verstärkung der Polizei aus fiskalischen Gründen unmöglich schien, entwickelte sich hier lediglich eine Art wandernder Kriminalitätsschwerpunkt. Zugleich passten sich die Täter an, indem sie ihre Aktivitäten in nicht zu überwachende Räume verlagerten oder sich anderer Vorgehensweisen bedienten. Es war ferner die bedenkliche Tendenz feststellbar, dass bislang wenig von Kriminalität betroffene Gebiete einen merklichen Zuwachs der Kriminalitätsraten erfuhren, da die Täter bevorzugt hierhin auswichen. Diesen gewachsenen Raum in Gänze zu überwachen erwies sich als schwieriger, als die Kontrolle der ursprünglich geräumten Bahnhofsvorplätze.⁵⁵⁹ Mittlerweile setzt sich eine Tendenz durch, offene Drogenszenen nicht in jedem Falle per se zu zerschlagen, sondern sie ggf. an Ort und Stelle zu belassen, wo sie wenigstens effektiv überwacht werden kann.

Verlagerung, räumliche Ausbreitung und dynamische Anpassung sind in Kombination mit der Tatsache, dass Kontrolle nie vollständig sein kann, das große Manko jeder an Repression orientierten Kriminalitätspolitik.

Diese Effekte sind auch im hier in Frage stehenden Falle teilweise erkennbar. Die verstärkte Bekämpfung dschihadistischer Netzwerke in ihren Ruhezonen hat zumindest vorübergehend zu einem Exodus der Terroristen in andere Regionen geführt, während zugleich als Reaktion auf Überwachung und Verfolgungsdruck immer mehr Aktivitäten, besonders propagandistische Unterstützung, Kommunikation, Planung

⁵⁵⁹ Vergl. zu solchen „Displacement“-Effekten: Institut für Kriminologische Sozialforschung, Universität Hamburg (Hg.): „Krimpedia: Freie Enzyklopädie zur Kriminologie“. Websource: <http://www.kriminologie.uni-hamburg.de/wiki/index.php/Hauptseite> (siehe Eintrag „Situationale Kriminalprävention“). Vergl. hierzu und zum Folg. ferner Crawford, A.: „Crime Prevention and Community Savety“, in: Maguire, M., et al., a.a.O., S.879 ff. Siehe auch Müller, H.E.: „Zur Kriminologie der Videoüberwachung“, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 85 (2002).

und Führung, aus dem realen Raum in den notorisch unkontrollierbaren Cyberspace verlagert wurden.

Die Invasion Afghanistans führte nach deutschen nachrichtendienstlichen Erkenntnissen bereits ab 2002 zu einer Fluchtbewegung dschihadistischer Kämpfer in die direkten Nachbarländer, besonders nach Pakistan, aber auch nach Südostasien.⁵⁶⁰ Jason Burke beschreibt detailliert, wie diese teils nach Europa, teils nach Nordafrika und in den Irak umsiedelten und führt darauf eine spürbare Radikalisierung dortiger Islamistenetzwerke zurück, die sich direkt in der Anschlagsserie der frühen 2000er Jahre (Djerba, Bali und Amman 2002, Casablanca und Istanbul 2003, Madrid 2004 sowie London und Scharm-el-Scheikh 2005) niedergeschlagen habe.⁵⁶¹ Bei der Flucht auch hochrangiger Al-Qaida-Angehöriger nach Pakistan während der Anfangsphase der Kämpfe um Kunduz im Jahr 2001 soll sogar die pakistanische Luftwaffe mitgewirkt haben.⁵⁶² Unter Experten wird heute davon ausgegangen, dass es ein Fehler der amerikanischen Einsatzplanung war, für die Invasion zwar genügend Truppen bereitgestellt zu haben, um Taliban und al-Qaida militärisch zu besiegen, jedoch nicht genug, um deren Ausweichen über die grüne Grenze in die Nachbarstaaten zu verhindern.⁵⁶³

Genau dieser Fehler scheint sich bei der Invasion des Iraks wiederholt zu haben. Zwar besaßen die Alliierten eine erdrückende Überlegenheit auf dem Gefechtsfeld und besiegten mühelos die reguläre irakische Armee, führten aber nicht ausreichend Ordnungspersonal, Übersetzer,

⁵⁶⁰ Vergl. dazu Wagener, M.: „Südostasien als Operationsgebiet von Al Khaida“, in: Internationale Politik 2 / 2003, S. 35 ff. Siehe ferner Smucker, Ph.: „Al Qaeda's Great Escape“, Dulles, 2004.

⁵⁶¹ Vergl. Burke, J., a.a.O., S. 314 ff.

⁵⁶² Dieser sog. „Airlift of Evil“ diente wohl dazu, Pakistanis in Diensten Al-Quaidas aus dem Lande zu schaffen, bevor ihre Anwesenheit von den Vereinigten Staaten bemerkt werden konnte, was die diplomatischen Beziehungen beider Länder vor eine Zerreißprobe gestellt hätte, vergl. dazu u.a. Rashid, A.: „Descent into Chaos“, New York, 2008. Eine packende und zugleich in der Sache zutreffende literarische Verarbeitung findet sich bei Forsyth, F.: „Der Afghane“, München, 2006.

⁵⁶³ Vergl. dazu International Crisis Group (ICG, Hg.): „Countering Afghanistan's Insurgency: No Quick Fixes“, Asia Report No. 123, Brüssel, 2006. Siehe ferner Mason, Th. & Johnson, Chr.: „Terrorism, Insurgency, and Afghanistan“, in: Forest, J. (Hg.): „Countering Terrorism and Insurgency“, Westport, 2007, Vol. II, S.453 ff.

Militärpolizisten und Verwaltungspersonal mit. In der Folge kam es zum zeitweiligen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in weiten Teilen des Landes, was es auch zahlreichen dschihadistischen Kämpfern ermöglichte, sich aus vorbereiteten Waffenverstecken zu versorgen und in den Untergrund abzutauchen.⁵⁶⁴ Zwar gelang es mit Hilfe massiver Truppenverstärkungen ab Frühjahr 2007, die Situation beherrschbarer zu machen, wofür auch die sinkenden Anschlagzahlen sprechen, doch wurden mit nur geringer Verzögerung verstärkte Ausweichbewegungen dschihadistischer Kämpfer nach Pakistan, Afghanistan und dem Jemen festgestellt, wo sich zeitgleich die Lage verschlechterte.⁵⁶⁵ Zwar versucht die Administration Obama, die positiven Erfahrungen aus dem Irak auf Afghanistan zu übertragen, doch da eine flächendeckende Verstärkung der Streitkräfte in allen in Frage kommenden dschihadistischen Operationsgebieten aus Kapazitätsgründen unmöglich sein dürfte, wird auch dies aller Wahrscheinlichkeit nach zwar die Lage vor Ort verbessern, aber analog dazu eine weitere Ausbreitung dschihadistischer Strukturen herbeiführen, wodurch diese potentiell immer schwerer zu überwachen und zu bekämpfen sind. Auch im Falle der Bekämpfung somalischer Piraten hatte der „Stich ins Wespennest“ auch den Nachteil, dass diese in bisher nicht von Piraterie betroffene Seegebiete auswichen.⁵⁶⁶

Wie bereits angedeutet, ist weder der Terrorismus selbst noch der Kampf gegen ihn frei von Abstrusitäten – Neil Smelser nennt sie die „multiple paradoxes of terrorism“.⁵⁶⁷ Eigendynamiken können bewirken, dass Maßnahmen, von denen man sich ursprünglich eine wirksame Reduzierung terroristischer Bedrohungen versprach, diesem überhaupt erst seine Objekte liefern. Militärisch-humanitäre Interventionen in versagenden Staaten an der Peripherie Asiens und Afrikas sind vor solchen inneren Widersprüchlichkeiten nicht gefeit. Streitkräfte, die mit

⁵⁶⁴ Vergl. dazu Rühl, L.: „Irakische Versäumnisse“, in: FAZ, 6.4.2004, sowie die unter FN 14 angegebene Literatur. Der Autor dankt Herrn Prof. Dr. Lothar Rühl, StS a.D., Universität Köln, für persönliche Auskünfte.

⁵⁶⁵ Zum amerikanischen Strategiewechsel vergl. Wipfli, R. & Metz, St.: „COIN of the Realm: U.S. Counterinsurgency Strategy“, U.S. Army War College, 2008. Zum Folg. vergl. die unter FN 300 angegebene Literatur.

⁵⁶⁶ Vergl. Friederichs, H.: „Die Mission Atalanta ist ungeeignet, die Piraterie zu beenden“, in: Die ZEIT, 19.12.2009.

⁵⁶⁷ Vergl. Smelser, N., a.a.O., Kapitel 1.

solchen Aufgaben betraut sind, sind aus verschiedenen Gründen hochgradig angreifbar. Sie bewegen sich fernab der für sie notwendigen Versorgungs- und Führungsinfrastruktur in meist unwegsamem Gelände inmitten einer nicht notwendigerweise wohlgesonnenen Zivilbevölkerung.

Aus der Kriminalgeographie ist bekannt, dass Kriminelle bevorzugt an solchen Orten zuschlagen, wo ihre Ziele unbewacht und verwundbar sind, Hilfe erwartet werden kann, die Flucht nach der Tat einfach ist und Waffen verfügbar sind.⁵⁶⁸ Überträgt man dieses Muster auf den hier in Frage stehenden Zusammenhang, so leuchtet ein, dass westliche Streitkräfte in versagenden Staaten ein erstrangiges Ziel dschihadistischer Terroristen sind. Der Wunsch, mit einer militärischen Intervention diese Länder zu stabilisieren und Terroristen zu bekämpfen, mündet in der Praxis darin, ihnen ihre Ziele frei Haus zu liefern. Dies ist auch eine ergänzende Erklärung für die festgestellten Wanderungsbewegungen und taktischen Variationen bei der Begehung von Anschlägen: Seit den verstärkten Sicherheitsmaßnahmen in westlichen Ländern ist ein Selbstmordattentat zum Beispiel in einer europäischen Hauptstadt weitaus schwieriger zu verwirklichen, als ein Anschlag mit einer selbstgefertigten Bombe⁵⁶⁹ auf einen Fahrzeugkonvoi in Bagdad – zumindest solange, bis durch die massive Truppenverstärkung aus leichten Zielen gefährliche Gegner wurden.

Über den „Cybardschihad“ ist viel berichtet worden. Tatsächlich hat sich die Befürchtung, es werde zu internetbasierten Anschlagsserien kommen, bspw. durch das Einschleusen von Viren oder Malware in „kritische Infrastrukturbereiche“ wie Flughafenetzwerke o.ä., nicht im

⁵⁶⁸ Vergl. dazu Felson, M.: *Crime and Everyday Life*, London, 2002, S. 32f. Zur Übertragbarkeit auf terroristische Verhaltensmuster siehe Smelser, N., a.a.O., S. 41 ff.

⁵⁶⁹ Sogenannte „Improvised Explosive Devices“ (IED) haben in Afghanistan und im Irak das Selbstmordattentat als bevorzugten modus operandi abgelöst. Mit Fernzündern oder Selbstauslösern versehen, sind sie dort Ursache für bis zu 40% der Personalverluste der Streitkräfte und damit tödlicher als alle anderen Kampfmaßnahmen, vergl. „More Attacks, Mounting Casualties“, in: *Washington Post*, 30.09.2007.

erwarteten Umfang bewahrheitet. Dennoch ist das Internet zur wichtigsten Kommunikations-, Rekrutierungs- und Organisationsplattform des Dschihadistischen Terrorismus geworden und ersetzt damit zahlreiche Funktionen, die vor den Gegenschlägen westlicher Streitkräfte bei den Trainingslagern in versagenden Staaten angesiedelt waren. Yassin Musharbash nennt als Gründe für diesen bemerkenswerten Vorgang mehrere Faktoren: Ein Generationswechsel brachte mit Neuen Medien aufgewachsene Nachwuchskader in Führungspositionen, während Veteranen wie Osama bin Laden entweder durch ihre Verfolger ausgeschaltet wurden oder an Einfluss verloren; zweitens die Lernfähigkeit eines globalen Netzwerks, welches seine lokalen Aktivitäten global virtuell vernetzt; und schließlich den Versuch, sich physischer Verfolgung durch Ausweichen in die Virtualität zu entziehen.⁵⁷⁰ Bernd Georg Thamm hat nachgewiesen, dass eine stärkere Hinwendung al-Qaidas zum Internet erst nach den Angriffen auf ihre afghanischen Stützpunkte erfolgte und deutet den Wandel zur einer „@-Qaida“ als direkte Reaktion darauf.⁵⁷¹ Auf die unterschiedlichen Wege, wie dies geschieht, und welche Aktivitäten ins Internet verlagert wurden, wurde oben bereits Bezug genommen. Auch auf das Phänomen des „Euro-Dschihad“, der ebenfalls als Verlagerungsbewegung zu verstehen ist, wurde hingewiesen.

Aus der Physik ist das Prinzip der Kommunizierenden Röhren bekannt. Füllt man oben offene, aber miteinander verbundene Gefäße mit Wasser, so stellt sich überall ein gleicher Pegel ein. Übt man nur an einer Stelle Druck aus, sinkt dort der Wasserspiegel, steigt aber in den anderen Röhren proportional an. Mit der erstaunlichen Anpassungsfähigkeit und Mobilität komplexer, amorpher

⁵⁷⁰ Vergl. Musharbash, Y., a.a.O., S.47ff. und S.93 ff.

⁵⁷¹ Vergl. Thamm, B.G.: „Von al-Qaida zu @-Qaida“, in: InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (Fiff-Kommunikation), 1 / 2009, Websource:
http://www.google.de/url?sa=t&source=web&ct=res&cd=1&ved=0CAcQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.fiff.de%2Fpublikationen%2Ffiff-kommunikation%2Ffiff-ko-12009%2Ffiko_1_2009_thamm.pdf&rct=j&q=fiff+thamm&ei=dvFAS76CG87p4QbaufGpCA&usg=AFQjCNGYDfTOfxK2RScGi_ofl7Qm1Q5Fg

Terrornetzwerke verhält es sich offenkundig ähnlich: Druck auf sie an nur einer Stelle verändert nichts an der Gesamtlage, sondern führt nur zu Verschiebungen. Im Wettrennen um die höhere Mobilität sind sie den von langwierigen Planungsprozessen abhängigen Militärapparaten buchstäblich meilenweit voraus. Deswegen muss sich zum Beispiel der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan der Frage stellen, ob er sich noch gegen das ursprünglich beabsichtigte Ziel, nämlich terroristische Infrastrukturen, richtet, oder ob er nicht ins Leere läuft, da diese längst anderswo entstanden sind.

- *Kosten*: Das stehende Heer war im Zeitalter des Absolutismus neben den persönlichen Ausgaben des Monarchen nicht selten der höchste Kostenfaktor eines Staatshaushalts. Davon ist Deutschland in der Gegenwart weit entfernt. Dennoch wird laut Bundeshaushaltsplan 2010 der Verteidigungsbereich bei einem Gesamtausgabevolumen von 327,7 Mrd. € mit 31,1 Mrd. € der drittgrößte Haushaltsposten nach dem Etat für Arbeit und Soziales und den Zinszahlungen für laufende Kredite sein.⁵⁷² Deutschland ist eine alternde und schrumpfende Nation mit entsprechenden Folgen für Renten, Gesundheitswesen und Schuldenstand und hat sich unlängst in fast absurder Höhe verschuldet, um die Folgen der globalen Finanzkrise aufzufangen. Angesichts der hier in Frage stehenden Summen mögen sich die konkreten Kosten des Antiterror-Einsatzes in Afghanistan und anderswo vergleichsweise marginal ausnehmen: der Verteidigungshaushalt sieht für Afghanistan für 2010 etwa 820 Mio. € vor, was nichtsdestotrotz ein Rekordwert ist. Dies ist allerdings nur der Mittelansatz für das nun laufende Jahr und berücksichtigt nicht außerhalb des Verteidigungsetats anfallende Kosten. Gleichviel auf welche Summe es hinauslaufen wird: Im achten Jahr des Antiterrorkampfes ist die Frage nach seiner Kosteneffizienz immer schwieriger zu beantworten, was allerdings zum Teil auch daran liegt, dass auch seine Erfolge nicht selten geheim gehalten werden müssen.

⁵⁷² Vergl. dazu und zum Folg. Bundesregierung (Hg.): „Bundeshaushalt 2010“, Berlin, 16.12.2009, Websource:<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/12/2009-12-16-bundeshaushalt-reg.html>, alle Zahlenangaben ebd.

Dabei sind trotz aller Anstrengungen nach wie vor erhebliche Mängel an der Ausrüstung der eingesetzten Truppe erkennbar, vor allem in den Bereichen Kommunikations- und Führungstechnik, jedoch auch bei Mörsermunition und Schutzwesten. Nach wie vor klagt die Truppe auch über Mangel an Ersatzteilen für die teils überalterten Fahr- und Flugzeuge.⁵⁷³

Neben materiellen sind auch humanitäre Folgekosten zu berücksichtigen. Jährlich müssen etwa 200 Bundeswehrangehörige aus ihren Einsatzräumen in die Heimat zurückversetzt werden, weil sie die psychischen Belastungen nicht länger ertragen. Bei den meisten Betroffenen zeigen sich die Folgen einer Posttraumatischen Belastungsstörung hingegen oft erst Monate nach dem Einsatzende.⁵⁷⁴ Im Rahmen des ISAF-Mandats verlor die Truppe bisher offiziell 38 Mann, vorwiegend um Kabul und Kunduz, davon 22 durch Kampfhandlungen.⁵⁷⁵

Eine Gesellschaft, die darauf angewiesen ist, ihre jungen Männer bestmöglich auszubilden und zu beschäftigen, damit sie in der Lage sind, die steigenden Belastungen des Generationenvertrags auszuhalten, wird einen solchen Einsatz, zumal sein Ende offen scheint, allein aus Kostengründen immer schwerer akzeptieren können.

g.) Fazit

Die Sichtweise, dass die Phänomene Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus vor allem auf der Kontrollebene, also bei Defiziten im Bereich der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols verknüpft sind, kann empirisch mehr auf der Habenseite verbuchen als die Deprivationstheorie. Sie kann jedoch wegen immanenter Dynamiken und Anpassungsstrategien auf Seiten der Terroristen keine endgültige

⁵⁷³ Vergl. „Deutsche Soldaten schlecht gerüstet“, in: FOCUS, 26.1.2008, sowie „Schwere Ausrüstungsmängel beim Afghanistan-Einsatz“, in: Der SPIEGEL, 29.8.2009.

⁵⁷⁴ Vergl. Smith, P.: „Posttraumatische Belastungsstörungen passen nicht ins Bild vom harten Soldaten“, in: Ärztezeitung, 1.4.2008.

⁵⁷⁵ Vergl. „Verluste der Bundeswehr in Afghanistan“, in: SPIEGEL-Online, 4.1.2010, Websource: <http://www.spiegel.de/flash/0,5532,19180,00.html>

Lösung des Problems herbeiführen und ist nicht frei von unbeabsichtigten Folge- und Nebenwirkungen. Sie ist ebenso wie ihre Konkurrentin in ein Netz aus Interessen eingewoben. Ihre hauptsächliche Orientierung an gewaltsamer Repression macht sie zugleich für weite Teile der deutschen Öffentlichkeit moralisch anrühlich, zumal sie selbst auf einer psychologischen Ebene von teils übertriebenen Ängsten vor Anarchie und Chaos getrieben wird. Dass sie nichtsdestotrotz viele Befürworter hat, ist darauf zurückzuführen, dass sie schnelle, direkte, wenngleich meist schwer nachprüfbare Erfolge verspricht und mit den klassischen Machtmitteln des modernen Staats, Militär, Geheimdienst und Polizei, unmittelbar umsetzbar ist.

5. Exkurs: Die Rolle des Islam

Im Folgenden wird, wie eingangs angekündigt, kurz auf eine Argumentationslinie eingegangen, die als weitverbreitete Ansicht in den Medien und der Öffentlichkeit präsent ist, folglich die Formulierung deutscher Sicherheitspolitik wenigstens indirekt mitprägt und deswegen nicht außer Acht gelassen werden sollte, auch wenn sie im Vergleich zu den vorstehend diskutierten Deutungslinien weniger Einfluss auf praktische Politik zu haben scheint. Hier wird sie als im Weiteren zu beantwortende Frage so formuliert:

„Ist die Islamische Kultur im Allgemeinen aufgrund immanenter normativer Fehlurteile innerhalb ihrer religiösen Kernaussagen ethisch labil und deshalb sowohl strukturell unfähig zu moderner Staatlichkeit als auch pathologisch aggressiv?“

Diese Frage ist hochkontrovers, genau deshalb wird sie hier in den Blick genommen; sie ist aber auch stets aktuell und erhält auch durch jüngere Entwicklungen wie das Schweizer Minarettverbot zusätzliche Relevanz. Es steckt darin, bei positiver Beantwortung, nicht weniger als der Vorwurf einer inhärenten moralischen Unterlegenheit der islamischen Kultur, dass also der islamische Weg als solcher aus sich selbst heraus ein Irrweg sei, der, statt wie im abendländischen Kulturkreis in das Licht der Aufklärung, nur in die Stagnation und in ein unzulängliches, intolerantes, vormodernes und gewalttätiges Sozial- und Wertesystem geführt habe.

Offenkundig ist dies ein durch und durch normatives Argument und es wäre ein leichtes, es als politisch unkorrekt zurückzuweisen oder seine zentrale Behauptung, die islamische Kultur sei inkompatibel mit universal gültigen Werten, als nicht streng empirisch und objektiv zu beantwortende Frage aus dem Aussagenbereich einer wissenschaftlichen Untersuchung auszugliedern. Dass dieses Argument vorgebracht wird, ist aber ebenso Fakt, wie die Tatsache, dass es Einfluss hat. Wissenschaft kann zwar bestehende Normen weder letztgültig verifizieren noch falsifizieren; sie sind aber Rahmenbedingungen, die bei der Analyse gesellschaftlicher Prozesse,

wie zum Beispiel der Politikformulierung, als erklärende Faktoren zu berücksichtigen sind. Es scheint also am besten zu sein, sich nüchtern mit ihm auseinanderzusetzen; dazu wird es im Folgenden zunächst rekonstruiert.

Zu den wirkmächtigsten Strömungen der westlichen Sozialwissenschaften der vergangenen Jahrzehnte gehört der sogenannte „Cultural Turn“, ein Trend, der anthropologischen, ethnologischen und theologischen Methodiken zu mehr Geltung bei der Klärung der Frage verhalf, wie kulturelle Grundmuster zustande kommen und welche Auswirkungen sie auf gesellschaftliche Ordnung und Politik haben.⁵⁷⁶ Die im hier interessierenden Zusammenhang einflussreichste Studie legte 1996 Samuel P. Huntington vor; seine Kernthese bestand darin, dass nach der Beendigung des großen Ost-West-Gegensatzes und dem Scheitern aller identitätsstiftenden säkularen Ideologien eine allgemeine Hinwendung zur Kultur, verstanden als Einheit aus Abstammung, Religion, Tradition, Sprache und Werten stattfinden werde, um diese Lücke zu füllen. In der Folge würden sich die Menschen im globalen Maßstab ihrer Verschiedenheiten und Unvereinbarkeiten wieder stärker bewusst werden, was in einen mehr oder minder starken „Clash of Civilizations“ münden werde. Insbesondere zwischen der christlich geprägten Kulturgemeinschaft des Westens und der des islamischen Kulturkreises werde es zu Spannungen kommen; der Islam werde „blutige Grenzen“ bekommen.⁵⁷⁷ Seine These erhielt gewisse Bestätigung durch eine überraschende globale Rückwendung zu Religionen im Verlaufe der 1980er Jahre. Diese „Renaissance of Religion“ führte in der Tat zu einem global zunehmenden Einfluss religiöser Maximen auf Alltagsleben und Politik.⁵⁷⁸

⁵⁷⁶ Vergl. Friedland, R. & Mohr, J.: „Matters Of Culture. Cultural Sociology In Practice“, Cambridge, 2004, Kapitel I.

⁵⁷⁷ Vergl. Huntington, S.P.: „Kampf der Kulturen“, München, 1996, besonders S. 415 ff. Siehe auch Langguth, G., Globalisierung, a.a.O., S. 121.

⁵⁷⁸ Vergl. Zeidan, D.: „The Resurgence of Religion: A Comparative Study of Selected Themes in Christian and Islamic Fundamentalist Discourse“, Boston (MA), 2003.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass es zahlreiche Versuche gibt, Staatsversagen, Terrorismus, soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit und allgemeinen Stillstand in der islamischen Welt auf deren religiös-kulturellen Kern, besonders die im Koran enthaltenen Aussagen zurückzuführen und zu folgern, diese seien mit den Erfordernissen moderner Regierungsführung unvereinbar.

Neben dem Koran wird dabei die tradierte arabisch-maghrebinische Stammeskultur als Hauptquelle politischer Legitimation in islamischen Staatswesen ausgemacht, welche allerdings eine vormoderne und intolerante Gesellschaftsform zementierten, während sich die muslimischen Gemeinwesen unter unbeirrbarem Festhalten an ihren Glaubenssätzen weigerten, sich ethisch und institutionell zu emanzipieren, zu modernisieren und zu zivilisieren.⁵⁷⁹ Es wird ihnen zum Vorwurf gemacht, sich den normativ verpflichtenden Kernwerten der europäischen Aufklärung, Menschenrechten, Rationalität und Demokratie auf verstockte Weise zu verweigern und damit zugleich die durch Globalisierung und Postmoderne hervorgerufenen, sachlichen Anpassungszwänge zu ignorieren.⁵⁸⁰

So argumentiert Dan Diner, dass es in Ermangelung einer historisch-kritischen Textanalyse der Koranschriften nie zu einer inneren Emanzipation von dessen reinem Wortlaut gekommen sei. Archetypisch und nicht kontextabhängig interpretiert und nie in moderne Sprache übertragen, konserviere der Text die lähmende Stagnation muslimischer Gesellschaften und „versiegele die Zeit“.⁵⁸¹ Ernest Gellner wiederum wies vor bereits anderthalb Jahrzehnten darauf hin, dass muslimische Gesellschaften in einem lähmenden Teufelskreis gefangen seien, da eine Kombination aus Stammestradiation und unverhandelbaren

⁵⁷⁹ Vergl. Nienhaus, V.: „Der Islam. Bremse oder Motor der wirtschaftlichen Entwicklung?“, Marburg, 2004, S. 1 ff. Siehe auch Höffe, O.: „Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger. Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung“, München, 2004, S. 175 ff.

⁵⁸⁰ Vergl. Raddatz, H.-P.: „Von Allah zum Terror? Der Djihad und die Deformierung des Westens“, München, 2002, Kapitel 1.

⁵⁸¹ Vergl. Diner, D.: „Versiegelte Zeit“, Berlin, 2007, Kapitel 1 f.

Glaubenssätzen keinen Fortschritt zulasse. Vielmehr imprägniere der Koran primitives Faustrecht und Blutrache als Glaubensgebote, während das koranische Rechtssystem, die Sharia, keinen Machtwechsel zulasse. So entstehe ein systemimmanenter Widerspruch zwischen dem in der Stammestradition verankerten, regellosen Recht des Stärkeren und der theologischen Installierung einer bestimmten, unverrückbaren Gesellschaftsordnung als von Gott gewollt. Unter diesen Umständen bestehe der einzige Weg, legitim politische Macht zu erlangen, darin, dem derzeitigen Machthaber Glaubensverstöße und Sündigkeit vorzuwerfen und sich selbst als Verteidiger des wahren Glaubens zu stilisieren. Fatalerweise münde dies in eine Spirale aus reaktionärem Fundamentalismus.⁵⁸² Tatsächlich verschleierte diese aber nur die Tatsache, dass das alte, anarchische Stammessystem im Grunde fortbesteht. Fasst man diese Argumentationslinien zusammen, so ist es eine fatale Allianz aus religiöser Starre und vormodernen Kulturtraditionen, die eine Anpassung an die Erfordernisse der modernen Welt verhindern, was zu Reibungen und Frustrationen führt, die sich in Gewalt und Terrorismus entladen. Der Dschihadismus ist demzufolge ein totalitärer Reflex der Wandlungsunwilligen und – unfähigen.⁵⁸³ Wollte man ihn beenden, so müssten muslimische Gesellschaften endlich die Säkularisierung und Rationalisierung nach westlichem Vorbild nachvollziehen.⁵⁸⁴

Diese Überlegungen scheinen tatsächlich eine Erklärung dafür zu liefern, wieso der islamisch geprägte Weltteil in den vergangenen Jahrzehnten stark unter Staatsversagen, Krieg, Terrorismus, wirtschaftlichem, sozialem und intellektuellem Stillstand litt. Zur Erinnerung nochmals einige Erkenntnisse aus der Staatsversagens- und Konfliktforschung, die teils schon angesprochen wurden:

⁵⁸² Vergl. Gellner, E.: „Der Islam als Gesellschaftsordnung“, München, 1992.

⁵⁸³ Vergl. Tibi, B.: „Der neue Totalitarismus. Heiliger Krieg und westliche Sicherheit“, Darmstadt, 2004. Siehe ferner Mayer, T.: „Wehret den Anfängen. Seit dem 11. September ist die Bedrohung der gesamten westlichen Zivilisation nicht mehr auszuschließen“, in: Rheinischer Merkur, 24.10.2001.

⁵⁸⁴ Vergl. Sajoo, A.: „Civil Societies in the Muslim World: Contemporary Perspectives“, Institute for Ismaili Studies, London, 2004, Einleitung.

- Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und islamischer Kulturtradition sind tatsächlich auffallend stark von Staatsversagen und Gewalt betroffen: Das *HIK Konfliktbarometer* verortete 2007 zwei Drittel der aufgeführten 328 inner- und zwischenstaatlichen, gewaltsam ausgetragenen Konflikte unterschiedlicher Intensität in den Staaten des Mittleren Ostens, Asiens, des Maghreb und südlichen Afrikas, also den Hauptsiedlungsgebieten der muslimischen Weltgemeinde. Allerdings sank dieser Anteil bis 2009 auf ca. 50%; dabei waren an nur 12,6% aller Konflikte radikalislamische Konfliktparteien beteiligt, und die überwiegende Mehrzahl dieser Konflikte wiederum war innerstaatlicher Natur.⁵⁸⁵

- Wie oben ausführlich erörtert, sind Staaten mit muslimischer Bevölkerung und Tradition Hauptoperations- und Kampfgebiete des globalen Terrorismus überhaupt. Dabei sollte hingegen auch bedacht werden, dass zugleich auch die überwiegende Mehrheit der Terroropfer Muslime sind.

- Nach Angaben von *Transparency International* stellt Korruption in den muslimisch bewohnten Staaten ein im globalen Vergleich überproportionales Problem dar; schlechte Regierungsführung ist zugleich das Haupthindernis für ihre ökonomische Entwicklung. *Amnesty International* und *Human Rights Watch* berichten regelmäßig Alarmierendes über den Zustand der Menschenrechte und der Demokratie.⁵⁸⁶

- Die Vereinten Nationen machen die problematische soziale Entwicklung dieses Erdteils zum Gegenstand ihres jährlichen *Arab Human Development Reports*, welcher schonungslos den

⁵⁸⁵ Vergl. HIK (Hg.): „Konfliktbarometer“, Heidelberg, Jahrgänge 2007 und 2009, Zahlenangaben: eigene Berechnung nach dort angegebenen Daten.

⁵⁸⁶ Vergl. Nienhaus, V., a.a.O. sowie Transparency International (Hg.): „Global Corruption Report 2008“, Cambridge, 2008 und ferner Amnesty International (Hg.): „Jahresbericht 2008“, Frankfurt a.M., 2008.

gesellschaftlichen, ökonomischen und intellektuellen Rückstand der dortigen Gesellschaften thematisiert.⁵⁸⁷

Prima facie scheint tatsächlich die islamische Welt deckungsgleich mit den Hauptbrand- und Konfliktzonen dieses Planeten zu sein; man vergleiche dazu die Weltkarte des „State Failure Index“ mit der Liste der Mitgliedsstaaten der „Organisation of the Islamic Conference“ (OIC). Zugleich scheint angesichts der Welle an Fundamentalismus und Fanatismus die These, dass hier ein innerer Zusammenhang mit den prägenden religiösen und kulturellen Werten dieser Gesellschaften besteht, nicht völlig von der Hand zu weisen zu sein:

- Beobachter heben immer wieder die immense Wichtigkeit religiöser Themen im Alltagsleben und der praktischen Politik islamischer Staaten hervor. Eine formelle Trennung von Staat und Religion ist dabei weder verwirklicht noch überhaupt gewollt. Der Islam ist zumeist offizielle Staatsreligion und die Scharia Hauptrechtsquelle. Ihre zum Teil barbarisch anmutenden Prozessregeln und Strafkataloge haben in die offizielle Gesetzgebung von Staaten wie Saudi-Arabien, dem Jemen oder dem Iran teils direkten Eingang gefunden und werden dort polizeilich durchgesetzt.⁵⁸⁸

Tatsächlich ist laut koranischem Gesetz politische, weltliche Macht lediglich von göttlichem Gesetz abgeleitet und hat die einzige „raison d’être“ die von Allah vorgeschriebene, im Koran offenbarte und in den Anweisungen des Propheten (Hadithe) erläuterte Idealordnung umzusetzen. Dazu kann der Kalif als politisch-religiöser Führer und Staatsoberhaupt unbedingten Gehorsam verlangen. Eine politische Partizipation der Regierten erfolgt in dieser Theokratie allenfalls auf beratender Ebene.

⁵⁸⁷ Vergl. United Nations Development Programme (UNDP, Hg.): „Arab Human Development Report“, New York, 2002 ff.

⁵⁸⁸ Vergl. dazu und zum Folg. Gemein, G. & Redmer, H., a.a.O., Kapitel 3f. sowie Khoury, A., a.a.O., Kapitel 13 und 14. Siehe auch Perthes, V., a.a.O., Kapitel 4.

Auch das Stammeswesen hat tatsächlich problematische Aspekte. Die Führungskaste der Golfstaaten zum Beispiel ist weitgehend identisch mit den weitverzweigten Königsfamilien. In Saudi-Arabien war ein einzelner Stamm, die Familie al-Saud, Namensgeber eines Staates. Wie einflussreich das Stammeswesen ist, kann auch an den Staatsverfassungen des Iraks und Pakistans abgelesen werden, welches, wie bereits erwähnt, die Souveränität über Teile seines Territoriums mangels Alternative direkt unter Stammesverwaltung stellt. Politische Loyalitäten konstruieren sich entlang von Familien- und Clanzugehörigkeiten, die Korruption gilt als Ausweis von Vetternwirtschaft und der Suprematie von familiären Bindungen gegenüber gesamtstaatlicher Verantwortung.⁵⁸⁹ Eine Orientierung an freiheitlichen Werten steht oft im Gegensatz zu patriarchalischem Ehrendünkel, der sich in Kriminalisierung von Homosexualität, Frauenbeschneidung oder sogenannten Ehrenmorden äußert.⁵⁹⁰

Es spricht einiges dafür, dass die unterstellten Mechanismen zwischen Gewalt, Instabilität, Kultur und Religion tatsächlich bestehen, zumal diese Diagnose nicht erst seit kurzem geäußert wird: Bereits Karl Marx setzte sich damit auseinander und Max Weber sah bereits zu seiner Zeit in der islamischen Spiritualität und Wertordnung die eigentlichen Ursachen dafür, dass die Islamische Welt keine kapitalistische, rationale und zivilgesellschaftliche Fortschrittsordnung entwickeln konnte.⁵⁹¹

Der Haupteinwand gegen diese Überlegungen muss jedoch lauten, dass sie einseitig fixiert bleiben und Signale des zivilgesellschaftlichen Aufbruchs, der Stabilität, Prosperität und Toleranz aus der islamischen Welt nicht wahrnehmen. Die derzeitigen Massenproteste im Iran geben in der Tat ein beeindruckendes, ja, im Vergleich zur Wahlbeteiligung während der letzten Bundestagswahl 2009 geradezu beschämendes Lehrstück an bürgerlichem, demokratischem Engagement. Besonders die konservativsten Länder wie Saudi-Arabien zeichnen sich durch

⁵⁸⁹ Vergl. Perthes, V., ebd., sowie Kraus, W.: „Islamische Stammesgesellschaften. Tribale Identitäten im Vorderen Orient in sozialanthropologischer Perspektive“, Wien, 2004, Kapitel 2 f.

⁵⁹⁰ Vergl. Bouhdiba, A.: „Sexuality in Islam“, London, 2007.

⁵⁹¹ Vergl. Husain, S.: „Max Weber's Sociology of Islam: A Critique“, in: Bangladesh e-Journal of Sociology, 1/2004.

intensive innere Debatten über Zivilgesellschaft und Demokratie aus. In Gestalt der Türkei gibt es sogar ein Beispiel für einen mehrheitlich muslimischen Staat, welcher sich westlichen Gesellschaftsauffassungen anschließt. Eine aufsehende Gallup-Umfrage förderte 2008 überwältigend hohe Unterstützungswerte für politische Freiheit, Dynamik und Demokratie nach westlichem Vorbild in muslimischen Gesellschaften zu Tage.⁵⁹² Dies spricht ebenso für die Anziehungskraft dieser Werte wie für eine Reformierbarkeit und Toleranzfähigkeit des Islam an sich, der weltkulturhistorisch einmalige Perioden des Ausgleichs und der Aufgeklärtheit hinter sich hat.

Aus diesem Grunde ist nicht verwunderlich, dass zahlreiche Autoren die Ansicht vertreten, der eigentliche Kulturkampf spiele sich nicht zwischen dem Westen und dem Islam, sondern innerhalb der muslimischen Weltgemeinde selbst ab. Aus dieser Sicht ist der dschihadistische Terrorismus gegen den Westen nur Nebenkriegsschauplatz eines globalen Bürgerkriegs der Muslime untereinander.⁵⁹³

Wie kann man auf eine derart vielschichtige Lage sicherheitspolitisch angemessen reagieren? Es zur Beantwortung dieser Frage kurz zur eingangs vorgestellten These zurückgekehrt, dass stabile Staatlichkeit und zivile, gewaltfreie Gesellschaftsordnung dem eschatologischen Wesenskern des Islam konträr liefern.

Offenkundig wird hier ein normatives Argument („Eine Gesellschaft soll pluralistisch, demokratisch und säkular sein und sich staatsförmig organisieren“) mit einem essentialistischen („Der Islam ist seinem kulturellen Wesen nach dazu außer Stande“) verknüpft.⁵⁹⁴ Wissenschaftstheoretisch ist eine solche Essentialisierung stets mit dem sogenannten Universalienproblem behaftet, einem philosophischen

⁵⁹² Vergl. Perthes, V., a.a.O. sowie Esposito, J. & Mogahed, D.: „Who Speaks for Islam? What a Billion Muslims Really Think“, Washington D.C., 2008, Gallup Press.

⁵⁹³ Vergl. Perthes, V., ebd., sowie Roy, O.: „Der islamische Weg nach Westen“, Bonn, 2006. Siehe auch Massarrat, M.: „Demokratisierung des Greater Middle East“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 45 / 2005.

⁵⁹⁴ Vergl. zum Folg. Blackburn, S. (Hg.): „Oxford Dictionary of Philosophy“, Oxford, 2005, S. 120. Siehe ferner Stegmüller, W. (Hg.): „Das Universalien-Problem“, Darmstadt, 1978, sowie Sayer, A.: "Essentialism, Social Constructionism, and Beyond," in: Sociological Review 45 (8/1997), S. 456 ff.

Streit, der sich um die Frage dreht, ob es universelle Allgemeinbegriffe wie zum Beispiel „Der Islam“ tatsächlich gibt in dem Sinne, dass sie analytisch und empirisch beweisbar sind, oder ob es sich hier um rein linguistische Beschreibungsmodi ohne wissenschaftlichen Gehalt handelt. Diese Frage wird bereits seit dem frühen Mittelalter diskutiert. Auf den Ausgang dieser Debatte kann eine unter prinzipiellem Zeit- und Erfolgsdruck stehende Politik aber selbstverständlich nicht warten. Zu den generellen erkenntnistheoretischen Bedenken am Essentialismus als solchem gesellen sich hier im konkreten Falle außerdem Belege sowohl für als auch gegen die daran geknüpften Aussagen über Islam und Gewalt oder die Vereinbarkeit von Islam und moderner Staatlichkeit. Sie sind demnach von verschiedenster Seite aus angreifbar und wären ein recht spekulatives Fundament für deutsche Sicherheitspolitik. Wichtig scheint die Bemerkung, dass es sich dabei um ernstzunehmende wissenschaftstheoretische und empirische Einwände handelt und keineswegs um bloße Lyrik politischer Korrektheit auf der Grundlage eines als Liberalität getarnten moralischen Indifferentismus.

Da die Sicherheit Deutschlands also offenbar auch vom Ausgang eines auch gewaltsam ausgetragenen Selbstfindungsprozesses in der muslimischen Welt abhängt, den es als Zaungast nicht steuern kann, muss seine Sicherheitspolitik von Realitäten ausgehen, und wenn diese komplex sind, entsprechend differenzieren. Dass deutsche Sicherheitspolitik als oberste Ziele Frieden und Freiheit in einer stabilen Weltordnung anstrebt, versteht sich. Gerade weil sie sich auf Freiheit als zentralem Wert beruft, kann sie sich nicht von einem „absoluten“ Feindbegriff ableiten.⁵⁹⁵ Daraus und aus der Erkenntnis, dass dschihadistischer Terrorismus den Glauben im Kampf um politische und wirtschaftliche Macht lediglich instrumentalisiert, muss sich allerdings nicht zwingend ein relativistischer Ansatz ableiten, der unter dem Banner der freien Selbstentfaltung fremder Kulturen jeglichen universalen Normanspruch oder das Recht auf Selbstverteidigung opfert.

Halten wir fest: ob der Islam an sich undemokratisch und gewalttätig ist, muss offen bleiben. Was sicher ist, ist die Tatsache, dass es gewalttätige und undemokratische Muslime gibt. In der Praxis bedeutet

⁵⁹⁵ Vergl. dazu Schmitt, C.: „Der Begriff des Politischen“, München, 1932.

dies, dass deutsche Sicherheitspolitik versuchen muss, durch kluge Wahl von Kooperation und Konfrontation aus der verwirrenden Lage in der islamischen Welt für sich Nutzen zu ziehen und Risiken zu minimieren. Daneben kann sie versuchen, durch Gedankenaustausch die Selbstdefinitionsprozesse in der muslimischen Welt zu beeinflussen und reformerisch ausgerichtete Politiker zu unterstützen und diplomatisch aufzuwerten. Dies ist aus sicherheitspolitischer Perspektive das überwölbende Ziel der sog. „Islamkonferenz“, die seit 2006 unter Federführung des Innenministeriums in unregelmäßigen Abständen tagt, um Fragen der Integration muslimischer Bürger in die deutsche Gesellschaft sowie Fragen der Vereinbarkeit von traditioneller Theologie und moderner Demokratie zu erörtern.⁵⁹⁶ Während dieses Forum eher nach innen zu wirken versucht, führen andere, teils nichtstaatliche Organisationen entsprechende Gespräche auf internationaler Ebene, so zum Beispiel die von der Deutschen Bischofskonferenz getragene "Christlich-islamische Begegnungs - und Dokumentationsstelle" (CIBEDO).⁵⁹⁷

Inwieweit diese Maßnahmen spürbare Effekte erzielen oder eventuell sogar schädlich sind, weil sie radikale Positionen quasi debattierfähig machen, bleibt umstritten.⁵⁹⁸ Auch die Frage, in welchen Zeiträumen sie messbare Erleichterungen erzielen könnten, bleibt offen. Sie sind deshalb als komplementäre Elemente deutscher Sicherheitspolitik anzusehen, die sich aber zur Wahrnehmung ihrer Kernaufgabe, nämlich der Gewährung von Sicherheit im Hier und Jetzt, schlagkräftigerer Mittel bedienen muss.⁵⁹⁹ Im Grunde ist bei nüchterner Betrachtung sowohl die Auseinandersetzung über prinzipielle Vereinbarkeit von Islam und Moderne als auch die um Berechtigung und Inhalte einer Islamkritik ein für die Sicherheitspolitik wenig produktiver Nebenkriegsschauplatz, der von drängenderen Fragen ablenkt. So notwendig eine geistige

⁵⁹⁶ Vergl. Bundesministerium des Innern (Hg.): „Deutsche Islam Konferenz“, 2009, Websource:

http://www.bmi.bund.de/cln_095/DE/Themen/PolitikGesellschaft/DtIslamKonferenz/dtislamkonferenz_node.html

⁵⁹⁷ Vergl. CIBEDO (Hg.): „Über uns“, 2010, Websource:

http://www.cibedo.de/christlich_islamischer_dialog.html

⁵⁹⁸ Vergl. Dernbach, A.: „Was hat die Islamkonferenz gebracht?“, in: Die ZEIT, 25.6.2009.

⁵⁹⁹ Vergl. dazu Vollmer, Th., a.a.O., S. 107 ff.

Auseinandersetzung mit dem Islam und dem Islamismus ist, so wenig ist sie genuines Spielfeld der Sicherheitspolitik, die in kürzeren Zeiträumen als geistesgeschichtlichen Epochen denken muss.

6. Zusammenfassung und weiteres Vorgehen

Um sich einer Antwort an die Leitfrage der Arbeit anzunähern, nämlich, wie das Problempaar Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus deutsche Sicherheitspolitik herausfordert und wie man mit diesen Herausforderungen umgehen könnte, wurde vor allem analysiert, welche Theorien in der deutschen Sicherheitspolitik debattiert, welche Konzepte formuliert werden und auf welchen basalen Annahmen sie jeweils beruhen. Sie wurden, teils unter Rückgriff auf kriminologische Theorieaussagen, die eingangs vorgestellt wurden, auf Schlüssigkeit und Durchführbarkeit geprüft und unterschiedlichen politischen Akteuren und Interessengruppen zugeordnet.

Dabei sind drei grundlegende Argumentationsmuster und korrespondierende Politikformulierungen unterschieden worden: eine auf der Deprivationstheorie beruhende, eine weitere, die sich auf Kontrolltheorien beruft, und schließlich eine islamkritisch-essentialistisch argumentierende. Während erstere mit Mitteln des „social engineering“ versucht, Ursachen des Terrorismus zu beheben, sieht die zweite das Hauptinstrument in der Erhöhung staatlicher Gewaltdurchsetzungsfähigkeit. Die letzte Position kann, je nach Standpunkt, als Aufruf zu langfristigem „Wandel durch Annäherung und Dialog“ oder als Aufruf zur beiderseitigen Abschottung verstanden werden.

Aus der Prüfung dieser Argumentationsstränge auf argumentative und empirische Evidenz und praktische Bewährung der auf ihnen aufbauenden Handlungskonzepte ließen sich bereits bestimmte Anhaltspunkte gewinnen, die eine Bestimmung des Charakters der Herausforderung ermöglichen, welche Dschihadistischer Terrorismus und Staatsversagen für Deutschland darstellen.

Diese wird im nun folgenden Kapitel geordnet darlegt und ihre Darstellung mit Handlungsempfehlungen verbunden.

Daneben sind als Nebenresultat der obigen Untersuchung bestimmte spezifische Charakteristika der Deutschen Politik bezüglich der genannten Sicherheitsrisiken zu Tage getreten.

- Deutsche Sicherheitspolitik wird von überwiegend ursachenzentrierten Ansätzen aus definiert. Sie erhebt den Anspruch, nicht nur Symptome, sondern tiefere Quellen des Dschihadistischen Terrorismus und des Staatsversagens bekämpfen zu wollen.

- Die zugehörigen Kausalkonstruktionen allerdings sind widersprüchlich und hochkontrovers. Die Argumentationslinien verlaufen parallel zu politischen Lagern und institutionellen Interessen. Damit ähnelt diese Debatte derjenigen um Maßnahmen und Instrumente der allgemeinen Kriminalitätspolitik, welche ebenfalls zwischen Repression und Prävention schwankt und die Kriminalitätsursachen als sozial oder individuell bedingt betrachtet. Eine kriminologische Prüfung ergibt jedoch, dass es sich hierbei weniger um einen empirischen Befund handelt als um eine „Rationalisierung“ im psychologischen Sinne, d.h. um eine nachträgliche Zuschreibung von Sinn, die kognitiv logisch und rational erscheint und innere Widersprüchlichkeiten beseitigt, mit der Realität aber nur bedingt verknüpft ist.

- Aus der Vielzahl der an der Politikformulierung beteiligten Akteure mit je divergierenden Interessen ergibt sich auch, dass es keine wirklich zentrale Stelle der sicherheitspolitischen Meinungs- und Willensbildung zu geben scheint. Der Kampf um die verschiedenen Kausaldeutungen wogt je nach politischer Gesamtlage hin und her und wird stark über die Medien ausgetragen. Es existiert kein Zentrum der Debatte und keine klare Führungsperson oder –institution.

- Es drängt sich aus bestimmten zeitlichen Abläufen der Verdacht auf, dass deutsche Sicherheitspolitik bezüglich Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen überwiegend reaktiv hergeleitet und betrieben wird. Politische Zwänge sowohl im Lande selbst als auch auf

internationalem Parkett sind ebenso wie sachfremde Interessen als treibende Faktoren der Politikformulierung nachweisbar.

- Im Ergebnis scheint die Sicherheitspolitik zu stocken: Keiner ihrer Ansätze scheint konsensgetragen, durchführbar und empirisch wie theoretisch kohärent zugleich zu sein. Übertragen auf das anfangs entwickelte Policy-Circle-Modell bedeutet dies, dass Deutschland nicht in einem in sich zusammenhängenden, sondern in einem aus unterschiedlichen Politikansätzen kombinierten Politikzyklus befindlich ist, dessen Ablauf jedoch gebremst oder sogar gestört ist. Im folgenden Abschnitt wird genauer auf die Ursachen und Gestalt dieses Phänomens eingegangen und es werden Lösungsvorschläge unterbreitet.

IV. Kapitel: Herausforderungen und Antworten

Nach der genauen Zergliederung der sicherheitspolitischen Diskussion und ihrem Vergleich mit der politischen Wirklichkeit wird im Folgenden zu benennen sein, auf welchen Ebenen Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus für deutsche Sicherheitspolitik eine Herausforderung bilden. Hier ist zwischen einer begrifflich-konzeptionellen, einer geistigen sowie einer praktisch-handlungsorientierten Dimension der Herausforderung zu unterscheiden. Ferner sind Vorschläge zum Umgang mit ihr zu unterbreiten.

1. Begrifflich-konzeptionelle Ebene: Der Erweiterte Sicherheitsbegriff und seine Fallstricke

a.) Die Intention: Erweiterte Sicherheit als Netzwerkoptimierung

Im vorigen Kapitel wurde aus Gründen der analytischen Übersichtlichkeit kategorisch zwischen verschiedenen Argumentationslinien unterschieden. Für die Zwecke einer wissenschaftlichen Untersuchung ist dies angemessen. In der Praxis zeigt sich jedoch meistens eine Vermengung dieser Standpunkte, die, mehr oder weniger gleichberechtigt, gemeinsam in die deutsche Sicherheitspolitik einfließen und ihre Formulierung und Handlungsmuster in unterschiedlichem Maße mitprägen. So gesehen, scheint es zwischen diesen Sichtweisen kein „trade off“, also keine Entweder-Oder-Entscheidungen zu geben, sondern es scheint eher die Frage der Gewichtung einzelner Elemente innerhalb einer multidimensional aufgebauten Gesamtstrategie im Raume zu stehen. Dies wird kurz anhand einiger Äußerungen demonstriert, bevor sich die Untersuchung der Frage zuwendet, welche

Problematik einer solchen Herangehensweise eventuell innewohnt und auf welche strukturellen Schwächen der leitenden Politikbegriffe dies hinweist.

- Aus regierungsamtlicher Perspektive ist der bereits mehrfach erwähnte „Erweiterte Sicherheitsbegriff“ die zentrale sicherheitspolitische Doktrin. Zuletzt im Weißbuch 2006 bestand die Bundesregierung darauf, dass nur eine Kombination von multinational vorgetragenen Ansätzen auf unterschiedlichen Ebenen – gesellschaftlich, ökonomisch, ökologisch und kulturell – in der Lage sei, die komplexen Sicherheitsrisiken zu bewältigen, die sich aus globalen Phänomenen wie Klimaerwärmung, Armut, Unterentwicklung, Terrorismus und Migration ergeben. Da hier unterschiedliche Instrumente genutzt werden müssen – Diplomatie, Dialog, Militär, Entwicklungshilfe – und deren jeweilige Handlungsfelder sich überschneiden, sind folgerichtig die institutionellen Schranken zwischen den beteiligten Akteuren abgebaut worden, um einen konzertierten, zivil-militärischen „comprehensive approach“ zu ermöglichen.

Während der „Erweiterte Sicherheitsbegriff“ bereits während der 1980er Jahre theoretisch formuliert wurde⁶⁰⁰, fand er in die konkrete Sicherheitsstrategie Deutschlands spätestens ab 2003 Eingang, indem er zur Grundlage des Konzepts der „Vernetzten Sicherheit“ für den Afghanistaneseinsatz wurde. Im Kern räumt dies zivilem und wirtschaftlichem Wiederaufbau Vorrangigkeit ein, während die militärische Komponente als absichernde und unterstützende Begleitfunktion eingeordnet wird. Die Bundesregierung vertritt dieses Konzept nachdrücklich auch bei internationalen Strategiesitzungen, zuletzt auf der Internationalen Afghanistan-Konferenz in London im Januar 2010.⁶⁰¹

⁶⁰⁰ Vergl. Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.): „Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen“, Hamburg, 2001. Siehe dazu und zum Folg. ferner Bühler, E.: „Das Konzept der vernetzten Sicherheit aus der Perspektive des BMVg“, Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll, Bad Boll, 2008, besonders S.1 und S.3.

⁶⁰¹ Vergl. Stürmer, M.: „Vernetzte Operation für Afghanistan“, in: Die Welt, 21.1.2010.

- Dieser Anspruch, eine holistische Sicherheitspolitik zu formulieren und zu konzeptionieren, findet sich auch in einflussreichen wissenschaftlichen Publikationen zum Komplex Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus. Die Untersuchung bezieht sich hier nochmals auf die Analysen von Ulrich Schneckener:⁶⁰²

Dieser unterscheidet zwischen „Operativer“ und „Struktureller Terrorismusbekämpfung“. Der ersten Kategorie ordnet er Sicherheitsmaßnahmen, juristische und administrative Kontrollmechanismen, Geheimdienstaktivitäten, Sanktionen und militärische Einsätze zu, der zweiten eine Bekämpfung von struktureller wirtschaftlicher und sozialer Instabilität, durch Modernisierung und Demokratisierung, interkulturellen Dialog auch mit „moderaten Islamisten“, State-Building sowie Stärkung internationaler Institutionen. Allein in der internationalen Koordination einer solchen „gemischten Politik“ sieht er eine Erfolgchance im Kampf gegen Terrorismus und Staatsversagen.

Man erkennt also, dass die in der obigen Analyse streng getrennten Handlungsansätze in praxi zu einer Legierung verschmolzen werden, von der man sich die klassischen Vorteile eines Netzwerks verspricht: besseren Informationsaustausch, höhere Erfolgchance, gegenseitigen Ausgleich von Schwächen, wechselseitiges Profitieren der Beteiligten von den jeweiligen Stärken des anderen usw., also Synergieeffekte, Flexibilität, Leistungssteigerung und Durchsetzungskraft.⁶⁰³ Auf eine potentiell überkomplexe Bedrohungslage aus unterschiedlichsten Risiken wird aus dieser Sicht folgerichtig mit einer ebenso komplexen und holistischen Gegenstrategie geantwortet.

⁶⁰² Vergl. zum Folg. Schneckener, U., Transnationaler Terrorismus, a.a.O., S.198 ff. Siehe auch Richardson, L., a.a.O., Kapitel 8, sowie Cronin, A. & Ludes, J., a.a.O.

⁶⁰³ Vergl. dazu Borchert, H.: „Sicherheitspolitische Vernetzung und Transformation aus organisationsanalytischer Perspektive“, in: Siedschlag, A. (Hg.), a.a.O., S.81 ff.

b.) Die Realität: Strukturelle Überforderung und fehlende
Prioritätensetzung

Soweit die Theorie. Im Folgenden wird jedoch nachgewiesen, dass der Erweiterte Sicherheitsbegriff nicht nur seine selbstgesteckten Ziele nicht zu erreichen vermag, sondern zugleich vielfältige Nachteile produziert und deswegen als dauerhaftes Fundament für Deutsche Sicherheitspolitik ungeeignet ist. Konfrontiert mit dem Komplex Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus, werden die strukturelle, begriffliche und konzeptionelle Begrenztheit und Anfälligkeit dieser Leitdoktrin wie in einem Lackmustest überdeutlich.

Angesichts der umfangreichen Liste von Sicherheitsrisiken, die sowohl außerhalb des politischen Diskurses von der Wissenschaft ausgemacht als auch im Weißbuch 2006 von politischer und administrativer Seite selbst benannt werden, stellt sich die Frage, für welche globalen Problematiken sich deutsche Sicherheitspolitik eigentlich noch explizit unzuständig fühlt? Neben Naturkatastrophen, Umweltfragen, Entwicklungs- und Wirtschaftsthematiken, Terrorismus, Staatsversagen, kulturellen Gegensätzen, Waffenschmuggel und der zunehmenden Verbreitung von ABC-Waffen sieht sie sich ferner thematisch in der Verantwortung für Bevölkerungsexplosion, Hunger und Migration. Dies findet seine Entsprechung in der Wahl der sicherheitspolitischen Mittel, mit denen diesen Gefahren begegnet werden soll, denn sie umfassen ungeachtet des Ressortprinzips fast alle Aktionsmöglichkeiten moderner Politik von militärischer Aggression bis hin zu Menschenrechtsdialog.

In der Tat wäre jedes der erwähnten Phänomene potentiell dazu geeignet, Zustände hervorzubringen, die die Sicherheit Deutschlands direkt oder indirekt bedrohen. Potentiell kann tatsächlich eine Naturkatastrophe Wanderungsbewegungen in Nachbarregionen auslösen, auf welche die dortige Bevölkerung mit Gewalt reagiert, was wiederum die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dieser Region erschweren und ggf. deutsche Interessen, wie zum Beispiel sichere Rohstoffversorgung, gefährden kann. Aber ist es angemessen, wenn Sicherheitspolitik angesichts solcher doch eher virtuellen Gefährdungen alle Handlungskompetenzen für sich reklamiert?

Konzeptionell schließt sich die deutsche Sicherheitspolitik damit in Teilen der Präemptionslogik der bereits erwähnten Bush-Doktrin an.⁶⁰⁴ Der Kerngedanke dieses Sicherheitskonzepts, wie es in der National Security Strategy 2002 ausgebreitet wurde, besteht darin, potentielle Bedrohungen bereits in einem Stadium zu beseitigen, in dem sie ihre konkrete Wirkung noch nicht entfalten können. Speziell versagende Staaten sollen mit einem Mix politischer Maßnahmen restabilisiert werden, bevor ihr zerstörerisches Potential durchbricht und sie zu Anklammerungspunkten global operierender Terrornetzwerke werden können. Gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind auch vorbeugende Militärschläge vorgesehen. Kritisiert worden ist dieses Konzept vorwiegend aus normativer Perspektive, da völkerrechtlich eine vorbeugende Gewaltanwendung und Einmischung in Angelegenheiten anderer Nationen nicht vorgesehen ist.⁶⁰⁵ Besonders die deutsche Politik hat sich im Falle des Irakkrieges gegen die Teilnahme an einem mit präemptiver Argumentation begründeten Feldzug gewehrt.⁶⁰⁶

Um so bemerkenswerter scheint es, dass die deutsche Sicherheitsdoktrin bei insgesamt graduell stärkerer Betonung ziviler Politikansätze dennoch die prinzipielle Logik des NSS 2002 teilt, nämlich die Vorverlagerung von Sicherheitsgewährleistung in Bereiche, in denen Bedrohungen ggf. entstehen könnten. Durch konsequente Ursachenorientierung soll versucht werden, Risiken wie Terrorismus und Staatsversagen entweder gar nicht erst entstehen zu lassen oder ihnen dauerhaft den Boden zu entziehen. Besonders die oben rekonstruierten Stränge der deutschen Strategiedebatte, die der Deprivationstheorie folgen, sehen den Schlüssel zur Bewältigung von Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen in der Aufhebung eines ganzen Bündels bestimmter Ursachen, sowohl nachwirkend als vorbeugend, und mit unterschiedlichsten Mitteln.

⁶⁰⁴ Vergl. zum Folg. Dershowitz, A.: „Preemption: A Knife That Cuts Both Ways“, New York, 2006.

⁶⁰⁵ Vergl. dazu Doyle, M. & Macedo, St. (Hg.): „Striking First: Preemption and Prevention in International Conflict“, Princeton, 2008, S.7 ff und S.43 ff.

⁶⁰⁶ Vergl. dazu Flynn, M.: „First Strike: Preemptive War in Modern History“, New York, 2008, Kapitel 10 und Epilog.

Diese „Entgrenzung“ der Sicherheitspolitik verursacht aus verschiedenen Gründen Unbehagen, wobei in der deutschen Diskussion um dieses Thema vorwiegend die oben erwähnten prinzipiellen normativen und juristischen Bedenken formuliert werden. Die „Versicherheitlichung“ wesentlicher Politikfelder wird vor allem aus dem linken politischen Spektrum aus überwiegend ethischer Perspektive als Vehikel kritisiert, mit dem in Wahrheit globale ökonomische Interessen wahrgenommen werden sollen.⁶⁰⁷ Ferner wird ein Übergewicht militärischer Politikkomponenten gerügt, was dazu führe, dass zivile Konfliktbearbeitung in die Rolle eines flankierenden Placebos eines auf Counterinsurgency ausgerichteten Kampfeinsatzes gedrängt werde. Die dieser Argumentation latent innewohnende Ansicht, dass das Selbstbestimmungsrecht anderer Nationen im Zweifelsfalle bei einer Rechtsabwägung höher wiege als das eigene Sicherheitsinteresse, d.h., dass bedrohliche Entwicklungen in anderen Staaten solange hingenommen werden müssten, bis sie sich konkretisieren, ist hingegen umstritten. Das Völkerrecht erlaubt durchaus eine „Präventivnotwehr“ gegen noch nicht unmittelbar manifeste Bedrohungen, solange die zu ihrer Abwehr eingesetzten Mittel in einem vernünftigen Verhältnis zur Schwere und Art des jeweiligen Sicherheitsrisikos stehen.⁶⁰⁸ Ein vorsichtiges Einwirken auf die wirtschaftliche Entwicklung anderer Länder zum Zweck der Stabilisierung und Interessenwahrung kann demnach nicht per se als Verstoß gegen dieses „Proportionalitätsgebot“ gelten.

Dass ferner über die Gewichtung politischer Strategien Streit besteht, kann nicht verwundern, wenn man sich die Ergebnisse der obigen Analysen vor Augen führt, dass nämlich die Diskurslinien in der

⁶⁰⁷ Vergl. dazu und zum Folg. Nachtwei, W. & Bonde, A: „Stellungnahme zum Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, Berlin, 15.6.2006. Websource: http://www.humanistische-union.de/fileadmin/hu_upload/doku/frieden/weissbuch2006/BueGrue_StellungnahmeWei_buch135417.pdf Siehe ferner Brock, L.: „Kollektive Friedenssicherung oder erweiterte Selbstverteidigung?“, Vortrag, 29.9.2006. Websource: http://web.uni-frankfurt.de/fb3/brock/mat/Kollektive_Friedenssicherung_Deutsche_Sicherheitspolitik_Brock_2006_Berlin.pdf

⁶⁰⁸ Vergl. Rezac, D.: „Militärische Intervention als Problem des Völkerrechts“, Landesverteidigungsakademie, Wien, 2002, S. 31 ff. mit der dort angegebenen Literatur.

deutschen Debatte um Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen zum Teil auch entlang klar zuschreibbarer institutioneller und politischer Interessen verlaufen.

Schwerwiegender scheinen folgende Konsequenzen einer Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs, welche sich am hier vorliegenden Zusammenhang zwischen Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen demonstrieren lassen:

- Erstens steht die Orientierung an unterstellten Quellen von Terrorismus und Instabilität als Bewältigungsstrategie für ein Sicherheitsrisiko auf schwankenden Füßen. Wie gesehen, hält keine der vorgestellten Deutungslinien einer strengen Überprüfung stand: Der Deprivationstheorie fehlt empirische Plausibilität ebenso wie der kulturalistisch-essentialistisch argumentierenden Position. Eine Bewältigung des Problems durch verschärfte Repression und Kontrolle scheitert hingegen an den vorhandenen Mitteln, die zu schwach sind, um ein ständiges Ausweichen terroristischer Organisationen zu verhindern. Zugleich wandelt sich das Phänomen Dschihadistischer Terrorismus derart rasant, dass langfristige, ursachenzentrierte Bekämpfungsansätze schwer vermittelbar sind.

- Zweitens ist mit der Ausdehnung des Sicherheitsbegriffs notwendig eine Aufweichung und Schwächung seines Gehalts und seiner Reichweite verbunden.⁶⁰⁹ Die prinzipielle Gleichbehandlung von Umwelt-, Entwicklungs-, Gewalt-, sozialen und kulturellen Problemen als potentielle Gefahrenquellen hat eine doppelte Überlastung zur Konsequenz und verwischt Prioritäten. Daraus folgt zunächst eine Selbstüberforderung auf materieller Ebene.

Es ist erstaunlich, dass ausgerechnet das globalsicherheitspolitisch und militärisch jahrzehntelang weitgehend abstinente Deutschland sich nur wenige Jahre nach dem Wiederbetreten der Weltbühne eine Sicherheitsstrategie zulegt, in welcher es sich als durch nahezu jede auf dem Globus vorhandene Problematik potentiell bedroht sieht und sich entsprechende Handlungs- und Lösungskompetenz zumisst. Es stellt

⁶⁰⁹ Vergl. Brock, L., a.a.O.

sich hingegen die Frage, wie eine europäische Mittelmacht, die unter den Folgen der Globalisierung und einer ständigen Alterung und Schrumpfung ihrer Bevölkerung leidet und die noch dazu über Jahrzehnte ihren Verteidigungsetat als eine Art Steinbruch ansah, die Kräfte aufbringen soll, dies alles zu bewältigen? Die klaffende Lücke zwischen Anspruch und Möglichkeiten legt den Verdacht nahe, dass hier politikpsychologische Kompensationsmechanismen im Spiele sind, bei denen die Scham über vormaliges sicherheitspolitisches Abseitsstehen auf überschießende Weise durch die Beimessung von Allzuständigkeit bewältigt wird.

Dies bedeutet im Weiteren aber auch eine Überbeanspruchung auf mentaler Ebene: Konzeptionell setzt sich die deutsche Sicherheitspolitik mit der Verwendung des Erweiterten Sicherheitsbegriffs unter ständigem Druck, indem sie auf einer Vielzahl von Themenfeldern agieren muss und deswegen schlecht begründen kann, weswegen sie in bestimmten Fällen nicht aktiv werden möchte. Sie konfrontiert sich mit zu vielen und zu komplexen Problemen. Die thematisch und geographisch universelle Ausrichtung des Erweiterten Sicherheitsbegriffs führt auch zu massiven Plausibilitätsproblemen, eine sinnvolle Rangfolge zwischen unterschiedlichen Problemherden zu treffen. Wenn sich Deutschland seit Jahren in Afghanistan engagiert, um Armut und Instabilität als vermeintliche Ursachen für Terrorismus zu bekämpfen, warum dann nicht auch im Jemen oder im Rest der arabischen Halbinsel?

Standardmäßig wird auf solche Einwände mit einer Beschwörung international abgestimmten Handelns im Rahmen der Vereinten Nationen geantwortet, welches durch seine Massierung die für sich unzureichenden Kräfte der Einzelstaaten summieren soll. Spätestens seit dem Vorspiel des Irakkrieges muss jedoch klar sein, dass solch koordinierte Aktionen selbst innerhalb des westlichen Bündnisses eher Wunsch als Wirklichkeit sind. Zugleich hat die Globalisierung Schwellenländern wie China, die den westlichen Wertekanon nicht teilen, zu einem Machtzuwachs verholfen, der ihnen, wie bei der Kopenhagener Klimakonferenz 2009 deutlich geworden, die Obstruktion

selbst weitgehend geschlossen vorgetragen westlicher Politikagenden ermöglichen.⁶¹⁰

- Drittens scheint bei der Konzeptionierung einer sicherheitspolitischen Netzwerkstruktur nicht ausreichend bedacht worden zu sein, dass Vernetzung keineswegs ausschließlich Vorteile bietet.⁶¹¹ In der Theorie ist der Erweiterte Sicherheitsbegriff, wie erwähnt, komplementär aufgebaut, so dass sich die einzelnen Elemente ergänzen und positiv verstärken. Dabei scheint allerdings aus dem Blickwinkel zu geraten, dass die wesentlichen Elemente – Dialog, Repression und präventive sozial-ökonomische Intervention – auf unterschiedlichen Zeithorizonten angesiedelt sind und räumlich, materiell und bezüglich ihrer Zielrichtungen sowohl teils divergent sind als auch sich so überschneiden, dass Konflikte entstehen. So bestehen zwischen einer Liberalisierung zum Beispiel der afghanischen Gesellschaft und der zeitgleichen Erhöhung der Polizei- und Militärstärken dort immanente Widersprüche. Während interkultureller Dialog eher unspezifisch in die Zukunft gerichtet ist, hat Wiederaufbauarbeit das Ziel, im Hier und Jetzt zu wirken.

In der Praxis scheinen sich die erhofften Synergieeffekte wegen immanenten Zielkonflikten und daraus resultierenden Koordinationsschwierigkeiten nicht zu verwirklichen. Nicht die Vorteile der einzelnen Politikkomponenten ergänzen und potenzieren sich, sondern Implausibilitäten und Inkommensurabilitäten treten in den Vordergrund.

Im Januar 1941 verkündete Franklin Delano Roosevelt in einer programmatischen Rede die Vier Freiheiten.⁶¹² Sein damaliger Anspruch, Meinungs- und Religionsfreiheit sowie Freiheit von Not und

⁶¹⁰ Vergl. Lorenz, A.: „China lässt das Kopenhagen-Fiasko kalt“, in: Der SPIEGEL, 20.12.2009. Siehe ferner Khanna, P.: „The Second World: How Emerging Powers Are Redefining Global Competition in the Twenty-first Century: Empires and Influence in the New Global Order“, London, 2009. Vergl. ferner Wilhelm, A.: „Außenpolitik: Grundlagen, Strukturen und Prozesse“, München, 2006, S. 301 ff.

⁶¹¹ Vergl. dazu Borchert, H., a.a.O.

⁶¹² Vergl. zum Folg. Annual Message to the Congress, 6.1.1941, Websource: <http://www.feri.org/common/news/details.cfm?QID=2089&clientid=11005>, zit. ebd.

Furcht gegen den Widerstand der totalitären Ideologien jener Zeit „everywhere in the world“ zur Geltung zu verhelfen, stand in vernünftigem Verhältnis zu den militärischen, diplomatischen und ökonomischen Potentialen des Machtblocks, den die USA anführten und repräsentierten. Heute erhebt der Erweiterte Sicherheitsbegriff der deutschen Sicherheitspolitik ähnliche Ambitionen. Er ist auch hinsichtlich seiner Entstehungszeit Kind eines geistigen Klimas, in dem sich der Westen die Aufgabe und die Fähigkeit zuschrieb, eine Weltordnung nach seinen Vorstellungen gestalten zu können. Wie man sieht, stößt dieser Wunsch an seine Grenzen. Deutschland wird sich von dem nicht zu verwirklichenden Selbstanspruch des „everywhere in the world“ freimachen müssen, um eine gelingende Sicherheitspolitik formulieren zu können. Die Selbsteinschätzung, zur abschließenden Bewältigung globaler Probleme konkret in der Lage zu sein, ist Ausdruck einer kognitiven Verzerrung, welche als Dauerlücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit Ursache ständiger Frustration ist. Der nicht zur Ruhe kommende Widerstreit in der deutschen Auseinandersetzung über Staatsversagen und Dschihadistischen Terrorismus ist deutlicher Beleg für eine überhöhte Erwartungshaltung gegen sich selbst.

c.) Zum Umgang mit dieser Herausforderung

Die deutsche Sicherheitspolitik benötigt also ein anderes Herangehen an Sicherheitsrisiken. Dabei sollte nicht deren Auslöschung das Ziel darstellen: Dies ernsthaft zu wollen, ist, wie gesehen, angesichts der Vielzahl möglicher Risiken und ihrer komplexen, teils nicht zu ändernden, teils nicht empirisch erkennbaren Ursachen nicht nur unmöglich, sondern resultiert in einer Überschreitung der eigenen Kräfte. In der Konsequenz führt diese Form der Risikokontrolle sogar dazu, dass die politischen, wirtschaftlichen und humanitären Kosten der Risikobeherrschung genauso hoch – wenn nicht sogar höher - sind, als die möglichen Folgen der Risiken selbst es wären.

Realistisch betrachtet, wird Deutschland aus der Falle der Selbstüberforderung also nur dann ausbrechen können, wenn es lernt, Sicherheitsrisiken als normalen Bestandteil des Lebens auf diesem Planeten zu akzeptieren. Wer sich in ein Auto setzt, muss mit einem

Unfall rechnen – wer Wert darauf legt, in einer freien Gesellschaft zu leben, muss damit rechnen, sich Feinde zu machen, ohne dafür Anlass geboten zu haben, und ohne dies verhindern zu können. Konkret muss sich das Individuum damit abfinden, dass der Staat es vor existentiellen Gefahren für Leib, Leben, Gesundheit und Eigentum schützt, nicht aber jedes Risiko, jede potentielle Gefahr bereits vor ihrem Entstehen im Keim erstickt.

Wie lässt sich ein solcher Bewusstseinswandel herstellen und theoretisch untermauern?

Risikoakzeptanz fällt dann am leichtesten, wenn sichergestellt ist, dass die Wahrscheinlichkeit des realen Eintritts einer potentiellen Gefahr erstens minimiert werden kann, und zweitens der dadurch verursachte Schaden sich im Rahmen des Erträglichen hält.⁶¹³ Ferner ist es möglich, Risiken auf andere zu übertragen und zu teilen – dies ist zum Beispiel das Grundprinzip der Versicherungswirtschaft – und damit von sich selbst abzuwenden oder wenigstens zu verringern. Die Reichweite der von ihnen angerichteten Schäden lässt sich schließlich auch sinnvoll begrenzen.

Ausgangspunkt für eine sinnvolle Strategie gegen die durch Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen drohenden Gefahren muss aber, wie bereits angesprochen, das Einbringen von Risikofaktoren in eine sinnvolle Rangordnung sein. Dabei mag eine grundsätzliche Betrachtung der Wertordnung unserer Gesellschaft als Ausgangspunkt sinnvoll sein. Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht dazu gegründet worden, Vorsorge gegen jede Art von Gefahr zu bieten, sondern konkrete Staatsziele zu erreichen und zu garantieren. Diese sind u.a. aus dem Grundrechtskatalog ersichtlich, der somit eine Art Liste der Rechtsgüter darstellt, die der Staat in jedem Falle schützen soll

⁶¹³ Der folgende Abschnitt orientiert sich stark an Standardmodellen zu betriebswirtschaftlichem Risikomanagement, die hier erstmalig auf die hier thematisierten Zusammenhänge der Sicherheitspolitik übertragen werden. Vergl. dazu Götze, U. et al.: „Risikomanagement“, Heidelberg, 2001 sowie Schmitz, Th. & Wehrheim, M.: „Risikomanagement: Grundlagen – Theorie – Praxis“, Stuttgart, 2006, Kapitel 2 bis 5.

und an deren vorderster Stelle die Würde des Menschen steht.⁶¹⁴ Wie weit diese „Schutzpflicht“ geht, ist rechtlich umstritten. Das Bundesverwaltungsgericht hat zum Beispiel im Streit um Umweltschutzaufgaben die Ansicht formuliert, die „Schutzpflicht [ende] regelmäßig dort, wo aufgrund sachverständiger Risikoabschätzung die Irrelevanz“ von potentiellen Gefahren angenommen werden könne.⁶¹⁵ Zwar steht eine gesetzliche Regelung aus, doch ist aus der bisherigen Rechtsprechung auch des Bundesverfassungsgerichts abzuleiten, dass die staatliche Verpflichtung zum Schutz der Grundrechte Grenzen hat. Im Mittelpunkt deutscher Sicherheitspolitik steht der Schutz des Individuums vor konkreter Gefahr.

Dem Staat fällt demnach, kurz gesagt, die Aufgabe zu, im Rahmen seiner Möglichkeiten und der geltenden Rechtsordnung eine stabile Balance aus Sicherheit, sozialer Absicherung und Freiheitsrechten zu garantieren und zu verteidigen. Dieses Dreieck kann weiter präzisiert werden: So umfasst der Terminus „Freiheitsrechte“ neben dem Wahlrecht auch die Religionsfreiheit u.a.m.

Dazu treten selbstauferlegte Staatszwecke wie zum Beispiel der Umwelt- und Tierschutz, Kulturförderung, Europäische Integration, globaler Frieden und Internationale Zusammenarbeit.

Durch die Analysen der vorangegangenen Kapitel kann eine Identifikation der Gefahren für diese Ziele und Zwecke sowie deren Hierarchisierung vorgenommen werden. Denn es ist unmittelbar einleuchtend, dass Dschihadistischer Terrorismus und Staatsversagen keineswegs jedes Ziel und jeden Zweck bedrohen und nicht überall ein gleich hohes Gefährdungspotential entwickeln.

Mögliche Gefahren sind zum Beispiel:

⁶¹⁴ Vergl. dazu Jarass, H. & Pieroth, B.: „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar“, Ausgabe IX, München, 2007, sowie Stern, K. et al: „Das Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland“, Bde. I, III & IV, München, 2006.

⁶¹⁵ Zit. BVerwG 7 C 19.02 (2003), S. 1.

- Gefahr für Leben und Gesundheit von Bundesbürgern (betroffenes Staatsziel: Sicherheit / Menschenwürde): Dies ergibt sich unmittelbar aus der Gewalttätigkeit von Terrorismus und dem Zusammenbruch aller kollektiven Schutzmechanismen bei Staatsversagen.
- Gefahr für die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung und die daraus resultierenden Rechte (betroffenes Staatsziel: Freiheit): Versagende Staaten können Rechtsstaatlichkeit und Demokratie nicht gewährleisten. Dschihadistische Terroristen unterdrücken Demokratie und Menschenrechte in erheblichem Umfang.
- Gefahr für Eigentum von Bundesbürgern (betroffenes Staatsziel: Sicherheit / Freiheit): Zum Beispiel durch Anschläge oder Zusammenbruch von Volkswirtschaften.
- Gefahr für den Weltfrieden (betroffener Staatszweck: globaler Frieden): Staatsversagen zieht häufig innere Konflikte und Bürgerkriege nach sich, die die Stabilität des Weltfriedens auch überregional gefährden; gleiches gilt für den Dschihadistischen Terrorismus.

Diese Risiken können nach der Wahrscheinlichkeit ihrer Verwirklichung und der Schwere des Schadens für Deutschland im Falle ihrer Realisierung geordnet werden, um eine sinnvolle Rangordnung bilden zu können. In dieser Anordnung spiegelt sich eine Hierarchisierung der aus Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus resultierenden Gefahren für Leben, Freiheit, Stabilität und Eigentum⁶¹⁶:

⁶¹⁶ Die folgende Risikomatrix orientiert sich in Gestaltung und Aufbau an Nohl, J. & Thiemecke, H.: „Systematik zur Durchführung von Gefährdungsanalysen“, Teil I und II, Bremerhaven, 1988 (=Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz Fb 536 und Fb 542).

Eintrittswahrscheinlichkeit				Mögliche Auswirkungen
Hoch	Gefahr für Eigentum	---	Lebensgefahr	
Mittel	Gefahr für Weltfrieden	---	---	
Gering	---	---	Gefahr für demokratische Grundordnung	
	Leicht	Mittel	Schwer	

Aus der Abbildung kann Folgendes ersehen werden:

- Terrorismus führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Todesopfern, wie die Erfahrung zeigt. Der Verlust von Menschenleben ist der größte überhaupt anzunehmende Verlust und deshalb eine schwere Auswirkung.

- Staatsversagen führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zu direktem oder indirektem Vermögensverlust für die deutsche Volkswirtschaft und Bevölkerung; die Auswirkungen eines solchen sind jedoch im Vergleich zur Lebensgefahr gering.

- Eine Beseitigung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung wäre zwar katastrophal, jedoch besitzen terroristische Organisationen dazu in aller Regel nicht die Kraft, und Staatsversagen in entfernten Weltregionen betrifft die Funktionsfähigkeit der deutschen Staatsordnung allenfalls auf abstrakte Weise.

- Gefahren für den Weltfrieden erwachsen mit einiger Wahrscheinlichkeit aus der Tendenz von Staatsversagen, sich zu Bürgerkriegen auszuweiten. Es hat sich jedoch erwiesen, dass in aller Regel die direkten Auswirkungen auf Deutschland eher mäßig sind. In keinem Falle kam es zu einer Ausweitung von solchen Konflikten auf das Bundesgebiet oder das verbündeter Staaten.

Daraus ergibt sich folgende Hierarchie:

- Dschihadistischer Terrorismus stellt die Hauptgefahr dar; direkter Handlungsbedarf besteht beim Schutz von Menschenleben, wo jede Investition gerechtfertigt ist. Andere gefährdete Staatsziele und -zwecke können mit weniger Aufwand geschützt werden.

- Staatsversagen ist eine Nebengefahr, da die aus ihm erwachsenden Gefahren eher indirekt und mit geringerer Wahrscheinlichkeit und Schadenswirkung eintreten. Es ist außerdem im Lichte der gewonnenen Erkenntnisse ein allenfalls begünstigender Faktor für Dschihadistischen Terrorismus. Seine Verhütung oder Bekämpfung kann demnach mit geringerer Priorität erfolgen.

Überspitzt gesagt, kann daraus abgeleitet werden, dass es allen Grund gibt, sich wegen des Dschihadistischen Terrorismus Gedanken über einen wirksamen Schutz der deutschen Bevölkerung zu machen und dazu alle vertretbaren Optionen fallweise einzusetzen. Allerdings ist ein Zusammenbruch der staatlichen Ordnung völlig unwahrscheinlich. Staatsversagen betrifft Deutschland indirekt und seine Folgen sind zwar unangenehm, aber handhabbar. Eine Sicherheitspolitik, welche realistische Ziele verfolgt und dafür um Verständnis in der Bevölkerung wirbt, sollte diese Hierarchie zur Grundlage ihres Handelns machen und nach außen transparent vertreten. Bevor hieraus konkrete Schlussfolgerungen zur sinnvollen Konzeptionierung der deutschen

Sicherheitspolitik ableitet werden, sollten aber in einem weiteren Abschnitt auf thematisch verwandtem Terrain weitere Erkenntnisse angesammelt werden.

Als Zwischenergebnis ist aber jetzt bereits festzuhalten, dass Deutschland aus guten und nachvollziehbaren Sachgründen und nicht allein aus Überforderung seine sicherheitspolitischen Maßnahmen auf ausgewählte, erreichbare Ziele ausrichten darf und dass keine automatische Verpflichtung zu globalem Engagement gegen Staatsversagen besteht, zumal dessen Auswirkungen eher abstrakter Natur sind. Deutsche Sicherheitspolitik ist der Wahrung von Werten verpflichtet, aber es ist weder sachlich notwendig noch moralisch oder juristisch geboten, dies in der bisher verfolgten Art und Weise zu tun.

2. Geistige Ebene: Die Inflation der Sicherheit in der Risikogesellschaft

Deutschland überfordert sich selbst durch die politische und diskursive Orientierung an konstruierten Risikoursachen und einem analog dazu zu weit gefassten Sicherheitsbegriff physisch und mental. *„Sicherheit ist ein ‚greedy paradigm‘... Schlechthin alles kann und jedes kann zum ‚Sicherheitsproblem‘ werden oder in den Bann von Präventionskalkülen geraten. [...] Die deutsche Sicherheitspolitik, so scheint es, ist drauf und dran, in die selbstgestellte Sicherheitsfalle zu tappen.“*⁶¹⁷

Denn ein wesentlicher Gesichtspunkt wird häufig ignoriert: Risiko ist nicht gleichbedeutend mit Gefahr. *„Risiko bedeutet die Antizipation der Katastrophe in der Gegenwart, die deutlich von der tatsächlichen Zukunft zu unterscheiden ist. Wichtig ist diese Unterscheidung, weil Risikoaussagen gerade diejenige Zukunft an die Wand malen, die es zu*

⁶¹⁷ Zit. Naumann, K.: „Wie strategiefähig ist die deutsche Sicherheitspolitik“, in: APuZ 48/2009, S. 13.

verhindern gilt.“⁶¹⁸ Eine Verwischung der Trennlinien zwischen Risiko und Gefahr ist verhängnisvoll, aber nichts desto trotz in der Debatte über Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen allgegenwärtig.

Deutschland kann aus diesen Teufelskreisen nur ausbrechen, wenn es zurück zu einer trennscharfen Definition der Sicherheit gelangt. Doch wieso ist es überhaupt zu dessen Ausweitung gekommen? Dies scheint als Hintergrundinformation ebenso wichtig wie die Frage, ob man diesem Phänomen durch Hierarchisierung von Sicherheitsrisiken beikommen kann – diese kann Sicherheitsbedürfnisse wirksam kanalisieren, erhellt jedoch noch nicht die Ursachen für deren Steigerung ins Unermessliche.

Angesichts der im vorigen Kapitel präsentierten Befunde lässt sich natürlich darüber spekulieren, inwieweit die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs nicht eher als Produkt politischer Zwänge, Interessen und von Selbstüberschätzung anzusehen ist, denn als eine durch bewusste Entscheidung entstandene politische Leitdoktrin. Nun scheint aber diese Tendenz zur Verbreiterung der Sicherheitspolitik, wie gesehen, kein ausschließlich deutsches Phänomen zu sein, sondern ein globaler Trend, dem Deutschland sich angeschlossen hat. Die Problematik dieses Trends wird durch Dschihadistischen Terrorismus und Staatsversagen bloßgelegt und es ist deshalb sinnvoll, sich mit seinen tieferen Ursachen zu befassen.

a.) Terrorismus, Staatsversagen und die Risikogesellschaft

Der Begriff der Risikogesellschaft geht wesentlich auf zwei bereits genannte Soziologen zurück: Anthony Giddens und Ulrich Beck. Bei allen Unterschieden im Detail ist beiden Autoren die folgende Sichtweise im groben gemein⁶¹⁹:

⁶¹⁸ Zit. Beck, U.: „Der deutsche Euro-Nationalismus“, in: Frankfurter Rundschau, 2.4.2010.

⁶¹⁹ Vergl. zum Folgenden Beck, U., a.a.O., sowie Ders.: „Risikogesellschaft“, Frankfurt/Mn., 1986. Siehe ferner auch Giddens, A.: „Risk and Responsibility“, in: Modern Law Review 62(1) 1999, S. 1-10.

Durch die wachsende Komplexität sich globalisierender, hochtechnisierter Gesellschaften wächst die Summe der Gefahren, denen sie ausgesetzt ist, kontinuierlich. Konnte in zurückliegenden Jahrhunderten eine Epidemie in Ostasien von Europäern getrost ignoriert werden, ist sie heute in Folge der globalen Vernetzung von Tourismus, Verkehr, Handel und Produktion innerhalb kürzester Zeit auch bei ihnen vor der Haustür. Durch die moderne technisch-ökonomische Entwicklung, die zu immer mehr Vernetzung und Abhängigkeiten führt, wächst die Anfälligkeit der Gesellschaften insgesamt. Ständig neue Risiken, sowohl durch Naturphänomene wie durch menschliches Verhalten, werden erkannt, kognitiv konstruiert oder imaginiert und rufen nach Bewältigung. Komplexität und Interdependenz schaffen eine Lawine von auch durch inflationäre Medienberichterstattung verursachten Sicherheitsbedürfnissen, denen durch eine Ausweitung und Vorverlagerung der Sicherheitsherstellung begegnet werden muss. Durch die visuelle Unmittelbarkeit moderner Medien verstärkt sich beim individuellen Betrachter der Eindruck einer ständigen, direkten Bedrohung durch mannigfache Faktoren. Eine Politik, die diesen Emotionen nicht Rechnung trüge und sich dem Trend entzöge, riskierte es, an der Wahlurne hinweggefegt zu werden.

Der Erweiterte Sicherheitsbegriff ist demnach Folge eines Trends zur „Versicherheitlichung“ immer weiterer Lebensbereiche von durch Reizüberflutung zutiefst beunruhigten Gesellschaften. Versicherheitlichung meint dabei einen Vorgang, bei dem politische Akteure („securitizing actors“) einen symbolischen oder rhetorischen Akt der Versicherheitlichung („securitizing move“) eines politischen Themas vornehmen, mit dem Ziel, für dessen Einordnung als Sicherheitsbedrohung Akzeptanz bei einem relevanten Publikum („audience“) zu finden. Damit rechtfertigen sich zugleich besondere Anstrengungen und Maßnahmen zur Bewältigung dieses Problems, die sonst nicht mehrheitsfähig wären, da sie als unangemessen hoch erschienen. Sicherheit nimmt jedoch in der Wahrnehmung des Publikums, meist Medien und Öffentlichkeit, einen so hohen Stellenwert ein, dass nahezu jede Politik akzeptabel wird. Eine erfolgreiche

„securitization“ ist dann erfolgt, wenn das relevante Publikum den „securitizing move“ akzeptiert.⁶²⁰

Klimawandel und Unterentwicklung wurden zum Beispiel klassischerweise als ökologische, ökonomische, technische oder humanitäre Probleme gedeutet; ihre Umdeutung und Hinzurechnung zum Kompetenzbereich der Sicherheitspolitik ist neuerer Natur. Bereits die bloße Möglichkeit des Entstehens einer Bedrohung reicht aus, ein Politikthema zu versicherheitlichen und damit an die Spitze der politischen Agenda zu katapultieren.⁶²¹

Dschihadistischer Terrorismus und Staatsversagen sind aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften Versicherheitlichungskandidaten *par excellence*, da sie die Fähigkeit zur Risikokontrolle an sich unterminieren. Dies wurde bereits im dritten Kapitel ausführlich besprochen.

b.) Die Politik als Gefangene der „Moral Panic“

Gegen Ende des ersten Kapitels wurde festgestellt, dass die Art und Weise, wie Staatsversagen und Terrorismus in Deutschland diskursiv, medial und politisch behandelt werden, einer sogenannten „Moral Panic“ ähnelt⁶²². Dieser erstmals in den 1970er Jahren aufgetretene soziologische Fachbegriff bezeichnet das Phänomen, dass öffentliche Aufmerksamkeit für bestimmte gesellschaftliche oder politische Thematiken am besten dadurch mobilisiert werden kann, dass sie argumentativ als Bedrohung der normativen Grundlagen einer

⁶²⁰ Vergl. dazu Buzan, B., Waever, O. & de Wilde, J.: „Security. A New Framework for Analysis“, Boulder, 1998.

⁶²¹ Vergl. Richert, J.: „Sicherheit und Stabilität im Kontext des Klimawandels“, Diskussionspapier, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Januar 2009, S. 4 ff. Siehe ferner Naumann, K., a.a.O., S. 10 ff.

⁶²² Vergl. zum Folg. Scott, J. & Marshall, G., a.a.O., S. 426 mit der dort angegebenen Literatur. Siehe auch Hopkins Burke, R., a.a.O., S. 148 f. Siehe auch Dietl, W. et al., a.a.O., S. 296.

Gesellschaft dargestellt werden, und dies vorzugsweise im Forum der Massenmedien. Am häufigsten findet sich diese Kommunikationsform in besonderen Fällen von Kriminalität, die wegen ihrer speziellen Natur in hohem Maße als Generalangriff auf Werte und Ordnung des Zusammenlebens an sich erscheinen, weil sie tradierte Tabus überschreiten: Dazu gehören Verbrechenarten, die sich gegen besonders schwache Opfer wie Kinder, Ältere oder Behinderte richten ebenso wie sexuell motivierte Straftaten.

Terrorismus ist, wie oben ausgeführt, oft ebenso ein Anschlag auf Grundprinzipien und Werte einer Gesellschaft. Dschihadistischer Terrorismus leitet sich von einer mit westlichen Werten unvereinbaren Doktrin ab. Staatsversagen gefährdet darüber hinaus gerade diejenige Institution, der die Garantie dieser Werte obliegt. Beide müssen in einer Risikogesellschaft, die zunehmend obsessiv auf die Erkennung und Bewältigung von Sicherheitsrisiken fixiert ist, in besonderem Maße als provokative Attacken auf Grundbedürfnisse und –überzeugungen gewertet werden. Dafür, dass dies im deutschen Fall so ist, spricht zum Beispiel der im dritten Kapitel eingehend untersuchte Duktus in den Massenmedien, der zum Beispiel Staatsversagen in die Nähe von Anarchie, Chaos und Bürgerkrieg wie eben auch Terrorismus rückt. Die Fernsehberichterstattung liefert Bilder von immer neuen Anschlägen täglich in die Wohnzimmer und erzeugt damit Furcht und Bedrohungsgefühle selbst an Orten, die Zehntausende Kilometer entfernt liegen.

Problematisch ist all dies vor allem deswegen, weil unter Schock, Angst und Panik stehende Bevölkerungen einen systemischen Handlungsdruck auf ihre Regierungen ausüben, die unter Zeitdruck Entscheidungen zu fällen hat, die zwar zur Bewältigung einer konkreten Risikosituation gedacht waren, aber langfristig unerwünschte Folgen haben. Die bereits beschriebene Gefahr einer verstärkenden Rückkopplung zwischen Terrorismus und staatlichen Gegenmaßnahmen potenziert sich in diesem Fall, zumal den handelnden Verantwortlichen meist die Zeit zu sorgfältiger Analyse fehlt.

Im Falle der deutschen Beteiligung am Afghanistan-Feldzug ist zudem das bislang einmalige Phänomen einer „Moral Panic“ in Globalmaßstab

erkennbar. Wie sehr sich die Regierung der Vereinigten Staaten nach dem 11. September unter Reaktionszwang sah, beweisen ihre Rhetorik und die schnelle Abfolge der Ereignisse: Die Welt wurde vor die Alternative „Mit uns oder gegen uns“ gestellt, die ersten Angriffe amerikanischer Streitkräfte in Afghanistan erfolgten bereits im Oktober 2001. Wie oben ausgeführt, ist das deutsche Engagement dort weniger Resultat einer bewusst getroffenen Entscheidung der Bundesregierung oder einer konkreten Bedrohungslage für Deutschland als Ergebnis der damaligen innen- und außenpolitischen Dynamiken. Diese Reflexhandlung führte in einen Militäreinsatz, dessen Konsequenzen, Dauer und Kosten damals nicht abzusehen waren. Damit legte sich Deutschland zugleich aber auch fest, da eine Revision dieser Entscheidung ohne Gesichtsverlust und Bruch gegebener Zusagen unmöglich wurde.

Eine weitere besondere Herausforderung von Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen besteht also darin, dass die deutsche Sicherheitspolitik vor die Notwendigkeit gestellt wird, sich sowohl von der strukturellen Sicherheitsinflation der Risikogesellschaft als auch von kurzfristigen Aktionszwängen zu emanzipieren. So verlockend es sein mag, den Wünschen und Ängsten der Bevölkerung aus wahltaktischen Motiven nachzugeben, so verheerend sind die langfristigen Unwägbarkeiten einer solchen Kurzsichtigkeit.

Schließlich mögen sich auch Einflüsse der spezifisch deutschen Sicherheitskultur bemerkbar machen, die, wie weiter oben ausgeführt, militärisches Engagement stets mit besonderem Vorbehalt und Legitimationszwang versieht. Dies führt dazu, dass Politiker zur Absicherung ihres sicherheitspolitischen Handelns den Nachweis erbringen müssen, hohe und höchste Rechtsgüter und moralische Standards seien ernsthaft in Gefahr. Intervention im Ausland muss mit altruistischen Motiven begründet werden, man erinnere sich hierbei nur der Warnungen der damaligen rot-grünen Koalition vor einem erneuten Holocaust im Falle des Kosovokrieges. Dieses Argumentationsmuster wird allerdings zu einer Verstärkung des Bedrohungsgefühls eher noch beitragen, anstatt kalmierend zu wirken. So wirkt sich die Vergangenheit Deutschlands auf heutiger sicherheitspolitischer Bühne als moralische Hysterie und nahezu unüberwindbare ethische Prämisse negativ aus.

c.) Zum Umgang mit dieser Herausforderung

Eine der bewährtesten Maßnahmen der psychotherapeutischen Behandlung von Angststörungen ist die sogenannte „Kognitive Therapie“.⁶²³ Sie unterstellt, dass Angststörungspatienten deshalb in bestimmten Situationen in scheinbar grundlose Panik geraten und deshalb vor völlig unwahrscheinlichen Gefahren Ängste empfinden, weil sie sich und ihre Umwelt nach einem ungeeigneten Denk- und Bewertungsstil wahrnehmen. Wenn die tatsächlichen Risiken gering sind, der Patient aber völlig überzogene Angstreaktionen zeigt, so scheint eine der Ursachen in einer verzerrten Bedrohungswahrnehmung beim Patienten selbst zu suchen zu sein. Die Therapie besteht darin, diese Wahrnehmung wieder an die Realität anzunähern. Besonders hilfreich ist es dabei, sich immer wieder nüchtern und empirisch abgesichert die Wahrscheinlichkeit und Schwere einer Gefahr vor Augen zu führen: Dann erweist es sich als objektiv unnötig, zum Beispiel Angst vor Spinnen zu empfinden, da keine einzige der in Deutschland heimischen Arten dieser Gliederfüßer in der Lage ist, einen Menschen ernsthaft zu verletzen.

Eine andere therapeutische Maßnahme zielt darauf, mehr Gelassenheit zu entwickeln: Hat man gegen drohendes Ungemach vernünftige Vorsorge getroffen, kann man dessen möglichem Eintritt getrost entgegensehen. Wer ein Auto mit Aufprallschutz fährt und sich anschnallt, hat zumindest die Gewissheit, für den Fall eines Unfalls gut gerüstet zu sein. Risiken, die sich per se nicht beherrschen lassen, wie etwa Kometeneinschläge, sind zum Glück recht selten und können deshalb mit Ruhe erwartet werden.

Die oben entwickelte Hierarchisierung der von Staatsversagen und Dschihadistischem Terrorismus ausgehenden Risiken ist nicht nur ein Mittel zur Strukturierung und Priorisierung sicherheitspolitischen Handelns, sondern auch ein geeignetes Mittel zur kommunikativen Beruhigung einer aufgewühlten Bevölkerung. Um unerwünschte politische Eigendynamiken wegen dieser Risiken auszuschließen,

⁶²³ Vergl. zum Folg. Morschitzky, H.: „Angststörungen: Diagnostik, Konzepte, Therapie, Selbsthilfe“, Wien, 2009, Kapitel 1,5,6 und 8.

empfiehlt sich ein ähnliches Vorgehen wie im Falle der individuellen Angststörung.

Das Weißbuch 2006 ebenso wie der Erweiterte Sicherheitsbegriff identifizieren zwar eine Fülle von Sicherheitsrisiken, ohne aber deren Schwere und Eintrittswahrscheinlichkeit zu erläutern. Hilfreich bei der Bewertung der Anschläge von New York und Washington vom September 2001 wäre zum Beispiel der keineswegs verharmlosende, aber die Dinge in rechte Verhältnis setzende Hinweis gewesen, dass den 3.000 Todesopfern dieser terroristischen Tat gegenübersteht, dass im Jahre 2001 700.000 US-Amerikaner an Herzkrankheiten, 550.000 an Krebs und 160.000 an Schlaganfällen starben. Ebenfalls für das Jahr 2001 verzeichnete die FBI-Statistik 16.000 „gewöhnliche“ Mordfälle.⁶²⁴ Es ist unmittelbar einleuchtend, dass die Anschläge nur für minimale Prozentanteile der Sterbeziffer dieses Jahrgangs verantwortlich waren und dass sich der durchschnittliche Amerikaner, wenn überhaupt, mehr Sorgen um seine Ernährung, um Rauchen und Bewegungsmangel hätte machen sollen, als über Terrorismus. Dank kluger Vorbeugung, Aufklärung und Bekämpfung des Dschihadistischen Terrorismus hat sich etwas Vergleichbares wie 9/11 seitdem nicht mehr zugetragen, und dies erst recht nicht auf deutschem Boden. Einseitige Risikofixierung ohne wertende Einordnung gibt dem Trend zu immer mehr Versicherheitlichung nach. Das Gegenteil wäre angebracht, auch wenn dies den Verzicht auf eine symbolische Aufwertung der jeweiligen politischen Agenda bedeuten würde.

Eine Allianz aus Staatsversagen und Aktivitäten insurgenter Gruppen ist auch keineswegs ein historisch neuartiges Szenario, welches eine unvorhergesehene, fundamental neue Gefahr aufwirft. Das Römische Reich zum Beispiel errichtete seine Grenzbefestigungen vor allem zur optischen und symbolischen Markierung seines Rechts-, Wirtschafts- und Herrschaftsraumes, nicht aber als feste Verteidigungslinie. Jenseits des Limes begann eine aus römischer Sicht rechtsfreie Zone der

⁶²⁴ Gerundete Zahlenangaben nach: Centers for Disease Control and Prevention (Hg.): "10 Leading Causes of Death, United States 2001, All Races, Both Sexes", Websource: <http://webapp.cdc.gov/sasweb/ncipc/leadcaus10.html> sowie Federal Bureau of Investigation (Hg.): "Crime in the United States 2001", Websource: http://www.fbi.gov/ucr/cius_01/01crime2.pdf, vergl. dort.

Unsicherheit, aus der regelmäßig Angriffe auf römisches Territorium vorgetragen wurden. Versuche, dies durch Inkorporation dieser Räume in das römische Gebiet und damit in das römische Rechts- und Herrschaftssystem zu beenden, scheiterten im Falle Germaniens blutig in den Wäldern Niedersachsens. Der Limes stellte den Versuch dar, ersatzweise ein Frühwarn- und Notfallreaktionssystem zu errichten, um feindliche Einfälle frühzeitig zu lokalisieren und Gegenmaßnahmen einzuleiten. Mit diesem System, Unsicherheiten, die aus rechts- und herrschaftsfreien Räumen erwachsen, zu beherrschen, ist das Römische Reich beachtlich erfolgreich gewesen, wenn man bedenkt, dass der Limes seine Aufgaben etwa 150 Jahre lang erfüllen konnte.⁶²⁵ Die chinesische Mauer entstand auf Grundlage ganz ähnlicher Prinzipien und erfüllte ihren Zweck fast zweitausend Jahre lang.

Es gibt aus der Geschichte demnach Anhaltspunkte, dass ein Zusammenspiel von abwesender Herrschaft, Rechtsfreiheit, Raumtopographie und überfallsartiger Gewaltanwendung von dort keineswegs eine Seltenheit, sondern eine historische Konstante ist, und dass es durchaus Beispiele gelingenden Umgangs mit diesem Problem gibt. Ein solcher Hinweis, der alarmistischen Tendenzen entgegenwirken könnte, ist in der bundesdeutschen Politikformulierung bezüglich Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen jedoch kaum zu hören.⁶²⁶

Die Regierung kann sich den von Versicherheitlichungsprozessen ausgehenden, nicht sachadäquaten Handlungszwängen also durch Entsicherheitlichung entziehen und zur Begründung die Bedrohungen in richtige Relationen setzen. Daran können auch Akteure wie die Medien oder die Wissenschaft mitwirken.

Ein anderer Weg wäre, wie oben angedeutet, demonstrative Vorbeuge. Politische Zwänge, die durch kurzfristige Schockereignisse ausgelöst werden, lassen sich abwehren, wenn man sich auf diese Fälle sichtbar politisch und administrativ vorbereitet. Die Grundlage dazu bilden im Falle der Terrorismusbekämpfung Prävention, Verfolgung und

⁶²⁵ Vergl. dazu Kemkes, M.: „Der Limes: Grenze Roms zu den Barbaren“, Ostfildern, 2006, sowie Schallmayer, E.: „Der Limes. Geschichte einer Grenze“, München, 2006.

⁶²⁶ Eine Ausnahme bildet Münkler, H.: „Imperien“, a.a.O.

Schadensminimierung⁶²⁷. Gemeinsamer Ausgangspunkt hierfür ist Aufklärung durch Geheimdienste und Ermittlungsbehörden, die sich allerdings wegen ihres besonderen Charakters oft nicht zur Strukturierung einer öffentlichen Diskussion einsetzen lassen.

Während Ermittlungsergebnisse oft geheimgehalten werden müssen, ist es jedoch durchaus möglich, durch demonstrative Vorbereitungen auf den Notfall ein Gefühl des Gerüstetseins zu verbreiten. Dazu zählen Übungen unter Beteiligung der Bevölkerung, transparente Maßnahmen zur Schadenbegrenzung wie die technische und bauliche Absicherung von möglichen Zielen, sowie Polizeipräsenz.⁶²⁸ Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, wie insbesondere deutsche Polizeibehörden solche Maßnahmen zum Katastrophenmanagement erfolgreich umsetzen⁶²⁹ - was jedoch zu fehlen scheint, ist mediale und politische Flankierung, die sowohl die Öffentlichkeit beruhigen als auch aus Angst hervorgehende Begehrlichkeiten und Handlungszwänge wirksam abwehren würde. Die Anschläge von New York und Washington waren nur im Windschatten der Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden überhaupt möglich. Heute sind sie wesentlich sensibler.

Neben der Vorbeugung gegen Risiken sind auch deren Verlagerung und Streuung erprobte Mittel des Risikomanagements. Einer der Gründe für die inflationäre Ausweitung des Sicherheitsbegriffs liegt, wie gesehen, in der wachsenden Komplexität wirtschaftlicher und sozialer Systeme unter den Bedingungen der Globalisierung. Folglich ist eine Politik, welche darauf zielt, ökonomische Interdependenzen zu verringern und einseitige Abhängigkeiten abzubauen, ein wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Bundesrepublik und zur Beruhigung der Debatte. Das macht das Beispiel Solarenergie deutlich. Die Entscheidung der jetzigen Bundesregierung, Subventionen für diese Form der Stromgewinnung zu

⁶²⁷ Vergl. zum Folg. Clutterbuck, L.: "Law Enforcement", in: Cronin, A. & Ludes, J., a.a.O., S.150 ff., sowie Brodeur, J.-P.: "High Policing and Low Policing in post 9/11 times", in: Policing: A Journal of Policy and Practice (2007) 1(1), S. 25-37.

⁶²⁸ Vergl. dazu Frey, B.: "Dealing with Terrorism – Stick or Carrot?", Cheltenham, 2004.

⁶²⁹ Siehe dazu im Detail Schneider, D.: „Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus“, in: Die Kriminalpolizei (9/2005), sowie Weise, N. & Griesbaum, R. (2005): „Netzwerke gegen den Terror“, in: Die Kriminalpolizei (9/2005), sowie Stock, J. & Herz, A., a.a.O.

kürzen, mag ökonomisch und fiskalisch sinnvoll sein, sicherheitspolitisch ist sie kritisch zu sehen, da sie die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die überwiegend in von Staatsversagen und Terrorismus geprägten Regionen lagern, nicht zu mindern hilft.⁶³⁰

Risikoübertragung an andere Akteure bedeutet nicht zuletzt, dass Deutschland seine Sicherheit auch außerhalb europäischer und transatlantischer Maßstäbe denken muss. Eine Einbindung neuer Sicherheitspartner wie China oder Indien wäre die sicherheitspolitisch logische Konsequenz aus dem seit dem G-20-Gipfel 2008 in Washington anlässlich der Weltfinanzkrise begonnenen Prozess der Beteiligung von führenden nichtwestlichen Industrie- und Schwellenländern an politischen Entscheidungen globaler Reichweite. Damit ließen sie sich für die Ziele globaler Stabilität und Sicherheit im Rahmen eines fairen Lastenausgleichs in die Pflicht nehmen, zumal sie wesentliche Sicherheitsinteressen westlicher Staaten teilen.⁶³¹

⁶³⁰ Vergl. Wetzel, D.: „Ärger um Absenkung der Solar-Subventionen“, in: Die Welt, 13.1.2010. Vergl. dazu konträr Steinmeier, F.-W.: „Internationale Politik für das anstehende solare Zeitalter“, Rede von Bundesaußenminister Steinmeier bei den Toblacher Gesprächen, 19.10.2007, Webservice: <http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/071019-BM-Toblach-Rede.html>

⁶³¹ Vergl. dazu bspw. Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.): „Der dornige Weg zum Gipfel – Hindernisse des chinesischen Aufstiegs“, Trierer China-Gespräche, 21.20.2009, Webservice:

http://www.baks.bundeswehr.de/portal/a/baks/kcxml/04_Sj9SPykyssy0xPLMnMz0vMOY_QjzKL9403dTcESYGZbq76kTCxoJRUFw99X4_83FT9AP2C3lhyR0dFRQKBK9l1W/deIta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfTV8zTUtV?yw_contentURL=%2F01DB040600000001%2FW27Y3LLF486INFODE%2Fcontent.jsp Siehe ferner Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): „VIII. Deutsch-Chinesischer Sicherheitsdialog: Globale Sicherheitsarchitektur vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschaftskrise“, 8.3.2009, Webservice: <http://feschina.net/Veranstaltung090308.asp>

3. Politische Ebene

a.) Herausforderung: Politische Führung

Dschihadistischer Terrorismus und Staatsversagen legen nicht nur die Schwachstellen deutschen sicherheitspolitischen Denkens offen, sondern auch institutionell und strukturell bedingte Schwächen der politischen Führung, mit solchen Herausforderungen effektiv und flexibel umzugehen. Es offenbart sich ein eklatanter Mangel an Führungsfähigkeit, die sich darin niederschlagen müsste, auf Grundlage klarer Sicherheitsbegriffe klare Zielvorgaben zu machen und dabei transparente Kriterien zugrunde zu legen.⁶³² Das Argumentieren mit Sachzwängen, diplomatischen Verpflichtungen und moralischen Imperativen ist ebenso wenig eine tragfähige Grundlage wie ein rein begriffliches Wegducken vor der Wirklichkeit. Die fortgesetzte Weigerung der ersten Regierung Merkel, den Kampfeinsatz in Afghanistan auch klar so zu nennen, hatte gerade beim damaligen Verteidigungsminister Franz-Josef Jung etwas Autistisches an sich. Es war durchsichtig, dass hier sowohl ein mühsam gefundener Formelkompromiss zur Gesichtswahrung der damaligen Koalitionspartner aufrechterhalten wurde als auch, dass die Bundesregierung die aus einer formellen Anerkennung des Kriegscharakters sich ergebenden juristischen Folgen scheute.⁶³³ Erst anlässlich des Bombardements zweier Tanklaster im afghanischen Kundus unter deutscher Beteiligung und zivilen Opfern gab Angela Merkel ihre erste Regierungserklärung zu Afghanistan überhaupt ab.

Die Ursachen einer solchen Verantwortungsscheu sind nicht auf die verfassungsrechtliche Konstruktion der Bundesrepublik abzuschieben. Zwar erschweren die zahlreichen „Checks & Balances“ auch außenpolitische und sicherheitspolitische Führung, doch sind sie keine

⁶³² Vergl. dazu und zum Folg. Schwarz, H.-P., a.a.O., S.252 ff.

⁶³³ Vergl. dazu „Regierung verschleiert Wahrheit über Afghanistan“, in: Die Welt, 3.10.2008, sowie Löwenstein, St.: „Merkel muss klar sagen, dass es ein Krieg ist“, in: FAZ, 24.6.2009.

Entschuldigung für das Verweigern einer zielführenden Debatte. Das Ableiten politischer Verantwortung auf Sachzwänge rückt „...an die Stelle einer strategischen Logik der Zwecke eine taktische Politik der Vorbehalte“⁶³⁴.

Neben der politisch-taktisch motivierten Entscheidungsscheu spielt aber auch ein Mangel an institutionellen Entscheidungsgremien eine verhängnisvolle Rolle. Die Verzahnung von Außen-, Sicherheits-, Militär-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik im Bundessicherheitsrat führt zu zahlreichen vetofähigen Mitspielern in der deutschen Sicherheitspolitik. Darauf deutet auch die Fülle der hier als Quelle zitierten Dokumente hin: Eine zentrale Fundstelle für die dokumentierte Sicherheitsstrategie Deutschlands existiert nicht. Im Bundestag als genehmigender Instanz setzt sich dieses Kompetenzgerangel auf der Ebene der Ausschüsse fort. Diese Blockaden fordern auch unnötige Zeitverluste ab.

Das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr mag noch so viele Projekte zur Erhöhung der Akzeptanz von „Streitkräfte[n] in einer postheroischen Gesellschaft“ durchführen: Ohne adäquate politische, sachorientierte und auf transparenten Strategien beruhende Führung sind die historisch bedingten Ängste der Bevölkerung vor Auslandseinsätzen nicht zu bewältigen. Um mehrheitsfähig zu sein, muss auch Sicherheitspolitik argumentieren und führen.⁶³⁵

⁶³⁴ Zit. Naumann, K., a.a.O., S. 11. Vergl. zum Folg. ebd. sowie Stelzenmüller, C.: „Die selbstgefesselte Politik“, in: Internationale Politik, 1/2010, S.76 ff.

⁶³⁵ Vergl. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.): „Streitkräfte in einer postheroischen Gesellschaft“, Websource: http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/a/swinstbw/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLNzSKDzD2B8mB2eYuXvqRcNGgIFR9X4_83FR9b_0A_YLciHJHROVFABtOxgM!/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZNQUFzQUMvNEIVRS82XzEyX1AzTw!!

b.) Zum Umgang mit dieser Herausforderung

Den Mut zur politischen Führung auch in kontroversen Sachfragen werden die politischen Akteure selbst aufbringen müssen – die institutionellen und analytischen Voraussetzungen dazu können sie ohne weiteres schaffen.⁶³⁶

Es existieren dazu eine Reihe von Anregungen zur Bündelung sicherheitspolitischer Entscheidungsstrukturen. Diese könnten entweder beim Bundeskanzler- oder Auswärtigem Amt zentralisiert werden. Der Bundestag könnte ohne weiteres einen Spezialausschuss für Auslandseinsätze der Streitkräfte einrichten.

Der Bundessicherheitsrat könnte die Aufgabe übernehmen, die Erfahrungen der Auslandseinsätze in einem Evaluationsbericht zusammenzufassen, der die Grundlage für einen jährlichen sicherheitspolitischen Tätigkeitsbericht der Bundesregierung bilden würde.

Ein Desiderat ist ferner eine Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik Deutschland. Die nur in unregelmäßigen Abständen veröffentlichten Weißbücher können diese Lücke nicht füllen.

⁶³⁶ Vergl. zum Folg. Naumann, K., a.a.O., sowie Stelzenmüller, C., a.a.O.

4. Schlussfolgerungen für zukünftige Strategie und jetzige Einsätze

Die oben aufgeführten Maßnahmen lassen sich unter Einnahme einer kriminalpräventiven Perspektive überwiegend unter dem Begriff „Target Hardening“ zusammenfassen: als Stärkung der mentalen und realen Abwehrkräfte unseres Landes gegen einen dschihadistischen Angriff. Doch welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus dem bisher gesagten hinsichtlich des zukünftigen Umgangs mit versagenden Staaten und dschihadistischen Netzwerken?

Wie gesehen, wurden die vom bloßen Faktum des Staatsversagens per se ausgehenden Gefahren als vergleichsweise niedrig angesetzt: Der Zusammenbruch einer Regierung am anderen Ende des Globus hat keine direkten Folgen für die Kernziele deutscher Sicherheitspolitik. Ferner wurde darauf hingewiesen, dass ein Kausalzusammenhang zwischen dschihadistischer Radikalität und versagender Staatlichkeit auf motivationeller, beziehungsweise, ätiologischer Ebene nicht nachzuweisen ist.

Eine direkte Bedrohung für Leben und Gesundheit deutscher Staatsangehöriger geht eher von funktionsfähigen Terrornetzwerken aus, die sich in versagenden Staaten festgesetzt haben. Die Beseitigung dieser akuten Bedrohung muss demnach im Vordergrund stehen. Bei der Skizzierung einer Abwehrstrategie ist allerdings zu bedenken, dass, wie dargelegt, Räume versagender Staatlichkeit keineswegs die einzigen Refugien und Kraftquellen des sich wandelnden Dschihadismus sind und dass jede Form eines Eingreifens unerwünschte Nebenwirkungen haben kann.

Militärstrategisch zeichnet sich ab, dass die NATO-Streitkräfte als Lehren aus dem Irakkrieg und dem Afghanistaneinsatz zwei unterschiedliche Einsatzformen gegen Terrornetzwerke verfolgen: den regionalen Vernichtungsschlag und den Störangriff.

Am aktuellen Beispiel der Offensive der verbündeten Streitkräfte im Südafghanischen Helmand kann das Kalkül eines regional definierten Vernichtungsschlags demonstriert werden.⁶³⁷ Die „Operation Muschtarak“ begann Mitte Februar 2010. Dabei kamen bislang fast 15.000 Soldaten, überwiegend aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Afghanistan zum Einsatz, die mit massiver Luft-, Artillerie- und Panzerunterstützung die Stadt Mardscha angriffen. Diese galt seit geraumer Zeit als regionale Hochburg der Taliban und der mit ihnen verbündeten Al-Quaida-Kämpfer. Es befanden sich dort bis zum Beginn der Offensive etwa 1.000-2.000 kampffähige Taliban, von denen im Verlaufe der ersten Angriffswelle etwa 120 getötet wurden.⁶³⁸ Die Region ist ein Hauptanbauggebiet und Handelszentrum für Opium.

Der Schlüssel zum Verständnis des dahinterliegenden Kalküls liegt in der minutiösen Vorausplanung des Einsatzes. So werden den vorrückenden Truppen Zivilbeamte und Polizisten sowie eine vorbereitete Regionalregierung folgen, um kein Machtvakuum entstehen zu lassen. Durch die massive zahlenmäßige und technische Überlegenheit kann zugleich ein Ausweichen des Gegners, also ein Verlagerungseffekt, weitgehend vermieden werden. Dies spiegelt sich in den hohen Verlusten der Taliban von bis zu 25%.⁶³⁹ Der dauerhafte Erfolg dieser „New War Models“ bleibt abzuwarten, doch scheint es insofern vielversprechend, als es die bisher eher negativen Erfahrungen im Counterinsurgencykampf theoretisch umsetzt und gezielt die Durchsetzungsfähigkeit regionaler staatlicher Akteure verstärkt. Diese Vorgehensweise ließe sich auch in anderen Fällen, wie zum Beispiel gegen Al-Quaida-Stützpunkte im Jemen, zum Einsatz bringen.

Man darf sich jedoch von ihr keine endgültige Lösung des Problems erwarten: Wie gesehen, funktioniert dieses Modell nur unter Einbezug

⁶³⁷ Vergl. zum Folg. Nordland, R.: „Military Officials Say Afghan Fight Is Coming“, in: the New York Times, 3.2.2010.

⁶³⁸ Angaben nach „Sechs NATO-Soldaten sterben bei Offensive gegen Taliban“, in: Der SPIEGEL, 19.2.2010, sowie „NATO startet Operation ‚Muschtarak‘“, in: ebd., 13.2.2010. Siehe ferner „Marjah: heroin and Taliban nexus in the eye of a storm“, in: Daily Times, 9.2.2010.

⁶³⁹ Vergl. Shanker, Th.: „Afghan Push Went Beyond Traditional Military Goals“, in: The New York Times, 20.2.2010. Siehe auch „Afghan operation is new war model“, in: The Times of India, 14.2.2010.

regionaler Administration und Polizei, die zuvor zeitaufwendig ausgebildet werden müssen. Zudem ist der Planungsaufwand von bis zu sechs Monaten immens. Schließlich ist absehbar, dass die Zusammenziehung und Gefechtsaufstellung einer Eingreiftruppe diesen Ausmaßes nicht nur ebenso zeitintensiv ist, sondern ganz erhebliche Kosten verursacht und die militärischen Kapazitäten sehr stark beansprucht: Die ISAF schätzt die derzeitige Zahl allein der Talibankämpfer auf bis zu 36.000, das hier beschriebene „New War Model“ beruht aber auf bis zu zehnfacher zahlenmäßiger Überlegenheit. Gegen klar identifizierbare, anhand ihrer zentralen Bedeutung ausgewählte gegnerische Schwerpunkte kann sie als Mittel der Wahl angesehen werden – in der Mehrzahl der Fälle wird man sich hingegen auf das andere Eingreifmodell, den Störangriff, beschränken müssen.

Dieser richtet sich gezielt mit vergleichsweise geringen Kräften gegen Führungspersonal und Kommandostrukturen terroristischer Netzwerke. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit wären die gezielten Luftangriffe auf Führungskader einer lokalen Splittergruppe der Taliban, des „Haqqani-Netzwerks“, welchem besonders enge Beziehungen zu Al-Quaida ebenso zugeschrieben werden wie ein Anschlag auf die indische Botschaft in Kabul im Oktober 2009 und der Mordversuch an Präsident Karsai im April 2008. Es operiert vornehmlich im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet.⁶⁴⁰

Dieser Modus Operandi ist geeignet, der Hydra des Dschihadistischen Terrorismus einzelne Köpfe abzuschlagen und zumindest vorübergehend regionale Inseln der Stabilität in versagenden Staaten zu schaffen. So wünschenswert die dauerhafte Befriedung ganzer Länder wäre, es fehlen die militärischen Kapazitäten dazu, was aber Voraussetzung für einen Wiederaufbau wäre, von dem nicht zu sagen ist, ob er sich auf den Antiterrorkampf positiv auswirken würde.

Diese Akzentsetzung ist Folge der Einsicht, dass eine dauerhafte, ursächlich ansetzende Beseitigung von Dschihadistischem Terrorismus

⁶⁴⁰ Vergl. Steinberg, G.: „Taliban“, Online Service der Bundeszentrale für Politische Bildung, 6.5.2009, Websource: <http://www.bpb.de/themen/AWNDMN,0,Taliban.html>, sowie „USA töten Bruder eines Taliban-Kommandeurs“, in: Der SPIEGEL, 19.2.2010.

und Staatsversagen nicht in der Macht der westlichen Staatengemeinschaft steht und sie ihre Erwartungen an ihre Sicherheitspolitik ihren Möglichkeiten anpassen muss. Ihr Ziel kann nur sein, die Gefahren und Risiken durch kluges Management auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Aus deutscher Sicht bedeutet dies, dass militärische Akzente in der Sicherheitspolitik voraussichtlich noch mehr Gewicht erhalten und zunehmend den Charakter von Kampfeinsätzen annehmen werden. Großoperationen zur Stabilisierung ganzer Staaten mit Schwerpunkt auf zivilem State- oder Nation-Building werden an Wichtigkeit verlieren. An ihre Stelle werden kurzfristige Operationen mit klaren Abzugskriterien treten: Ausschalten erkannter terroristischer Schwerpunkte, nach deren Zerschlagung Implementierung einer funktionsfähigen, zuvor vorbereiteten, regionalen Sicherheitsadministration und Räumung des Gebiets.⁶⁴¹

Für den jetzt laufenden Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bedeutet dies, dass dessen zunehmender Wandel zu einem Kampfeinsatz gerade kein Argument für einen Abzug ist: Vielmehr deutet der sich sukzessiv ändernde Schwerpunkt der Mission an, dass sich das Engagement mehr und mehr auf die eigentliche Sicherheitsgefahr konzentriert: Dschihadistische Netzwerke und ihre Unterstützer, die mit Waffengewalt bekämpft werden. Damit erfüllt der Einsatz seinen sicherheitspolitischen Zweck, nämlich die Beseitigung einer akuten Gefahr für die Sicherheit deutscher Staatsbürger.

5. Resümee

Aus der hier eingenommenen Perspektive sind Demokratisierung, Wiederaufbau, Wirtschaftshilfe, interkulturelle Dialogforen etc. zwar keineswegs irrelevant – doch sie sind nicht Bestandteile einer

⁶⁴¹ Vergl. dazu Niessler, E. & Wania, S.: „Sicherheitsexperte Ischinger: Wahlen sind auch kein Allheilmittel“, in: Hamburger Abendblatt, 21.8.2009.

definitiv auf trennscharfen Zielen und Konzepten beruhenden Sicherheitspolitik. Sie sind vielmehr Selbstzwecke. Ihre Versicherheitlichung schadet ihnen ebenso wie der Sicherheitspolitik selbst, die mit ihrer Wahrnehmung überfordert ist, wenn sie zum Eingreifen in immer neue, immer weiter vorverlagerte theoretische Risikokonstellationen gezwungen wird. Will sich Deutschland aus der quälend um sich selbst drehenden, frustrationsgeladenen Dauerdebatte um Afghanistan im Besonderen und Staatsversagen und Dschihadistischen Terrorismus im Allgemeinen freikämpfen, so wird es zu dem Schluss kommen müssen, seinen Sicherheitsbegriff handhabbarer zu machen und sich reale Ziele zu setzen. Sicherheitspolitik dient platterdings der Herstellung von Sicherheit vor realen Gefahren, nicht zur Herstellung einer perfekten, gefahrlosen Welt.

Der Absicht, eine Sicherheitspolitik zu formulieren, die in Einklang mit den verfügbaren Mitteln steht und erreichbare Ziele verfolgt, könnte entgegengehalten werden, sie gebe jeden universellen Geltungsanspruch der westlichen Zivilisation auf und gefährde die Glaubwürdigkeit ihrer Werte. Dem kann entgegengehalten werden, dass eine ostensiv am Wunsch statt an der Wirklichkeit orientierte Sicherheitspolitik erst recht zum Gespött wird. Außerdem wird eine Sicherheitspolitik, die ihre Mittel auf ihr Kernanliegen konzentriert, ebenfalls zum Instrument einer universellen Menschenrechtspolitik – denn Sicherheit vor Gewalt ist auch ein zentrales Menschenrecht.

V. Ergebnisse im Überblick

Die geballte Suggestionskraft von Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen bestraft gnadenlos jede psychische Kurzschlussreaktion, jeden Führungsfehler, jede konzeptionelle Unklarheit des Denkens, legt fehlende Stringenz offen und desavouiert den unscharfen und beliebig ausdeutbaren Erweiterten Sicherheitsbegriff. Staatsversagen und Dschihadistischer Terrorismus bilden eine Zange, welche gnadenlos den fragilen moralischen Unterbau postheroischer Gesellschaften aufzubrechen droht.⁶⁴² Zunehmend um ihre Sicherheit in einer unübersichtlicher werdenden Welt besorgt, haben diese in den vergangenen zwei Dekaden eine sicherheitspolitische Strategie der Vorverlagerung betrieben: der proaktiven oder präemptiven Ausschaltung von potentiellen Risiken, bevor sie zu tatsächlichen Gefahren werden können.

Interessanterweise gibt es dazu auch innenpolitische Parallelen: etwa die zunehmend zu einer fixen Idee werdende frühkindliche Bildung, welche auf der Illusion beruht, nachwachsende Generationen seien vor der Konkurrenz auf internationalisierten Arbeitsmärkten gefeit, wenn man nur immer frühzeitig genug bestmöglich gegen Bildungsmängel vorsorge und damit das Risiko des Abgehängtwerdens nur immer früh genug ausschließe.⁶⁴³ Die logisch zu Ende gedachte, wenngleich absurde Konsequenz wäre dann, bereits Föten mit chinesischen Sprachlernkassetten zu beschallen. Hier zeigt das Sicherheitsstreben seine grotesken Züge.

In der innenpolitischen Dimension staatlichen Handelns hingegen hat dennoch ein anderes Paradigma die Leitlinien politischen Handelns während der vergangenen Jahre bestimmt: nämlich der Gedanke, dass der Staat angesichts einer Lebenswelt, in der die menschliche Existenz

⁶⁴² Vergl. dazu Münkler, H., a.a.O. Das Folgende bezieht sich auf den im ersten Kapitel angelegten Forschungsfragenkatalog.

⁶⁴³ Vergl. dazu Hund, A.: „So jung, so schlau, so überfordert“, in: Süddeutsche Zeitung, 18.8.2009.

wieder unsicherer wird, sich darauf beschränken müsse, Kerngefahren abzufangen und ansonsten das Individuum lediglich bei der Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen könne. Genau diese Reduktion war und ist Sinn zum Beispiel der liberalen Sozial- und Arbeitsmarktgesetzgebung der Bundesregierungen seit Gerhard Schröder gewesen. Während also die innenpolitischen Trends eher von einer Debatte um den Rückzug des Staates auf seine Kernaufgaben geprägt waren, hat sich die Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Anspruch, Risiken und Ursachen von Konflikten und Sicherheitsgefahren bereits vorbeugend ausmerzen zu wollen, paradoxerweise in eine genau entgegengesetzte Lage manövriert: Hier unterliegt sie einem selbstgewählten, inflationären Interventionszwang, der sie zusehends psychisch und physisch überfordert. Eigenartigerweise ist dies das letzte Refugium, in dem die alte sozialistische Grundidee des modernen Sozialstaates, nämlich die von der Planbarkeit der Zukunft und Beherrschbarkeit ihrer Herausforderungen zum Besten des Individuums, noch existiert.

Es wurde hier nachgewiesen, dass die eigentliche Grundherausforderung von Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen darin zu sehen ist, dass sie diese Diskrepanz schonungslos offenlegen, die Grenzen einer Vorverlagerungsstrategie sichtbar machen und zugleich die dieser zugrundeliegenden psychologischen Mechanismen noch zusätzlich antreiben.

Am Beispiel des Erweiterten Sicherheitsbegriffs konnten diese offenen Flanken demonstriert werden. Er beruht auf psychologisch nachvollziehbaren, aber empirisch teils äußerst fragwürdigen Kausalkonstruktionen, zum Beispiel einer Argumentationslinie, die die von Staatsversagen ausgehenden sozialen und mentalen Deprivationen auf Ursachenebene mit Terrorismus verknüpft. Tatsächlich klaffen sicherheitspolitische Wahrnehmung und wirkliche Lage auseinander. Dies kann ebenso am Beispiel einer These nachgewiesen werden, die die aus dem islamischen Raum hervorgehenden Sicherheitsgefahren auf tiefe Webfehler der islamischen Kultur selbst zurückführt; sie argumentiert empirisch nicht nachvollziehbar und scheint sich eher an die erschütterte Selbstgewissheit einer sich unter Druck wägnenden westlichen Welt zu richten, denn problemlösungsorientiert zu sein.

Diese Tendenz zur Fehlwahrnehmung setzt sich fort in einer alarmistischen Hektik, welche als eine Art Panikreaktion auf ein drohendes Zerbröseln des Staates und seiner Gewaltkontrollfunktion zu deuten ist. Sie neigt zur Übertreibung, denn erstens sind, wie nachgewiesen werden konnte, weder Staatsversagen noch Terrorismus fundamental neue Gefahren, die deshalb fundamental neue Antworten erfordern würden, zweitens förderte ein nüchternes Risikoanalysemodell die Erkenntnis zu Tage, dass beide zwar Risiken darstellen, aber einerseits beherrschbar sind, und andererseits den Kern westlicher Sicherheit nicht zu tangieren vermögen.

Daraus erklären sich die Fallstricke in der praktischen Bearbeitung dieser Probleme. Die Debatte um Problemdeutung und die daraus abzuleitenden Handlungsoptionen ist ungenügend untermauert und zudem, entsprechend der Vielzahl der mit dem Erweiterten Sicherheitsbegriff identifizierbaren Gefahren, in sich widersprüchlich. Damit ist ein sinnvoller Politikkreislauf, wie er eingangs als Analysemodell eingeführt wurde, nicht mehr möglich: Da bereits in der Problemwahrnehmungs- und Definitionsphase kein klarer Konsens und keine einheitliche Herangehensweise formuliert und zugleich nicht eine, sondern eine Vielzahl von Vorgehensweisen diskutiert werden, mündet er vielmehr in die eingangs skizzierte Situation einer allgemeinen Überforderung und Frustration über unerreichbare, gleichwohl selbstgewählte Ziele. Die teils recht erfolgreichen, teils mit unbeabsichtigten Nebenwirkungen, wie zum Beispiel Verdrängungseffekten, behafteten Interventionen zum Schutz gegen Terrorismus und zur Stabilisierung versagender Staaten geraten so ins unweigerlich ins Zwielicht, obwohl sie nicht die eigentliche Fehlerquelle darstellen.

Als Nebenresultat hat sich am Stil der Politikformulierung herausarbeiten lassen, wie sehr die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland von sachfremden Faktoren belastet wird. Dazu gehören unterschiedlichste Partikularinteressen, wirtschaftliche Ziele und politisch-institutionelle Eigendynamiken. Daneben tritt zu Tage, wie stark ein prinzipieller pazifistischer Postheroismus und die Fixierung auf die deutsche Vergangenheit eine nüchterne Analyse und die Wahl angemessener Mittel behindern. Im Ergebnis ist der Erweiterte Sicherheitsbegriff nicht

allein eine politische Doktrin, sondern auch ein lagerübergreifender Formelkompromiss der politischen Lager und Interessenträger, wie zugleich humanitär verpacktes Placebo für eine weitgehend kritische Öffentlichkeit und Medienlandschaft. Seine konzeptionelle Schwammigkeit lädt also auch zum politischen Kuhhandel ein, was jedoch seine Schwächen nur unzureichend kaschiert.

Eine Lösung dieser Problemlage und ein angemesseneres Umgehen mit Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen setzt deswegen, wie gezeigt werden konnte, zuallererst politischen Führungswillen voraus. Gerade die Weigerung, diesen zu zeigen und zu einer argumentativ schlüssigeren Redefinition der Ziele und Instrumente deutscher Sicherheitspolitik beizutragen, haben einen tiefen, nicht allein, aber auch auf Kommunikationsmängeln beruhenden Riss zwischen politischer Elite und deutscher Bevölkerung entstehen lassen.⁶⁴⁴

Konkret wurden Vorschläge unterbreitet, wie man zur Herstellung eines sicherheits- und verteidigungspolitischen, gesamtgesellschaftlichen Grundkonsenses in Zeiten des Postheroismus gelangen kann, der die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands und seiner Verbündeten nicht übersteigt, und aus dem sich konkrete, machbare Handlungskonzepte ableiten lassen. Eine Wiederherstellung eines funktionsfähigen Policy Circles muss von einem erneuerten, engeren Sicherheitsbegriff ausgehen, der nicht universelle Risikoeliminierung, sondern erfolgreiches Risikomanagement zum Ziel hat. Zukünftige Herausforderungen müssen einer strengen Hierarchisierung unterworfen werden, die auch die Wahl und Rangfolge der eingesetzten Mittel bestimmt. Als Leitfaden zur Bildung einer solchen Rangfolge wurde eine Interpretation der verfassungsrechtlich fixierten Staatsziele und –zwecke der Bundesrepublik eingesetzt.

Die Untersuchung gelangt zu dem Schluss, dass vorrangiges Ziel zukünftiger Sicherheitspolitik demnach die direkte Zerschlagung dschihadistischer Gruppierungen mit geheimdienstlichen und militärischen Mitteln ist, um Leben und Gesundheit deutscher Bürger zu schützen. Da großmaßstäbige Militärinterventionen auf

⁶⁴⁴ Vergl. Keller, P.: „Argumente für Afghanistan: Ein Leitfaden durch die deutsche Debatte“, in: Analysen & Argumente 66 / 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 2-8.

Kapazitätsgrenzen stoßen, sind sie nur in dringenden Ausnahmefällen geboten. Dazu treten Schutzmaßnahmen für den Fall tatsächlicher Angriffe. Eine Stabilisierung versagender Staaten sollte ganz vorrangig an deren Fähigkeit zur Durchsetzung des Gewaltmonopols ansetzen. Nation-Building, Demokratisierung, interkultureller Dialog und Wirtschaftshilfe sind aus Sicht einer auf Terrorismusbekämpfung und effektiven, zeitnahen Bevölkerungsschutz zielenden Sicherheitspolitik demgegenüber nachrangig und eher als Zwecke an sich anzusehen.

Es wurde ferner dargelegt, wie eine solche Kurskorrektur kommunikativ unterstützt werden kann, um mehrheitsfähig zu werden und in einen echten nationalen sicherheitspolitischen Konsens zu münden. Es ist transparent zu machen, dass eine Reduktion der sicherheitspolitischen Anspruchshaltung keineswegs die Preisgabe ethischer Positionen bedeutet, sondern eine effizienzsteigernde Annäherung an die Realität darstellt, eine Art Katharsis. Mit Hilfe eines plausiblen Sicherheitsbegriffs und administrativer Fürsorge kann sich die Politik auch aus dem Geflecht von angstgesteuerten Dynamiken und Partikularinteressen am ehesten freikämpfen. Dies ist Grundbedingung, um die gestörte Balance in der staatlichen Terrorismusbekämpfung wiederherzustellen.

Ein zentrale Maxime moderner Militärstrategie ergibt sich aus dem Sinnspruch: „*Wer alles verteidigt, verteidigt nichts!*“. Dementsprechend ist die Schwerpunktbildung heute Leitprinzip beim Einsatz militärischer oder wirtschaftlicher Ressourcen – sie werden dorthin geleitet, wo sie die durchschlagendste Wirkung erzielen.⁶⁴⁵ Die Sicherheitspolitik hat paradoxerweise einige Zeit lang eine andere Richtung genommen, nämlich die der Verbreiterung und Vorverlagerung. Dschihadistischer Terrorismus und Staatsversagen legen diesen Mangel offen und zwingen zu einer Befreiung aus der Illusion der Beherrschbarkeit aller Risiken, die nur in Überdehnung und Überforderung der vorhandenen Mittel enden kann.

⁶⁴⁵ Die Urheberschaft des vorstehenden Zitats ist unklar. Es wird u.a. Scharnhorst oder Friedrich dem Großen zugeschrieben. Schwerpunktbildung und Kräftekonzentration als handlungsleitende Maximen werden zumeist unter Verweis auf Carl von Clausewitz begründet, vergl. Ders.: „Vom Kriege“, Stuttgart, 1980, besonders Drittes Buch, Kapitel 11 und 12.

Großbritannien ist durch die jüngste Finanzkrise unverhältnismäßig hart getroffen worden.⁶⁴⁶ In der Wahrnehmung der politischen und administrativen Führungsklasse ist damit seine Fähigkeit zur weiteren Wahrnehmung der Rolle eines außen- und sicherheitspolitischen „Global Players“, der sich in der Vergangenheit vielfach militärisch und diplomatisch engagierte, grundlegend in Frage gestellt. Sicherheitspolitische Beobachter registrieren deshalb einen Abschied von einer interventionsaffinen Vorverlagerungsdoktrin. Statt dessen diskutieren Wissenschaft, Medien und Politik darüber, wie die eingegangenen Verpflichtungen abgebaut und mit weniger Mitteln ein vernünftiges Maß an Sicherheit zu gewährleisten ist.

Eine vergleichbar öffentlichkeitswirksame Debatte fehlt in Deutschland. Kritik an der Gestaltung deutscher Sicherheitspolitik wurde längere Zeit nur aus der zweiten Reihe geäußert: von ehemaligen Führungsoffizieren, die aus dem Ruhestand, also sicherer Position heraus agierten, wie Klaus Reinhardt, Hans-Peter von Kirchbach oder Klaus Naumann.⁶⁴⁷ Daneben treten Stimmen aus den Medien und der Wissenschaft, doch insgesamt gilt die Feststellung namhafter Experten wie Guido Steinberg oder Wolfgang Ischinger, dass sich insbesondere die deutsche Politik aus sachfremden Gründen einer Grundsatzdebatte um Möglichkeiten, Ziele und Zielkonflikte deutscher Sicherheitspolitik verweigert, ja sogar deren Analyse, wie im Rahmen der vorliegenden Arbeit geschehen, ablehnt.⁶⁴⁸

Damit beschädigt sie sich selbst. Zwar erkennt die Bundesregierung seit kurzem *volens volens* den Kriegscharakter des Afghanistaneinsatzes an, doch ein echtes zukunftstaugliches Gestaltungskonzept, das dessen Erfahrungswerte in eine umsetzbare Strategie zum Umgang mit Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen übertrüge, ist bei

⁶⁴⁶ Vergl. dazu und zum Folg. Krönig, J.: „Trübsinn in broken Britain“, in: Die ZEIT, 18.2.2010.

⁶⁴⁷ Vergl. zum Beispiel Naumann, K.: „Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen“, Hamburg, 2008. Siehe auch „Auslandseinsätze der Bundeswehr geraten in die Kritik“, Deutsche Welle Online, 31.10.2006, Websource: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2221529,00.html>

⁶⁴⁸ Vergl. Steinberg, G.: „Terrorismusbekämpfung“, a.a.O. Siehe ferner „Sicherheitsexperte Ischinger: Wahlen sind auch kein Allheilmittel“, in: Hamburger Abendblatt, 21.8.2009.

weitem nicht ersichtlich. Es wäre verheerend, wenn wie im Falle der Hartz-Gesetzgebung, die Politik offenkundigen Handlungsbedarf aus Entscheidungsschwäche und Debattierunlust ignorierte und solange verschleppte, bis sich Zeitfenster für Handlungsoptionen unwiederbringlich schließen.

Der Autor hofft, dass diese Arbeit weitere Impulse für eine konstruktive Debatte bietet und die dringend überfällige Neudefinition des sicherheitspolitischen Umgangs mit Dschihadistischem Terrorismus und Staatsversagen positiv antreibt.

Quellen- und Literaturnachweise

Primär- und Sekundärquellen

Aufgeführt sind Vorträge, Datenquellen und Dokumente sowie Quellensammlungen. Sofern nicht hier angegeben, sind entsprechende Onlinefundstellen (Websites) in den Fußnoten im Hauptteil vermerkt. Deren Verfügbarkeit wurde zuletzt am 2.4.2010 überprüft.

Abou-Taam, M. & Bigalke, R.(Hg.): „Die Reden des Osama bin Laden“, München, 2006.

The Afghanistan Analyst, Webservice: <http://afghanistan-analyst.org/ngo.aspx>

Annual Message to the Congress, 6.1.1941.

Antwort der Bundesregierung auf Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (Nr. 14/9623), 9.7.2002, Berlin.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der Linken (Nr. 16/10182), 8.12.2008, Berlin.

Amnesty International (Hg.): „Amnesty Report 2008“, Frankfurt / Mn., 2008.

AON-Risk Map: <http://www.aon.com/germany/ueber-aon/presse/political-risk-map-2009.jsp>

Auswärtiges Amt (Hg.): „Internationales Engagement für eine funktionsfähige afghanische Polizei“, 2009.

Auswärtiges Amt (Hg.): „EUPOL Afghanistan – Unterstützung für die afghanische Polizei“, 2009.

Auswärtiges Amt (Hg.): „Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Polizeiaufbau als Elemente von Krisenprävention und Friedenskonsolidierung“, 2009.

Auswärtiges Amt (Hg.): „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“, 12.5.2004.

Boettcher, A.: „Facetten des Widerstands im Irak seit 2003“, Vortrag, Nürnberg 4.4.2008. Websource: <http://www.bruecke-nuernberg.de/pdf/vortrag/Facetten%20des%20Widerstands%20im%20Irak.pdf>

Brock, L.: „Kollektive Friedenssicherung oder erweiterte Selbstverteidigung?“, Vortrag, 29.9.2006. Websource: http://web.uni-frankfurt.de/fb3/brock/mat/Kollektive_Friedenssicherung_Deutsche_Sicherheitspolitik_Brock_2006_Berlin.pdf

Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.): „Der dornige Weg zum Gipfel – Hindernisse des chinesischen Aufstiegs“, Trierer China-Gespräche, 21.20.2009, Websource: http://www.baks.bundeswehr.de/portal/a/baks/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKL9403dTcESYGZbq76kTCxoJRUFw99X4_83FT9AP2C3IhYR0dFRQBK9l1W/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzFTV8zTUtV?yw_contentURL=%2F01DB04060000001%2FW27Y3LLF486INFODE%2Fcontent.jsp

Bundesamt für Verfassungsschutz: Verfassungsschutzbericht 2008. Websource: http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/463552/publicationFile/23343/vsb_2008.pdf;jsessionid=7DCAA048ECD9E23AECF424518C0025F3

Bundeskriminalamt (Hg.): „Jahresbericht 2008 Financial Intelligence Unit Deutschland“, Wiesbaden, 2009.

Bundesministerium der Finanzen (Hg.): „Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung“, Berlin, 2004.

Bundesministerium des Innern (Hg.): „Internationales“, 2009.

Bundesministerium des Innern (Hg.): „Das Gemeinsame Internetzentrum (GIZ)“.

Bundesministerium des Innern (Hg.): „Deutsche Islam Konferenz“, 2009.

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (Hg.): „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, Berlin, 2006, Onlineausgabe, S. 25.

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): „Die Verteidigungspolitischen Richtlinien“, Berlin, 2003.

Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): „Stichwort: Weißbuch“, Websource: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLt4w3DvUHSYGypj60-pEQhitMzMjUHCIGUufrkZ-bqh-UkqrVr-gX5AbGIHu6KglAixDudg!/delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzFZO

V8zVU8! ?yw_contentURL=%2FC1256F1200608B1B%2FW26PLC3E286INF
ODE%2Fcontent.jsp

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ
(Hg.): „Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in
der deutschen Entwicklungszusammenarbeit“, Bonn, 2005.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ
(Hg.): Länderportal des BMZ, Websource:
<http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/index.html>

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ
(Hg.): „Die Herausforderungen des Terrorismus – Konsequenzen für die
Entwicklungspolitik“, Bonn, Oktober 2001. Websource:
<http://www.bmz.de/de/service/infothek/fach/spezial/spezial031pdf.pdf>

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ
(Hg.): „Deutschland weitet Hilfe für Pakistan aus“, Pressemitteilung, BMZ,
11.11.2008.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ
(Hg.): „Newsletter – Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit
Afghanistan“, Kabul, September 2008, S. 2.

Bundesrechnungshof (Hg.): „Ergebnisbericht 2008“, Bonn, 2008.

Bundesregierung (Hg.): „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und
Friedenskonsolidierung“, Berlin, 2004.

Bundesregierung (Hg.): „Das Afghanistan-Konzept der Bundesregierung“, Berlin,
2007.

Bundesregierung (Hg.): „Bundeshaushalt 2010“, Berlin, 16.12.2009.

Bundesverfassungsgericht (Hg.): BVerwG 7 C 19.02 (2003).

Bundeswehr (Hg.): „Bei Auslandseinsätzen getötete und verwundete Soldaten“,
siehe Websource:
http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443cTQCSYGYxgEh-pEwsaCUVH1fj_zcVH1v_QD9gtylckdHRUUATi3qcg! /delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ180QTII?yw_contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2FW27Q3DTU941INFODE%2Fcontent.jsp

Bundeswehr (Hg.): „Die Deutsche Marine bei UNIFIL“, Websource:
http://www.marine.de/portal/a/marine/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLNzKODzIMBMmB2d5mlfqRcFFfj_zcVP2gIFR9b_0A_YLciHJHRO

VFANb9WxU!/\delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfMjNfUjFR?y
w_contentURL=%2F01DB07000000001%2FW27G6EFV180INFODE%2Fco
ntent.jsp

Bundeswehr (Hg.): „Aufbau der Streitkräfte“, Websource:

http://www.bundeswehr.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_QjzKLd443cTYFSZnFO8YbuvnpR4IZhgaOEEHneOOAEJAgRGFQSqq-r0d-bqq-t36AfkFuaESSo6MiAFSV30c!/\delta/base64xml/L2dJQSEvUUt3QS80SVVFLzZfQ19TUFQ!?yw_contentURL=%2FC1256EF4002AED30%2FW27BQDKU219INFODE%2Fcontent.jsp

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion: „Kurswechsel jetzt“, Websource:http://www.gruene-bundestag.de/cms/internationales/dok/223/223415.kurswechsel_jetzt.html

Bush, G.W.: Address to a Joint Session of Congress and the American People, Washington D.C., 20.9.2001, Websource: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>

Centers for Disease Control and Prevention (Hg.): “10 Leading Causes of Death, United States 2001, All Races, Both Sexes”.

CIA World Factbook: Websource: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Charta der Vereinten Nationen:
<http://www.un.org/en/documents/charter/index.shtml>

Christlich-islamische Begegnungs- und Dokumentationsstelle (CIBEDO): (Hg.): „Über uns“, 2010, Websource:
http://www.cibedo.de/christlich_islamischer_dialog.html

Council of the European Union (Hg.): “European Union Counter-Terrorism Strategy“, Brüssel, 2005.

Deutscher Bundestag (Hg.): Plenarprotokoll 15/97, 11.3.2004, Berlin, 2004.

Deutscher Entwicklungsdienst (DED): „Der DED in Afghanistan“, Websource:
http://afghanistan.ded.de/cipp/ded/custom/pub/content,lang,1/oid,6261/ticket,g_u_e_s_t/~/%C3%9Cber_uns.html

Europäische Kommission (Hg.): „Beschleunigte Verwirklichung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele“, Brüssel, 2005.

EU Council Secretariat (Hg.): „EU Police Mission in Afghanistan Factsheet“, Juli 2009.

Failed State Index: Websource:
http://www.foreignpolicy.com/story/cms.php?story_id=4350

Federal Bureau of Investigation (Hg.): „Crime in the United States 2001“.

Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF): „Terrorist Financing“, Paris, Februar 2008, S. 19 ff. und S. 27 ff.

Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF): „FATF e-News“, April 2009.
Websource: <http://www.fatf-gafi.org/dataoecd/26/38/42601904.pdf>

Fischer, J.: Rede von Bundesaußenminister Fischer vor dem Deutschen Bundestag am 15.11.2002 im Rahmen der Debatte über "Enduring Freedom" und den Einsatz von deutschen Streitkräften bei der Unterstützung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, 15.11.2002.

Fischer Weltalmanach, Frankfurt / Mn., Jahrgänge 2006, 2007 und 2008.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): „VIII. Deutsch-Chinesischer Sicherheitsdialog: Globale Sicherheitsarchitektur vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschaftskrise“, 8.3.2009, Websource:
<http://feschina.net/Veranstaltung090308.asp>

The Fund for Peace: Failed State Index 2009, Websource:
http://www.fundforpeace.org/web/index.php?option=com_content&task=view&id=99&Itemid=140.

Global Terrorism Database: Websource: <http://www.start.umd.edu/gtd/>

Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK (Hg.): "Conflict Barometer 2007", Heidelberg, 2008.

Henning, M. (Übers.): „Der Koran“, Stuttgart, 1960.

Holtz, U.: „Entwicklungspolitisches Glossar“, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn, 2009, S.69 f. Websource: http://www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/EP_Glossar.pdf.

Infratest dimap: ARD-DeutschlandTREND April 2009. Websource: <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2009/april/>

Innenministerium Rheinland-Pfalz (Hg.): „Newsletter Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz 01 / 2007“, Mainz, 2007.

Institut für Kriminologische Sozialforschung, Universität Hamburg (Hg.): „Krimpedia: Freie Enzyklopädie zur Kriminologie“. Websource: <http://www.kriminologie.uni-hamburg.de/wiki/index.php/Hauptseite>

Internationale Weiterbildung und Entwicklung (Inwent) (Hg.): „Länderinformationsportal“, Eintrag Jordanien, Bonn, Mai 2009. Websource: <http://liportal.inwent.org/lis/?l=jordanien>

Iraq Body Count Project (IBC, Hg.): "Civilian deaths from violence in 2009".

Kepel, G. & Milelli, J.-P.(Hg.): „Al-Qaida. Texte des Terrors“, München, 2006.

Koalitionsvereinbarung 2002, Berlin, 16. Oktober 2002. Websource: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Aussenpolitik/koalition.html>

Konfliktbarometer: Websource: <http://hiik.de/de/konfliktbarometer/> Hg. Vom Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung, Heidelberg, div. Jahrgänge.

Lerner, B. & Lerner, K. (Hg.): „Terrorism: Essential Primary Sources“, New York, 2006.

Nachtwei, W. & Bonde, A: „Stellungnahme zum Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, Berlin, 15.6.2006.

National Counterterrorism Centre (Hg.): „Report on Terrorism“, Jahrgänge 2007 und 2008, Washington D.C., 2007 / 2008.

North Atlantic Treaty Organisation (NATO): NATO Bucharest Summit Declaration, 3.4.2008. Websource: <http://www.nato.int/docu/pr/2008/p08-049e.html>

NATO Headquarters (Hg.): “ISAF Troop Contribution Placement”. Websource: <http://www.hq.nato.int/isaf/docu/epub/pdf/placemat.pdf>

Podiumsdiskussion „Fragile Staaten: Eine neue Priorität der transatlantischen Beziehungen“, Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 30.6.2009.

Presidential State of the Union Adress, 29.1.2002, Websource: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>

Rau, J.: „Rede bei der Feier zum 40. Jahrestag der Gründung der kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshilfe und bei der Verleihung des „Medienpreises Entwicklungspolitik““, Bonn, 9. 9. 2002.

Schäfer, P.: „Afghanistan – Eskalationsspirale kommt in Schwung“, Presseerklärung 9.6.2009. Websource: http://www.presseportal.de/pm/41150/1420089/die_linke

Schäuble, W.: „Sicherheit in der global vernetzten Welt“, Rede zur Vortragsreihe zur "Deutschen und Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik", Hamburg, 2.6.2009.

Schneckener, U.: „Terrorismus setzt auf psychologische Effekte“, Interview 20. 9. 2007, Websource: http://www1.bpb.de/themen/5Y4QJS,0,Terrorismus_setzt_auf_psychologische_Effekte.html

South Asia Terrorism Portal (Hg.): „Pakistan Assessment 2009“.

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (Hg.): „Streitkräfte in einer postheroischen Gesellschaft“, Websource: http://www.sowi.bundeswehr.de/portal/a/swinstbw/kcxml/04_Sj9SPyKssy0xPLMnMz0vMOY_QjzKLNzSKDzD2B8mB2eYuXvqRcNGglFR9X4_83FR9b_

OA_YLciHJHROVFABtOxgM!/delta/base64xml/L3dJdyEvd0ZNQUFzQUMvN
EIVRS82XzEyX1AzTw!!

Statistisches Bundesamt (Hg.): „Außenhandel 2008“, Wiesbaden, 2009.

Steinmeier, F.-W.: „Internationale Politik für das anstehende solare Zeitalter“, Rede von Bundesaußenminister Steinmeier bei den Toblacher Gesprächen, 19.10.2007, Websource: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2007/071019-BM-Toblach-Rede.html>

Stockholm International Peace Research Institute: „The SIPRI Top 100 arms-producing companies 2007“, Stockholm, 2008.

Straw, J.: “Failed and Failing States”, Rede von Foreign Secretary Jack Straw am European Research Institute, University of Birmingham, 2002.

Transparency International (Hg.): „Corruption Report 2007“, Cambridge, 2007.

Transparency International (Hg.): “Corruption Report 2008“, Cambridge, 2008.

United Nations Development Programme (Hg.): “Arab Human Development Report”, Jahrgänge 2002, 2003, 2004, 2005 und 2009, New York.

United Nations Organisation (UNO): UN Resolution A/RES/60/288 (2006).

United Nations General Assembly (Hg.): „Milleniums-Erklärung der Vereinten Nationen“, New York, 2000, Websource: <http://www.unric.org/html/german/mdg/millenniumerklaeung.pdf>.

United Nations Office on Drugs and Crime (Hg.): „Afghanistan Opium Survey 2007“, Wien, August 2007.

United Nations Security Council: Resolution 1386, New York, 20.12.2001.

United Nations Assistance Mission to Afghanistan, Human Rights Unit (Hg.): “AFGHANISTAN Mid Year Bulletin on Protection of Civilians in Armed Conflict, 2009“, Kabul, Juli 2009.

US Department of State (Hg.): “Patterns of Global Terrorism“, Washington D.C., 2004.

US Department of State (Hg.): "International Narcotics Control Strategy Report", Washington D.C., März 2009.

US Department of State (Hg.): „Country Reports on Terrorism 2008“, Washington D.C., 2008

Vollmer, L.: „New International Security Situation“ - Plenarbeitrag von Staatsminister Volmer beim 4. ASEM Außenministertreffen, Madrid, 7. Juni 2002.

Welthungerhilfe (Hg.): „Die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe 16“, Bonn, 2008.

White House, (Hg.): "National Security Strategy (NSS) 2002", Washington D.C., 2002.

Wieczorek-Zeul, H.: „Wieczorek-Zeul: Wir werden den Libanon weiter unterstützen! Deutschland sagt über 100 Millionen Euro zu“, Pressemitteilung, BMZ, 25.1.2007.

World Markets Research Centre (Hg.): "Terrorism Index 2003/4", Waltham, 2003.

Fernsehbeiträge

„**Abenteuer Wissen – Piraten an Bord**“, Zweites Deutsches Fernsehen, 10.6.2009, 22:00 Uhr.

„**Pakistan im Griff der Taliban**“, Fernsehdokumentation, Deutschland 2009, 13.08.2009, 11:10 Uhr, ARTE.

Unveröffentlichte Manuskripte und Studienarbeiten

Karg, L.: „Nation Building bei der Bekämpfung transnationaler Terrornetzwerke“, Magisterabschlussarbeit, Rheinische-Friedrich-Wilhelmsuniversität Bonn, Sommersemester 2005.

Ders.: “Assess the contribution of Felson’s ‘ordinary and everyday’ analysis of crime”, Seminararbeit, University of Essex, Herbsttrimester 2007.

Ders.: “Islam, State Failure, and Universalism of Western Nationhood: Beyond the Relativist / Absolute Divide?”, Seminararbeit, University of Essex, Frühlingstrimester 2008.

Ders.: “What can the police do to counter terrorism?”, Seminararbeit, University of Essex, Frühlingstrimester 2008.

Ders.: ““A Nexus between Fragile Statehood & Jihadist Terrorism? Deconstructing a contemporary Security Policy Paradigm from a Sociological & Criminological Viewpoint”, Master Dissertation, University of Essex, 2007/2008.

Literatur und Aufsätze

A

Abrahamsen, R.: „Blair’s Africa: The Politics of Securitization and Fear.“, in: *Alternatives: Global, Local, Political*, Vol. 30, 2005.

Dies.: “A Breeding Ground for Terrorism? Africa & Britain’s ‘War on Terrorism’”, in: *Review of African Political Economy* 31/102, S. 677ff.

Abuza, Z.: „Balik-Terrorism: The Return Of The Abu Sayyaf“, Strategic Studies Institute, United States Army War College, Carlisle (PA), September 2005.

Agnew, R.: „Foundation For A General Strain Theory Of Crime And Delinquency“, in: *Criminology* 30 (1992), S. 47 ff.

Altmann, C.: „Nach neuen Prinzipien“, in: „GTZ Akzente“, 3 / 2008.

Ångström, J. & Duyvesteyn, I. (Hg.): "Understanding Victory and Defeat in Contemporary War", London, 2007.

Antes, P.: „Der Islam als politischer Faktor“, Bonn, 1994.

Archetti, Chr.: „Fighting Brand al-Qaida“, Manchester, 2009.

Altuglu, M.: "The New Great Game. Energiepolitik im kaspischen Raum“, Bonn, 2006.

B

Bald, D.: „Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte 1955-2005“, München, 2007.

Baldwin, J. & Bottoms, A.: "The Urban Criminal. A Study in Sheffield", Cambridge, 1976.

Bandura, A.: "Self-efficacy: The exercise of control", New York, 1997.

Barton, G.: "Jemaah Islamiyah: radical Islam in Indonesia", Singapore, 2005.

Beck, U.: „Politik in der Risikogesellschaft“, Frankfurt a.M., 1991.

Ders.: „Risikogesellschaft“, Frankfurt/Mn., 1986.

Becker, G.: „Crime and Punishment: An Economic Approach“, in: Journal of Political Economy, 1968 (76(2)), S. 169 ff.

Belina, B.: „ „Kriminalität“ und „Raum“. Zur Kritik der Kriminalgeographie und zur Produktion des Raums“, in: Kriminologisches Journal 2/2000.

Bendel, P., Croissant, A. & Rüb, F. (Hg.): "Demokratie und Staatlichkeit", Opladen, 2003.

Benjamin, W.: „Zur Kritik der Gewalt.“ In: Tiedemann, R. & Schweppenhäuser, H. (Hg.): „Walter Benjamin. Gesammelte Schriften“, Frankfurt / Mn., 1999.

Berger, L.: „Islamische Theologie“, Wien, 2010.

Berthel, R. et al.: „Der kriminalstrategische Lösungsprozess“, Stuttgart, 2006.

von Beyme, K.: „Politische Theorien im Zeitalter der Ideologien“, Wiesbaden, 2002.

Bjorgo, T. (Hg.): "Root Causes of Terrorism: Myths, Reality and Ways Forward", New York, 2005.

- Blackburn, S.** (Hg.): „Oxford Dictionary of Philosophy“, Oxford, 2005.
- Blakie, N.:** „Designing Social Research“, Cambridge, 2000.
- Bonet, E.:** „A Tale of Three Cities“, (Book Review), in: Management Learning, 2004 / 35.
- Bouhdiba, A.:** „Sexuality in Islam“, London, 2007.
- Brisard, J.-Ch.:** „Das neue Gesicht der Al-Qaida“, Berlin, 2005.
- Brock, L.:** „Alt und neu, Krieg und Gewalt“, in: Kurtenbach, S. & Lock, P. (Hg.): „Kriege als Überlebenswelten“, Bonn, 2004.
- Brodeur, J.-P.:** „High Policing and Low Policing in post 9/11 times“, in: Policing: A Journal of Policy and Practice (2007) 1(1), S. 25-37.
- Buber Agassi, J.:** „Objectivity in the Social Sciences“, in: Seeger, R. & Cohen, R.: „Philosophical Foundations of Science“, Vol 11, New York, 1974.
- Bühler, E.:** „Das Konzept der vernetzten Sicherheit aus der Perspektive des BMVg“, Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll, Bad Boll, 2008.
- Bundesakademie für Sicherheitspolitik** (Hg.): „Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen“, Hamburg, 2001.
- Bundesamt für Verfassungsschutz** (Hg.): „Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention“, Köln, 2007.
- Burke, J.:** „Al-Qaida“, Düsseldorf, 2004.
- Burmeister, K.:** „IG-Metall Kurzreport Heerestechnik“, Frankfurt / Mn., 2009.
- Burns, V. & Peterson, K.D.:** „Terrorism. A Documentary and Reference Guide“, Santa Barbara, 2005.
- Büttner, A.:** „Wenn Chaos regiert“, Sankt Augustin, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2004.
- Buzan, B., Waever, O. & de Wilde, J.:** „Security. A New Framework for Analysis“, Boulder, 1998.
- Breuer, R.:** „Grundlagen der Scharia und ihre Anwendung im 21. Jahrhundert“, in: Bundesministerium des Innern (Hg.): „Islamismus“, Berlin, 2006.

Brockhaus, G.: „Die Reparatur der Ohnmacht – Zur Psychologie der politischen Reaktionen auf den 11. September 2001“, in: Politische Studien 11/12 2002.

C

Chiari, B. (Hg.): „Wegweiser zur Geschichte: Afghanistan“, Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam, 2009.

Chomsky, N.: „Failed States. The Abuse of Power and the Assault on Democracy“, New York, 2006.

Ders.: „The Attack“, Hamburg, 2002.

Clarke, R.: „Gegen die Krieger des Dschihad“, Hamburg, 2005.

Clarke, R. (II): „Seven misconceptions of situational crime prevention“, in: Tilley, N. (Hg.): „Handbook of Crime Prevention and Community Safety“, Portland, 2005.

Ders. & Newman, G.: „Police and the Prevention of Terrorism“, in: Policing: A Journal of Policy and Practice (2007) 1(1), Oxford, 2007.

Clausewitz, C.v.: „Vom Kriege“, Stuttgart, 1980.

Clement, R.: „Bürgerbundeswehr“, in: APuZ 21 / 2005.

Cohen, S. & Felson, M. (1979): „Social Change and Crime: A Routine Activity Approach“, in: American Sociological Review 1979 (44): S. 588 ff.

Cordesman, A.: „Iraq and Foreign Volunteers“, Center for Strategic and International Studies, Washington D.C., 2005.

Ders.: „The `Gaza War`: A Strategic Analysis“, Center for Strategic and International Studies, Washington D.C., 2009.

Couvalis, G.: „The Philosophy of Science. Science and Objectivity“, London, 1997.

Crevel, M.v.: „Die Zukunft des Krieges“, München, 1998.

Ders.: „The Changing Face of War: Combat from the Marne to Iraq“, New York, 2008, S.268 ff.

Cronin, A. K. & Ludes, J. (Hg.): „Attacking Terrorism. Elements of a Great Strategy“, Georgetown, 2004.

Croituru, J.: „ Hamas. Der islamische Kampf um Palästina“, München, 2007.

Czempiel, E.: „Die Außenpolitik der Regierung George W. Bush“, in: APuZ B 45 /2004.

D

Danwitz, K.-St. v.: „Kriminologie“, Heidelberg, 2004.

Darmstadt, Th.: „Der globale Polizeistaat. Terrorangst, Sicherheitswahn und das Ende unserer Freiheiten“, München, 2009.

Debiel, Th.: „UN-Friedensmissionen in Afrika“, Bonn, 2003.

Ders.: „Was tun mit fragilen Staaten? Ansatzpunkte für die Entwicklungspolitik“, in: Weiss, St./ Schmierer, J. (Hg.): „Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung“, Wiesbaden, 2007, S.340.

Dehéz, D., Franke, B. & Richter, L.: „Sicherheit und Entwicklung. Zur Kooperation zwischen Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit“, Berlin, Konrad-Adenauerstiftung, 2008.

Dershowitz, A.: „Preemption: A Knife That Cuts Both Ways“, New York, 2006.

Dienstbühl, D.: „Islamistischer Terrorismus und Organisierte Kriminalität – eine neue Variante des symbiotischen Terrorismus?“, Texte des Bundesverbands Sicherheitspolitik an Hochschulen, Nr. 5 /2007

Dietl, W., Hirschmann, K. & Tophoven, R.: „Das Terrorismuslexikon“, Frankfurt / Mn., 2006.

DiJohn, J.: „Conceptualising the Causes and Consequences of Failed States: A Critical Review of the Literature“, in: Crisis States Working Paper Series 2, London, 2008.

Diner, D.: „Versiegelte Zeit“, Berlin, 2007.

Dolnik, A. & Gunaratna, R.: „Jemaah Islamiyah and the Threat of Chemical and Biological Terrorism“, in: Howard, R. & Forest, J.: „Weapons of Mass Destruction and Terrorism“, Hightstown, 2007

Dorff, R.: „State Failure and Responding to it“, United States Army War College, New Orleans, 2002.

Doyle, M. & Macedo, St. (Hg.): „Striking First: Preemption and Prevention in International Conflict“, Princeton, 2008.

Duchhardt, H.: „Der Westfälische Friede. Diplomatie - politische Zäsur - kulturelles Umfeld – Rezeptionsgeschichte“, München, 1998.

E

Easterly, W.: „The White Man's Burden: Why the West's Efforts to Aid the Rest Have Done So Much Ill and So Little Good“, New York, 2006

Ehrke, M.: „Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte“, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/2002.

Elias, N.: „Über den Prozess der Zivilisation“, Frankfurt / Mn., 1992.

Elter, A.: „Propaganda der Tat“, Frankfurt / Mn., 2008.

Esposito, J. & Mogahed, D.: „Who Speaks for Islam? What a Billion Muslims Really Think“, Washington D.C., 2008, Gallup Press.

F

Farschid, O.: „Staat und Gesellschaft in der Ideologie der ägyptischen Muslimbruderschaft“, in: Bundesministerium des Innern (Hg.): „Islamismus“, Berlin, 2006.

Felson, M.: „Crime and Everyday Life. Insight and Implications for Society“, Thousands Oaks, 1994.

Felter, J. & Fishman, B.: „Al-Qaida's Foreign Fighters in Iraq“, West Point / New York: Combatting Terrorism Center, US Military Academy, 2008.

Fituni, L.: „Der Begriff des Staats am Rande des Zusammenbruchs“, in: „Failing States“, Politische Studien 1/2004, München, Hans-Seidel-Stiftung.

Fleckenstein, B.: „50 Jahre Bundeswehr“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 21 / 2005.

Flynn, M.: „First Strike: Preemptive War in Modern History“, New York, 2008.

Foertsch, V. & Lange, K. (Hg.): „Islamistischer Terrorismus“, München, 2005.

Forest, J. (Hg.): „Countering Terrorism and Insurgency“, Westport, 2007.

- Forsyth, F.:** „Der Afghane“, München, 2006.
- Foucault, M.:** „Die Ordnung des Diskurses“, Frankfurt a.M, 1991.
- Ders.:** „Überwachen und Strafen“, Frankfurt a.M., 1994.
- Franke, V., Hampel-Milagrosa, A. & Schure, J.:** „In Control of Natural Wealth? Governing the resource-conflict dynamic“, BICC Research Paper, Bonn, 2007
- Friedland, R. & Mohr, J.:** “Matters Of Culture. Cultural Sociology In Practice”, Cambridge, 2004,
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.):** „Krisen vorbeugen – Konflikte lösen – Frieden sichern“, Berlin, 2002.
- Frey, B.:** “Dealing with Terrorism – Stick or Carrot?”, Cheltenham, 2004.
- Fukuyama, F.:** „Staaten bauen“, Berlin, 2004.
- Ders.:** „The End of History and the Last Man“, New York, 1992.
- G**
- Gabriel, M.:** „Islam und Terrorismus. Was der Koran wirklich über Christentum, Gewalt und die Ziele des Djihad lehrt“, Gräfelfing, 2004.
- Gareis, S. & Böckenförde, St. (Hg.):** „Deutsche Sicherheitspolitik“, Opladen, 2009.
- Garland, D.:** “The Culture of Control. Crime and Societal Order in Contemporary Society”, Chicago, 2001.
- Gellner, E.:** „Der Islam als Gesellschaftsordnung“, München, 1992.
- Gemein, G. & Redmer, H.:** “Islamischer Fundamentalismus“, Münster, 2005.
- Gensler, H.:** “Ethics. A Contemporary Introduction“, London, 1998.
- Gerlach, G.:** „Legitimationsideen Rot-Grüner Sicherheitspolitik“, Gießen, 2006.
- Giddens, A.:** „The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration“, Cambridge, 1984.

Ders.: „ Scaring people may be the only way to avoid the risks of new-style terrorism.“, in: *New Statesman* 18 (840) / 2005.

Ders.: „Risk and Responsibility“, in: *Modern Law Review* 62(1) 1999, S. 1-10.

Gimmler, A.: „Institution und Individuum“, Frankfurt / Mn., 1998.

Giraldo, J. & Trinkunas, H. (Hg.): „Terrorism Financing and State Responses“, Stanford (CA), 2007.

Götze, U., Henselmann, K. & Mikus, B.: „Risikomanagement“, Heidelberg, 2001.

Greene, M.: „The Hunt for Osama bin Laden“, New York, 2005.

Gronemeyer, M.: „Das Leben als letzte Gelegenheit: „Sicherheitsbedürfnisse und Zeitknappheit“, Darmstadt, 1996

Guerry, A.: „Essai sur la statistique morale de la France“, Paris, 1833.

Gujer, E.: „Kampf an neuen Fronten: Wie sich der BND dem Terrorismus stellt“, Frankfurt / Mn., 2006.

H

Habermas, J.: „Erläuterungen zur Diskursethik“, Frankfurt/Mn., 1992.

Hacke, Chr.: „Zur Weltmacht verdammt. Die amerikanische Außenpolitik von J. F. Kennedy bis G. W. Bush“, Berlin, 2005.

Ders.: „Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland“, Berlin, 2003³.

Haddam, A.: „The Obama Administration: Engaging the Muslim World with a new Mindset; Challenges and Opportunities“. Paper presented at the CSID 10th Convention, Washington (DC) 2009.

Hafez, M.: „Why Muslims Rebel“, London, 2003.

Hanrieder, W.: „Deutschland Europa Amerika“, Paderborn, 1995².

Heine, P.: „Terror in Allahs Namen“, Freiburg / Brsg., 2001.

Hennessy, P. (Hg.): „The New Protective State“, London, 2007.

Henriksen, Th.: "The Rise and Decline of Rogue States", in: Journal of International Affairs, Spring 2001, 54, No. 2.

Héritier, A. (Hg.): „Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung“, Opladen, 1993.

Herold, H.: „Die Bedeutung der *Kriminalgeographie* für die polizeiliche Praxis“, in: Kriminalistik 1977.

Hippler, J. (Hg.): „Nation-Building – Ein Schlüsselkonzept für friedliche Konfliktbearbeitung?“, Bonn, Stiftung Entwicklung und Frieden, 2004.

Hitzler, R.: „Gewalt als Tätigkeit“, in: Neckel, S. & Schwab-Trapp, M. (Hg.): „Ordnungen der Gewalt“, Wiesbaden, 1999.

Höffe, O.: „Wirtschaftsbürger, Staatsbürger, Weltbürger. Politische Ethik im Zeitalter der Globalisierung“, München, 2004.

Hoffman, B.: „Terrorismus“, Frankfurt / Mn., 2008.

Ders.: „The Logic of Suicide Terrorism“, in: The Atlantic Monthly, Juni 2003.

Hopkins Burke, R.: "An Introduction to Criminological Theory", Portland, 2005.

Huntigton, S.P.: „Kampf der Kulturen“, München, 1996.

Husain, S.: "Max Weber's Sociology of Islam: A Critique", in: Bangladesh e-Journal of Sociology, 1/2004.

I

Ignatieff, M.: „The Lesser Evil: Political Ethics in an Age of Terror“, Princeton, 2005.

Innes, M. & **Thiel**, D.: "Policing Terror.", in: Newburn, T.: "Handbook of Policing.", London, 2008.

International Crisis Group (ICG, Hg.): "Countering Afghanistan's Insurgency: No Quick Fixes", Asia Report No. 123, Brüssel, 2006.

International Maritime Organization (Hg.): „Piracy in waters off the coast of Somalia“, 2009, Websource: http://www.imo.org/TCD/mainframe.asp?topic_id=1178

J

Jann, W. & Wegrich, K.: „Phasenmodelle und Politikprozesse“, in: Schubert, K. & Bandelow, N. (Hg.): „Lehrbuch Politikfeldanalyse“, München, 2003.

Jäger, Th. & Daun, A. (Hg.): „Geheimdienste in Europa“, Wiesbaden, 2009, S. 56 ff.

Jarass, H. & Pieroth, B.: „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Kommentar“, Ausgabe IX, München, 2007.

Jenkins, Ph.: „Images of Terror. What we can and can't know about terrorism“, New York, 2003.

Jenkins, B.M.: „International Terrorism“, in: Carlton, D. & Schaerf, C. (Hg.): „International Terrorism and World Security“, London, 1975.

Juergensmeyer, M.: „Terror in the Mind of God“, Berkeley, 2003.

K

Kaiser, K. & Schwarz, P. (Hg.): „Die neue Weltpolitik“, Bonn, 1995.

Kampfhammer, H.-P.: „Pathogene Religiosität – Anmerkungen zur Psychopathologie religiös motivierter Gewalt“, in: Psychopraxis 4/2008.

Kaplan, R.: „The Coming Anarchy“, in: Atlantic Monthly, 2/1994.

Keegan, J.: „Die Kultur des Krieges“, Reinbek, 1997.

Keller, P. & Kunze, Th.: „Im Zeichen des NATO-Gipfels“, in: Analysen und Argumente, Konrad-Adenauer-Stiftung, Mai 2008.

Ders.: „Argumente für Afghanistan: Ein Leitfaden durch die deutsche Debatte“, in: Analysen & Argumente 66 / 2009, Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 2-8.

Kelling, G. & Wilson, J.: „Broken Windows. The Police and Neighborhood Safety“, in: The Atlantic Monthly, III/1982.

Kelsay, J. & Turner, J. (Hg.): „Just War and Jihad“, New York, 1991.

Kemkes, M.: „Der Limes: Grenze Roms zu den Barbaren“, Ostfildern, 2006.

Kepel, G.: „Das Schwarzbuch des Dschihad“, München, 2004.

- Ders.:** „Die Rache Gottes“, München, 1994.
- Ders. & Milelli, J.-P.** (Hg.): „Al-Qaida. Texte des Terrors“, München, 2006.
- Kersten, J.:** „Georg Jellinek und die klassische Staatslehre“, Tübingen, 2000.
- Kersting, W.** (Hg.): „Thomas Hobbes: Leviathan“, Berlin, 1996.
- Khanna, P.:** „The Second World: How Emerging Powers Are Redefining Global Competition in the Twenty-first Century: Empires and Influence in the New Global Order“, London, 2009.
- Khoury, A.:** „Der Islam“, Freiburg/Brsg., 1988.
- Kimminich, O.:** „Einführung in das Völkerrecht“, Tübingen, 1993.
- Kippenberg, H. & Seidensticker, T.** (Hg.): „Terror im Dienste Gottes“, Frankfurt / Mn., 2004.
- Kirby, A.:** „The London Bombers as „Self-Starters“, in: Studies in Conflict & Terrorism, 30 (2007).
- Klein, A. & Roth, Silke:** „NGO's im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik“, Wiesbaden, 2007.
- Klingebiel, St.:** „Entwicklungspolitik – nur ein anderes Label für Sicherheitspolitik?“, in: Wissenschaft & Frieden 2006-4.
- Knelangen, W.:** „Europäisierung und Globalisierung der Polizei“, in: APuZ 48 / 2008, S. 65.
- Kramer, O.:** „Computational Intelligence“, Berlin, 2009.
- Krasner, St.:** „Globalization and Sovereignty“, in: Smith, D. et al.: „States and Sovereignty in the Global Economy“, London, 1999.
- Krämer, G.:** „Geschichte des Islam“, Bonn, 2005.
- Kraus, W.:** „Islamische Stammesgesellschaften. Tribale Identitäten im Vorderen Orient in sozialanthropologischer Perspektive“, Wien, 2004.
- Krey, V.:** „Zum Gewaltbegriff im Strafrecht“, in: Bundeskriminalamt (BKA) (Hg.): „Was ist Gewalt?“, Wiesbaden, 1986.
- Kron, Th. & Reddig, M.** (Hg.): „Analysen des transnationalen Terrorismus“, Wiesbaden, 2007.

Kuepeli, I.: „Vom „Staatszerfall“ zur Intervention. Die Debatte um „gescheiterte Staaten“ legitimiert westliche Machtpolitik.“, in: analyse und kritik 529/2008.

Küng, H.: „Wozu Weltethos? Religion und Ethik in Zeiten der Globalisierung“, Freiburg/Brsg., 2002.

L

Lambach, D.: „Staatszerfall im Postkolonialen Afrika“, Marburg, 2002.

Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg (Hg.): „Terrorismus im 21. Jahrhundert“, Potsdam, 2001.

Lange, K.: „Einführung zu: Failing States“, in: Politische Studien 393, 1/2004, München, Hanns-Seidel-Stiftung.

Ders.: „Neue Formen des Terrorismus“, Hanns-Seidel-Stiftung (aktuelle analysen 11), München, 1998, S.11 u. S.13.

Langguth, G.: „Gefährdet die Globalisierung die Stabilität westlicher Gesellschaften?“, in: Europäische Rundschau (32) 3/2004, S.119 – 132.

Lantis, J.: „The Moral Imperative of Force“, in: Comparative Strategy 21 /2002, S. 30ff.

Laqueur, W.: „Krieg dem Westen“, Berlin, 2004.

Ders.: „Die globale Bedrohung“, München, 2001.

Lehmkuhl, U.: „Theorien Internationaler Politik“, München, 2001.

Lennon, A.: „The Battle for Hearts and Minds: Using Soft Power to Undermine Terrorist Networks“, Cambridge (MA), 2003.

Löffmann, G.: „Verteidigung am Hindukusch? Die Zivilmacht Deutschland und der Krieg in Afghanistan“, Hamburg, 2008.

Lohlker, R.: „Dschihadismus: Materialien“, Wien, 2009.

Loveman, Chr.: „Assessing the Phenomeon of Proxy Intervention“, in: Journal of Conflict, Security and Development 2002.

Luhmann, N.: „Die Politik der Gesellschaft“, Frankfurt/Mn., 2000.

M

- Maass, C.:** „Gespräche mit Taleban. Risikoreiche Kurskorrektur der US-Politik in Afghanistan.“, in: SWP-Aktuell 2009/A 14.
- Maguire, M., Morgan, R. & Reiner, R.:** „The Oxford Handbook of Criminology“, Oxford, 2007.
- Massarrat, M.:** „Demokratisierung des Greater Middle East“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 45 / 2005.
- Maul, H. W.:** „Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998-2003“, Baden-Baden, 2003.
- Maurer, A.:** „Herrschaftssoziologie“, Frankfurt / Mn., 2004.
- May, J. & Wildavsky, A. (Hg.):** „The Policy Cycle“, London, 1978.
- Mayer, Th.:** „Prinzip Nation: Dimensionen der nationalen Frage, dargestellt am Beispiel Deutschlands“, Opladen, 1986.
- Mayntz, R.:** „Organizational Forms of Terrorism“, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, 2004.
- McLaughlin, E. & Muncie, J.:** „The SAGE Dictionary of Criminology“, London, 2007.
- Meiers, F.-J.:** „Zur Transformation der Bundeswehr“, in: APuZ 21 / 2005.
- Meiertoens, H.:** „Die Doktrinen U.S.-amerikanischer Sicherheitspolitik - Völkerrechtliche Bewertung und ihr Einfluss auf das Völkerrecht“, Baden-Baden, 2006.
- Menzel, U.:** „Der Zerfall der postkolonialen Staaten“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B18-19/2001.
- Mernissi, F.:** „Islam und Demokratie“, Freiburg/Brsg., 2002.
- Miethe, T., Mosher, C. & Phillips, D.:** „The Mismeasure of Crime“, London, 2002.
- Ders., Stafford, M., & Long, S.:** „Social differentiation in criminal victimization: A test of routine activities/lifestyles theories“, in: American Sociological Review 52 / 1987, S. 184 ff.
- Milliken, J. & Krause, K.:** „State failure, collapse, and reconstruction“, in: Development and Change 33/5, ohne Ort, 2003.

- Morris, T.:** "The Criminal Area. A Study in Social Ecology", London, 1998.
- Morschitzky, H.:** „Angststörungen: Diagnostik, Konzepte, Therapie, Selbsthilfe“, Wien, 2009.
- Moyo, D.:** "Dead Aid: Why Aid Is Not Working and How There is Another Way for Africa", New York, 2009.
- Müller, H.E.:** „Zur Kriminologie der Videoüberwachung“, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 85 (2002).
- Müller, J.:** „Ich bin ein Taliban. Islamismus und Jugendkultur“, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, 2007.
- Münkler, H.:** „Die neuen Kriege“, Reinbek bei Hamburg, 2002.
- Ders.:** „Imperien“, Berlin, 2005.
- Musharbash, Y.:** "Die neue Al-Qaida", Köln, 2006.
- Mutz, R., Schoch, B., Weller, Chr. et al.:** „Friedensgutachten 2002“, Münster, 2002.

N

- Napoleoni, L.:** „Die Ökonomie des Terrors“, München, 2004.
- Nasr, S.:** "Mawdudi and the Making of Islamic Revivalism", New York, 1996.
- Naumann, K.:** „Wie strategiefähig ist die deutsche Sicherheitspolitik“, in: APuZ 48/2009.
- Naumann, K.:** „Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen“, Hamburg, 2008.
- Newburn, T.:** "Handbook of Policing", Cullompton, 2003.
- Newman, O.:** "Defensible Space: Crime Prevention Through Urban Design", New York, 1972.
- New York Police Department (Hg.):** „Radicalization in the West: The Homegrown Threat“, New York, 2007.

Nida-Rümelin, J.: „Bellum omnium contra omnes“, in: Kersting, W. (Hg.): „Thomas Hobbes. Leviathan“, Berlin, 1996.

Nienhaus, V.: „Der Islam. Bremse oder Motor wirtschaftlicher Entwicklung?“, Marburg, 2004.

Nohl, J. & Thiemecke, H.: „Systematik zur Durchführung von Gefährdungsanalysen“, Teil I und II, Bremerhaven, 1988 (=Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz Fb 536 und Fb 542).

Nohlen, D. & Schulze, R.: „Lexikon der Politikwissenschaft“, München, 2005.

Nunn, S.: „Putting Terrorism on Criminology’s Map: Spatial Patterns of Terrorist Crimes in the U.S., 1997 to 2005.“ Paper presented at the annual meeting of the American Society of Criminology, Royal York, Toronto, 2008.

O

Ose, D. (Hg.): „Sicherheitspolitische Kommunikation im Wandel“, Baden-Baden, 2008.

P

Palmowski, J.: „Oxford Dictionary of Contemporary World History“, Oxford, 2003.

Park, R., Burgess, E. & McKenzie, R. D.: „The City: Suggestions for Investigation of Human Behavior in the Urban Environment.“, Chicago, 1925.

Paul, M.: „Der (Wieder-)Aufbau der afghanischen Nationalarmee“, SWP Aktuell, 2009/A 60, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, November 2009.

Perthes, V.: „Orientalische Promenaden“, München, 2006.

Ders.: „Analytical Perspectives on the War in Lebanon“, in: The International Spectator (12), III/ 2007, S. 115 ff.

Peters, R.: „Jihad in Classical and Modern Islam“, Princeton, 2005.

Polman, L.: „Prothesenkinder. Schutz vor dilettantischen Helfern ist ein Menschenrecht der Armen“, in: Lettre International 81 / IV 2008.

Popper, K.: „The Logic of Scientific Discovery“, London, 1959.

Porter, Th.: „Trust in Numbers. The Pursuit of Objectivity in Science and Public Life“, Princeton, 1995.

Q

Quandt, M.: „Neue Themen, neue Lage: Irak-Krise und Elbe-Hochwasser als wahlentscheidende Ereignisse?“, in: Güllner, M. et al. (Hrsg.): „Die Bundestagswahl 2002. Eine Untersuchung im Zeichen hoher politischer Dynamik.“, Wiesbaden, 2005.

Quetelet, A.: „Sur l'homme et le developpement et ses facultes, ou essai de physique sociale“, Paris, 1835.

R

Raddatz, H.-P.: „Von Allah zum Terror? Der Djihaad und die Deformierung des Westens“, München, 2002.

Rapoport, D.: „The Four Waves of Modern Terrorism“, in: Cronin, A. & Ludes, J. (Hg.): „Attacking Terrorism“, Georgetown, 2004.

Randal, J.: „Osama. The Making of a Terrorist“, New York, 2005.

Rashid, A.: „Taliban“, London, 2001, S. 130 ff.

Ders.: „Descent into Chaos“, New York, 2008.

Rauch, A.: „Auslandseinsätze der Bundeswehr“, Baden-Baden, 2006.

Regelsberger, E.: „Die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP)“, Baden-Baden, 2004.

Reisman, M.: „The Laws of War“, New York, 1994.

Reuter, Chr.: „My Life Is a Weapon“, Princeton, 2004.

Rezac, D.: „Militärische Intervention als Problem des Völkerrechts“, Landesverteidigungsakademie, Wien, 2002.

Richardson, L.: „What Terrorists Want. Understanding the Terrorist Threat“, London, 2006.

- Richert, J.:** „Sicherheit und Stabilität im Kontext des Klimawandels“, Diskussionspapier, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, Januar 2009.
- Riedlberger, P.:** „Gescheiterte Staaten oder gescheiterte Statistik?“, 2007.
- Ritter, G.:** “The Blackwell Encyclopaedia of Sociology”, Vol. 7, Oxford, 2007.
- Ritzer, G.:** “Rethinking Globalization: Glocalization/Globalization and Something/Nothing”, in: Sociological Theory 21 (3) 2003
- Robertson, R.:** “Globalization : Social Theory And Global Culture”, London, 1992.
- Robinson, A.:** „Bin Laden. Behind the Mask of the Terrorist“, New York, 2002.
- Robinson, W.S.:** "Ecological Correlations and the Behavior of Individuals", in: American Sociological Review 15 (1950), S. 351–357.
- Robbins, R. & Post, J.:** „Die Psychologie des Terrors“, München, 2002.
- Ronfeld, D.:** „Al-Qaeda and its affiliates“, in: Arquilla, D. (Hg.): “Information Strategy and Warfare: A Guide to Theory and Practice”, New York, 2007.
- Rotberg, R.:** “Herausforderung an die Weltordnung. Staatenbildung in Zeiten des Terrors“, in: Internationale Politik 11/2003.
- Roy, O.:** „Der islamische Weg nach Westen“, Bonn, 2006.
- Rubinstein, A.:** „Modeling bounded rationality“, Cambridge (MA), 1998.
- Rudolf, P. & Wilzewski, J.:** „Beharrung und Alleingang. Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2000.
- Ruf, W.:** „Die algerische Tragödie: vom Zerschlagen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft“, Münster, 1997.
- Rupprecht, R.:** „Polizeilexikon“, Heidelberg, 1995.
- Ruttig, Th.:** „Die Taleban nach Mullah Dadullah“, SWP-Aktuell Juni 2007, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2007.

S

- Saad-Ghorayeb, A.:** „Hizbullah. Politics & Religion“, London, 2002.

- Sageman, M.:** „Understanding Terror Networks“, Philadelphia, 2004.
- Sajoo, A.:** „Civil Societies in the Muslim World: Contemporary Perspectives“, Institute for Ismaili Studies, London, 2004.
- Sayer, A.:** "Essentialism, Social Constructionism, and Beyond," in: Sociological Review 45 (8/1997), S. 456 ff.
- Scahill, J.:** „Blackwater - Der Aufstieg der mächtigsten Privatarmee der Welt“, München, 2008.
- Schallmayer, E.:** „Der Limes. Geschichte einer Grenze“, München, 2006.
- Schneckener, U.:** „Die soziale Konstruktion des „Terrorexperten““, Tagungsbeitrag, Berlin, 2005. Websource: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2179.
- Ders.:** „Transnationale Terroristen als Profiteure fragiler Staatlichkeit“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2004.
- Ders.:** „Netzwerke des Terrors“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2002.
- Ders.:** „States at Risk“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2004.
- Ders.:** „Transnationaler Terrorismus“, Frankfurt / Mn., 2006.
- Schwarz, H.-P.:** „Republik ohne Kompass“, Berlin, 2005.
- Shaw, C. & McKay, H.:** „Juvenile Delinquency in Urban Areas“, Chicago, 1942.
- Schmitt, C.:** „Der Begriff des Politischen“, München, 1932.
- Schmitz, Th. & Wehrheim, M.:** „Risikomanagement: Grundlagen – Theorie – Praxis“, Stuttgart, 2006.
- Schneider, D.:** „Die Bekämpfung des internationalen islamistischen Terrorismus“, in: Die Kriminalpolizei (9/2005)
- Schneider, Th.:** „Heute sprengte ich mich in die Luft“, Münster, 2006.

- Schneider, F., Dreer, E. & Riegler, W.:** „Geldwäsche“, Wiesbaden, 2006.
- Schnell, R.:** „Methoden der empirischen Sozialforschung“, München, 2008.
- Scholzen, R.:** „KSK – Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr“, Stuttgart, 2004.
- Schramm, M. & Taube, M.:** „Ordnungsprinzipien der supranationalen Transaktionssicherung im islamischen hawala-System“, Duisburg, 2002.
- Schröm, O.:** „Al Qaida“, Berlin, 2005.
- Schubert, U.:** „Staatszerfall als Problem des internationalen Systems“, Marburg, 2005.
- Schwind, H.D.:** „Kriminologie“, Heidelberg, 2006¹⁶
- Scott, J. & Marshall, G.:** „Oxford Dictionary of Sociology“, Oxford, 2005³.
- Seidel, H. & Temmen, R.:** „Grundlagen der Volkswirtschaftslehre“, Siegburg, 1993.
- Siedschlag, A.:** „Methoden der Sicherheitspolitischen Analyse“, Wiesbaden 2006.
- Skubak, M.:** “The Challenges of Testing Routine Activity Theory”. Paper presented at the annual meeting of the American Society of Criminology, Toronto, 2005.
- Smelser, N.:** „The Faces of Terrorism“, Princeton, 2007.
- Smith, P.:** „Posttraumatische Belastungsstörungen passen nicht ins Bild vom harten Soldaten“, in: Ärztezeitung, 1.4.2008.
- Smucker, Ph.:** „Al Qaeda’s Great Escape“, Dulles, 2004.
- Solovey, M.:** “Project Camelot and the 1960s Epistemological Revolution: Rethinking the Politics-patronage-social Science Nexus“, in: Social Studies of Science 31 (2001).
- Stegmüller, W. (Hg.):** „Das Universalien-Problem“, Darmstadt, 1978.
- Steinberg, G.:** „Der nahe und der ferne Feind“, München, 2005.
- Ders.:** „„Deutsche Nah-, Mittelost- und Nordafrikapolitik“, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Mai 2009.
- Ders.:** „Taliban“, Online Service der Bundeszentrale für Politische Bildung, 6.5.2009, Websource: <http://www.bpb.de/themen/AWNDMN,0,Taliban.html>

- Steininger, R.:** „Der Kalte Krieg“, Frankfurt / Mn., 2003.
- Stelzenmüller, C.:** „Die selbstgefesselte Politik“, in: Internationale Politik, 1/2010, S.76 ff.
- Stern, K. & Sachs, M.:** „Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland“, München, 2006.
- Stock, J. & Herz, A.:** „The Threat Environment Created by International Terrorism from the German Police Perspective.“, in: European Journal on Criminal Policy and Research (2007) 13.
- Stout, Chr. (Hg.):** „Psychology Of Terrorism: Coping With The Continuing Threat“, Westport, 2004.
- Stürmer, M.:** „Welt ohne Weltordnung. Wer wird die Erde erben?“, Hamburg, 2006.
- T**
- Tan, S.:** „Introduction: Globalization and Citizenship.“, in: Dies. (Hg.): „Challenging Citizenship. Group Membership and Cultural Identity in a Global Age.“, Aldershot, 2005
- Tetzlaff, R.:** „Failing States in Afrika“, in: Internationale Politik 7/2000.
- Thamm, B.-G.:** „Die Langzeitbedrohung durch islamistische Terroristen: fünf Jahre nach den 9/11-Anschlägen“, in: Europäische Sicherheit 9 (2006), S. 49.
- Ders.:** „Von al-Qaida zu @-Qaida“, in: InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung e.V. (Fif-Kommunikation), 1 / 2009.
- Ders.:** „Der Dschihad in Asien. Die islamistische Gefahr in Russland und China“, München, 2008.
- Thränert, O.:** „Terror mit chemischen und biologischen Waffen“, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, 2002.
- Tibi, B.:** „Die Verschwörung. Das Trauma arabischer Politik“, München, 1994.
- Ders.:** „Fundamentalismus im Islam. Eine Gefahr für den Weltfrieden?“, Darmstadt, 2002.
- Ders.:** „Der neue Totalitarismus, Darmstadt, 2004.

V

Vittori, J.: „Geschäftszweck: Terror“, in: Internationale Politik III/2005.

Vollmer, Th.: „Der militante Islamismus als neuer Totalitarismus“, Saarbrücken, 2007.

W

Wagener, M.: „Südostasien als Operationsgebiet von Al Khaida“, in: Internationale Politik 2 / 2003, S. 35 ff.

Waldmann, P.: „Terrorismus: Provokation der Macht“, Hamburg, 2005.

Walgenbach, P.: „Giddens' Theorie der Strukturierung“, in: Kieser, A. (Hrsg.): „Organisationstheorien“, Stuttgart, 1999³.

Wallner, R.: „Deutsche Uboote“, in: Marine-Forum 4/2006, S.10 ff.

Walter, G.: „Internetkriminalität“, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Juni 2008.

Weber, M.: „Die 'Objektivität' sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“, in: „Max Weber: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre“. Hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1985⁶.

Ders.: „Wirtschaft und Gesellschaft“, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen, 1980⁵

Weise, N. & Griesbaum, R. (2005): „Netzwerke gegen den Terror“, in: Die Kriminalpolizei (9/2005).

Wickham, C.: „Mobilizing Islam“, New York, 2002.

Wilhelm, A.: „Außenpolitik: Grundlagen, Strukturen und Prozesse“, München, 2006.

Wipfli, R. & Metz, St.: „COIN of the Realm: U.S. Counterinsurgency Strategy“, U.S. Army War College, 2008.

Wöhler – Khalfallah, Kh.: „Islamischer Fundamentalismus“, Berlin, 2008.

Z

Zartman, W.: „Collapsed States“, Boulder, 1995.

Zeidan, D.: “The Resurgence of Religion: A Comparative Study of Selected Themes in Christian and Islamic Fundamentalist Discourse“, Boston (MA), 2003.

Presseartikel

Die Mehrheit der angegebenen Presseveröffentlichungen wurde zusätzlich zur Printversion auch auf den Internetpräsenzen der genannten Zeitungen und Zeitschriften zum angegebenen Datum publiziert. Sofern es sich um reine Onlinepublikationen handelt, ist die Websource angegeben. Sämtliche Artikel wurden zuletzt am 21.3.2010 abgerufen.

Namensartikel:

Barber, B.: “Jihad vs. McWorld“, in: The Atlantic Monthly III/1992

Bauszus, J.: „Deutsche in Afghanistan“, in: FOCUS, 25.7.2007.

Becker, M.: “Der Kampfjet, der jeden Fehler verzeiht“, in: Der SPIEGEL, 29.5.2008.

Beck, U.: „Der deutsche Euro-Nationalismus“, in: Frankfurter Rundschau, 2.4.2010.

Benjamin, D.: „The Converts Zeal“, o.O., 7.9.2007. Websource: <http://www.slate.com/id/2173561/pagenum/all/>

Blechschildt, P.: „Sicherheitskreise verdächtigen al-Qaida“, in: Süddeutsche Zeitung, 16.6.2009.

- Christiansen, L.:** „Posttraumatische Belastungsstörung“, Websource: <http://www.br-online.de/bayerisches-fernsehen/suedwild/tagesthema-posttraumatische-belastungsstoerung-persoenlichkeit-und-mensch-ID1237980314162.xml>, März 2009.
- Conesa, P.:** „Asymmetrische Feindschaft“, in: Le Monde Diplomatique, 11. Juni 2004.
- Cooper, R.:** „Wenn Staaten zerfallen, droht Terror“, in: Die Zeit, 22.1.2004.
- Dernbach, A.:** „Was hat die Islamkonferenz gebracht?“, in: Die ZEIT, 25.6.2009.
- Enzensberger, H.M.:** „Der Radikale Verlierer“, in: Der SPIEGEL, 45/2005.
- Feiel, A.:** „Nährboden des Terrors“, in: Frankfurter Rundschau, 27.3.2004.
- Fried, N.:** „Ich habe gelernt: Nie wieder Auschwitz“, in: Süddeutsche Zeitung, 25.1.2005.
- Friederichs, H.:** „Die Mission Atalanta ist ungeeignet, die Piraterie zu beenden“, in: Die ZEIT, 19.12.2009.
- Giaranita, N.:** „Immer mehr Soldaten leiden nach Einsätzen unter Traumata“, 20. 08. 2009, WDR.de. Websource: <http://www.wdr.de/themen/politik/international/afghanistan/090813.jhtml?rubrikenstyle=politik>
- Hariyadi, M.:** „Terrorist group, possibly linked to Jemaah Islamiyah, arrested“, AsiaNews.it-online, 3.4.2010, Websource: <http://www.asianews.it/news-en/Terrorist-group,-possibly-linked-to-Jemaah-Islamiyah,-arrested-17790.html>
- Hebeker, E.:** „Wachsender Druck auf Europa“, Münchner Sicherheitskonferenz, 8.2.2009, Websource: www.securityconference.de/Artikel-Details.57+M5aa82c30db3.0.htm
- Hengst, B.:** „Gefallen in Afghanistan“, in: Der Spiegel, 27.10.2008.
- Hermann, R.:** „Dschihad ohne Bin Ladin“, in: FAZ, 8.9.2007.
- Ders.:** „Im Jemen fühlt Al-Qaida sich sicher“, in: FAZ, 28.12.2009.
- Hund, A.:** „So jung, so schlau, so überfordert“, in: Süddeutsche Zeitung, 18.8.2009.

- Jansen, F.:** „Im Auftrag Ihrer Kanzlerin. Der Bundesnachrichtendienst wird 50 Jahre alt“, in: Der Tagesspiegel, 18.3.2006.
- Kornelius, St.:** „Bundeswehr wollte Taliban töten“, in: Süddeutsche Zeitung, 11.12.2009.
- Krönig, J.:** „Trübsinn in broken Britain“, in: Die ZEIT, 18.2.2010.
- Langguth, G.:** „Propaganda der Tat“, in: FAZ, 14.11.2006.
- Ders.:** „Transatlantische Strategien“, in: Rheinischer Merkur, 26.9.2002.
- Lohse, E.:** „Talibanjagen gehört zum Geschäft der KSK“, in: FAZ, 10.12.2009.
- Lorenz, A.:** „China lässt das Kopenhagen-Fiasko kalt“, in: Der SPIEGEL, 20.12.2009.
- Löwenstein, St.:** „Merkel muss klar sagen, dass es ein Krieg ist“, in: FAZ, 24.6.2009.
- Mayer, T.:** „Wehret den Anfängen. Seit dem 11. September ist die Bedrohung der gesamten westlichen Zivilisation nicht mehr auszuschließen“, in: Rheinischer Merkur, 24.10.2001.
- Matthay, S.:** „Handel mit deutschen Pistolen in Afghanistan?“, 12.10.2009, Websource: <http://www.tagesschau.de/ausland/afghanistanwaffen100.html>
- Ders.,** 2009 (?): "Der Gegner ist wie ein Gespenst", Websource: <http://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan1434.html>
- Musharbash, Y. & Gebauer, M.:** „Neuer Terror-Typus stellt Fahnder vor schwierige Aufgabe“, in: Der SPIEGEL, 7. Juli 2005.
- Niessler, E. & Wania, S.:** „Sicherheitsexperte Ischinger: Wahlen sind auch kein Allheilmittel“, in: Hamburger Abendblatt, 21.8.2009.
- Nordland, R.:** „Military Officials Say Afghan Fight Is Coming“, in: the New York Times, 3.2.2010.
- Peters, F.:** „Deutsche als Helfer und Unternehmer in Afghanistan“, in: Die Welt, 27.7.2007.
- Petersmann, S.:** „Flüchtlinge im eigenen Land“, 9.5.2009, Websource: <http://www.tagesschau.de/ausland/swat124.html>
- Reemtsma, J.-Ph.:** „Theorie der Gewalt. Hässliche Wirklichkeit“, in: Süddeutsche Zeitung, 25.1.2008.

- Ritzmann, A.:** „Bei al-Qaida gibt es Dschihad für jedermann“, in: Die WELT, 12.3.2008.
- Rühl, L.:** „Übergang zum Partisanenkrieg“, in: FAZ, 24.5.2009
- Ders.:** „Vor Entscheidungen im Irak und in Afghanistan“, in: FAZ, 27.12.2007
- Ders.:** „Zeichen des Scheiterns“, in: FAZ, 3.4.2006.
- Ders.:** „„Irakische Versäumnisse“, in: FAZ, 6.4.2004.
- Schäfer, U.:** „Die Mär vom Markt“, in: Süddeutsche Zeitung, 4.10.2008.“
- Scheen, Th.:** „Somalias Piraten: Die Lösung liegt auf dem Land“, in: FAZ, 2.5.2009.
- Schmitt, E.:** „Militant Gains in Pakistan Said to Draw Fighters“, in: The New York Times, 10.7.2008.
- Scholl-Latour, P.:** „Raus aus Afghanistan“, in: Cicero, August 2007.
- Schulze, R. & Schaur, T.:** „Terrorismus: Wird Jemen das neue Afghanistan?“, in: Die Presse, 18.6.2009
- Seliger, M.:** „Zielstrebig ins Gefecht“, in: FAZ, 11.6.2009.
- Shanker, Th.:** „Afghan Push Went Beyond Traditional Military Goals“, in: The New York Times, 20.2.2010.
- Steinberg, G.:** „Der führerlose Widerstand“, in: Das Parlament, 4. September 2006.
- Stürmer, M.:** „Vernetzte Operation für Afghanistan“, in: Die Welt, 21.1.2010.
- Svensson, B.:** „Ein besseres Jahr für den Irak“, in: Die Welt, 14.2.2008.
- Thielke, Th.:** „Warum Afrika dank Entwicklungshilfe im Elend verharrt“, in: Der SPIEGEL, 11.6.2007.
- Thumann, M.:** „Ein neues Refugium für al-Qaida“, in: ZEIT ONLINE, 17.6.2009.
- Vukovic, D.:** „Pakistan: Koranschulen außer Kontrolle“, in: Der Stern, 20.7.2005.
- Waraich, O.:** „Is a Better Government possible in Afghanistan?“, in: TIME-Magazine Online, 8.5.2009.
- Weimer, W.:** „Raus aus Afghanistan“, in: Cicero, April 2008.

Wetzel, D.: „Ärger um Absenkung der Solar-Subventionen“, in: Die Welt, 13.1.2010.

Wintermann, J.: „Wachsendes Interesse an Afghanistan“, in: Die Welt, 28.2.2003.

Yardley, J.: „The 9/11 Hijackers“, in: Washington Post, 1. Mai 2005.

Nicht namentlich gezeichnete Artikel:

„Afghan operation is new war model“, in: The Times of India, 14.2.2010.

„Auslandseinsätze der Bundeswehr geraten in die Kritik“, Deutsche Welle Online,
31.10.2006, Websource: [http://www.dw-
world.de/dw/article/0,,2221529,00.html](http://www.dw-world.de/dw/article/0,,2221529,00.html)

'Bin Laden tape' warns Obama of more attacks, BBC News Online, 24.1.2010,
Websource: http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/8477413.stm

„BND klärt auf“, in: Der SPIEGEL, 22.8.2005.

„BND-Affäre weitet sich aus“, in: Rheinische Post, 26.4.2008.

„Bundeswehr rüstet im All auf“, in: FTD, 23.9.2009.

„Chaos-Gebiet Somalia“, in: Der FOCUS vom 13.10.2005.

„Chaos-Wahlen in Afghanistan. In 2500 Wahllokalen wird neu ausgezählt“, in:
Rheinische Post vom 15.09.2009.

„DaimlerChrysler eröffnet Ausbildungswerkstatt für Kfz-Mechaniker in Afghanistan“,
13.7.2005, Websource: [http://media.daimler.com/dcmedia/0-921-
656191-49-815567-1-0-0-0-1-11694-614232-0-1-0-0-0-0.html](http://media.daimler.com/dcmedia/0-921-656191-49-815567-1-0-0-0-1-11694-614232-0-1-0-0-0-0.html)

„Das ABC der Religiösen“, in: Der Tagesspiegel, 22.8.2005.

„Deutsche Marine setzt Angreifer vor Somalia fest“, in: FAZ, 31.3.2009.

„Deutsche Soldaten schlecht gerüstet“, in: FOCUS, 26.1.2008.

„Dreifach-Anschlag mit Dutzenden Toten in Bagdad“, Die WELT online, 25.1.2010.,
Websource:

<http://www.welt.de/politik/ausland/article5976225/Dreifach-Anschlag-mit-Dutzenden-Toten-in-Bagdad.html>

„Europol startet Überwachungsprojekt Check the Web“, 9.5.2007, Websource:
<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Europol-startet-ueberwachungsprojekt-Check-the-Web-176554.html>

„Gewaltwelle im Irak“, Süddeutsche Zeitung online, 22.5.2009.

„Hungerhilfe attackiert Afghanistan-Strategie der Regierung“, in: Der SPIEGEL, 16.8.2009.

„Indiens 11. September“, in: FAZ, 29.11.2008.

„Irrwitz-Krieg am Hindukusch“, in: Nation & Europa, 11/12 2008.

„Jemen. Die Saudis auf dem Pulverfass“, in: Handelsblatt vom 22.9.2009.

„Kritik an Obamas Afghanistan-Strategie“, in: FOCUS 27.7.2008.

„Marjah: heroin and Taliban nexus in the eye of a storm“, in: Daily Times, 9.2.2010.

„More Attacks, Mounting Casualties“, in: Washington Post, 30.09.2007.

„Nahost-Einsatz der Bundeswehr“, in: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2006.

„NATO wendet mühsam Bruch wegen Afghanistan ab“, in: Mitteldeutsche Zeitung, 29. 11. 2006

„NATO startet Operation ‚Muschtarak‘“, in: Der SPIEGEL, 13.2.2010.

„Official: 15 of 19 Sept. 11 hijackers were Saudi“, in: USA Today, 6.2.2002.

„Pakistan im Chaos – Steinmeier warnt vor humanitärer Tragödie“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15.5.2009.

„Pakistan: Land kurz vor dem Chaos“, 19.8.2008, Websource:
<http://www.bild.de/BILD/news/politik/2008/08/19/pulverfass-pakistan/wird-ashfaq-kayani-neuer-praesident.html>

„Polizeiaufbau in Afghanistan“, in: FAZ, 13.3.2009.

„Regierung verschleiert Wahrheit über Afghanistan“, in: Die Welt, 3.10.2008

„Rückgang der Spenden für Afghanistan“, in: Aachener Zeitung, 22.12.2003.

„Schwere Ausrüstungsmängel beim Afghanistan-Einsatz“, in: Der SPIEGEL, 29.8.2009.

„Sechs NATO-Soldaten sterben bei Offensive gegen Taliban“, in: Der SPIEGEL, 19.2.2010

„Siemens erhält UMTS-Aufträge aus Afghanistan und Saudi-Arabien“, 17.8.2006, Websource: <http://www.heise.de/newsticker/Siemens-erhaelt-UMTS-Auftraege-aus-Afghanistan-und-Saudi-Arabien--/meldung/76949>

„Splittergruppe aus Usbekistan?“, Die ZEIT online, 5.9.2007., Websource: <http://www.zeit.de/online/2007/36/festnahmen-terrorverdaechtige-hintergrund>

„Strafanzeige in Kiel gegen Piraten“, in: FAZ, 31.3.2009.

„Strategiewechsel in Afghanistan“, in: Frankfurter Rundschau, 23.3.2009.

„Strom für Afghanistan aus Wasserkraft“, 6.1.2004, Websource: http://www.talsperrenkomitee.de/news/?page=news&news_id=27

„Tausende Zivilisten flüchten aus dem Swat-Tal“, Der SPIEGEL, 5.5.2009.

„UN: Mehr als 2000 Zivilisten getötet“, in: FAZ, 17.2.2009.

„Unicef Deutschland verliert Spendensiegel“, in: FAZ, 20.2.2008.

„USA töten Bruder eines Taliban-Kommandeurs“, in: Der SPIEGEL, 19.2.2010.

„US Rethinks Afghanistan Strategy“, BBC News, 27.3.2009. Websource: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/7966982.stm>

„Verluste der Bundeswehr in Afghanistan“, in: SPIEGEL-Online, 4.1.2010, Websource: <http://www.spiegel.de/flash/0,5532,19180,00.html>

„Waffenschmiede Deutschland-Die größten deutschen Rüstungsprojekte“, in: FTD, 7.7.2009.

Hintergrundgespräche

Bei den im Folgenden aufgeführten Hintergrundgesprächen handelt es sich um informelle Unterredungen mit den jeweils angegebenen Gesprächspartnern, die sich inhaltlich auf einen oder mehrere thematische Aspekte der vorliegenden Arbeit bezogen. Eine Aufzeichnung erfolgte nicht, da sich herausstellte, dass dies die Auskunftsfreudigkeit der meisten Gesprächspartner überwiegend negativ beeinflusst hätte. Auf eigenen Wunsch hin werden verschiedene weitere Gesprächspartner nicht namentlich erwähnt.

Domröse, Hans-Lothar, Generalmajor, Chef des Stabes im ISAF-Hauptquartier

30.6.2009, Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Gilbert, Geoff, Professor, PhD, Lecturer, Human Rights Centre, University of Essex Law School, Colchester (UK)

15.2.2008, Colchester

Griesbaum, Rainer, Bundesanwalt

10. und 11.8.2007, Königswinter

Hansen, Helmut, Major, ISAF-Stab HQ, Kabul

8.3. und 9.3.2007, Schloss Eichholz / Wesseling

Hirschmann, Kai, Dr., Institut für Terrorismusforschung, Essen

8.3. und 9.3.2007, Schloss Eichholz / Wesseling

Königs, Tom, ehem. Sonderbeauftragter der United Nations Assistance Mission in Afghanistan

30.6.2009, Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Morawska, Ewa, Professor, PhD, Director of Research, Department of Sociology, University of Essex, Colchester (UK)

2.3.2008, Colchester

Samimy, Said Musa, Dr., Deutsche Welle, Kabul

12.10.2009, Frankfurt am Main

Schneckener, Ulrich, Dr., Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

30.6.2009, Bonn, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik

Thiel, Darren, PhD, Lecturer Department of Sociology, University of Essex, Colchester (UK)

9.4. und 7.8.2008, Colchester

Tophoven, Rolf, Institut für Terrorismusforschung, Essen

10.3.2007, Bonn, Haus der Geschichte

Vollmer, Thomas, Dr.phil.des., Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, Bonn

15.7.2009, Bonn